

Japans politische und strategische Kultur

Barbara Farkas

Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie





Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Barbara Farkas

Japans politische und strategische Kultur

Die Bedeutung der politischen und strategischen Kultur für die nationale Strategie Japans

Strategische Kulturen Ostasiens 3

9/2023

Wien, August 2023

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
Alle Rechte vorbehalten

August 2023
ISBN 978-3-903359-68-0

Druck:

ReproZ W 23-xxxx
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	11
Einleitung	13
Aufbau und Struktur der Studie	14
TEIL 1	17
GRUNDLAGEN DER POLITISCHEN UND STRATEGISCHEN KULTUR.....	17
1) POLITISCHE KULTUR	19
Definition von politischer Kultur	19
1.1 POLITISCHES SYSTEM JAPANS	21
Historische Entwicklung des politischen Systems Japans	22
Merkmale des politischen Systems Japans	24
Schwächen des politischen System Japans	24
Entwicklung der politischen Institutionen Japans.....	25
Politische Zentralisierung & Dezentralisierung	27
Institutionalisierung des politischen Systems	30
Institutionalisierungsgrad	31
Fraktionalismus in Japan	33
Fraktionalismus in Japan im Vergleich zu Südkorea.....	34
Parteipolarisierung Japans im Vergleich mit Südkorea und Taiwan	35
1.2 POLITISCHE KULTUR JAPANS	36
Organisationskultur & Bürokratie.....	37
Institutionelle Paralyse.....	39
Kolonialverwaltung Japans	40
Beziehungsdynamik zwischen Staat und Gesellschaft	41
Gewerkschaften	41
Zivilgesellschaft	42
Gemeinnützige Organisationen	44
Soziale Bewegungen	45

Politische Beratungsgremien	47
Institutionalisierung der politischen Beratungsgremien	48
Legitimität	51
Parteipolitik Japans	52
Schwächen der Parteipolitik	53
Parteienfinanzierung	53
Liberaldemokratische Partei Japans (LDP)	54
Demokratische Partei Japans (DPJ)	57
Informelle Politik	57
Charakteristiken der informellen Wahlpolitik Japans	59
2) STRATEGISCHE KULTUR	60
Definition der strategischen Kultur	60
Strategie	62
Strategisches Denken	64
Transformation des strategischen Denkens Japans	65
Pragmatische Anpassungsfähigkeit	66
Anpassungsstrategien des Tokugawa-Schogunats (1603 – 1868)	67
Anpassungsstrategien des modernen Japans	69
Nationale Kultur	71
Nationale Kultur Japans	74
Konsensorientierung	76
Dynamik der strategischen Kultur	77
Träger der strategischen Kultur	78
Kontext der strategischen Kultur	79
Analyseziel der strategischen Kultur	80
Forschung zur strategischen Kultur	82
TEIL 2	87
QUELLEN UND WIRKRÄFTE DER STRATEGISCHEN KULTUR JAPANS	87
3) QUELLEN DER STRATEGISCHEN KULTUR JAPANS	89

3.1 GESCHICHTE.....	89
Konsolidierung sozialer und kultureller Charakteristiken im historischen Prozess	89
3.2 GEOGRAPHIE.....	91
Geographische Lage Japans	91
Geopolitischer Kontext.....	92
3.3 PHILOSOPHIE.....	94
Konfuzianismus.....	94
Kompatibilität des Konfuzianismus mit der Demokratie	96
Kulturelles Erbe des Konfuzianismus in Japan	97
Konfuzianischer Einfluss auf die Modernisierung	99
4) WIRKKRÄFTE UND IHRE WECHSELWIRKUNG MIT DER STRATEGISCHEN KULTUR JAPANS	100
4.1 INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN.....	100
Internationale Beziehungen Japans.....	101
Normenkonsolidierung Japans.....	102
4.2 BEDROHUNGSWAHRNEHMUNG.....	103
Sicherheitspolitisches Umfeld im indopazifischen Raum	103
Akteursspezifische Sicherheitspolitiken	104
4.3 IDENTITÄT	106
Identität & Nationalismus Japans	107
4.4 MACHT UND GROSSMACHTSTREBEN.....	109
Expansionsprozess Japans (1868 – 1945).....	110
Maritime Strategie unter Shinzo Abe	112
4.5 DEMOKRATISIERUNG	113
Phasen der Demokratisierung Japans.....	115
Wirkfaktoren für die Demokratisierung Japans.....	116

Nationale und subnationale Ebene der Demokratie Japans.....	117
Demokratisierungsprozesses Japans	118
Realisierung der Demokratie.....	120
Lehren aus dem Demokratisierungsprozess Japans	121
4.6 AUSSENPOLITIK JAPANS.....	123
Charakteristiken der Außenpolitik Japans.....	124
Externer Druck auf Japan (Gaiatsu)	127
Einfluss der Innenpolitik auf die Außenpolitik Japans	129
4.7 JAPANS BEZIEHUNG ZU OSTASIEN.....	130
Entwicklung der Beziehung Japans zu den Ländern Ostasiens.....	130
Beziehung Japans zu China	131
Politik Japans gegenüber der koreanischen Halbinsel.....	133
Sicherheitspolitik Japans in Ostasien	134
Sicherheitspolitik Japans in Bezug auf Taiwan.....	137
Sicherheitsstrategie Japans im Vergleich mit Südkorea.....	138
Trilaterale Beziehungen Japans mit Südkorea	139
Trilaterale Sicherheitskooperation zwischen Japan, Südkorea und den USA	140
Südkoreas strategisches Denken zu Japan	143
4.8 JAPANS BEZIEHUNG ZU DEN USA.....	144
TEIL 3.....	147
OPERATIONALISIERUNG DER STRATEGISCHEN KULTUR JAPANS.....	147
5) DIE RELEVANZ DER STRATEGISCHEN KULTUR FÜR DIE KERNINTERESSEN JAPANS.....	149
5.1 SICHERHEIT & STABILITÄT	149
Nationale Sicherheitsstrategie	150
Sicherheitspolitisches Kernkonzept Japans	151
Institutionelle Grundlage.....	152
Innenpolitische Faktoren Japans	153

Nichtanwendung von Gewalt als Sicherheitsidentität Japans.....	153
Sicherheitsdynamik & Sicherheitsdilemma.....	154
Sicherheitsdilemma Japans.....	156
Einflussfaktoren auf die Sicherheitspolitik Japans	157
Ausprägungen der strategischen Kultur Japans	158
Sicherheitspolitische Fokusverlagerungen Japans	160
Nuklearenergie in Japan	162
Denuklearisierung Nordkoreas	163
Inhaltliche und definitorische Unterschiede.....	164
5.2 SOUVERÄNITÄT & TERRITORIALE INTEGRITÄT.....	166
5.3 MODERNITÄT & WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG	168
Fortschritt & Modernisierung	169
Stellenwert der Technologie in Japan.....	170
Strategische Beziehung zwischen militärischer und ziviler Wirtschaft.....	171
Globaler Kontext	171
Geoökonomie	172
Japans Modell des Entwicklungsstaates	173
Eingebettete Autonomie	175
Produktivistischer Wohlfahrtskapitalismus	176
Abenomics: Wirtschaftspolitik unter Shinzo Abe	177
6) KRISENMANAGEMENT JAPANS	179
Mehrfachkatastrophen in Japan	179
Historische Entwicklung des Krisenmanagements Japans	181
7) LANDESVERTEIDIGUNG JAPANS.....	182
Verteidigungspolitik der Nachkriegszeit.....	182
Entmilitarisierung Japans	182
Eckpfeiler & Widersprüche der Verteidigungspolitik Japans	184
Wandel des militärstrategischen Denkens	185
Abe Doktrin.....	187

Gegenwärtige Verteidigungspolitik Japans	188
Nationale Verteidigungsfähigkeit Japans.....	190
Verteidigungsallianz Japans mit den USA.....	193
TEIL 4.....	197
RESÜMEE	197
Quellen- und Literaturverzeichnis.....	203
Abbildungsverzeichnis	263

Vorwort

Die globale geopolitische Lage stellt sich derzeit als konfrontativ dar. Der liberal-demokratische Westen steht dabei einem illiberal autoritären Block in einer asymmetrischen Bipolarität gegenüber. Zentrale geopolitische Konflikte finden dabei in Ostasien statt. Die Zeichen deuten darauf, dass zumindest ein Kalter Krieg 2.0. droht. Aber auch die Wahrscheinlichkeit eines direkten bewaffneten Konfliktes zwischen den beiden Blöcken hat massiv zugenommen. Dies führt unter anderem dazu, dass auch der europäische Westen in die ostasiatischen Konflikte involviert wird. Dies wiederum zwingt die verantwortlichen sicherheitspolitischen und strategischen Akteure Europas, Wissen und Verständnis für das Handeln der zentralen ostasiatischen Akteure zu gewinnen. Dazu dient ein nunmehr abgeschlossenes Forschungsprojekt an der österreichischen Landesverteidigungsakademie über die politische und strategische Kultur Ostasiens. Die wesentlichen Erkenntnisse dieses Forschungsprojektes über Japan publizieren wir in dieser Studie. Überdies fließen sie in die laufende Lehre an der Fachhochschule für angewandte Militärwissenschaften, insbesondere am Masterstudiengang Militärische Führung aber auch an anderen Lehrgängen der Landesverteidigungsakademie sowie an Ausbildungen der Theresianischen Militärakademie ein.

Eine potenziell eigenständige sicherheitspolitische Rolle Europas bzw. der westeuropäischen Staaten in diesen globalen Konflikten bedingt für Forschungs- und Lehreinrichtungen die Rahmenbedingungen dafür bereitzuhalten. Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) und die Landesverteidigungsakademie (LVAK), als zentrale Institutionen sicherheitspolitisch geprägten strategischen Denkens in Österreich, versuchen daher Beiträge für die Grundlagen eines qualifizierten strategischen Denkens zu schaffen. Sicherheitspolitisches und strategisches Handeln Europas ernsthaft zu betreiben, bedeutet Expertise über die Räume aufzubauen, in denen sicherheitspolitisch und strategisch gehandelt werden soll.

Politische Kultur als Gemenge der in einem politischen System vorhandenen typischen Einstellungen und Haltungen spiegelt oft langfristige kollek-

tive Erfahrungen, Geschichte und nationale Traditionen wider. In der Sozial- und Politikwissenschaft hat sich als Subcharakteristikum der Begriff der strategischen Kultur etabliert. Die Spezifizierung der politischen auf die strategische Kultur verengt den Bereich dabei bewusst sowohl vertikal als auch horizontal. Vertikal fokussiert sich strategische Kultur auf sicherheitspolitische Fragestellungen, horizontal auf die oberste staatliche Führungsebene. Der Forschungsansatz der strategischen Kultur erlaubt jedenfalls die hinter den konkreten Handlungen staatlicher Akteure stehende Grundeinstellungen besser zu verstehen. Die Erforschung bzw. Analyse dieses politisch-sozialen Prozesses ermöglicht jedoch eine empathische Annäherung an die komplexe politische Realität.

Genau in diesem Sinne hat unsere assoziierte, freischaffende Mitarbeiterin Mag.^a Barbara Farkas, strategisch denkende Sinologin und Asien-Expertin, die fünf relevantesten ostasiatischen Akteure analysiert und deren politische, vor allem aber strategische Kultur herausgearbeitet. Ihre Arbeiten über China, Taiwan, Japan sowie Nord- und Südkorea veröffentlichen wir im Rahmen einer Studienreihe. Sie sollen den in sicherheitspolitischer bzw. strategischer Verantwortung stehenden Dienern unseres Staates, aber auch den an strategischen Fragen interessierten Freunden unseres Hauses zum Studium dienen.

Oberst Dr. Herwig Jedlaucnik, MBA
Studienleiter

Einleitung

Japan erlebte ab Mitte des 19. Jahrhunderts gravierende historische Wendungen. Seine Außenpolitik wechselte zwischen Abschottung und Öffnung sowie zwischen Traditionalismus und Modernismus. Die Haltung zu den Streitkräften, insbesondere in Bezug auf das (Groß-) Machtstreben und militärischen Expansionismus, veränderte sich radikal und in Einklang mit der sich wandelnden Sicherheitsidentität. Im 21. Jahrhundert etablierte sich Japan zu einem globalen Normensetzer in der kollektiven Sicherheit. Der antikommunistische Charakter der Einbindung Japans durch die USA verlagerte sich zunehmend auf eine strategische Funktion, die sich gegen China richtet. Seine Rolle im Rahmen des asymmetrischen Sicherheitsbündnisses mit den USA wertet Japan kontinuierlich auf. Die strategischen Herausforderungen und die spezifische Entwicklung Japans sind untrennbar mit der Geschichte, der geographischen Lage und den geopolitischen Bedingungen verbunden. Die nachhaltigen Auswirkungen der wechselvollen Geschichte prägen die gegenwärtige politische und strategische Kultur Japans, die sich vor allem durch Anpassungsfähigkeit und Pragmatismus abhebt. Traditionelle strukturelle Faktoren und politische Muster üben, in Kombination mit modernen Elementen, nach wie vor eine starke Wirkung aus.

Um den mehrmaligen drastischen Wandel und die außenpolitische Richtungswahl richtig einschätzen zu können, ist das Verständnis für die grundlegenden Überzeugungen und Denkmuster Japans wesentlich. Denn die Veränderungen beruhen auf bewussten politischen und strategischen Einschätzungen Japans. Es interpretierte die Art und Weise der geopolitischen Veränderungen sowie deren Konsequenzen und nutzte situative Spielräume, die das internationale System gewährte. Zwischen der Struktur des internationalen Systems sowie den eingebetteten Normen der internationalen und der japanischen Gesellschaft bestand stets eine komplexe und dynamische Beziehung. Innerhalb der historisch kontingenten Bedingungen strebte Japan nach der Realisierung seiner nationalen Kerninteressen. Im Hinblick auf die Strategieentwicklung maß Japan der Einschätzung des internationalen Interessengleichgewichts und der Machtverschiebungen einen hohen Stellenwert bei. Zugleich strebt es selbst nach effektivem Einfluss auf die Machtverhältnisse, wie etwa die Normenkonsolidierung Japans zeigt. Da seine Perspektive auf die Welt und die geopolitischen Positionie-

rungen insbesondere in Übergangsperioden der internationalen Ordnung grundlegenden Veränderungen unterworfen waren, stellt sich die Frage nach den grundsätzlichen Handlungsoptionen Japans.

Japans Bedrohungswahrnehmung, insbesondere von Nordkorea und China, verfestigte sich, nicht zuletzt als Konsequenz der beinahe ununterbrochenen sieben Jahrzehnte langen Einparteienregierung der Liberaldemokratischen Partei. Das Sicherheitsbündnis mit den USA inklusive Atomschutzschirm stellt einen bedeutenden Eckpfeiler der japanischen Politik dar. Mit ihrer wirtschaftlichen, militärisch-technologischen und ideologischen Unterstützung trugen die USA wesentlich zum Aufstieg und zu den Errungenschaften Japans bei. Auf Basis einer nochmaligen Neuinterpretation seiner Friedensverfassung schuf Japan 2022 die rechtliche Grundlage für eine Ausweitung der kollektiven Selbstverteidigung. Dies steht in Einklang mit seinem grundsätzlichen Streben nach einer größeren strategischen Autonomie und der Stärkung seiner bis 2012 stark limitierten Verteidigungsindustrie. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Abwägung der Prioritäten, Schwerpunkte und Interessen, die einerseits die Erhöhung der sicherheitspolitischen Autonomie betreffen und andererseits durch die Parameter des essenziellen US-Sicherheitsbündnisses vorgegeben sind. Japan gilt grundsätzlich als Wertepartner des Westens im indopazifischen Raum. Aus diesem Grund ist sein spezifischer Blickwinkel von großer Bedeutung.

Aufbau und Struktur der Studie

Im **ersten Teil** befasst sich die Studie zunächst mit den relevanten Grundlagen. Japans politische Kultur prägt mit ihren spezifischen Eigenschaften die ihr untergeordnete strategische Kultur, die sich auf sicherheitspolitische Fragen konzentriert. Zu den Merkmalen der politischen Kultur zählen etwa der Personalismus, der spezifische Parteienwettbewerb und die einflussreiche Ministerialbürokratie. Traditionelle Strukturen und Werte, etwa die Konsensorientierung, wurden in der Innen- und Außenpolitik mit modernen westlichen Werten kombiniert.

Der **zweite Teil** der Publikation widmet sich der strategischen Kultur Japans, ihren Quellen, den Wirkkräften und den Wechselwirkungen. Einen Schwerpunkt stellt das strategische Denken Nachkriegsjapans dar, das auf

den Erfahrungen während der Tokugawa- und Meiji-Perioden aufbaut. Von Bedeutung sind die Anpassungsstrategien an die veränderten nationalen und geopolitischen Umstände. Zur Einschätzung des sicherheitspolitischen staatlichen Handelns ist es wichtig, die japanische Perspektive und ihre Fundamente zu kennen. Dies umfasst etwa Japans angestrebte und die tatsächliche regionale und internationale Positionierung sowie die Wahrnehmung von Zielen, Chancen und Risiken.

Der **dritte Teil** verbindet die strategische Kultur mit dem aktuellen Handeln Japans. Dies umfasst etwa die sicherheitspolitischen Schwerpunktverlagerungen, das Krisenmanagement, die unterschiedlichen bisherigen Ausprägungen der strategischen Kultur oder den Wandel der bisher defensiven Sicherheitsidentität. Ein wesentliches Element ist der hohe Stellenwert von Technologie und Fortschritt, in dessen Rahmen Japan seit über 150 Jahren eine strategische Beziehung zwischen militärischer und ziviler Wirtschaft pflegt.

TEIL 1

GRUNDLAGEN DER POLITISCHEN UND STRATEGISCHEN KULTUR

1) POLITISCHE KULTUR

Politische Kultur prägt die Handhabung der Innen- und Außenpolitik. Dies erfolgt zumeist subtil, etwa über die Weltanschauungen, die bürokratischen Strukturen und die staatliche Positionierung zu den internationalen Beziehungen oder zu politischen Konflikten. Sie spiegelt oft langfristige kollektive Erfahrungen, die Geschichte und die nationalen Traditionen wider.

Definition von politischer Kultur

Politische Kultur umfasst die spezifische **Denkweise** in einem politischen System.¹ Sie gibt den Rahmen für die Beurteilung einer Situation, die Entscheidungsfindung und das Handeln vor. Die letztlich gewählte Handlungsweise wird von relevanten Institutionen, der politischen Führung und Annahmen beeinflusst. Die Politik liefert das Instrument und die Mittel für eine ergebnisorientierte Mobilisierung der Bevölkerung. Die Grundlage für die kollektive Einheit und deren Mobilisierung beruht auf der Identität. Die Kultur bestimmt über die sozialen und institutionellen Strukturen sowie die Ideen das politische Umfeld. Dabei geht die Kultur über Werte und Ziele hinaus und betrifft etwa auch die Wahrnehmung der Welt oder die Logik. Die politische Kultur ist komplementär und permissiv.

Sie wirkt stets im **Zusammenspiel** mit kulturellen, strukturellen und institutionellen Faktoren. Zu den strukturellen Faktoren zählen etwa die Demographie, das Einkommensniveau oder die Urbanisierung. Die institutionellen Faktoren betreffen etwa das (Nicht-) Vorhandensein von politischen, aber nicht notwendigerweise militärischen Institutionen. Sie sind, ebenso wie die kulturellen Faktoren, kollektive Charakteristiken und daher schwierig zu messen. Die politische Kultur schränkt die Aufmerksamkeit auf mögliche alternative Verhaltensweisen, auf relevante Probleme und akzeptable Lösungen ein. Zudem kann sie auch instrumentalisiert werden, um alternative Institutionen, Ideologien oder Verhaltensweisen aus dem politischen Raum zu entfernen.

¹ Kim 2009; Zhang 2006; Elkins/Simeon 1979; Moody 1994; Johnston 1995, 45.

Die politische Kultur entstammt langfristigen kollektiven Erfahrungen, etwa historischen Entwicklungen, sozialen Lernprozessen und Traditionen. Spezifische Quellen der politischen Kultur sind etwa das strategische Umfeld und die relative Verwundbarkeit. Als historisches Produkt ist die politische Kultur dynamisch und veränderbar.²

Die politische Kultur zeigt sich in standardisierten, kollektiven **Interpretationsmustern**, die sich auf das konkrete politische Handeln und die politische Symbolik auswirken. Ein bedeutendes Element der politischen Kultur ist die Position zu Fortschritt und Modernisierung.³ Damit umfasst die politische Kultur Werte, Überzeugungen, Annahmen, Erwartungen, Einstellungen und Praktiken.⁴ Annahmen wirken im Rahmen der politischen Kultur permissiv, jedoch nicht bestimmend. Folgenreiche Annahmen gelten etwa der Vertrauenswürdigkeit der Anderen oder der Einschätzung der Politik als Nullsummenspiel.

Ein wichtiger Faktor ist die Präferenz für die Maximierung der Gewinne gegenüber der Minimierung der Verluste. Der Konfuzianismus spielt eine wichtige Rolle, weil er einige der Analysekatoren bezüglich Annahmen betrifft, etwa die Kausalität, die Unausweichlichkeit von Ereignissen oder die Planmäßigkeit des Universums. In den Bereich der Annahmen fällt auch die Beurteilung über die Zugehörigkeit zur politischen Gemeinschaft oder die Beschaffenheit von Ereignissen, Institutionen oder Aktivitäten, um als politisch gesehen zu werden. Politisch wirksam werden Annahmen etwa auf der Basis von Loyalität zum politischen Entscheidungsträger oder der weitreichenden Übereinstimmung innerhalb einer Gemeinschaft.⁵

Zwei wesentliche Elemente der politischen Kultur sind das politische System und die strategische Kultur.⁶ Dabei kommt den Symbolen eine wesentliche Bedeutung zu. Die systematische wissenschaftliche Analyse der Schlüsselsymbole fördert das Verständnis für die politische Kultur. Denn als kognitive Mittel, auf die sich soziale Gruppierungen stützen, ermögli-

² Pye 1985, viii.

³ Kim 2009; Moody 1994.

⁴ Johnston 1995, 45.

⁵ Elkins/Simeon 1979; Levy 2003.

⁶ Kim 2009.

chen Symbole die zwischenmenschliche Übertragung von Bedeutungen über weite Entfernungen und lange Zeiträume.⁷

Das **politische System** bezieht sich auf die Organisation der politischen Macht, insbesondere die Erlangung, Nutzung und Übergabe der Macht. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Identifizierung von Machtgrundlagen sowie auf dem Verständnis für die Grundlagen der Macht, der Machtverteilung und der Machthierarchie. Die Akteure und Institutionen verfügen über unterschiedliche Zugänge zu materiellen und ideellen Ressourcen, etwa finanzielle Mittel, Einfluss oder Moral. Der Staat übernimmt als Machtstruktur essenzielle Funktionen, etwa die Sicherheit, die Regierungsführung, die Konfliktlösung und Dienstleistungen. Dazu benötigt der Staat eine legitimierte Überzeugungsfähigkeit und/oder Zwangsmittel.

Die **Politikgestaltung** umfasst den politischen Diskussions- und Entscheidungsprozess sowie den politischen Inhalt. Sie betrifft die Rolle des Staates, die Interaktionsweise der Entscheidungsträger, die legitimen Verhaltensweisen und die Anwendbarkeit von Kriterien auf die Politik, etwa wissenschaftliche oder religiöse Kriterien. Zudem umfasst sie die Wahrnehmung des politischen Umfelds sowie die Präferenz für die Entscheidungsfindung auf kollektiver oder individueller Ebene. Aufgrund ihres Einflusses auf die Bestimmung von Machtzentren, deren Verbindungen und Aktivitäten spielen beispielsweise die Geschichte, die soziale Klasse, die Religion, die ethnische Zugehörigkeit, die Geographie, die Demographie und Machtverwerfungen eine wichtige Rolle.⁸

1.1 POLITISCHES SYSTEM JAPANS

Japan ist eine **konstitutionelle Monarchie** mit einer parlamentarischen Regierung und gilt als gefestigte Demokratie.⁹ Der Kaiser (Tenno) steht als symbolisches Staatsoberhaupt an der Spitze, übt jedoch keine politische Macht aus. Die Parlamentsmitglieder werden im Oberhaus alle drei Jahre und im Unterhaus alle vier Jahre vom Volk gewählt. Als Regierungschef

⁷ Haglund 2009, 26; Alexander 2011.

⁸ Dittmer 1977; Elkins/Simeon 1979; Haglund 2009, 26; Kim 2009; Levy 2003.

⁹ Hook/McCormack 2001; Derichs/Heberer 2013.

fungiert der vom Parlament gewählte und vom Tenno ernannte Premierminister. Er verfügt über das Recht, das Unterhaus aufzulösen. Von 2012 bis zu seinem krankheitsbedingten Rücktritt per 16.09.2020 diente Shinzo Abe als Premierminister.¹⁰ Ihm folgte Yoshihide Suga.¹¹ Er trat jedoch nach monatelanger Kritik am ineffektiven Corona-Krisenmanagement am 03.09.2021 als Parteichef der regierenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) zurück. Das bedeutete zugleich das Ende seiner Amtszeit als Premierminister. Beide Positionen übernahm Fumio Kishida am 04.10.2021.¹² Seit Anfang des 21. Jahrhunderts erfolgt eine zentralstaatlich geförderte Dezentralisierung. Innerhalb des japanischen Zentralstaates gibt es drei politische Ebenen mit komplexen Beziehungen zueinander, das sind die Zentralregierung, die Präfekturen und die Kommunalverwaltungen. Die 47 Präfekturen verfügen über eine beachtliche Autonomie. Die Ministerialbürokratie spielte für die (wirtschafts-) politischen Weichenstellungen eine wesentliche Rolle. Problematisch ist ihre Überlegenheit hinsichtlich der (personellen) Kapazitäten sowie der politischen Sachkompetenz und Argumentationsfähigkeit gegenüber den gewählten Politikern.¹³

Historische Entwicklung des politischen Systems Japans

Das moderne Japan beginnt mit dem Jahr 1868. In der Zeitspanne bis 1945 wurden wesentliche Fundamente für die heutige Politik gelegt. Die politische Nachkriegsgeschichte Japans kann in vier Zeitspannen unterteilt werden. Die erste Phase unter alliierter Besatzung dauerte bis 1952. Die zweite Phase verzeichnete ein rasches Wirtschaftswachstum, dessen Höhepunkt in den 1980er Jahren erreicht wurde. Die dritte Phase von 1960 bis 1993 brachte vielfältige Veränderungen, insbesondere die Tendenz zu einem (Neo-) Korporatismus bzw. einem strukturierten Pluralismus. Die Wachstumspolitik bestimmte zunehmend sowohl das Regierungshandeln als auch die Grenzen der politischen Partizipation. Das Machtgleichgewicht zwischen der Regierungsbürokratie und der Unternehmenswelt verschob sich in den 1970er und 1980er Jahren im Rahmen einer Deregulierung zuguns-

¹⁰ Prime Minister of Japan 2021a.

¹¹ Prime Minister of Japan 2021b.

¹² Prime Minister of Japan 2021d.

¹³ Derichs/Lukner 2013, 275; CLAIR 2021.

ten einer stärkeren Unabhängigkeit der Wirtschaft von den innenpolitischen Rahmenbedingungen.

Die vierte Phase der Nachkriegszeit Japans begann 1993 mit dem Mehrheitsverlust für die Liberaldemokratische Partei (LDP) durch eine Koalition von acht Oppositionsparteien. Die LDP hielt bis dahin über beinahe vier Jahrzehnte die Macht inne. Diese vierte Zeitspanne resultierte aus den politischen Skandalen, in die zahlreiche Regierungs- und Oppositionspolitiker in den 1980er Jahren involviert waren. Zudem mündete das Platzen der Spekulationsblase in einer bis 2005 anhaltenden Rezession. In den 1990er Jahren fanden große Reformen statt, etwa jene des Wahlrechts und der Parteienfinanzierung. Weitere Reformen wurden in der Folge diskutiert, jedoch kaum konkretisiert. Die Ursache der mangelnden Umsetzung liegt in den strukturellen Kontinuitäten, in der Funktionsweise der politischen Institutionen sowie in fortbestehenden Mechanismen und (traditionellen) Verhaltensmustern. Außergewöhnlich ist bei Japan weniger das Vorhandensein von bestimmten Charakteristiken als vielmehr deren Intensität.¹⁴

Japan weist eine sehr hohe sozio-strukturelle Homogenität auf.¹⁵ Die Abschottung, vor allem von der westlichen Außenwelt, spielt eine wesentliche Rolle für das japanische Selbstverständnis und die Kultur. Im Laufe der Geschichte übernahm Japan auch fremde Kulturelemente.¹⁶ Der prägendste kulturelle Einfluss entstammt China, Europa und den USA. Japans frühe Geschichte weist Ähnlichkeiten zu Korea auf. Im Gegensatz zur Kultur unterscheidet sich Japan von China und den beiden Koreas in der sozialen und politischen Struktur sowie der neueren historischen Erfahrung.¹⁷ Die Verwestlichung erfolgte in Japan früher und ausgeprägter als in anderen Ländern Asiens.¹⁸ Um der Kolonialisierung durch die westlichen Mächte zu entgehen, isolierte sich Japan über zwei Jahrhunderte.¹⁹ Ab der erzwungenen Öffnung 1853 betrieb Japan eine äußerst rasche Modernisierung und Industrialisierung sowie eine Erneuerung des politischen Systems und die Umgestaltung der japanischen Gesellschaft. Mit der Abschaffung des

¹⁴ Derichs/Lukner 2013, 269-278; Reischauer 1989.

¹⁵ Kreiner 2019, 21; Derichs/Lukner 2013, 336.

¹⁶ Davies/Ikeno 2002, 102-105 (itoko-dori).

¹⁷ Reischauer/Fairbank 1960, 450; Green 2022.

¹⁸ Pilling 2014; Reischauer/Fairbank 1960, 450.

¹⁹ Kreiner 2019, 291.

Schogunats 1868 entwickelte sich Japan im Rahmen der Meiji-Restauration von einem Feudalstaat in einen modernen Staat. Meiji (wörtlich: aufgeklärte Herrschaft) lautete die Regierungsdevise des 122. japanischen Kaisers (1868 - 1912). Die Demokratisierung wurde 1947 mit der neuen Friedensverfassung abgeschlossen.²⁰

Merkmale des politischen Systems Japans

Schwächen des politischen System Japans

Als langfristige Probleme des politischen Systems Japans galten das Wahlsystem, die Einparteiendominanz, der bürokratische Zentralismus und die Korruption.²¹ Im Vergleich mit Südkorea oder Taiwan wiesen die staatlichen Institutionen Japans auf der Hierarchieebene einen schwächeren Zusammenhalt und weniger Kontrolle auf. Die japanischen Premierminister genossen eine geringere Autorität als die Präsidenten Südkoreas oder Taiwans, denn sie mussten ihre Legitimität gegenüber innerparteilichen Fraktionen und der Bevölkerung beweisen.²²

Zu den charakteristischen Schwächen des japanischen Parteiensystems zählten vor allem die mangelnde Institutionalisierung sowie Fraktionalismus und Personalismus, die auf dem konfuzianischen Familismus beruhen.²³ Hinzu kam der Parochialismus, das ist die Konzentration auf einen nur eingegengten Themenbereich.²⁴ Familismus beschreibt als soziologischer Begriff die Familie als Leitform einer Sozialstruktur. Durch das Postulieren der Existenz eines größeren Kreises familiärer Bindungen wird jedoch der Regionalismus aufgelöst. Als äußerer Rahmen für den Zusammenhalt fungierte das ethnische Nationalbewusstsein. In dessen Perspektive verursacht der Regionalismus unproduktive innere Konflikte.²⁵

²⁰ Prime Minister of Japan 2021c; Pohl 2002; Reischauer 1989.

²¹ Quo 1988; Bernstein/Fukui 1988; Jain 2014; Woodall 2015; Curtis 1988; Martin/Stronach 2018; Johnson 2018; Hrebenar/Itoh 2015.

²² Pempel 2021.

²³ Inoguchi/Mikami/Fujii 2007; Curtis 1988.

²⁴ Anno 2021; Martin/Stronach 2018.

²⁵ Kim 2001; Kim 2000, 62-69.

Zu den Problemen der dominierenden Liberaldemokratischen Partei zählten der chronische Fraktionszwang, die Vorliebe für Geldpolitik und der Mangel an politischen Innovationen. Dies war in erster Linie auf das besondere Wahlsystem seit 1947 zurückzuführen, das nicht übertragbare Einzelstimmen mit Mehrpersonenwahlkreisen verband.²⁶

Entwicklung der politischen Institutionen Japans

Die **politischen Institutionen** des modernen Japans entwickelten sich häufig in Richtungen und mit Konsequenzen, die weder geplant noch vorhergesehen waren. Beispielhaft ist die Entwicklung des schwerfälligen Wahlsystems des Repräsentantenhauses. Es kombinierte ab 1925 einen Wahlkreis mit mehreren Mitgliedern und ein System mit einer einzigen, nicht übertragbaren Stimme. Die Ursache liegt im politischen Versagen bei einer vorausschauenden Planung. Grundlegender und folgenschwerer waren jedoch die Schwierigkeiten bei der Integration importierter ausländischer Ideen und Institutionen, insbesondere die Kombination einer demokratischen Regierungsführung mit dem einheimischen System, das traditionell von einer starken Staatsbürokratie beherrscht wurde.²⁷ Darin zeigt sich, dass das gleiche Wahlsystem in verschiedenen Ländern oder auch zu verschiedenen historischen Zeitpunkten im selben Land unterschiedliche Auswirkungen haben kann.²⁸ Denn die japanischen Wahlgesetze führten regelmäßig und konsequent zu Ergebnissen, die weder mit der Theorie noch mit den theoretisch fundierten Erwartungen der japanischen Institutionen übereinstimmten. Für die Abweichungen in der japanischen Erfahrung mit Wahlgesetzen gibt es zwei plausible Gründe: das Wahlverhalten und das Wettbewerbsverhalten zwischen den Parteien.

Eine Ursache ist das **Wahlverhalten**. Es widerspricht der Grundannahme des Wettbewerbs in einer westlichen Demokratie, dass der Wahlkampf primär zwischen politischen Parteien und nicht zwischen einzelnen Kandidaten stattfindet. Die japanischen Wähler, insbesondere die konservativ wählenden Landbewohner, neigen jedoch zur Unterstützung von Kandidaten auf der Grundlage von persönlichen Beziehungen und ohne Berück-

²⁶ Ikeda/Kohno 2008, 161; Fukui/Fukai 2000.

²⁷ Fukui/Fukai 2000; Fukui 1988.

²⁸ Fukui 1988, 121.

sichtigung der Parteizugehörigkeit. Diese im Wesentlichen überparteiliche Orientierung der Wählermehrheit führt zu unzutreffenden Vorhersagen, denn diese nehmen zumeist eine zentrale Rolle der Parteizugehörigkeit für das Wahlverhalten an. Die Konsequenz ist eine erhebliche Stabilität der Stimmenverteilung auf Kandidaten und damit indirekt auf Parteien, sowohl über Wahlen als auch Wahlsysteme hinweg. Ein Kandidat und seine Unterstützer halten unabhängig vom geltenden Wahlgesetz zusammen. Dadurch werden Auswirkungen von Gesetzesänderungen minimiert oder beseitigt. Die Beständigkeit der persönlichen Bindungen kann als ein wesentlicher Faktor des Wahlverhaltens zumindest teilweise auf das Wahlsystem mit mehreren Wahlkreisen und einem einzigen Wahlgang zurückgeführt werden.²⁹

Ein zweiter und damit zusammenhängender Grund betrifft gewisse Unklarheiten im **Wettbewerbsmuster zwischen den Parteien** im Rahmen des 1925 eingeführten Systems der mittelgroßen Wahlkreise. Das ungewöhnliche Wahlsystem mit mehreren Wahlkreisen und einem Wahlgang sollte ursprünglich allen drei verbündeten Parteien, die damals an der Macht waren, die theoretische Chancengleichheit für die Wahl ihres Kandidaten in jedem einzelnen Wahlkreis ermöglichen. Das System ließ in den meisten Wahlkreisen die größte Partei gewinnen und nicht die drei größten Parteien. Zum einen wurde einige Jahre nach dem Gesetzeserlass von 1925 das Drei-Parteien-Muster nicht durch ein vorherrschendes Parteimuster ersetzt, sondern durch ein recht stabiles Zweiparteiensystem. 1939 spaltete sich eine der beiden Großparteien (Seiyūkai) in drei separate Parteien auf und verband sich mit der anderen Großpartei (Minseitō) sowie weiteren Parteien zur großen Koalition während des Zweiten Weltkrieges. Unter dem Nachkriegsgesetz von 1947 gab es kurzzeitig erneut ein Drei-Parteien-System, bevor es 1949 von der Einparteien-Dominanz der Liberaldemokratischen Partei abgelöst wurde. Mitte der 1950er Jahre folgte eine kurze Zeitspanne des Zweiparteienwettbewerbs zwischen den Liberalen und den Demokraten, bis sich diese 1955 zusammenschlossen sowie sich die Rechts- und Linkssozialisten wiedervereinigten. Von Bedeutung ist zudem die Rolle der Fraktionen der regierenden konservativen Liberaldemokratischen Partei, die seit 1955 mit kurzen Unterbrechungen an der Macht ist.

²⁹ Fukui 1988; Hrebendar/Itoh 2015.

Denn die die LDP besteht aus mehreren etablierten Fraktionen, die bei Wahlen gleichsam wie separate Parteien miteinander konkurrieren.³⁰

Die Wahlreformen trugen in Japan, wie auch in Südkorea und Taiwan, zur parlamentarischen Dominanz der konservativen Kräfte bei. Doch nur in Japan folgte eine beinahe ununterbrochene jahrzehntelange Regierungszeit der konservativen Partei, nicht jedoch in Südkorea oder Taiwan. Die Ursache liegt im unterschiedlichen **Verfassungssystem**. Denn in Japan gibt es Parlamentarismus, in Südkorea Präsidentialismus und in Taiwan ein semi-präsidentielles Regierungssystem. Die langlebige konservative Regierung sorgte zwar für politische Stabilität, jedoch nur auf der Grundlage von struktureller Rigidität und mangelnder Reaktionsfähigkeit der Regierung auf nationale Erfordernisse oder Forderungen der Bevölkerung. Im Gegensatz zu Japan erzielten Südkorea und Taiwan raschere demokratische Fortschritte, deren politischen Systeme neigen jedoch aufgrund der regelmäßigen Machtwechsel zu politischer Instabilität. Versuche, das Verfassungssystem zu ändern, gab es in allen drei Ländern. In Japan liegt die Betonung auf Frieden und der fremden Natur der „MacArthur Verfassung“.³¹

Politische Zentralisierung & Dezentralisierung

Spezifische Traditionen ermöglichten trotz des parlamentarischen Systems als politischer Rahmen die Entwicklung verschiedener Arten von Akteuren mit Einspruchsrecht. Die Bürokratie ist die tragende Säule der Politikgestaltung. Dies resultierte aus der Entscheidung der USA als Besatzungsmacht, sich im Nachkriegsjapan auf die bereits bestehende Bürokratie zu stützen und politische Säuberungen durchzuführen.³² Der bürokratische Autoritarismus der Vorkriegszeit und der Mangel an Fachwissen bei den frühen japanischen Mandatsträgern der Nachkriegszeit führten im Laufe der Zeit zu einer stärkeren Einbeziehung der Regierungspartei und, durch die Liberaldemokratische Partei, der Interessengruppen in den politischen Entscheidungsprozess.³³ Die enge Auslegung der kollektiven Verantwortung des Kabinetts führte zum Erfordernis der Einstimmigkeit für Kabinettsbe-

³⁰ Ramseyer/Rosenbluth 1998; Fukui 1988.

³¹ Wu/Shen 2018; Christensen 2015.

³² Shinoda 2013.

³³ Martin/Stronach 2018.

schlüsse. Diese Einstimmigkeitsregel schränkte in Kombination mit der bürokratischen Vormachtstellung die Entscheidungsgewalt des Premierministers bei der Entscheidungsfindung im Nachkriegsjapan ein und verlieh den Kabinettsmitgliedern und den hinter ihnen stehenden Bürokraten ein Vetorecht. In der Folge entwickelte sich mangels politischer Führung Sektionalismus, in dem jeder Teil der Bürokratie seine eigenen Interessen und Kundenindustrien schützte.³⁴

Das alte Wahlsystem mit mehreren Wahlbezirken schwächte indirekt auch die **Macht des Premierministers**. Die Basisorganisationen der Liberaldemokratischen Partei bestanden aus einer Ansammlung von lokalen Unterstützerguppen (Koenkai) für einzelne Landtagsabgeordnete und Kandidaten. Die Parteizentrale entwickelte sich hingegen in eine lose Koalition von fünf bis acht großen Parteifraktionen. Das ursprüngliche Ziel der LDP-Fraktionen war es, einen ihrer Fraktionsvorsitzenden zum Premierminister zu machen. Um das Amt des Premierministers zu erlangen und zu behalten, musste der Kandidat die Loyalität der Parteimehrheit gewinnen und gleichzeitig die Harmonie in der Partei aufrechterhalten. Aus diesem Grund war er gezwungen, mit Mitgliedern anderer Fraktionen, über die er nur wenig Kontrolle hatte, ein Kabinett zu bilden. Häufig gehörte die Loyalität der Kabinettsmitglieder ihrem Fraktionsvorsitzenden und weniger dem Premierminister. Die unterschiedlichen Loyalitäten schwächten die Einheit des Kabinetts und damit die Macht des Premierministers über die Ministerien. Dadurch hatten die LDP-Regierungen innerhalb ihrer Kabinette potenzielle Vetostimmen.³⁵

Die Institutionalisierung der LDP-Fraktionen und der lokalen Unterstützerguppen machte deren Aufrechterhaltung für die LDP-Fraktionsvorsitzenden bzw. LDP-Landtagsabgeordneten sehr kostspielig. Die Fraktionsvorsitzenden konkurrierten um die Beschaffung politischer Mittel, die sie an die Fraktionsmitglieder verteilten. Einzelne Fraktionsmitglieder brachten auch selbst Gelder für die Aktivitäten der Unterstützerguppen auf. Die daraus resultierende Involvierung zahlreicher LDP-Abgeordneten in die Geldpolitik geriet insbesondere in den 1980er Jahren in den Mittelpunkt der Kritik. Die Rekrutierungsskandale in den späten

³⁴ Shinoda 2013.

³⁵ McCall Rosenbluth/Thies 2010; Shinoda 2013.

1980er Jahren, in die viele führende LDP-Politiker verstrickt waren, lösten ernsthafte Versuche von politischen und institutionellen Reformen aus.³⁶

Die schrittweisen **institutionellen Veränderungen** in den 1990er Jahren schufen ein neues politisches Umfeld. Sie schwächten die Vetostimmen innerhalb der Regierungspartei sowie der Regierung und begünstigten eine Top-down-Führung durch den Premierminister. Die Wahlreform 1994 beispielsweise führte zu einer erheblichen Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der LDP. Im alten System brachten die Wähler ihre Anliegen den ranghöheren und politisch mächtigen LDP-Politikern in ihrem Bezirk vor. Nach der Wahlreform erhielten in den Einzelwahlkreisen die rangniedrigeren LDP-Fraktionsmitglieder praktisch alle Wähleranfragen selbst. Dies verschaffte ihnen eine stärkere politische Basis gegenüber den Parteigrößen. Das neue System der Einzelwahlreise wirkte sich als strukturelle Veränderung auch auf eine andere Weise auf die LDP-Fraktionen aus. Neue Gesetze und das System der Einzelwahlkreise verringerten die politische und finanzielle Abhängigkeit der einzelnen Mitglieder von ihrer Fraktion bei der Wahl. Die Fraktionen verloren bei der Kandidatenrekrutierung und der Postenvergabe an Einfluss, da diese Agenden in der LDP-Zentrale und im Kabinett gebündelt wurden. Damit wurde die Macht der LDP-Fraktionen erheblich geschwächt.³⁷

Die Regierungsreformen 1999 und 2001 verlagerten die Macht von der Regierungspartei auf den Premierminister. Junichiro Koizumi beispielsweise nutzte diese Machtverschiebung, um den innerparteilichen Konsensfindungsprozess über die Antiterrorismusgesetze zu vernachlässigen. Wie die späteren Misserfolge nach Koizumi zeigen, garantierten diese Veränderungen allein nicht den Erfolg einer stärker zentralisierten und von oben nach unten gerichteten politischen Führung. Shinzo Abe konnte etwa die institutionellen Neuregelungen nicht in vollem Umfang für seine innenpolitischen Reformen nutzen. Die von 2009 bis 2012 regierende Demokratische Partei (Democratic Party of Japan, DPJ) scheiterte bei der Realisierung von institutionellen Veränderungen. Sie wollte insbesondere die Arbeitsteilung und Verantwortung zwischen Politikern und Beamten neu regeln und die „bürokratiegesteuerte Regierung“ mit einer „volksnahen Regierung“ ersetzen.

³⁶ Shinoda 2013.

³⁷ Ramseyer/Rosenbluth 1998; Shinoda 2013; Pekkanen 2018.

Der zentralisierte Politikgestaltungsprozess durch die Abschaffung der politischen Parteiausschüsse hielt viele DPJ-Mitglieder von der Beteiligung am Entscheidungsprozess ab und führte zu Frustrationen innerhalb der Partei. Beispielhaft für das Versagen der politischen Führung und dadurch der Stärkung der antibürokratischen Haltung der Bevölkerung war das Wahlversprechen, den Stützpunkt Futenma der US-Streitkräfte auf Okinawa zu verlegen. Zu Beginn gab es kein Konzept, die Alternativpläne verschiedener Kabinettsminister waren nicht durchführbar oder akzeptabel. Als Konsequenz trat Premierminister Yukio Hatoyama zurück.³⁸

Institutionalisierung des politischen Systems

Institutionalisierung bezeichnet den Prozess, durch den Organisationen und Verfahrensweisen Wert und Stabilität erlangen.³⁹ Parteien sollen als Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaft der Repräsentation und Mobilisierung der Bevölkerung sowie der demokratisch legitimierten Herrschaftsausübung dienen. Daher gelten stabile und funktionierende politische Parteien als Voraussetzung für die Konsolidierung demokratischer Regierungssysteme.⁴⁰ Japans **Staatsbürokratie** ist, gemessen an den Kriterien Anpassungsfähigkeit, Komplexität, Autonomie und Kohärenz, seit der Vorkriegszeit institutionalisiert. Im Gegensatz dazu wurden andere Organisationen wie das Parlament, die Liberaldemokratische Partei, das Kabinett und verschiedene Interessenverbände, darunter etwa die Vertretung von Ärzten, Bauern oder Textilarbeitern, erst in den 1980er Jahren institutionalisiert. Auch die öffentliche Politikberatung erreichte einen beachtlichen Grad an Institutionalisierung.⁴¹

Das **Parteiensystem** Japans wies, wie auch in Südkorea, einen deutlichen Mangel an formell institutionalisierten Parteiorganisationen auf. Der schwache Institutionalisierungsgrad war in beiden Ländern auf historische Faktoren zurückzuführen, insbesondere den Kontext der Parteibildung. Als Konsequenz trug das Fehlen formeller Mitgliederorganisationen in Japan zu einer wachsenden Zahl von „erblichen Parlamentariern“ bei. Dabei er-

³⁸ Shinoda 2013, 219.

³⁹ Huntington 2006, 12.

⁴⁰ Köllner 2003.

⁴¹ Harari 1988.

ben Politiker sowohl den Wahlkreis als auch das lokale Patronage- und Klientelverhältnis von ihren Vätern oder anderen Verwandten.⁴² Diese Klientelnetzwerke sind durch tendenziell asymmetrische und vertikal hierarchische Macht- und Ressourcenaustauschbeziehungen zwischen einem Patron und seinen Gefolgsleuten gekennzeichnet. Den zentralen Mobilisierungsmechanismus bilden insbesondere klientelistische Verbindungen zum Parteifraktionsführer und generell die gemeinsame Identität der Fraktionsmitglieder.⁴³ Der Trend weist auf eine künftig stärkere Formalisierung der internen Entscheidungsfindungsprozesse und finanziellen Praktiken hin, eine Implementierung formeller Basisstrukturen ist jedoch unwahrscheinlich. Parteimitgliedsorganisationen verlieren aufgrund der technologischen Entwicklungen im Bereich der Massenmedien und wegen der Zunahme der öffentlichen Finanzierung generell an Bedeutung. Dies zeigt sich auch in anderen Demokratien an den rückläufigen Parteimitgliederzahlen.⁴⁴

Institutionalisierungsgrad

Der Institutionalisierungsgrad eines politischen Systems lässt sich gemäß Huntington durch die Anpassungsfähigkeit, die Komplexität, die Autonomie und die Kohärenz seiner Organisationen und Verfahren definieren. Die **Anpassungsfähigkeit** der Parteien ist eine erworbene Organisationseigenschaft und direkt proportional zum Institutionalisierungsgrad. Sie resultiert aus den strategischen Bedingungen und dem Alter der Partei. Der Übergang von der Opposition in die Regierung ist ein weiterer Indikator für die Anpassungsfähigkeit einer Partei.⁴⁵

Je komplizierter eine Organisation ist, desto stärker ist sie institutionalisiert. Die **Komplexität** bezieht sich etwa auf die Vielzahl von organisatorischen Untereinheiten bzw. die innerorganisatorische Differenzierung, sowohl in hierarchischer als auch funktionaler Hinsicht. Je größer die Anzahl und Vielfalt der Untereinheiten ist, desto größer ist die Fähigkeit der Organisation zur Sicherung der Mitgliederloyalität.⁴⁶ Ein zweiter Indikator für die

⁴² Hellmann 2018; Derichs/Lukner 2013, 298; Hrebenar/Itoh 2015.

⁴³ Köllner 2003; Curtis 1988, 81.

⁴⁴ Hellmann 2018.

⁴⁵ Köllner 2003; Huntington 2006, 12f.

⁴⁶ Huntington 2006, 17f.

Komplexität politischer Parteien ist das Ausmaß des Personalismus. Dabei gilt eine starke personelle Prägung als niedriger Institutionalisierungsgrad. Personalismus bedeutet Loyalität gegenüber Personen statt gegenüber unpersönlichen Ideologien, Institutionen und Regeln. Er beruht nicht immer auf dem persönlichen Charisma. Personalismus gründet sich häufig auf der distributiven Fähigkeit eines Politikers im Sinne einer individuellen oder kollektiven Versorgungspatronage, seiner programmatischen oder ideologischen Repräsentantenrolle oder seiner Funktion als innerparteilicher Konfliktlöser. Die **Autonomie** politischer Parteien betrifft das Ausmaß ihrer Unabhängigkeit von anderen sozialen Gruppen, etwa Interessensgruppen, Klassen oder Familien.⁴⁷ Die **Kohärenz** bezieht sich auf das Ausmaß, in dem eine Partei als einheitlicher Akteur agiert, etwa in Bezug auf ihre Funktionen und Problemlösungsmechanismen. Je einheitlicher und kohärenter eine Organisation ist, desto stärker ist sie institutionalisiert.

Das Ausmaß an innerparteilichem **Fraktionalismus** gilt als zentraler Indikator für die Kohärenz politischer Parteien. Der Wettbewerb zwischen innerparteilichen Fraktionen erschwert häufig den Konsens in Parteien, deren Zusammenhalt und Effektivität. Fraktionalismus kann inhaltliche Debatten oder Personalentscheidungen beeinflussen. Doch Fraktionen können nicht nur dysfunktional, sondern auch funktional für die betroffenen Parteien und das gesamte Parteiensystem wirken, beispielsweise für integrative Konfliktlösungsprozesse oder als Ausgleich extremer Positionen. Personalisierte Fraktionen weisen einen klientelistischen Charakter auf und enden üblicherweise mit dem aktiven politischen Leben des Fraktionsführers. Sie sind durch tendenziell asymmetrische und vertikal hierarchische Macht- und Ressourcenaustauschbeziehungen zwischen einem Patron und seinen Gefolgsleuten gekennzeichnet. Den zentralen Mobilisierungsmechanismus bilden insbesondere klientelistische Verbindungen zum Fraktionsführer und generell die gemeinsame Identität der Fraktionsmitglieder.⁴⁸

⁴⁷ Huntington 2006, 20.

⁴⁸ Köllner 2003; Huntington 2006.

Fraktionalismus in Japan

Fraktionen zählen zu den charakteristischen Organisationsmerkmalen der LDP. Doch trotz heftiger Fraktionskämpfe, vor allem in Wahlkampfzeiten, blieb die LDP eine Einheit. Denn eine Parteispaltung würde zum Zusammenbruch der LDP-Regierung sowie zum Verlust der Mittel für die Postensicherung und der Pflege der Unterstützerbasis, insbesondere die Geschäftswelt, führen. Indirekter Druck entstammte auch der Geschlossenheit der sozialistischen Oppositionspartei.⁴⁹

Das **Muster der LDP-Fraktionalisierung** wurde durch die Wahlanreize der LDP-Politiker und der LDP-Unterstützer geformt. Die Rahmenbedingungen bestanden in den institutionellen Zwängen, vor allem den Wahlgesetzen, der Verfassung und den Regelungen für die politische Finanzierung. Die Dynamik des interfraktionellen politischen Prozesses und die daraus resultierende Unsicherheit bildeten den Ursprung der organisatorischen Normen der LDP. Das Muster der Fraktionsbildung blieb nicht statisch. Vor allem in den letzten zwei Jahrzehnten nahm die Anzahl der konkurrierenden Fraktionen ab, jene der Mitglieder jedoch zu. Die Fraktionen entwickelten sich zu formelleren politischen Einheiten mit klar definierten Funktionsbereichen. Ihre Interaktion innerhalb der LDP regelten zunehmend institutionalisierte Normen. Beispielsweise legte eine Senioritätsregel die Beförderung von Politikern nach der Anzahl der Wiederwahlen fest. Zudem beeinflussten interfraktionelle Abwägungsprinzipien, wie etwa die Verhältnismäßigkeit und die Gewaltenteilung, die Zuteilung von Kabinettressorts und von wichtigen Parteipositionen.⁵⁰

Die innerparteilichen Strategien und damit die Fähigkeit der politischen Parteien, das kollektive Handlungsdilemma zu lösen, wurde in erster Linie vom Wahlsystem beeinflusst. Denn diese strukturieren die Bedingungen für den Zusammenhalt der Parteien. In den meisten Wahlsystemen verfügen die Parteiführer über ausreichende Ressourcen zur wirksamen Durchsetzung einer solchen Zusammenarbeit. Im japanischen System mit nicht übertragbaren Einzelstimmen waren jedoch selbst die erfolgreichsten Par-

⁴⁹ Masumi 2018; Nakakita 2020; Ramseyer/Rosenbluth 2018; Inoguchi/Mikami/Fuji 2007; Curtis 1988.

⁵⁰ Nakakita 2020; Kohno 2018b; Kohno 2018c.

teien nicht in der Lage, die eigennützigen Ambitionen der Fraktionsvorsitzenden zu zügeln. Dies gefährdete die Fähigkeit der Partei, Regierungssitze zu gewinnen. Das kollektive Handeln der LDP scheiterte mangels wirksamer Kontrolle bei grundlegenden Fragen, insbesondere bei der Einigung auf die Kandidatenanzahl in einem bestimmten Bezirk.

Die **Ursache der Fraktionalisierung** liegt neben dem Wahlsystem auch in den mangelnden Sanktionsmöglichkeiten durch die Parteivorsitzenden und der Nominierungspolitik für den Parteivorsitzenden. Das Mehrheitswahlsystem, in dem jedes Landtagsmitglied über eine Stimme zur Präsidentenwahl verfügt, motivierte ehrgeizige Fraktionen dazu, sich auf jeden Fall zu vergrößern, und intensivierte damit den Kandidatenwettbewerb. Ein weiterer Faktor war der exklusive Zugang zu zahlreichen Amtsvorteilen für den LDP-Vorsitzenden. Er wurde zwischen 1955 und 1993 automatisch zum Premierminister mit dem verfassungsmäßigen Vorrecht, wichtige Regierungsämter zu vergeben.⁵¹

Fraktionalismus in Japan im Vergleich zu Südkorea

Die spezifische Ausformung der Parteifraktionen unterschied sich in Japan vom benachbarten Südkorea. In Japan waren die Parteifraktionen als informelle Parteistrukturen in Folge der langen Regierungszeit der Liberaldemokratischen Partei deutlich stärker institutionalisiert. In Südkorea hingegen wurde die politische Kultur lange Zeit autoritär geprägt, verbunden mit einer stärkeren Machtkonzentration auf Einzelpersonen und einer stärkeren Zentralisierung von Spendenflüssen an Politiker. Die Fraktionen zeichneten sich durch eine aktive Koalitionssuche nach der Abspaltung aus der vorherigen Partei aus. Sie waren fluider und simpler strukturiert, durch stärkere Machtasymmetrien gekennzeichnet und wiesen keine institutionalisierten informellen Regeln auf, etwa in Bezug auf die Vergabe von Partei- und Regierungsämtern in der Partei und Regierung. Das Wahlsystem, dessen spezielle Form in Japan für die Entwicklung und starke Institutionalisierung der innerparteilichen Fraktionen mitverantwortlich gemacht wurde, spielte in Südkorea offenbar keine wesentliche Rolle, da hier im Laufe der letzten Jahrzehnte vor allem verschiedene Varianten des Mehrheitswahlsystems in Einerwahlkreisen zum Einsatz kamen.

⁵¹ Nemoto/Pekkanen/Krauss 2018; Reed 2018; Nakakita 2020.

Unterschiedlich sind zudem die Konsequenzen des Fraktionalismus in japanischen und südkoreanischen Parteien. Dem japanischen Fraktionalismus wurden einerseits zahlreiche negative Auswirkungen zugeschrieben, insbesondere die Schwächung der Parteiführungen, die Postenvergabe nach Seniorität statt nach Verdienst oder die Intensivierung des Wettbewerbs um politische Spenden. Andererseits wurden ihm auch positive Effekte attestiert, etwa die Sicherstellung von Meinungspluralismus und verschiedenen personellen Optionen innerhalb der Liberaldemokratischen Partei, die Verhinderung einer diktatorischen Herrschaft über die Partei und Stabilität durch institutionalisierte Regeln der Machtverteilung. Demgegenüber galt der Fraktionalismus in südkoreanischen Parteien als verantwortlich für die Unterminierung der Parteienstabilität und der generellen Hemmung der demokratischen Entwicklung.⁵²

Parteipolarisierung Japans im Vergleich mit Südkorea und Taiwan

In Japan, Südkorea und Taiwan unterscheiden sich Ausmaß und Tendenz der Parteipolarisierung. Während die Polarisierung der politischen Parteien in Japan seit den 1990er Jahren sank, nahm sie in Südkorea ab den 2000er Jahren rapide zu. Gemessen an der traditionellen links-rechts-ideologischen Dimension ist zwar der Grad der Polarisierung in Taiwan gering, das Muster der Parteipolarisierung jedoch einzigartig. Denn die politischen Positionierungen stehen im Hinblick auf die Beziehung zu China in starkem Kontrast. Die unterschiedlichen **Muster der Parteienpolarisierung** wurden in den drei ostasiatischen Demokratien in erster Linie durch die sich verändernde Dynamik des Parteienwettbewerbs und entscheidende institutionelle Veränderungen, wie etwa die Reform des Wahlsystems, bestimmt. Bedeutend für das Muster der Parteienpolarisierung ist, welche Parteien sich zu den beiden Mainstream-Parteien entwickelten und wie sie ihre ideologischen Positionen beibehielten oder anpassten. Dies liegt in Japan vor allem daran, dass aufgrund der restriktiven Wahlsysteme nur zwei oder zweieinhalb Parteien effektiv aktiv waren.

⁵² Derichs/Heberer 2013, 32; Köllner 2003.

Die politischen **Folgen der Parteienpolarisierung** waren sowohl positiv als auch negativ. Einerseits erhöhte die Parteienpolarisierung die Parteizugehörigkeit und den politischen Protest. Andererseits wirkte sie sich negativ auf den Grad der Demokratiezufriedenheit aus. In Japan, wo das Ausmaß der Parteienpolarisierung deutlich zurückging, waren deren Auswirkungen geringer als in Südkorea oder Taiwan. Negative Folgen gab es in Südkorea und Taiwan beispielsweise in Bezug auf die Gesetzgebungspolitik und die Regierungsleistung sowie in Form von häufigem parteipolitischem Stillstand.⁵³

1.2 POLITISCHE KULTUR JAPANS

Die Beziehung zwischen dem Staat und der Gesellschaft war stets komplex.⁵⁴ Die politische Kultur verbindet kulturelle Merkmale der japanischen Gesellschaft, moderne Werte und gängige Charakteristiken von Staaten mit einer langen Einparteienherrschaft.⁵⁵ Japan weist, obwohl es eine parlamentarische Demokratie ist, auch „undemokratische“ Abläufe auf.⁵⁶ Der öffentliche politische Diskurs belegt den Wunsch nach einer Systemreform. Das Verlangen nach Leadership-Kompetenzen der Spitzenpolitiker resultierte in der Stärkung der Funktionen des Premiers und des Kabinetts.⁵⁷ Die vergleichsweise schwache Grundlage des Konstitutionalismus liegt im Bestehen des Landes und seiner politischen Infrastruktur seit über 2.700 Jahren. Zudem gilt die Verfassung nicht als intrinsisch, sondern als von außen tradiert.⁵⁸ Die auf Meritokratie und dem Senioritätsprinzip basierende Bürokratie erlaubt keine Infragestellung der vorgegebenen Handlungsleitlinien. Die paternalistische Mentalität und die wachsende Autarkie der Ministerialbürokratie waren bereits in den Strukturen der Meiji-Zeit ab Mitte des 19. Jahrhunderts angelegt. Hinzu kommt der innerbürokratische Sektionalismus und Fraktionalismus, beispielsweise organisatorische Abschottungstendenzen einzelner Ressorts.⁵⁹ Wesentlich ist die formalistische Entschei-

⁵³ Lee/Han 2018.

⁵⁴ Garon 1997.

⁵⁵ Ishida 1983, 4; Derichs/Lukner 2013; Martin/Stronach 2018.

⁵⁶ Derichs/Lukner 2013, 275.

⁵⁷ Ishida 1983, 4; Derichs/Lukner 2013; Martin/Stronach 2018.

⁵⁸ Annen/Rouso 2002, 561f.

⁵⁹ Derichs/Lukner 2013, 274.

dungsfindung und die „moralischen Politik“. Der Formalismus beruht auf dem Reputationsbewusstsein, dient der Legitimierung sowie der Gesichtswahrung und macht politisches Verhalten berechenbarer.⁶⁰

Die **kollektive Identität**, das starke Gemeinschaftsgefühl und ein kohäsiver Nationalismus sind ein markanter Aspekt der politischen Kultur. In Japan gibt es kaum eine Tradition des individuellen zivilen Widerstands gegen staatliche Eingriffe oder der politischen Philosophie.⁶¹ Die japanische Gemeinschaftsidentität resultiert aus dem gleichen ethnischen, historischen, kulturellen und sprachlichen Erbe. Die Gruppe hat Vorrang vor dem Einzelnen, der nicht getrennt von der Gemeinschaft existieren kann. Die Gemeinschaftsidentität stärkt einerseits die Solidarität, die soziale Zusammenarbeit und die gegenseitige Selbsthilfe auf der Basis von sozialen Verpflichtungen und Loyalität gegenüber der Gemeinschaft. Im Modernisierungsprozess war dieses kulturelle Charakteristikum eine treibende Kraft bei der Bildung der nationalen Einheit und zur Mobilisierung der Bevölkerung für nationale Ziele.⁶²

Organisationskultur & Bürokratie

Ein effizientes Funktionieren der Verwaltung erfordert Organisation und Ressourcen. Die Organisation bezieht sich auf die Arbeitsteilung und die Koordination unterschiedlicher Sektoren und Mitarbeiter. Neben den personellen und finanziellen Ressourcen sind ebenso Informationen, die politische Unterstützung und Zeit von Bedeutung.⁶³ Die Organisationskultur ist die Gesamtheit von institutionellen, erklärten und operativen Werten, Überzeugungen und Annahmen, die miteinander in Einklang stehen sollten. Je größer die Differenzen, desto stärker ist das Misstrauen zwischen der politischen Führung und der Bevölkerung. Dies mindert die Effektivität der Organisation. Bürokraten fassen im Allgemeinen eher vorsichtig Entscheidungen.⁶⁴

⁶⁰ Kim 2001.

⁶¹ Martin/Stronach 2018, 236.

⁶² Kim 2001.

⁶³ Bark 2001.

⁶⁴ Magee 1998, 25; Heuser 2009.

Japan verfügt über ein hochentwickeltes Verwaltungssystem. Charakteristisch ist die Kombination der formellen Struktur mit der Kultur, die dabei als eine von zahlreichen Einflussfaktoren wirkt. Die Kultur prägt die Organisationen auf der kognitiven und der materiellen Ebene. Die institutionellen Quellen für nationale Prädispositionen werden in den zentralen Regierungsorganen für die Formulierung und Durchführung der Politik vermutet.⁶⁵ Innerhalb der Verwaltung beeinflusst die spezifische Organisationskultur einerseits die bürokratische Ausrichtung, andererseits formen bürokratische Prioritäten nationale Präferenzen und die Politik. Denn die Verwaltungen beeinflussen mit ihrer Organisationskultur, den Werten und Gewohnheiten die Wahrnehmungsperspektive, die Reaktionsoptionen, die Zielsetzungen, die Prioritäten, die Kapazitäten und die Ergebnisse auf der internationalen Ebene. Die Bürokratien können die Politik formen, indem organisatorische Prozesse und Standardarbeitsanweisungen die Informationsarten, auf die sich Entscheidungsträger stützen, einschränken.⁶⁶ Bestimmend für das Ausmaß des Einflusses von Bürokratien auf die nationale Politik sind die organisatorischen Besonderheiten, insbesondere ein funktionelles Informationsmonopol. Ebenso spielen die Komplexität der Angelegenheit, etwa der Bedarf an Spezialwissen, und der verfügbare Zeitraum eine wichtige Rolle. Ist der Zeitraum für die Entscheidungsfindung kurz, erfolgt zumeist ein Rückgriff auf vorgefertigte Handlungsweisen.

Die Organisationskultur wird von unterschiedlichen Faktoren beeinflusst, etwa den innen- und außenpolitischen Bedingungen oder der Technologie. Häufig passt sie sich funktionell nicht an, weil die Kultur äußeren Einwirkungen widersteht, auch wenn etwa Kosten oder Vorteile dafürsprechen würden. Im Gegensatz dazu steht das Modell der Rational-Choice-Analysen für die internationalen Beziehungen, das auf der Basis der rationalen Wahl weder die Kultur, noch die Ausformung von staatlichen Präferenzen und ihren Effekt berücksichtigt. Die strukturelle Organisationstheorie besagt, dass ähnliche Einheiten in einer vergleichbaren Struktur ähnlich handeln. Die funktionelle Perspektive entspricht dem Realismus und meint, dass Organisationen einen bestimmten funktionellen, situationsspezifischen Zweck verfolgen.⁶⁷

⁶⁵ Zhang 2006; Lantis 2006; Lantis 2014; Legro 1996, 134; Putnam 1988.

⁶⁶ Lantis 2006, 42; Legro 1996, 135.

⁶⁷ Legro 1996.

Institutionelle Paralyse

Die hierarchische Struktur der einzelnen Ministerien verstärkt den Fraktionszwang unter den Mitarbeitern und führt zu einer institutionellen Insel-lage. Der ständige interministerielle Kampf um den Erhalt oder die Auswei-tung von Verwaltungsgebieten und Befugnissen erschwert die Planung und Umsetzung von Politiken.⁶⁸ Dies ist mit persönlichen Beziehungsnetzwer-ken verbunden. Sowohl große als auch kleine Unternehmen sind in hohem Maße von der Bereitstellung staatlicher Mittel für öffentliche Arbeiten ab-hängig und spenden große Summen an die politischen Parteien, insbeson- dere an die LDP. Die enge Beziehung zwischen Bürokratie, Politikern und Großunternehmen wurde lange Zeit als Kernstück des japanischen Erfolgs auf den globalen Märkten betrachtet. Dieses Amakudari-System entstammt den 1930er Jahren, als die Regierung mit der strengen Regulierung der Wirtschaft im Rahmen der Kriegsanstrengungen begann. Die Unternehmer stellten pensionierte Beamte zur Einflussnahme auf zukünftige Regierungs-richtlinien und zur Vertretung ihrer Interessen ein. Die Beamten profitier-ten von einer neuen Einkommensquelle. Die Beziehung zwischen Beamten und einem ehemaligen Kollegen, der in einem Wirtschaftssektor tätig war, der in den Zuständigkeitsbereich seines ehemaligen Ministeriums fiel, vertieft automatisch den Einfluss des Ministeriums auf diesen Sektor. Bei-spielhaft sind Privatunternehmen, Forschungsunternehmen oder Bera-tungsgremien. Diese Handhabung beschleunigte den Einsatz von politi-schen Instrumenten wie den administrativen Leitlinien. Das System der administrativen Leitlinien begann 1952 zur Bildung von Industriekartellen, die als wichtig für die nationalen Interessen angesehen wurden, etwa der Schwerindustrie oder Petrochemie. Zwar wurde 1947 ein Anti-Monopol-Gesetz verabschiedet, in den frühen 1950er Jahren jedoch überarbeitet, um die Kartellbildung zu ermöglichen. Das Amakudari-System stellt eines der größten Hindernisse für einen strukturellen Wandel dar.⁶⁹

⁶⁸ Carpenter 2008, 143; Guo 2011; Curtis 1988, 110.

⁶⁹ Haddad 2018; Carpenter 2008; Derichs/Lukner 2013, 328f; Davies/Ikeno 2002, 24f; Masumi 2018.

Kolonialverwaltung Japans

Japans Kolonialverwaltung war modern, effizient und nachhaltig. Beispielhaft ist die Administration der koreanischen Halbinsel, wo während der japanischen Kolonialzeit von 1910 bis 1945 eine moderne Bürokratie nach der Definition Max Webers entstand.⁷⁰ Japan gliederte Korea, ebenso wie etwa die Mandschurei, Taiwan sowie Teilregionen von China und Südostasien in die Großostasiatische Wohlstandssphäre ein. Diese stellte Japans autarkes politisch-wirtschaftliches System in Asien dar. Aufgebaut durch Kolonisierung und Eroberung richtete sich die Großostasiatische Wohlstandssphäre gegen die westliche Vorherrschaft und diente den Eigeninteressen Japans. Im Kolonialismus erlebte Korea politische Unterdrückung sowie menschliche und materielle Ausbeutung. Insbesondere die Zwangsarbeit der Koreaner in der japanischen Armee, in japanischen Fabriken oder als sogenannte Trostfrauen in Militärbordellen stellen noch heute einen immer wieder aufflammenden Konfliktherd dar.⁷¹

Die öffentliche Verwaltung Koreas diente dem japanischen Kaiser. Die tatsächliche politische Macht Japans lag jedoch bei der Oligarchie aus Bürokraten, Großunternehmen und Streitkräften. Das Ziel war die Aufrechterhaltung und Festigung der Kolonialherrschaft und die Ausbeutung Koreas. Die Modernisierung diente ausschließlich dem japanischen Gewinn und zum Teil der Vorbereitung auf die kommenden Kriege. Das in Japan bestehende eingeschränkte Parlamentssystem kam für Korea nicht in Frage. Die geringen bürokratischen Verbesserungen in Korea betrafen die Infrastruktur und die Qualifikation der Beamten. Die quantitative und qualitative Verbesserung des Kommunikations- und Transportsystems erhöhte das Bewusstsein der Beamten für die Bedeutung des Informationsflusses. Sie erwarben Grundkenntnisse in modernem Recht und Wirtschaft. Der größte Unterschied zur vorherigen koreanischen Joseon-Verwaltung lag in der Effizienz und der Verrechtlichung. Die gesetzlich festgelegten Verwaltungsbefugnisse erhöhten die Vorhersehbarkeit der bürokratischen Leistungen. Die humanen und materiellen Ressourcen wurden effektiv mobilisiert, zugewiesen und genutzt. Die spezialisierten Beamten arbeiteten mit

⁷⁰ Weber 2008, 168.

⁷¹ Lee I. 2018a.

einem zugewiesenen Budget. Dies reduzierte den bürokratischen Missbrauch von privilegierter Macht und die damit verbundene Korruption.⁷²

Beziehungsdynamik zwischen Staat und Gesellschaft

Die schmachvolle Niederlage Japans im Zweiten Weltkrieg und die erzwungene Akzeptanz eines fremden politischen Systems verstärkte die bis zur Meiji-Zeit bestehende Trennung zwischen Nation und Staat. Daher richtet sich der japanische Stolz auf die nationale Kultur, die Traditionen sowie die wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Erfolge der Nachkriegszeit, jedoch weniger auf die politischen Institutionen.⁷³ Von Bedeutung ist die moderne Tradition des Einsatzes von Überzeugungsarbeit in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, deren Wurzeln bis in die Meiji-Ära zurückreichen. Dies zeigte sich beispielsweise im staatlichen Krisenmanagement im Verlauf der Corona-Pandemie deutlich.⁷⁴ Als Erklärung für die politische Dynamik Japans galt stets die enge Verflechtung des Staates, insbesondere Spitzenpolitiker der Regierungspartei und der Präfekturen, mit dem Unternehmenssektor, vor allem Führungspersonen großer Wirtschaftsverbände und Großunternehmen, und der Ministerialbürokratie. Wesentliche Faktoren waren der Interventionismus und Korporatismus der Ministerialbürokratie, das System der administrativen Leitlinien sowie die generelle Firmenfokussierung und die unternehmensdominierte Gesellschaft. Letzteres wird durch eine entsprechende politische Steuerung sowie gesellschaftliche Wert- und Zielvorstellungen, welche die Schaffung eines nationalen Konsenses begünstigen, gefördert.⁷⁵

Gewerkschaften

Der Korporationskapitalismus fungiert als System eines geregelten Pluralismus, in dem die Gewerkschaften als Verbündete der Unternehmen agieren. Der geregelte Pluralismus geht von einer regelbasierten Teilnahme verschiedener Interessensgruppen, etwa Gewerkschaften oder Oppositi-

⁷² Kang 2001; Bark 2001.

⁷³ Martin/Stronach 2018.

⁷⁴ Gordon 2020.

⁷⁵ Derichs/Lukner 2013; Haddad 2018; Carpenter 2008; Masumi 2018.

onsparteien, am Politikformulierungsprozess aus.⁷⁶ Da sich die Gewerkschaften im Sinne der korporationskapitalistischen Ideologie als kooperativen Partner und nicht als konfrontativen Gegenspieler der Arbeitgeber betrachteten waren sie starke Modernisierungsakteure.

Typische **Merkmale** der Gewerkschaften sind bis heute die Organisationsform auf der Unternehmensebene und das Mitgliedschaftssystem. Wie auch in Südkorea wurden die Gewerkschaften auf der Ebene der Großunternehmen und nicht der Industrien gegründet. Gewerkschaftsmitglied konnte ausschließlich die Stammebelegschaft werden. Diese Beschäftigten sind jedoch aufgrund ihres Status gegenüber nicht-regulär Beschäftigten, beispielsweise Teilzeitkräfte, Leih- oder Saisonarbeiter, privilegiert. Denn sie genießen Sozialversicherungsleistungen und andere Firmenvergünstigungen.

Die **politische Rolle** der Gewerkschaften erlebte einen programmatischen Wandel. Nach der Zeitphase der massiven Arbeitskämpfe und der Verschlechterung der Wirtschaftslage war die Ölkrise 1973 ein Wendepunkt. Es erfolgten strukturelle, instrumentelle und institutionelle Veränderungen der gewerkschaftlichen Einflussnahme auf die Politik. Die Gewerkschaftsverbände beteiligten sich in ihrer Funktion als Vertreter der Unternehmensgewerkschaften aktiv an der Politikformulierung, die mit grundsätzlichen Themen wie Beschäftigungspolitik oder Arbeitsorganisation über den Lohnkampf hinausging. In der Folge schlossen sich die vier großen Gewerkschaftsverbände zur Erweiterung ihres Einflusses und gezielten Interessensvermittlung zu einem Dachverband zusammen.⁷⁷

Zivilgesellschaft

Die Zivilgesellschaft kann eine Demokratie stützen oder untergraben. Die Stärke der japanischen Zivilgesellschaft liegt auf der subnationalen Ebene. Weniger effektiv ist sie in der nationalen Politik, die lange Zeit von einer konservativen Partei und einer starken Bürokratie dominiert wurde. Die Zivilgesellschaft wurde durch ihre Interaktion mit der politischen Gesellschaft, wie etwa dem Staat und politischen Parteien, gebildet. Die spezifi-

⁷⁶ Muramatsu/Krauss 2018.

⁷⁷ Hatakeyama 2021; Derichs/Lukner 2013; Walker 2015.

sche Konfiguration und das Muster des zivilen Aktivismus wurden in diesem Prozess geformt. Das Ausmaß, in dem Akteure der sozialen Bewegungen in Ostasien Einfluss auf die demokratische Staatsführung nahmen ist unterschiedlich. Die Art und Weise, wie sie auf die aktuellen Herausforderungen der Ungleichheit reagierten, spiegelte ihre bereits bestehende Konfiguration wider. Die Kapazität und Wirksamkeit der Zivilgesellschaft wurden vom neoliberalen Strukturwandel, der konservativen Regierung und der einschränkenden geopolitischen Lage untergraben.⁷⁸

Die Bewegung der Neuen Linken der Nachkriegsjahrzehnte hinterließ ein bedeutendes Erbe für die spätere Entwicklung des zivilgesellschaftlichen Aktivismus in Japan. Die sozialen Bewegungen haben weder einen expliziten Anspruch auf eine Veränderung des nationalen politischen Systems noch die tatsächliche Erfahrung, große soziale Veränderungen zu bewirken. Die früheren Progressiven definierten die japanische Gesellschaft als eine „kontrollierte Gesellschaft“, in welcher der Staat, die Bürokratie und Privatunternehmen Einzelpersonen und das Gemeinschaftsleben disziplinierten. Das Hauptziel der Bewegungen bestand nicht im Streben nach einer sofortigen Änderung der nationalen Politik oder politischer Institutionen, sondern in der Verwirklichung einer „Selbstrevolution im Alltag“ jedes einzelnen Aktivisten und in der Bewusstseinsbildung der Japaner. Dieser Orientierung folgend engagierten sich viele soziale Aktivisten in lokale Gemeinschaften, hatten jedoch eine Abneigung gegen disruptive Taktiken des kollektiven Handelns. Die zivilgesellschaftlichen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre spiegelten dieses Erbe wider, etwa die Kampagne gegen die Umweltverschmutzung oder der Anti-Atom-Aktivismus. Ohne Herausforderung der nationalen Politik konzentrierten sie sich auf die politischen Möglichkeiten im Rahmen des Justizsystems, etwa durch das Einreichen von Klagen, und die Zusammenarbeit mit lokalen Behörden. Als Folge dieser Entwicklung ist die Zivilgesellschaft durch eine Dualität zwischen schwachem nationalem Einfluss und starker lokaler Präsenz gekennzeichnet. Auf der individuellen Ebene ist das Engagement hoch. Es gibt zahlreiche kleine lokale Gruppen, jedoch wenige große, auch national einflussreiche Interessensgruppen.⁷⁹ Die Limitierung der Zivilgesellschaften zeigt sich etwa im kleinen lokalen Einflussgebiet, in der begrenzten Mit-

⁷⁸ Jain 2014; Lee Y. 2018.

⁷⁹ Lee Y. 2018.

gliedschaft, der geringen Anzahl an professionellen Mitarbeitern und einem niedrigen Budget.⁸⁰

Gemeinnützige Organisationen

In der japanischen Zivilgesellschaft sind gemeinnützige Organisationen zentral. Sie sind eine wesentliche Komponente der lokalen Bemühungen zur Machtübertragung an die Bevölkerung im Rahmen einer pluralistischen Demokratie und partizipativen Regierungsführung. Noch mangelt es teilweise an Machtdezentralisierung, doch die Mobilisierung von unten nach oben sowie die strategische und taktische Kooperation mit nationalen und internationalen Akteuren nahm zu.

Die **limitierte Unabhängigkeit** der gemeinnützigen Organisationen in Japan beruht auf institutionellen Faktoren, etwa den gesetzlichen Vorschriften, und der bürokratischen Praxis. Die meisten Non-Profit-Organisationen wurden ursprünglich vom Staat gegründet und kontrolliert, vor allem über die (finanziellen) Ressourcen. Allmählich diente die soziale Innovation in Japan als Instrument zur Politisierung eines Raumes, den die Neoliberalen zu entpolitisieren versuchten. Die vertikale Machtverteilung wurde in Frage gestellt und durch horizontale Alternativen ersetzt. Grundsätzlich versucht der Staat, politischen Dissens zu minimieren. Verglichen mit Südkorea sind Japans lokale zivilgesellschaftliche Gruppen stärker, die Berufsverbände jedoch weniger streitlustig.⁸¹

In Japan gibt es zahlreiche erfolgreiche kleine lokale Gruppen, etwa Nachbarschaftsvereinigungen, aber einen auffallenden Mangel an großen unabhängigen Interessengruppen. Für unabhängige Gruppen ist es herausfordernd, groß zu werden und für große Gruppen liegt die Schwierigkeit in der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit. Darauf üben die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches aus dem Jahr 1896,⁸² das mit Modifikationen bis heute in Kraft ist, erheblichen Einfluss aus. Die Meiji-Zeit (1868 - 1912) war für die Schaffung des modernen japanischen Staates von entscheidender Bedeutung. Die institutionellen Unzulänglichkeiten bei der

⁸⁰ Pekkanen 2018.

⁸¹ Ogawa 2020; Alagappa 2004; Pekkanen 2004; Derichs/Heberer 2013; Garon 1997.

⁸² Lönholm 1898.

Integration des Militärs in das parlamentarische System trugen zum Aufstieg des Militarismus und zum Pazifikkrieg bei. Die damals zur Regulierung der Zivilgesellschaft geschaffenen Institutionen hatten ebenfalls schwerwiegende Folgen, denn die Kernbestimmungen des japanischen Zivilgesetzes werden nur selten geändert. Die Formulierung des Zivilgesetzbuches stellte einen kritischen Punkt in der Entwicklung der japanischen Zivilgesellschaft dar. Die Verfasser hemmten bewusst das Wachstum der zivilgesellschaftlichen Organisationen, um die Militarisierung und Industrialisierung in der Meiji-Ära zu fördern. Derselbe Regelungsrahmen wurde in der Nachkriegszeit beibehalten, allerdings mit geringeren Hürden für soziale, religiöse, medizinische und bildungspolitische Gruppen. Obwohl der ordnungspolitische Rahmen den Wirtschaftsaufschwung förderte, indem er das Wachstum großer zivilgesellschaftlicher Gruppen hemmte, stellte er sich langfristig als beständig und die Konsequenzen als unbefriedigend heraus.

Die Gründung und Entwicklung der erfolgreichen Nachbarschaftsgruppen beispielsweise stand in enger Verbindung zum Staat. Die Gründung erfolgte relativ spontan auf der Basis bestehender lokaler, etwa religiöser Organisationen. Die Verbreitung der Nachbarschaftsgruppen in den 1920er Jahren beruhte auf der starken staatlichen Unterstützung für lokale Wohlfahrtsverbände sowie aus sozialen Gründen, insbesondere der mangelnden Staatshilfe nach Erdbeben. In den 1940er Jahren wurden sie mit Teilnahmepflicht in die Lokaladministration integriert. Die Alliierte Besatzungsregierung schaffte die Nachbarschaftsverbände 1947 ab, weil sie als undemokratisch und als Kontrollinstrument der Militärregierung betrachtet wurden. Ab 1952 gewannen sie erneut an Einfluss.⁸³

Soziale Bewegungen

Die Aktivitäten der **Anti-Atomkraft-Bewegung** können in Japan in eine frühe Phase bis 1973, die Prä-Tschernobyl-Phase von 1973 bis 1986, die Post-Tschernobyl-Phase von 1986 bis 1992 und die Anti-Plutonium-Phase ab 1992 unterteilt werden. Ein wichtiger Wendepunkt war die Tschernobyl-Katastrophe. Die Anti-Atomkraft-Bewegung setzte zunehmend auf transnationales Engagement, konnte jedoch in den letzten drei Zeitphasen kei-

⁸³ Pekkanen 2004; Garon 1997.

nen größeren politischen Einfluss gewinnen.⁸⁴ Dies liegt daran, dass die japanische Nuklearindustrie in Abstimmung mit staatlichen Stellen seit den 1970er Jahren die Bildung einer pro-nuklearen Gesellschaft finanziell und symbolisch förderte.⁸⁵ Die Mobilisierungsfähigkeit einer zielgerichteten Bewegung, etwa für ein Referendum, beruht auf den Initiatoren. Dabei ist das Gefühl der Solidarität eine entscheidende Ressource. Waren die Initiatoren beispielsweise gewöhnliche, wenn auch bekannte oder besser gestellte Stadtbewohner und keine offensichtlichen Anführer, konnte sich die Mehrheit der Bewohner mit ihnen identifizieren. In der Phase, in der das unmittelbare Ziel die Durchführung eines Bürgerreferendums war, entsprach der Charakter der sozialen Bewegungen häufig eher einem kleinen Unternehmen. Die Initiatoren fungierten als Spendensammler, Planer und Organisatoren und die umworbenen Bürger als Gäste der spezifischen Veranstaltungen. Falls die Stadtverwaltung ein stark unterstütztes Referendum dennoch ignorierte, trug die soziale Bewegung den Konflikt weiter, etwa durch die Stärkung der Solidarität mittels Kritik, dass der Entscheidungsprozess undemokratisch wäre.⁸⁶

In der Zeitspanne der konfrontativen Politik kam es in den späten 1960er Jahren an den meisten japanischen Universitäten zu radikalen und gewalttätigen politischen Protesten. Der Schwerpunkt der **Studentenproteste** lag auf dem Widerstand gegen den Vietnamkrieg und den Sicherheitsvertrag Japans mit den USA. Die Studenten, die durch konfrontative Politik politisch sozialisiert wurden, engagierten sich auch später bei zeitgenössischen sozialen Bewegungen, insbesondere als risikobereite Quelle der Protestenergie.⁸⁷

Die wachsenden **Umweltprobleme** weisen in Japan drei Grundtypen von Problemlösungsprozessen auf: die Reform des Verwaltungssystems, die Veränderung des Herrschaftssystems und die kooperative Problemlösung durch gegensätzliche Akteure. Im Zuge des sozialen Wandels findet nun die Universalisierung des Umweltproblems statt. Um Nachhaltigkeit zu erreichen, ist eine Umstrukturierung der Produktions- und Verbrauchssys-

⁸⁴ Hasegawa 2011.

⁸⁵ Weiss 2020.

⁸⁶ Hirabayashi 2011.

⁸⁷ Kurita 2011.

teme erforderlich. Das bedeutet ein immer stärkeres Eingreifen des Umweltkontrollsystems in das Wirtschaftssystem. Das Ziel ist die Einbeziehung von Umweltbelangen als primäre Managementaufgabe.⁸⁸

Politische Beratungsgremien

Die Konsultation der Regierung mit regierungsexternen Einzelpersonen und Gruppen gilt als wichtiger Gradmesser für den demokratischen Charakter eines politischen Systems. Im Idealfall umfasst der Prozess einen gleichberechtigten und interaktiven Ideenaustausch zwischen Staat und Gesellschaft, um die Entwicklung einer reaktionsfähigen, innovativen und umsetzbaren Politik zu erleichtern. Durch den Austausch erwirbt die Regierung Informationen, Fachwissen, Ideen und Visionen, die zu ihrem theoretischen und politischen Urteilsvermögen beitragen. Das theoretische Urteilsvermögen betrifft die Fähigkeit, Daten und ihre Auswirkungen auf politische Alternativen zu bewerten. Das politische Urteilsvermögen bezieht sich auf das Verständnis für die Auswirkungen politischer Maßnahmen auf verschiedene Teile der Gesellschaft. Die Regierung kann politische Konsultationen nutzen, um die Gesellschaft über die offiziellen Ansichten zu unterschiedlichen Themen zu informieren. In einem gereichten Prozessablauf erhalten alle betroffenen Personen und Gruppen die Möglichkeit zur Beteiligung. Die Konsultation der Regierung kann verschiedene Formen annehmen. Dazu zählen Beratungs- und Forschungsverträge mit Einzelpersonen, Unternehmen sowie universitären und außeruniversitären Organisationen oder informelle Kontakte mit Personen und Gruppen, die bestimmte Standpunkte vertreten. Hinzu kommen von der Regierung eingerichtete gesetzliche und nicht gesetzliche öffentliche Beratungsgremien mit einem zumindest teilweisen Mitgliederanteil ohne Regierungsfunktion.⁸⁹

In Japan gibt es zwei Arten von Beratungsgremien, gesetzliche und nicht-gesetzliche. Die nichtgesetzlichen werden als private Beratungsgremien bezeichnet. Sie werden informell vom Premierminister, Kabinettsmitgliedern, anderen Leitern von Regierungsbehörden oder hochrangigen Regierungsbeamten eingerichtet, um als deren Berater zu fungieren.

⁸⁸ Funabashi 2011.

⁸⁹ Harari 1988; Carpenter 2008.

Gesetzliche Beratungsgremien werden auf der Basis unterschiedlicher Gesetze oder durch Kabinettsverordnungen eingerichtet. Öffentliche Beratungsgremien können entweder ad hoc oder permanent sein. Ad-hoc-Beratungsgremien werden mit einem politischen Problem betraut und nach Erfüllung der Aufgabe oder nach Fristablauf aufgelöst. Beispielhaft war die Verfassungskommission oder der Untersuchungsrat für das Bildungswesen. Die ständigen Arbeitsgruppen befassen sich mit Problemen, die von der betreffenden Behörde an sie herangetragen oder von Mitgliedern aufgeworfen wurden. Die Mitglieder werden für einen bestimmten Zeitraum mit der Möglichkeit zur Verlängerung ernannt. Die Aufgaben umfassen die Beratung zu wichtigen politischen Maßnahmen, die Prüfung von Qualifikationen und die Untersuchung von Verwaltungsmissbrauch. Sie betreffen weiters die Zulassung und Anwendungsnormen von Gesetzen, die Streitbeilegung und Angelegenheiten, die wissenschaftliche Fachkenntnisse erfordern. Die privaten Beratungsgremien konzentrieren sich auf die Prüfung politischer Maßnahmen, die Beistellung von wissenschaftlichem Expertenwissen und die Streitbeilegung.

Die Bedeutung der öffentlichen Beratungsgremien liegt in der Einbringung neuen Fachwissens und der Förderung einer gerechten Implementierung der öffentlichen Politik. Sie unterstützen die Koordinierung zwischen verschiedenen Regierungsorganisationen und spiegeln die Ansichten der von der öffentlichen Politik betroffenen Interessen wider. Zumeist wurde jedoch angenommen, dass die staatliche Bürokratie als dominierende Kraft in politischen Prozessen die Beratungsgremien zur Legitimierung der politischen Positionen nutzte. In diesem Sinne waren die offiziellen Ziele der Beratungsgremien lediglich die von der demokratischen Verfassung geforderten und nach außen gezeigten Grundsätze (Tatemaie). Die Realität (Honno) blieb bis in die 1980er Jahre die steuernde und manipulative bürokratische Herrschaft.⁹⁰

Institutionalisierung der politischen Beratungsgremien

Beratungsgremien wurden bereits in der Meiji-Ära eingerichtet. Die US-Besatzung Japans markierte durch die Festlegung der gesetzlichen Grundlage für ein System von Beratungsgremien einen Wendepunkt. Sie erstellte

⁹⁰ Harari 1988.

formelle Richtlinien für Amtszeit, Mitgliedschaft und Zusammensetzung, Arbeitsweise und Berichterstattung. Diese Reform zielte auf die Begrenzung der Befugnisse der Bürokratie, die politische Teilhabe, die Integration der öffentlichen Verwaltung ab. Die Beratungsgremien sollten durch den Zugang zu relevanten Informationen an Autonomie und Einfluss gewinnen. In diesem Reformprozess des Konsultationssystems wurden die Anzahl der Beratungsgremien vorerst im Rahmen der allgemeinen Verwaltungsrationalisierung stark reduziert. Die von der Hoover-Mission initiierte Verwaltungsrationalisierung stützte sich auf den Neun-Punkte-Plan zur wirtschaftlichen Stabilisierung und förderte Einfachheit, Effizienz und Klarheit bei den Zuständigkeiten und der Organisation der Staatsverwaltung. Tatsache ist, dass entgegen den ursprünglichen Absichten der US-Verwaltung und trotz aller Maßnahmen die japanische Bürokratie am Ende der Besatzungszeit nicht schwächer, sondern stärker hervorging als jemals zuvor.⁹¹

In den 1950er und 1960er Jahren war die Vorherrschaft der staatlichen Bürokratie im politischen Prozess unangefochten. Dies lag an der Besetzung der Beratungsgremien mit Personen, auf die sich die Staatsverwaltung verlassen konnte, etwa amtierende oder pensionierte Beamte und Landtagsabgeordnete. Die Mitglieder repräsentierten nicht die gesamte Bandbreite der relevanten wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Sie waren zumeist mit den dominierenden Verbänden verbunden oder Persönlichkeiten, deren etablierter Ruf den Gremien Prestige verlieh, denen es jedoch an Innovation, Fachwissen und verfügbarer Zeit mangelte. Ein weiterer hemmender Faktor war der zum Vorteil der Staatsbürokratie festgelegte Bezugsrahmen, etwa der Zeitrahmen. Den Beratungsgremien mangelte es am Informationszugang und an finanziellen Ressourcen. Die große Mitgliederzahl erschwerte die effektive Koordinierung zusätzlich.

Entgegen der ursprünglichen Absicht der US-Besatzung nahm das System der Beratungsgremien drei weitere Wendungen. Dies betrifft erstens die Dauerhaftigkeit. Denn die Gremien sollten ad hoc sein bzw. wirtschaftspolitische Gremien nach maximal sechs Monaten aufgelöst werden. Stattdessen wurden viele dauerhaft, wobei die Verlängerungen der üblicherweise zweijährigen Amtszeit zu einer Kontinuität der Mitgliedschaft führten. Die

⁹¹ Harari 1988.

zweite Abweichung ist die Zunahme an privaten Beratungsgremien, die im Gegensatz zu den gesetzlichen Gremien nicht einmal die minimalen gesetzlichen Anforderungen zu Struktur und Arbeitsweise erfüllen mussten. Der dritte Verstoß gegen die Intentionen war die Instrumentalisierung der Gremien zur Förderung von partikularen sektionalen Interessen und zur Erweiterung der Einflussphären, insbesondere im Budgetverfahren, statt die Staatsbürokratie generell besser zu koordinieren. Auf Kritik stieß zudem das Engagement von Landtagsmitgliedern in den Beratungsgremien, vor allem wegen der fehlenden Gewaltenteilung sowie der Neigung zu parteipolitischen Überlegungen und zur Unterstützung des eigenen Wahlkreises.

Bedeutende Reformen und die Institutionalisierung des Systems der Beratungsgremien fanden ab den 1970er Jahren statt, teilweise als Reaktion auf frühere Kritik und teilweise im Einklang mit anderen politischen und sozialen Veränderungen. Die staatlichen Behörden übten über die Entscheidungen und Maßnahmen öffentlicher Beratungsgremien anhaltende Macht aus. Allmählich steigerten die Beratungsgruppen und Nichtregierungsorganisationen, etwa unabhängige Forschungsinstitute, ihre Fähigkeiten, um die Vormachtstellung der Bürokraten in Frage zu stellen. Sie gingen Kooperationen ein, etwa mit Gewerkschaftsorganisationen. Beispielsweise beschloss eine Gewerkschaftsorganisation (Sohyo) 1983 gegen den Widerstand der Sozialistischen Partei Japans die Nominierung eines Mitgliedes für den Vorläufigen Rat für die Durchführung der Verwaltungsreform.

Die Institutionalisierung der politischen Konsultation führte schließlich zur Verbesserung der Politikgestaltung, zur Stärkung der administrativen Gerechtigkeit, zum Ausgleich von Interessenskonflikten und zum Erwerb von Fachwissen, und nicht nur zur Legitimierung der Politik. Die Beratungsgremien gewannen im politischen Prozess an Wert und Stabilität, indem sie ihr Leistungsniveau in den Bereichen Anpassungsfähigkeit, Komplexität, Autonomie und Kohärenz steigerten. In Bezug auf die Anpassungsfähigkeit erwiesen sie sich als flexible in ihrer Reaktion auf Kritik und Veränderungen in ihrem Umfeld. Sowohl die Struktur als auch die Funktion der Beratungsgremien wurden komplexer. Die Mitgliedschaft wurde pluralistischer, etwa durch die Bildung von Unterausschüssen oder informellen Studiengruppen, um die zunehmende Vielfalt der politischen Probleme zu bewältigen. Die Autonomie zeigte sich in der Freiheit von ungebührlicher,

etwa bürokratischer Einflussnahme. Dies resultierte aus unterschiedlichen Faktoren, beispielsweise der Veränderung der Machtverhältnisse zwischen der Bürokratie einerseits und den Mitgliedern des Landtags und den Leitern der Interessengruppen andererseits. Ein weiterer Wirkfaktor waren die verbesserten politischen Forschungs- und Analysefähigkeiten von Organisationen außerhalb der staatlichen Bürokratie. Hinzu kam die Gruppendynamik innerhalb der Beratungsgremien. Neutrale Mitglieder fungieren, falls nötig, als Schlichter und Vermittler widersprüchlicher Ansichten und Positionen und übernehmen im Falle eines Kompromisses formell die Verantwortung.

Die zunehmende Komplexität des Systems der öffentlichen Beratungsgremien schien seine Kohärenz verringert zu haben. Häufig gaben öffentliche Beratungsgremien, die verschiedenen staatlichen bürokratischen Organisationen angehören, widersprüchliche Empfehlungen zu einem politischen Problem ab. Dies spiegelte auch die Abschottung der staatlichen Bürokratie und die Existenz von „Unterregierungen“ wider. Dennoch wurden Schritte zur kohärenteren Gestaltung des Systems der öffentlichen Beratungsgremien unternommen, insbesondere durch die Spezialisierung auf gewisse Bereiche, etwa die Beratung im Sozialversicherungssystem oder im Umweltschutz. Die Bereitschaft der Regierung für Ratschläge von Außenstehenden sowie die bürokratischen Bemühungen zur Diversifizierung der Quellen für Politikberatung wuchsen. Der Prozess der Politikgestaltung und der Strategieformulierung wurde dementsprechend interaktiver, kooperativer und gerechter. Häufig konzipierten die öffentlichen Beratungsgremien die Politiken nicht, sondern ratifizierten oder optimierten die von staatlichen Bürokraten entwickelten Politiken. Trotz allem schien die Fähigkeit der öffentlichen Beratungsgremien zur Entwicklung innovativer oder umsetzbarer Strategien in den 1980er Jahren allmählich wieder nachzulassen.⁹²

Legitimität

Die Legitimität als innere Rechtfertigung einer Herrschaft beruht gemäß Max Weber auf der traditionellen, der charismatischen oder der rational-legalen Autorität.⁹³ In Japan ist das Vertrauen in Politiker und Institutionen

⁹² Harari 1988.

⁹³ Weber 2008, 157.

vergleichsweise gering. Die öffentliche Unterstützung liegt zum Teil an der normativen Legitimität, jedoch auch an der Zufriedenheit mit den materiellen Ergebnissen, der Tradition, pragmatischer Resignation und Gruppendruck.⁹⁴ Die Grundlagen der politischen Legitimität waren die sozialen Normen der Konsensbildung und der Angemessenheit sowie eine starke politische Machtbasis. Die politische Legitimität setzte manchmal das Eigeninteresse japanischer Politiker außer Kraft und bewirkte, dass sie mit unpopulären oder umstrittenen politischen Entscheidungen ihre Wiederwahl riskierten. Die Konsensfindung verzögert den Entscheidungsprozess und die politische Reaktion. Die Transaktionskosten für das Erlangung von Zugeständnissen können politische Befürworter von starken politischen Initiativen oder Innovationen abhalten, wenn keine Krisensituation vorliegt.⁹⁵

Parteipolitik Japans

Japans Demokratie stammt aus den späten 1880er Jahren. Die Nationalregierung in ihrer heutigen parlamentarischen Westminster-Form mit zwei Kammern beruht auf der Nachkriegsverfassung von 1948.⁹⁶ Die Regierungspartei war mit Ausnahme der Zeitspannen von 1993 bis 1994 und von 2009 bis 2012 die Liberaldemokratische Partei (Liberal Democratic Party, LDP). Die wichtigste Oppositionspartei ist die Demokratische Partei (Democratic Party of Japan, DPJ). Bedeutende Wendepunkte der japanischen Demokratie waren die Jahre 2009 und 2012. 2009 wurde die LDP nach fünf Jahrzehnten erstmals als Regierungspartei abgewählt. 2012 erlitt die regierende Demokratische Partei die bis dahin schwerste Niederlage in einer Parlamentswahl.⁹⁷

Das Parteiensystem arbeitet in einem gemischten Wahlsystem, das Bezirke mit einem einzigen Sitz und einer proportionalen Vertretung kombiniert. Dies verstärkt die Auswirkungen von wechselnder Parteiunterstützung und führte immer wieder zu Erdrutschsiegen bei Wahlen.⁹⁸ Die Gruppenidenti-

⁹⁴ Martin/Stronach 2018, 169.

⁹⁵ Sakamoto 1999; Martin/Stronach 2018, 130f.

⁹⁶ Curtis 1988, 4f.

⁹⁷ Hrebenar/Nakamura 2015.

⁹⁸ Park 2015; Christensen 2015; Hrebenar/Itoh 2015.

täten sind in Japan stark, erlauben jedoch keine Rückschlüsse auf die Parteienunterstützung oder das Wahlverhalten. Entscheidender sind die sozialen und persönlichen Netzwerke sowie die Einstellung gegenüber den traditionellen bzw. modernen Werten. Beispielhaft ist die Haltung gegenüber der Globalisierung bzw. dem wirtschaftlichen Protektionismus. Gemäß ihrer Struktur sind die meisten Parteien Kaderparteien. Sie stützten sich im Gegensatz zu den Massenparteien auf Eliten und eine limitierte Mitgliedschaft. Von ihren Unterstützern verlangen sie kein größeres Engagement als die Abgabe der Wahlstimme für ihren Kandidaten. Die Organisation ist an der Spitze stark und zentralisiert, auf der lokalen Ebene hingegen schwach.⁹⁹

Schwächen der Parteipolitik

Zu den systemischen und strukturellen **Schwächen**, etwa das machtasymmetrische Zweiparteiensystem, kamen personelle Probleme hinzu, insbesondere die familiäre Weitergabe von politischen Positionen, Netzwerken und der Wählerbasis.¹⁰⁰ Die Hindernisse für einen umfassenden Parteienwettbewerb liegen in Japan insbesondere im Klientelismus und der zentralstaatlichen Steuerstruktur. Hinzu kommen der Parlamentarismus, die Fokussierung auf die Wahlkandidaten und institutionelle Schutzmechanismen.¹⁰¹ Einen Fraktionalismus gibt es, analog zu den zersplitterten sozialen Gruppenidentitäten in Japan, in fast allen Parteien. Die Ursache liegt nicht in ideologischen oder politischen Differenzen. Fraktionen dienen vielmehr aufgrund ihrer Verankerung in den sozialen Gruppen als Mittel des politischen Aufstiegs. Selbst nach Beseitigungsversuchen entstanden die Fraktionen rasch erneut.¹⁰²

Parteienfinanzierung

Die institutionelle Infrastruktur Japans zur Regulierung der **politischen Finanzen** entspricht im Allgemeinen anderen Demokratien. Japan erließ zahlreiche Gesetze und Vorschriften zur Kontrolle und Senkung der Kos-

⁹⁹ Hrebenar/Itoh 2015, 8f.

¹⁰⁰ McCall Rosenbluth/Thies 2010; Hrebenar/Itoh 2015; Inoguchi/Mikami/Fujii 2007.

¹⁰¹ Scheiner 2018.

¹⁰² Hrebenar/Itoh 2015.

ten für Wahlkämpfe und politischen Aktivitäten. Beispielhaft sind Spendenobergrenzen oder quantitative und qualitative Beschränkungen. Politische Organisationen sind zur Offenlegung ihrer Bilanzen verpflichtet, qualifizierte politische Parteien haben Anspruch auf halbjährliche öffentliche Zuschüsse. In einer streng geregelten zwölf-tägigen offiziellen Wahlkampfperiode wird allen Parteien freier Zugang zu den Medien gewährt. Infolge der 1994 eingeführten Reformen, die das Gesamtvolumen der offiziell gemeldeten Spenden reduzierten, nahmen die Charakteristiken der informellen Politik zu. Diese umfasste in erster Linie die Korruption und die Zuteilung politischer Vorteile, wie etwa öffentliche Bauaufträge, staatliche Zahlungen oder spezielle Steuererleichterungen. Glaubwürdig sind die geheimen Absprachen durch regelmäßigen Kontakt und informelle Sanktionsmechanismen zur Bestrafung von Untreue.¹⁰³

Liberaldemokratische Partei Japans (LDP)

Die Liberaldemokratische Partei (LDP) ist für die Politik Japans von zentraler Bedeutung und trotz der politischen Umbrüche in der japanischen Parteipolitik weltweit eine der erfolgreichsten Parteien.¹⁰⁴ Beeindruckend sind die Machtdauer und die Komplexität der Bedingungen. Die LDP entstand 1955 durch den strategischen und formellen Zusammenschluss zweier konservativer Parteien, nämlich der Liberalen und der Demokraten.¹⁰⁵ Der Erfolg der LDP begann mit der Bildung einer Koalitionsregierung, einem typischen Phänomen in einem wettbewerbsorientierten Mehrparteiensystem. Die LDP verfügt über eine umfangreiche und komplizierte Parteiorganisation, die das massive Beziehungsnetzwerk mit Interessensgruppen und Behörden widerspiegelt. Obwohl es klare Regeln für die Wahl des Parteivorsitzenden gibt, wurden diese oft ignoriert und jener Parteivorsitzende ernannt, der dem aktuellen politischen Umfeld am besten entspricht.

Historisch war die LDP in den ländlichen Gebieten stärker als in den Städten. Die peripheren Regionen profitierten vom Wirtschaftsaufschwung am meisten, das schlug sich in den Wahlerfolgen der LDP bis in die 1980er Jahre nieder. Mit der Erfüllung der materiellen Bedürfnisse suchten die

¹⁰³ Jain 2014; Woodall 2015; Johnson 2018.

¹⁰⁴ Nakamura/Hrebenar 2015, 18; Pekkanen 2018, 4.

¹⁰⁵ Kohno 2018a.

Wähler zunehmend ideelle Werte. Der LDP und ihrer grundsätzlich konservativen Haltung kam zugute, dass sie keine strikte Ideologie verfolgte. Die Wahlniederlage 2009 resultierte aus dem Wandel der politischen Umgebung. Die Form des Wahlkampfes veränderte sich durch die zunehmende Bedeutung von Parteiführung und Massenmedien, der LDP mangelte es jedoch an kompetenten politischen Führungspersonlichkeiten mit Redegewandtheit. Die Opposition gewann an Geschlossenheit, während die LDP ihre Parteiorganisation zentralisierte und ihre Parteifraktionen entmachtete. Als Nachteil wirkte sich für die LDP auch die zwei Jahrzehnte lange Wirtschaftsrezession seit den 1990er Jahren aus. Ihre Wiederwahl 2012 war weniger ein Vertrauensbeweis der Wähler, sondern ein Zeichen mangelnden Vertrauens in die Handhabung der innen- und außenpolitischen Krisen durch die DPJ.¹⁰⁶

Zu den **Stärken der LDP** gehören kreative Reaktionen auf neue Themen und die Mobilisierung einer neuen Wählerschaft, etwa in der Wirtschaft. Die Kontrolle der LDP war sowohl über die Parteifraktionen innerhalb der Partei als auch aufgrund der Parteidominanz in der Politik stark. Zugute kamen der LDP institutionelle Veränderungen, aber auch die Schwäche der Oppositionspartei.¹⁰⁷ Die Reform des Wahlsystems und der politischen Finanzierung 1994 dämmte die LDP-Fraktionen ein und stärkte die Einigkeit der Opposition. Doch ebenso wichtig wie die Makroebene sind Manipulationen des Wahlsystems auf der Mikroebene. Denn die grundsätzliche Beibehaltung der strengen Vorschriften für die Wahlkämpfe führte zu subtileren Änderungen, etwa zu personalistischen Wahlkämpfen oder zur Manipulation der Vorschriften für die Wahlkampffinanzierung und die Wahlwerbung. Die Regeln auf der Mikroebene sind leichter formbar. Während die Wahlformel zwischen 1960 und 1990 unverändert blieb, wurden die Wahlkampffregeln zur Stärkung der regierenden LDP 47 mal modifiziert. Beispielhaft sind die Kürzung des Wahlkampfzeitraumes und Maßnahmen zur Verbesserung der Wiederwahlquoten. Diese Vorgangsweise garantierte der LDP trotz sinkender Beliebtheit in der Bevölkerung immer wieder Wahlmehrheiten.¹⁰⁸

¹⁰⁶ Nakakita 2020; Nakamura/Hrebenar 2015; Hrebenar/Haraguchi 2015.

¹⁰⁷ Stockwin 2018.

¹⁰⁸ McElwain 2018; Hrebenar/Itoh 2015; Pekkanen 2018.

	Konservativ	Progressiv
1988	Noboru Takeshita	
1989	Sōsuke Uno	
1990 - 1991	Toshiki Kaifu	
1992	Kiichi Miyazawa	
1993		Morihiro Hosokawa
1994		Tsutomu Hata
1995		Tomiichi Murayama
1996 - 1997	Ryūtarō Hashimoto	
1998 - 1999	Keizō Obuchi	
2000	Yoshirō Mori	
2001 - 2006	Junichiro Koizumi	
2007	Shinzo Abe	
2008	Yasuo Fukuda	
2009	Tarō Asō	
2010		Yukio Hatoyama
2011		Naoto Kan
2012		Yoshihiko Noda
2013 - 2020	Shinzo Abe	
2021	Yoshihide Suga	
2022	Fumio Kishida	

Abbildung 1: Demokratischer Machtwechsel zwischen konservativen und progressiven Regierungen

Demokratische Partei Japans (DPJ)

Die Stärke der Demokratischen Partei (Democratic Party of Japan, DPJ) resultiert aus einer bemerkenswerten Flexibilität der grundlegenden Parteiphilosophie und dem Versagen der LDP. Unter dem Motto des Liberalismus verfolgte die DPJ zu Beginn eine umfassende politische Agenda. Diese beinhaltete markt- und dezentralisierungsorientierte Reforminitiativen sowie ein Engagement für Bürger- und Menschenrechte. Diese Kernelemente wurden mit sozialdemokratischen Ideen ergänzt. Wegen der spürbaren Reformmüdigkeit in Japan verlagerte die DPJ ihre sozioökonomische Agenda auf die Verlierer einer größeren Marktöffnung und die wachsende soziale Ungleichheit.¹⁰⁹

Informelle Politik

Die **informelle Politik** ist nach wie vor ein wichtiges und allgegenwärtiges Merkmal des politischen Lebens in Ostasien.¹¹⁰ Konzeptionell befindet sich die informelle Politik zwischen der formellen Politik und der Korruption. Die formelle Politik nutzt legitime Mittel zur Erreichung legitimer öffentlicher Ziele. Diese Präzisierung des politischen Verhaltens entspricht Eastons Definition der autoritativen Zuweisung von Werten.¹¹¹ Die Korruption nutzt unrechtmäßige, inoffizielle, unmoralische und teils gesetzwidrige Mittel, um private Ziele zu verfolgen und verstößt damit gegen das öffentliche Interesse. Die informelle Politik stützt sich zum Teil auf illegitime Mittel, verfolgt jedoch legitime öffentliche Interessen.¹¹² Informelle Politik bezieht sich nicht nur auf informelle politische Handlungen, sondern auch auf deren Ergebnisse und die Verfahren, die zu deren Erreichung bestehen oder entwickelt werden. Informelle institutionelle Gefüge können in partikularistische Beziehungssysteme, beispielsweise in Form von Klientelismus oder Neopatrimonialismus, integriert sein oder durch entsprechende Strukturen herbeigeführt werden. Kritisch wird die Existenz informeller politischer Verhaltensweisen, wenn diese die formellen Institutionen untergra-

¹⁰⁹ Köllner 2015; Hrebenar/Haraguchi 2015.

¹¹⁰ Park/Chu 2014; Dittmer/Fukui/Lee 2000; Weller 2001; Köllner 2000.

¹¹¹ Easton 1965.

¹¹² Chon 2000; Park/Chu 2014; Dittmer/Fukui/Lee 2000; Weller 2001; Köllner 2000; Derichs/Heberer 2013.

ben, beispielsweise durch Fraktionalismus, Personalismus, Regionalismus, Stimmenkauf oder Klientelnetzwerke.

Das **Zusammenspiel der formellen mit der informellen Politik** resultiert aus den soziokulturellen Rahmenbedingungen und den historischen Entwicklungspfaden der Institutionen. Veränderungen dieses Zusammenspiels können aktiv oder passiv herbeigeführt werden.¹¹³ Die Beziehung zwischen der formellen und der informellen Politik ist eine funktionale Komplementarität und Interdependenz. Die formelle Politik dient der informellen Politik sowohl ideell als auch weltlich. Die formelle Hierarchie liefert die Ämter, den Status und die Macht, welche die politischen Akteure anstreben. Durch die Nutzung dieser formellen Hierarchie verleihen die informellen Gruppierungen ihrer Politik für sich, für die Wähler und möglicherweise generell für die Öffentlichkeit Legitimität. Die ausgefeilte Struktur der formellen Politik verleiht den informellen Akteuren ihre Form. Allerdings ist die informelle Struktur im Wesentlichen vertikal, die formelle Struktur hingegen vertikal und horizontal.¹¹⁴

Die **konfuzianische Kultur** gibt der informellen Politik reichlich Spielraum, um das zu erreichen, was sich nicht nach der Norm oder dem Prinzip richten lässt. Der Konfuzianismus betont die Kultivierung eines persönlichen moralischen Vorbildes und einer auf Gegenseitigkeit beruhenden öffentlichen Moral. Auf der Grundlage einer hierarchischen politischen Tradition erhält der politische Führer symbolische Ressourcen zur erheblichen Erweiterung seiner formellen Befugnisse. Mehr als im Westen, wo die informelle Politik eher ein Deckmantel für Absprachen ist, führt sie in Asien jedoch zu Konflikten und Spaltungen.

In der informellen Politik sticht der **Fraktionszwang** als besonders auffälliges Phänomen hervor.¹¹⁵ Die Fraktionen, Gruppierungen und Parteien sind in Bezug auf ihre internen Organisationsprinzipien asymmetrisch. Zumeist orientieren sich Fraktionen an einzelnen Führungspersonen, ungeschriebenen Regeln und Klientelnetzwerken. Damit sind sie informell, intransparent und persönlich. Im Gegensatz dazu stützen sich Parteien auf

¹¹³ Köllner 2000.

¹¹⁴ Dittmer/Fukui/Lee 2000.

¹¹⁵ Cheng/Chou 2000.

formale Regeln und ideologisch gefärbte Plattformen. Fraktionen sind ideologiefrei, interessenorientiert und machtmotiviert. Sie beruhen auf gemeinsamen Attributen. Die Mitglieder werden nicht selbst ausgewählt, sondern im Voraus bestimmt, beispielhaft ist der Frauenausschuss. Organisatorisch beruht eine Fraktion typischerweise auf dyadischen Beziehungen zwischen einem Schirmherrn und mehreren Klienten, die wiederum kleinere Schirmherren mit eigenen Klienten sein können. Im Gegenzug zur Loyalität gegenüber ihrem Schirmherrn erhalten die Klienten Schutz oder Belohnungen. Dies entspricht dem klientelistischen Modell. Diese Zweierbeziehungen sind diffus und semipermanent. Damit gehen sie über spezifische politische Fragen und über eine offizielle Verbindung innerhalb einer Institution hinaus.¹¹⁶

Für das Wachstum und die Entwicklung von Fraktionen sorgt das Auftraggeber-Agent-Modell. Wenn eine Gruppe von Akteuren, etwa Parlamentarier oder Parteidelegierte, einen politischen Kandidaten in einem Wahlkampf unterstützt, erscheint die Akteursgruppe als Anhänger des Kandidaten. Tatsächlich ist der Kandidat der Agent, an den die Akteursgruppe Macht delegiert. Implizite Aufgabe des Kandidaten ist es, die Fraktionsinteressen zu schützen und zu erweitern. Die Übertragung von Befugnissen muss nicht explizit erfolgen. Entscheidend ist, dass die Akteursgruppe den Kandidaten absetzen und durch einen anderen Auftraggeber ersetzen kann, wenn die Kosten zu hoch oder die Ergebnisse ungenügend sind.¹¹⁷

Charakteristiken der informellen Wahlpolitik Japans

Japan wies auf nationaler und subnationaler Ebene ein komplexes Muster von Konflikten und Übereinstimmung zwischen formeller und informeller Politik auf. In der Wahlpolitik war die informelle Politik ausgeprägt und überdauerte auch die Änderung des Wahlgesetzes 1994. Ein grundsätzlich wesentliches politisches Element, insbesondere in der Wahlpolitik, war Geld. Als Entscheidungsfaktor für oder gegen einen Wahlkandidaten zählten die finanziellen Ressourcen mehr als die formellen Voraussetzungen. Die Wahlkandidaten mussten zudem über Sichtbarkeit und Reputation verfügen, das sind wesentliche Bestandteile der informellen Politik. Grund-

¹¹⁶ Dittmer/Fukui/Lee 2000.

¹¹⁷ Cheng/Chou 2000.

legend für den Erfolg eines Kandidaten war eine aktive, mobilisierungsstarke und effiziente Wahlkampforganisation. Dabei spielten etwa die Struktur oder der Bereitsteller der Wahlkampforganisation keine Rolle. Eine lose organisierte Gruppe im Stil der neuen sozialen Bewegungen konnte eine etablierte und weitaus besser organisierte Gruppe von Parteiaktivisten durchaus bei der Wählermobilisierung und der Mittelbeschaffung überbieten. Die Informalität war in der realen Politik eine Stärke, indem sie freiwilligen Aktivismus förderte. Ältere Formen der informellen Politik zeigten sich durch Wahlallianzen zwischen Familienmitgliedern oder Parteifraktionen. Häufig erhielten Wahlkandidaten Unterstützung durch ihre aktuellen oder ehemaligen Arbeitgeber, etwa eine Behörde oder ein Privatunternehmen.¹¹⁸

2) STRATEGISCHE KULTUR

Definition der strategischen Kultur

Die strategische Kultur ist das Gemenge der in der Identität eines Staates verwurzelten Normen, Ideen und Verhaltensweisen, das vor allem über die sicherheitspolitischen Eliten das sicherheitspolitische Handeln eines Staates prägt. Die realpolitischen Handlungsmöglichkeiten werden dabei durch den von der Bevölkerungsmasse akzeptierten Werterahmen begrenzt. Das diesbezügliche staatliche Handeln umfasst insbesondere Maßnahmen zur Vorbereitung und zum Einsatz staatlicher Machtmittel zum Zwecke der Realisierung nationalstaatlicher Sicherheitsziele.¹¹⁹ Strategische Kulturen bestimmen daher Optionen und nationale Präferenzen, wie, mit welcher Begründung, unter welchen Voraussetzungen und zur Erreichung welcher Ziele Militär eingesetzt werden soll. Diese nationalen Präferenzen beruhen auf den Erfahrungen der Gesellschaften im Umgang mit militärischer Gewalt und sind nur sehr langsam änderbar.¹²⁰

¹¹⁸ Fukui/Fukai 2000; Duus 2005, 210; Evans 1995.

¹¹⁹ Jedlaucnik 2019, 123.

¹²⁰ Jedlaucnik/Schmidl 2015, 19.

Damit ist die strategische Kultur Ausdruck der **komparativen Vorteile**.¹²¹ Sie ist die Schnittmenge von Politik, Strategie und Kultur. Sie ist kontextbezogen, kulturraumspezifisch und umfasst mehrere Dimensionen. Dazu zählt das strategische Denken, die politische Kultur und die nationale Kultur als Rahmen für die Identität, die Werte und die Wahrnehmungsperspektiven. Ihre drei Ebenen betreffen den strukturellen Rahmen, die Überzeugungen und die operative Ebene.¹²² Die strategische Kultur bezieht sich in erster Linie auf die Außen-, Sicherheits-, Verteidigungs- und Militärpolitik.¹²³

Die strategische Kultur berücksichtigt die Einwirkung von **kulturellen Faktoren** auf das strategische Handeln. Als Ausdruck eines kollektiven Wertesystems erhält und erneuert sie Werte.¹²⁴ Damit wurzelt die strategische Kultur im Kulturalismus¹²⁵ und im Konstruktivismus. Die konstruktivistische Grundannahme ist, dass Interessen und Identitäten von Akteuren erst aus dem Zusammenspiel von materiellen und ideellen Faktoren entstehen. Die Moral als ideeller Faktor dient einerseits der gesellschaftlichen Mobilisierung und ist andererseits ein Angriffsziel des Gegners. Die strategische Kultur repräsentiert eine kollektive Perspektive, gemeinsame historische Erfahrungen und akzeptierte Narrative, welche die kollektive Identität und die Beziehung zu anderen formen.¹²⁶ Sie ist ein integriertes System von Symbolen, beispielsweise Argumentationsstrukturen, Sprachen, Analogien und Metaphern.¹²⁷

Die strategische Kultur formt die **Handlungsoptionen** auf charakteristische Weise. Je kürzer die verfügbare Zeitspanne für den Entscheidungsprozess und das Handeln ist, desto stärker wirkt sich die strategische Kultur durch den Rückgriff auf Bewährtes aus.¹²⁸ Als komplementäre Variable kann die strategische Kultur strategische Entscheidungen, Prioritäten oder Präferenzen ermöglichen oder einschränken. Dies betrifft etwa die Risiko-

¹²¹ Gray 2006a, 164f; Gray 2009, 232.

¹²² Kim 2009; Lantis 2006, 42; Howlett 2006, 191; Kang 2003a; Johnson J. 2009.

¹²³ Jervis 2017; Johnson/Kartchner/Larsen 2009; Jervis 1997.

¹²⁴ Pye 1985, 20.

¹²⁵ Desch 2005.

¹²⁶ Gray 2009; Haglund 2009; Johnson/Kartchner/Larsen 2009, 9; Howlett 2006, 191.

¹²⁷ Johnston 1995, 45f.

¹²⁸ Gray 2006a.

bereitschaft, die Kosten-Nutzen-Rechnung, die Prädisposition hinsichtlich einer globalpolitischen Rolle, die Moralvorstellungen oder die institutionelle Ordnung.¹²⁹ Die dadurch definierte Bandbreite der akzeptablen Entscheidungsmöglichkeiten betrifft die grundlegende sicherheitspolitische Orientierung eines Staates, jedoch nicht einzelne politische Entscheidungen. Zahlreiche Analysten der strategischen Kultur konzentrieren sich auf die militärischen Sicherheitsziele,¹³⁰ andere beziehen alle politischen und wirtschaftlichen nationalen Ziele mit ein.¹³¹

Die **Einflussparameter** auf die außen- und sicherheitspolitische Politikausrichtung sind, als Zielebene der Politik, das Streben nach Sicherheit und Anerkennung sowie die Erhaltung bzw. Ausdehnung der eigenen Macht. Der Ausprägungsgrad einer Herrschaftsform und die Einsatzbereitschaft von Gewalt spiegeln die Mittelebene wider, mit der die Politik umgesetzt werden soll. Begünstigende oder hemmende Faktoren sind das Streben nach Zugehörigkeit und der Wert, der dem Individuum beigemessen wird. Die unterschiedlichen, teils jedoch eher zu eng gefassten Definitionen,¹³² beinhalten zahlreiche Kategorien wie die Rahmenbedingungen, die Operationalisierung, die Geltungsbereiche oder die Veränderungsmuster und -dynamiken. Eine wesentliche Rolle spielen die spezifischen Quellen der strategischen Kultur, insbesondere die Geschichte, die Geographie und die Philosophie sowie die Träger der strategischen Kultur.

Strategie

Strategie und Politik werden von klar identifizierten **Zielen** angetrieben, die von Interessen geleitet werden. Interessen ergeben sich aus dem gemeinsamen Ziel und den Grundwerten, die wiederum der Identität entstammen. Die Identität ist die Grundlage für die kollektive Mobilisierung, die über die politische Kultur für politische Zwecke eingespannt werden kann. Die Resilienz der Kultur, basierend auf der Identität, dem gemeinsamen Ziel und den Werten, ist ausschlaggebend, ob äußeren Kräften, die das gemeinsame Ziel oder die Werte herausfordern, Widerstand geleistet wird, nach-

¹²⁹ Kim 2009, 22f; Pye 1985, 20; Johnston 1995, 45f; Moody 1994.

¹³⁰ Howlett 2006, 191; Lantis 2006, 105.

¹³¹ Johnston 1995.

¹³² Heuser 2009.

gegeben wird oder eine Anpassung erfolgt.¹³³ Die wichtigsten Faktoren sind die Maximierung des komparativen Vorteils, eine sorgfältige Kosten-Nutzen-Rechnung, die Risikobewertung und im Falle von inakzeptablen Kosten die Prüfung alternativer Strategien.¹³⁴

Strategie dient grundsätzlich den nationalen **Interessen**, insbesondere dem Erhalt von Strukturen, Institutionen und Wertvorstellungen. Politik steht als bestimmender Faktor über der Strategie.¹³⁵ Strategie sucht eine rationale Verbindung zwischen den (politischen) Absichten und den Kapazitäten, dem Zweck und den Mitteln sowie den regionalen, nationalen und/oder multinationalen Zielen und den Ressourcen. Konkret soll Strategie als extrinsischer Wert ein Gleichgewicht zwischen den vorhandenen Mitteln und den äußeren Anforderungen und Gelegenheiten herstellen. Als intrinsischer Wert soll Strategie die verfügbaren Mittel zur ökonomischen Anwendung beim Verfolgen der politischen Ziele koordinieren.¹³⁶ Die Umsetzung erfolgt in integrierter Weise, kontextbezogen und innerhalb akzeptabler Risikogrenzen. Die Koordinierung umfasst alle nationalen Kapazitäten. Die Planungsperspektive ist langfristig. Die konzeptionelle Struktur, das Wesen und der Zweck von Strategie sind auch bei relevanten Änderungen dauerhaft, doch ihr spezifischer Charakter verändert sich analog zu den technologischen, gesellschaftlichen und politischen Veränderungen. Damit ist Strategie unweigerlich kulturell.

Unterschiedliche **Faktoren und Dimensionen** beeinflussen einander wechselseitig. Faktoren sind beispielsweise physische, geographische, mathematische und statistische Bedingungen. Zu den Dimensionen zählen etwa die politische Führung oder die Unpopularität eines Krieges. Gemäß Gray gibt es bei bewaffneten Konflikten eines Staates die drei strategischen Kategorien Politik und Gesellschaft, Kriegsvorbereitung und Kriegsführung. Die erste Kategorie bezieht sich auf die Gesellschaft, die Kultur und die Ethik. Die zweite umfasst etwa die Logistik, die Organisation, die Information, die Doktrin und die Technologie. Die dritte Kategorie bezieht sich auf die Militäroperationen, das Kommando, die Geographie, den Geg-

¹³³ Kim 2009, 26f.

¹³⁴ Lee/Walling 2003.

¹³⁵ Strachan 2008, 422.

¹³⁶ Gray 1999, 16-47.

ner und die Zeit. Daraus ergeben sich mögliche Konflikte zwischen Befehlshabern und Politikern, Planern bzw. Theoretikern.¹³⁷

Die **Institutionalisierung eines komparativen Vorteils**, so dass er sich in Konsens und Verfahren niederschlägt, ist die höchste Errungenschaft der Strategie. In diesem Sinne ist Strategie die Kunst, Macht zu schaffen. Gemäß Morgenthau ist Macht unmittelbar mit politischen Prozessen verbunden.¹³⁸ In modernen, komplexen Strukturen ist die Macht institutionalisiert. Je größer die Kohärenz innerhalb einer politischen Gemeinschaft, desto wahrscheinlicher ist es, dass die Macht durch Autorität und nicht durch Gewalt ausgeübt wird. Neben physischer Macht spielt auch die psychologische Macht eine wesentliche Rolle. Beispielhaft ist die Abschreckungstheorie. Das ist die Überzeugung des Gegners, dass die Kosten und/oder Risiken einer bestimmten potentiellen Handlungsweise deren Vorteile überwiegen.

Ein wesentlicher Aspekt von Strategie ist die **Interdependenz der Entscheidungsfindung**. Die Ziele und Fähigkeiten der Gegner müssen berücksichtigt und die eigenen Kräfte motiviert werden, etwa durch das Appellieren an allgemeine Werte oder persönliche Ziele, beispielsweise das Wohlbefinden oder die Ehre. Zudem ist es nötig, Verbündete zur Unterstützung zu bewegen. Die Interdependenz der Entscheidungsfindung bedeutet somit, dass eine wirksame Strategie auf einer soliden Einschätzung der involvierten Beziehungsstrukturen und den Möglichkeiten, die sie den verschiedenen Akteuren bietet, basiert. Dazu ist es nötig, die Entscheidungen der anderen zu antizipieren und die Art und Weise, wie das eigene Handeln diese Entscheidungen beeinflusst.¹³⁹

Strategisches Denken

Das strategische Denken eines Staates wird überwiegend von oben nach unten geprägt, unterliegt jedoch einem zunehmend emotionalen Einfluss

¹³⁷ Strachan 2008; Brodie 2008, 9; Yarger 2006; Gray 2006b, 86; Gray 2006a, 157; Gray 2008, 394f; Haglund 2009, 17; DOD 2021, 204; Johnson/Kartchner/Larsen 2009; Mott/Kim 2006, 4; Lee/Walling 2003; Gray 1999, 16-47.

¹³⁸ Morgenthau 1948, 13-25.

¹³⁹ Lau 2003; Winter 2003; Freedman 2008, 29-32.

von Seiten der Bevölkerung. Die wichtigsten Wirkfaktoren sind die politische Führung und die Ideologie, die relative staatliche Macht und ihre Veränderung, die staatliche Beziehung zur führenden Großmacht sowie das Ausmaß der Bereitschaft der anderen Länder zur Unterstützung für oder zum Machtausgleich gegen den Staat.¹⁴⁰

Eine Grand Strategy beispielsweise gründet sich auf den zentralen nationalen Werten. Die auf den Werten aufbauenden nationalen Interessen definieren die nationalen Ziele und sind Hauptbestandteil der strategischen Bewertung. Es folgt die Bestimmung der Bedrohungen der Interessen, etwa durch staatliche oder nichtstaatliche Akteure im internationalen System oder durch Entwicklungstrends innerhalb des Systems, beispielsweise die zunehmende wirtschaftliche Globalisierung. Danach wird die Angemessenheit der aktuellen Politik geprüft bzw. unter Berücksichtigung anderer Komponenten, etwa der Militärstrategie im Rahmen der nationalen Sicherheitsstrategie, eine neue Grand Strategy entwickelt. Unabdingbar ist eine Risikobewertung. Da die Ressourcen limitiert sind, müssen Prioritäten abgewogen und die akzeptable Risikohöhe für die unterschiedlichen Bereiche festgelegt werden.¹⁴¹

Transformation des strategischen Denkens Japans

Ostasien steht im Zentrum des strategischen Denkens Japans.¹⁴² Für Ostasien begann der allmähliche Übergang aus dem polarisierten Kalten Krieg, als China 1971 seine Autarkie beendete und ab 1982 eine Äquidistanz zu den Supermächten anstrebte. Japan arbeitete seit Mitte der 1980er Jahre an seinem Aufstieg zu einer regionalen Führungsmacht und an einem gewissen Maß an Autonomie von den USA. Die Sowjetunion wollte den Kalten Krieg beenden. Chinas Einfluss stieg in den 1990er Jahren enorm an. Nordkorea wurde 1993 zu einem Objekt der regionalen Aufmerksamkeit und demonstrierte damit seine Fähigkeit, regionale Angelegenheiten zu beeinflussen. Die Veränderungen des Großmächtegleichgewichts und anhaltende strategische Dilemmas brachten für Südkorea, das im regionalen

¹⁴⁰ Rozman/Togo/Ferguson 2007.

¹⁴¹ Dorff 2001a, 14f.

¹⁴² Rozman/Togo/Ferguson 2007.

Zentrum stand und an die USA gebunden war, spezifische Herausforderungen. Dieser geopolitische Kontext erforderte eine permanente Analyse der Wirkkräfte und der nationalen Interessen.¹⁴³

In Übergangsperioden der internationalen Ordnung zeigte Japan in den vergangenen 150 Jahren grundlegende Veränderungen seiner geopolitischen Positionierung und dabei Pragmatismus und Anpassungsfähigkeit.¹⁴⁴ Die unterschiedlichen **Zeitphasen** des strategischen Denkens Nachkriegsjapans beginnen mit innenpolitischen Debatten für oder wider die US-Verteidigungsallianz. Ab Anfang der 1960er Jahre agierte Japan im Rahmen der Yoshida-Doktrin als sicherheitspolitischer Trittbrettfahrer, entwickelt sich jedoch ab Mitte der 1970er Jahre zu einem Unterstützer des internationalen Systems und ab Anfang der 1990er Jahre zu einer globalen Zivilmacht. Der bedeutende Wandel in den 1980er Jahren zu einem systemischen Unterstützer resultierte aus dem Machtverlust der Sowjetunion, wobei sich Japan auf die Größe und Arbeitsproduktivität seiner starken Wirtschaftskraft sowie auf trilaterale Partnerschaften mit anderen asiatischen Staaten stützte.

Das **Ziel** Japans war zu Beginn die regionale Einflusszunahme und die Ebenbürtigkeit mit den USA in Asien. Ab 2005 wollte Japan eine „normale“ Macht werden, indem es sich legitimiert und den Status der im Zweiten Weltkrieg besiegten Macht ablegt. Die angestrebte Rolle als regionale Führungsmacht realisierte Japan in erster Linie mittels Regionalismus. Der generelle Fokus liegt auf China, Süd- und Nordkorea.¹⁴⁵

Pragmatische Anpassungsfähigkeit

Die pragmatische Tendenz zur Anpassung an die strategische Umgebung ist ein Schlüsselaspekt der politischen Psychologie Japans. Sie beruht auf dem nicht-doktrinären Charakter des japanischen Konservatismus. Es besteht ein konservativer Widerwille, mit der Vergangenheit zu brechen, und zugleich die Bereitschaft zur Adaption an die Realitäten. Veränderungen

¹⁴³ Rozman/Hyun/Lee 2008.

¹⁴⁴ Pyle 2018, 89.

¹⁴⁵ Inoguchi 2007; Rozman/Togo/Ferguson 2007.

sind in Japan einerseits schwierig durchzusetzen und andererseits nach erfolgter Entscheidung häufig rasch vollzogen.¹⁴⁶

Japan entwickelte sich in den vergangenen 150 Jahren im Rahmen eines enorm komplexen und vielschichtigen Prozesses von einer isolierten Agrargesellschaft zu einer wirtschaftlichen Weltmacht. Die Komplexität des Prozesses reflektiert die Robustheit, Beharrlichkeit und Anpassungsfähigkeit der japanischen Tradition im Kontakt mit der Außenwelt. Japan übernahm, adaptierte und nutzte zahlreiche fremde Techniken, Institutionen und Ideen und lehnte zugleich andere ab. Im Laufe dieses Prozesses wurden viele Aspekte der traditionellen japanischen Kultur und Gesellschaft, teils bis zur Unkenntlichkeit, verändert, während andere bis heute intakt blieben.¹⁴⁷ Die neu eingeführten Praktiken wurden rasch zu einer japanischen Vorgangsweise. Diese Art, auf Probleme zu reagieren, ist nicht nur Ausdruck der Tradition, sondern in erster Linie eine bewusste Anstrengung der politischen Führung. Das Ziel dieser Bemühungen ist die aktive Beteiligung an der Festlegung von Denkmustern und am Definitionsprozess von Denk- und Organisationsmustern, um rational, effektiv und effizient auf die Bedürfnisse der Gesellschaft zu reagieren.¹⁴⁸

Beispielhaft waren die Institutionen und Denkmuster der Tokugawa-Periode (1603 -1868, auch Edo-Zeit genannt) und der Meiji-Ära (1868 - 1912) zur systematischen Problembewältigung.

Anpassungsstrategien des Tokugawa-Schogunats (1603 – 1868)

Nach der Erlangung der Vorherrschaft über die anderen Feudalclans bestand das Hauptproblem für Tokugawa Ieyasu in der Etablierung von Herrschaftsmustern zur effektiven **Kontrolle**. Charakteristisch für die Tokugawa-Herrschaft war eine extreme politische, soziale und rechtliche Rigidität.¹⁴⁹ Die entwickelten Strategien waren zwar nicht völlig neu, jedoch sehr gut auf dieses grundlegende Problem abgestimmt. Die Verbündeten

¹⁴⁶ Pyle 2018; Martin/Stronach 2018; Kliman 2006; Le 2021; Oros 2017; Izumikawa 2010; Hook/Gilson/Hughes 2012; Newman 2000; Quo 1988.

¹⁴⁷ Bernstein/Fukui 1988.

¹⁴⁸ Vogel 1988.

¹⁴⁹ Sondhaus 2006, 106.

erhielten Land in kritischen Regionen, während die stärksten potenziellen Rivalen in größerer Entfernung vom Kernland der Tokugawa angesiedelt wurden. Über wichtige Regionen behielten die Tokugawa selbst die direkte Kontrolle. Im Wissen um die Grenzen ihrer effektiven Herrschaft gestanden sie den Feudalclans einen beträchtlichen Ermessensspielraum zur Regelung der Angelegenheiten in ihrem Zuständigkeitsbereich zu. Diese Herrschaftsmethode vermied die für Zentralregierungen charakteristische Zudringlichkeit, die langfristig eine effiziente Regierungsführung beeinträchtigt. Eine Sicherstellung bestand außerdem darin, dass die Feudalherren ihre Familien als Geiseln in Edo (Tokio) zurücklassen mussten, wenn sie sich zeitlich begrenzt in ihren Lehen aufhalten durften.

Auch der Umgang mit Ausländern beruhte nicht so sehr auf traditionellem Verhalten, sondern war eine bewusst entwickelte Methode zur Bewältigung des Ordnungsproblems. Bei der Ankunft der ersten europäischen Christen war die Zentralregierung schwach. Nach der Zentralisierung der Regierung und aufgrund des Gefahrenbewusstseins, dass die Christen die staatliche Autorität insbesondere mit Unterstützung der Gegner des Status quo herausfordern konnten, wurde das Christentum in Japan verboten. Der Aufenthalt von Ausländern wurde auf einen einzigen, weit von Edo entfernten Hafen beschränkt. Auf diese Weise konnte Japan weiterhin Informationen über den Rest der Welt sammeln und Waren austauschen. Eine weitere Maßnahme zur Förderung einer stabilen feudalen Gesellschaftsstruktur war die Umsiedlung der Kriegerklasse in Kastellstädte. Die Krieger behielten zwar das Recht zum Tragen von Schwertern, jedoch unter der Erwartung, dass sie sich zivilen Künsten widmen. Die von den Tokugawa-Schogunen geförderte Art des Lernens entsprach dem chinesischen Konfuzianismus. Der daraus entstandene japanische Neokonfuzianismus war zur Aufrechterhaltung einer stabilen feudalen Ordnung optimal, insbesondere durch die grundlegende Tugend der Loyalität des Untergebenen und die Bedeutung der sozialen Harmonie.¹⁵⁰ Zur Stabilität trug auch die Etablierung eines Sozialsystems mit vier Klassen bei, das waren Samurai, Bauern, Handwerker und Kaufleute. Die Samurai galten als allen anderen überlegen, ihnen wurden Weisheit, Visionen und hohe Ideale zugeschrieben.¹⁵¹

¹⁵⁰ Vogel 1988.

¹⁵¹ Nakane/Oishi/Totman 1990; Reischauer/Fairbank 1960; Bernstein/Fukui 1988; Walker 2015.

Anpassungsstrategien des modernen Japans

Erst in der späten Tokugawa-Periode begann sich in Japan ein moderner, tief im Volk verwurzelter **Nationalismus** zu entwickeln. Der moderne Nationalismus erforderte Bewusstsein für die kulturelle Besonderheit, wurde durch die Bedrohungswahrnehmung verstärkt und führte zur Verbreitung der politischen Partizipation. Der Nationalismus entstand in Japan in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die äußeren Gefahren belebten die traditionelle Ideologie und den Shinto-Glauben an die Einzigartigkeit Japans wieder. Parallel erfolgte, basierend auf der Bereitschaft, durch eine moderne Form des Nationalismus die Denkweise zu ändern, eine Anpassung an die Krisen. Trotz der Versuche zur Fortführung der Vergangenheit versuchten die Herrscher der Meiji-Zeit, eine rationale Antwort auf die neue Bedrohung zu konzipieren.¹⁵² Sowohl in Edo als auch in den großen Feudalclans außerhalb verfolgten die Herrscher trotz der offiziellen Isolationspolitik den Opiumkrieg mit großer Aufmerksamkeit. Auf den Sieg Großbritanniens über China reagierten sie rasch. Sie verstärkten ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten und ergriffen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsanlagen Japans. Der ausländische Druck wurde zu Beginn abgewehrt. Beispielhaft ist Japans anfängliches Zögern, der Forderung durch US-Admiral Matthew Perry nach Handel 1853 nachzugeben. Letztlich erzwang er die Öffnung der japanischen Häfen für US-amerikanische Schiffe und Japan bemühte sich um die Minimierung des ausländischen Einflusses.

Eine der auffälligsten Eigenschaften der Meiji-Herrscher war ihre Bereitschaft, die **Loyalität** zum Clan, und damit einen ihrer grundlegendsten Werte, zugunsten der Loyalität zur Nation aufzugeben. Analog dazu akzeptierte Japan die Aufgabe des formellen Klassensystems, einem grundlegenden Charakteristikum der traditionellen Sozialstruktur. Das Prinzip des Elitismus blieb jedoch bestehen. Ein ähnliches Muster zeigte sich nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Beziehung zwischen Grundbesitzern und Pächtern war ein wesentliches Merkmal der traditionellen Gesellschaftsstruktur. Dennoch stimmten die Grundbesitzer Bodenreformen zu, die ihnen einen Teilverkauf des Landes zu einem niedrigen Preis an die Pächter abverlangte. Unterstützend wirkte sicherlich die Autorität der alliierten Besatzungs-

¹⁵² Pohl 2002; Vogel 1988; Ramseyer/Rosenbluth 1998.

macht. Die Pächter wiederum behandelten die Grundbesitzer weiterhin als wichtige Dorfmitglieder.¹⁵³

Die Bevölkerung der Meiji-Zeit hatte generell Pflichten, aber keine Rechte. Die Bürokraten waren nicht rechenschaftspflichtig. Die Verfassung wurde nicht als Ausdruck des Volkswillens legitimiert, sondern als Geschenk des Kaisers. Der grundlegende Wandel zeigte sich in der Verlagerung von einem vererbten Status zu einer auf Leistung basierenden Elite. In der Meiji-Periode wurde später der Inhalt dessen, was elitäre **Meritokratie** ausmachte, einem radikalen Wandel unterzogen. Grundlage war die traditionelle Wertschätzung von Bildung und die Wissenssuche. Hinzu kamen maßgebliche Veränderungen in den Bildungsinhalten, welche die Fähigkeit und den Willen zur Anpassung an neue Umstände belegen. Denn Japan verabschiedete sich von alten Lernformen und Überzeugungen und akzeptierte fremdes Lernen. Dies betraf nicht nur die Wissenschaft und Technik, sondern auch die Organisation und Praxis. Der Lernprozess war nicht reibungslos und es gab immer wieder Debatten über die Notwendigkeit, die Tradition zu bewahren. Dennoch beschritt Japan moderne Wege, indem es zur Reorganisation, zur Neujustierung der Loyalitäten auf der unteren Ebene und zur Änderung von Gewohnheiten bereit war. Das übergeordnete Ziel der Meiji-Ära war stets die Bereicherung des Landes und die Stärkung des Militärs. Beispielhaft für die Veränderungsbereitschaft war auch der rasche Infrastrukturausbau, die Umgestaltung des Steuersystems und der Handel. Der Warenverkehr nahm in der Tokugawa-Zeit erheblich zu, verblieb jedoch in der feudalen Ordnung. Die Wirtschaft war auf die Exportförderung ausgerichtet, weil Japan der Handel aufgezwungen worden war. Bei der Markterschließung erwies sich Japan innovativ und einfallsreich. In der Meiji-Ära führten die neue Freiheit und das westliche Wissen zu völlig neuen Formen der Handelsorganisation, die auf bemerkenswert wenig Widerstand stießen. Neu war zudem die erstmalige Anpassung der neuen Kolonialmacht Japan an eine koloniale Wirtschaft.¹⁵⁴

Ein weiteres Beispiel für die Flexibilität Japans war die Haltungsänderung gegenüber den militärischen Eliten. Nach dem zweiten Weltkrieg verzichtete Japan auf ein starkes Militär, das ein Jahrhundert lang von zentraler Be-

¹⁵³ Walker 2015; Vogel 1988.

¹⁵⁴ Pohl 2002; Vogel 1988; Reischauer 1989.

deutung war und in der Tokugawa-Zeit verankert ist. Die Herausforderung des Demokratisierungsprozesses bestand in erster Linie in der Aufrechterhaltung der Zentralregierung. Diese musste stark genug für eine effektive Regierung sein und zugleich genügend Initiative gewähren, um die Beteiligung einer breiteren Öffentlichkeit zu gewinnen. Im Vordergrund stand das Bemühen um ein Gleichgewicht, das eine starke und leistungsfähige Nation aufrechterhält. Auch die Bildungspolitik ist ein Beispiel für die pragmatische Anpassung an gesellschaftliche Bedürfnisse. Der traditionelle Konfuzianismus schätzte Bildung sehr, aber sie diente der Herrschaftsausübung sowie der Moral und war auf eine kleine Herrscherelite beschränkt. Seit der Meiji-Zeit richtete sich die Bildungspolitik auf die Jobvorbereitung in der modernen Gesellschaft aus, insbesondere durch die Alphabetisierung und berufliche Spezialisierung. Auf der unteren Gesellschaftsebene, wo die sozialen Praktiken nicht in erster Linie auf die nationale Politik zurückzuführen sind, bewiesen die Japaner bemerkenswerte Fähigkeiten zur Schaffung neuer sozialer Strukturen, etwa landwirtschaftliche Genossenschaften oder politische Unterstützungsgruppen. Diese traten an die Stelle der verwandtschaftlichen und dörflichen Organisationen, die zwischenzeitlich stark an Bedeutung verloren hatten. Obwohl diese Vereinigungen in der traditionellen Gesellschaft verwurzelt waren, konnten ihr Zweck, ihre Organisationsstruktur, die Grundlage ihrer Mitgliedschaft und die Art ihrer Aktivitäten kaum als traditionell bezeichnet werden.¹⁵⁵

Nationale Kultur

Als entscheidender Faktor des strategischen Denkens wird zunehmend das Verständnis für die Rolle der Kultur und ihrer potenziellen Auswirkung auf die Politik und Strategie angesehen. Denn sie beeinflusst als komplementärer Faktor die Formulierung, die Implementierung und das Resultat von Politik und Strategie.¹⁵⁶ Trotz der überwiegenden Bedeutung von materiellen und institutionellen Kapazitäten sowie strategischem Handeln, etwa in bewaffneten Konflikten, ist die zu Grunde liegende Kultur essenziell.¹⁵⁷ Die Kulturalisten betrachten die Kultur zumeist als unabhängige Kausalvariab-

¹⁵⁵ Vogel 1988.

¹⁵⁶ Kim 2009; Gray 1999, 129; Gray 2006a, 153; Johnson/Kartchner/Larsen 2009.

¹⁵⁷ Li 1997; Legro 1996, 135; Snyder 2002.

le, die Realisten hingegen als intervenierende oder abhängige Variable.¹⁵⁸ Durch die Wahrnehmung, Interpretation und Reaktion auf politische und strategische Stimuli in der Umwelt, beispielsweise Bedrohungen oder Gelegenheiten, beeinflusst die Kultur die Auswahl der strategischen Interessen, das Handeln und das Verhalten.

Zwischen der Kultur und dem Verhalten bzw. den grundlegenden Denkmustern, welche die individuelle Wahrnehmung beeinflussen, bestehen Zusammenhänge. Doch kulturelle Muster und Verhaltensmuster sind nicht dasselbe. Die Kultur beeinflusst das Verhalten durch die Einschränkung von Optionen und durch die Beeinflussung des Lernverhaltens, auf welche Weise Mitglieder einer bestimmten Kultur aus der Interaktion mit der Umwelt lernen. Sie entsteht durch einen Prozess der bewussten und unbewussten Vergesellschaftung und Akkulturation. Auch wenn innerhalb einer sozialen Einheit unterschiedliche Kulturen existieren, so ist im Allgemeinen eine Kultur dominant. Kulturen sind erlernt und können sich daher verändern. Es gibt vier Kulturtypen: den Individualismus, den Fatalismus, den Egalitarismus und den Hierarchismus.¹⁵⁹

Die Kultur umfasst dabei zahlreiche miteinander verknüpfte **Parameter**. Kultur besteht aus gemeinsamen Annahmen und Entscheidungsregeln, die den Vorstellungen von Individuen und Gruppen über ihre Beziehung zu ihrem sozialen, organisatorischen oder politischen Umfeld eine gewisse Ordnung verleihen. Daher kann die Kultur als Katalog von Kontrollmechanismen zur Regulierung der Verhaltensweisen verstanden werden, etwa durch Regeln und Instruktionen. Über die Identität ist die Kultur Teil der Formulierung von Werten und Interessen. Über die politische Kultur ist die Kultur Teil der Entscheidungsstrukturen zur Durchsetzung der Interessen. Die Einordnung und Interpretation der verschiedenen Stimuli aus dem strategischen Umfeld in Bezug auf die Interessen auf Basis der Kultur zeigt sich in der Identität und der Resilienz. Die Identität, die politische Kultur und die Resilienz bieten sich daher als drei wesentliche analytisch-kulturelle Dimensionen für das politische und strategische Handeln und Verhalten an. Die vier wichtigsten Variablen sind die Identität, die Werte, die Normen und die Wahrnehmungsperspektive. Sie können die Rationalität einschrän-

¹⁵⁸ Desch 2005.

¹⁵⁹ Sheperd 2012; Shin 2012; Johnston 1995, 45; Johnson/Kartchner/Larsen 2009, 9.

ken und als sicherheitsrelevante Ergebnisse der nationalen Kultur betrachtet werden.¹⁶⁰

Die nationale **kollektive Identität** drückt das Selbstverständnis eines Nationalstaates, die nationalen Charaktermerkmale, die angestrebte regionale und globale Rolle und die Vorstellungen von seinem möglichen Schicksal aus. Moderne Formen der nationalen Identität können als Grundlage für wirkmächtige kollektive Aktionen dienen, insbesondere in den Bereichen Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Strategie. Die Quellen der nationalen Identität moderner Nationalstaaten beruhen häufig auf einer wechselnden Verschmelzung von Traditionellem, etwa die Abstammung, mit Neuem, etwa der jüngeren Geschichte. Der politische, durch den Nationalstaat repräsentierte Nationalismus ist die stärkste kollektive Identität der Neuzeit. Zur transnationalen kollektiven Identität zählt beispielsweise der Regionalismus.

Die materiellen und ideellen **Werte** werden üblicherweise als gut oder böse, als angemessenes oder unangemessenes Verhalten definiert. In der Kategorie der **Normen** gelten die Werte speziell den Verhaltensweisen, die innerhalb einer Gesellschaft akzeptiert und erwartet werden, beispielsweise die Moralvorstellungen einer Gesellschaft. Wesentlich sind die Ermittlung und die Robustheit des Wertes, der einem Objekt zugestanden wird. Der Wertebogen reicht von nichtverhandelbar bis zu niedriger Priorität.

Die Kultur leitet die Wahrnehmung, die Annahmen und das Verhalten an. Daher führen kulturelle Unterschiede zu spezifischen **Perspektiven** auf die Sicherheitsherausforderungen. In eine spezifische Bedrohungsanalyse sollte der kulturelle Kontext für den Konflikt oder für Verhandlungen miteinbezogen werden.¹⁶¹ Die Fehleinschätzung der Absichten oder Werte anderer Akteure ist oft eine Spiegelung der eigenen Perspektive.¹⁶² Zuweilen wird die kulturspezifische Wahrnehmung von nationalen Mythen beeinflusst,

¹⁶⁰ Alexander 2011; Sheperd 2012; Johnson J. 2009; Jones 2012; Kim 2009; Jacquin-Berdal/Oros/Verweij 1998.

¹⁶¹ Crider 1999; Howlett 2006.

¹⁶² Wan 2016; Kim 2009; Scobell 2002; Scobell 2005; Heuser 2009; Howlett 2006; Moody 1994; Kang 2004; Johnson K. 2009.

etwa über Krisen, Siege und Niederlagen. Mythen können stabilisieren, destabilisieren und zudem auch der Rechtfertigung dienen.¹⁶³

Nationale Kultur Japans

Trotz der Verwestlichung bestehen tief verwurzelte kulturelle Eigenheiten fort, etwa die Hierarchie, die Konsenssuche, die Disziplin, die Ausdauer,¹⁶⁴ die Familienverantwortung oder das Hygienebewusstsein.¹⁶⁵ Ein Kernkonzept für die soziale Harmonie ist das ausgeprägte Gruppenbewusstsein¹⁶⁶ sowie das Bewusstsein für die Abhängigkeit vom Wohlwollen der anderen¹⁶⁷ und für die sozialen Verpflichtungen.¹⁶⁸

Für **kollektive Kulturen** wie die japanische Kultur steht das Wohlergehen des Kollektivs im Vordergrund, dem sich das Individuum unterzuordnen hat. Gemeinsame (konfuzianische) Normen und Werte sind die Grundlage für das Handeln und Sein. Kollektivismus ist ein soziales Muster, das die Normen und Pflichten des Kollektivs als vorrangig betrachtet. Die Interessen der Gruppe haben vor denjenigen der Individuen Priorität. Konfrontationen und Konflikte werden, wenn möglich, vermieden.¹⁶⁹ Im Kontext mit Japan wird daher häufig das Spannungsverhältnis zwischen Individualismus und Kollektivismus, Harmonie und Konflikt sowie Partikularismus und Universalismus diskutiert.¹⁷⁰ Dazu zählen auch die Konzepte des „wahren Motivs“ und des nach außen Gezeigten.¹⁷¹ Die Vieldeutigkeit kann in der Kommunikation mit anderen Ländern eine Herausforderung und Ursache für Missverständnisse sein.¹⁷² Unterschiede der konfuzianischen, kollektiven Kultur im Vergleich mit der liberal-demokratischen Theorie bestehen etwa erstens in den Mitteln zur Förderung des Gemeinwohls,

¹⁶³ Johnson J. 2009, 254; Lantis 2006; Lantis 2014.

¹⁶⁴ Davies/Ikeno 2002, 70-78.

¹⁶⁵ Igarashi 1985.

¹⁶⁶ Davies/Ikeno 2002, 153-156.

¹⁶⁷ Davies/Ikeno 2002, 20-23 (Amae).

¹⁶⁸ Davies/Ikeno 2002, 79-83 (Giri).

¹⁶⁹ Pye 1985, 194; Oyserman/Coon/Kemmelmeier 2002, 5; Hofstede 1991, 53; Hofstede 2001, 208-278; Kim 2000, 62-69.

¹⁷⁰ Siehe bspw. Blondel/Inoguchi 2006.

¹⁷¹ Annen/Rousso 2002, 562f; Davies/Ikeno 2002, 93-95 (Honne bzw. Tatemaie).

¹⁷² Davies/Ikeno 2002, 14-19 (Aimai).

insbesondere in der Beamtenauswahl. Zweitens in der Funktion der politischen Partizipation der Bevölkerung. Die politische Teilhabe ist kein Grundrecht und beschränkt sich auf das Herantragen von Anliegen an politische Entscheidungsträger. Und drittens in differierenden Bewertungsmaßstäben für die staatliche Legitimität. Im Konfuzianismus beruht die Legitimität auf Inhalt und Ergebnis der Politik und weniger auf der Art und Weise, wie die Regierung zustande kam.¹⁷³

Die **allozentrische Definition des Eigeninteresses** formte die politische Kultur, und zwar unabhängig von der sozialen Struktur und von politischen Institutionen. Sie senkt die politische Aktivität der Bevölkerung, die traditionelle hierarchische Autoritätsorientierung erhöht sie hingegen. Sowohl die hierarchische Autoritätsorientierung als auch die allozentrische Definition des Eigeninteresses fördern das öffentliche Vertrauen in die politische Führung. Das Zusammenspiel der unterschiedlichen kulturellen Normen ist jedoch komplex. Die kulturellen Normen, insbesondere die politische Partizipation und die Handlungsziele, prägen die Vorstellungen der Menschen über das richtige Verhältnis zwischen Individuum und Staat. Daher unterscheiden sich die normenbasierten Handlungsziele der hierarchischen von der reziproken Autoritätsorientierung. Damit erhalten die partizipativen Handlungen eine andere Bedeutung. Denn im hierarchischen politischen System beschränkt sich die politische Teilnahme darauf, die Regierung an ihre Verantwortung zu erinnern bzw. sie über Situationen zu informieren, die ihrer Aufmerksamkeit bedürfen. Dies erfolgt durch Einwendungen und nur im Ausnahmefall als Widerspruch.¹⁷⁴

Seit den 1990er Jahren standen die Existenz und Relevanz von spezifischen **(ost-) asiatischen Werten** im Mittelpunkt wissenschaftlicher Debatten. Der Schwerpunkt lag auf dem Konfuzianismus und dem Kollektivismus im Hinblick auf den Modernisierungsprozess und für die heutige Politik. Für Japan spielen die asiatischen Werte insbesondere auf der Ebene der sozialen Beziehungen eine Rolle und nicht so sehr in Bezug auf den politischen Entscheidungsprozess, wie etwa in Singapur, oder den staatlichen Zwang, wie etwa in China.¹⁷⁵ Die traditionellen Werte sehen in der Freizügigkeit

¹⁷³ Shi/Lu 2010, 125f.

¹⁷⁴ Ebd.; Shi 2015

¹⁷⁵ Blondel/Inoguchi 2006; Kihl 2015, 102-145; Han 1999.

eine Gefahr. Erstrebenswert sind hingegen Leistungsbereitschaft und soziale Stabilität. Die Familie wird als grundlegende soziale Institution angesehen und älteren Menschen Respekt gezollt.¹⁷⁶

Konsensorientierung

Die traditionelle Konsensorientierung der japanischen Gesellschaft geht auf die philosophischen Ideen von Harmonie und Einheit zurück. Auf der praktischen Ebene wurde sie durch die Konsensentscheidungsverfahren verstärkt. Als natürlicher und wünschenswerter Zustand gilt die Einheitlichkeit des Denkens. Dies betont zudem den Vorrang des Wohlergehens der übergeordneten sozialen Einheit gegenüber den persönlichen Überzeugungen des Einzelnen.¹⁷⁷

Beispielhaft ist der **Umgang mit dem Marxismus**. Er bot in den 1920er Jahren eine alternative westliche Weltanschauung und fand unter den Studenten und Lehrern, vor allem an den führenden öffentlichen Universitäten, eine große Anhängerschaft.¹⁷⁸ Die meisten Vorkriegsmarxisten distanzieren sich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vom Marxismus. Die Ursache waren autoritärer Druck des bürokratischen Staates und Polizeigewalt, aber auch die kollektive Identität und Gruppenzugehörigkeit als dauerhafter emotionaler Wert. Dieses Gefühl des gemeinsamen kulturellen Erbes resultiert bis heute in einer grundsätzlich ambivalenten Haltung gegenüber westlichem Denken im Allgemeinen und einer universalistischen Ideologie im Besonderen.

Einige Marxisten engagierten sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs beim Wiederaufbau der Kommunistischen Partei Japans und beteiligten sich erstmals offen an politischen Aktivitäten im reformierten und demokratisierten Japan. Denn die von den USA geförderten Reformen und die Demokratisierung befreiten das Nachkriegsjapan nicht vom gesamten Erbe des restriktiven, bürokratischen Staates und der konformistischen Gesellschaft. In der Nachkriegszeit kam es daher zu einer Art Neuauflage zwischen dem paternalistischen und disziplinierenden Staat und der Gesell-

¹⁷⁶ Copper 2009.

¹⁷⁷ Steinhoff 1988.

¹⁷⁸ Bernstein/Fukui 1988.

schaft einerseits und rebellischen, vor allem marxistischen Dissidenten andererseits. Ein Höhepunkt waren die Massendemonstrationen linker Studentenbewegungen und radikaler Einzelpersonen gegen das gegenseitige Sicherheitsabkommen mit den USA 1960 im Zuge seiner Überarbeitung.¹⁷⁹

Bedeutend war der Begriff der Bekehrung,¹⁸⁰ Er bezieht sich auf die politische Konversion in Form einer ideologischen Abkehr unter Druck. Bereits in der Meiji-Ära wurden subversive Ideologien mit dem im Jahr 1900 beschlossenen Polizei- und Ordnungsgesetz verfolgt. Die gesetzliche Grundlage für die strafrechtlichen Verfolgung von Marxisten war das Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit. Es wurde 1925 verabschiedet, mehrfach verschärft und richtete sich speziell gegen Kommunisten und Anarchisten. Die unter diesem Gesetz Angeklagten oder Verurteilten wurden nach der Entlassung auf Basis des 1936 verabschiedeten Gesetzes zum Schutz und zur Überwachung von Weltanschauungstätern überwacht. Beide Gesetze schaffte die US-Besatzungsbehörde nach dem Zweiten Weltkrieg ab. Zusätzlich zu diesen allgemeinen kulturellen Orientierungen gab es eine lange japanische Rechtstradition, die sich aus dem antiken chinesischen Recht ableitete und von einer Bestrafung von Personen, die Reue zeigen, absah. Nach dieser Logik diente die Bestrafung zur Abschreckung von kriminellen Aktivitäten, bei Reue waren daher keine weiteren Maßnahmen erforderlich. Das traditionelle Mittel zur Feststellung von Reue war ein freiwilliges Geständnis. Dieser Grundsatz findet sich im Strafgesetzbuch der Meiji-Ära in Form von Strafminderungen. Eine Strafreduktion erfolgte beispielsweise auch im Falle einer freiwilligen Anzeige durch den Täter, bevor die Behörde Kenntnis vom Verbrechen erlangte. Auf diese Weise wurden Geständnis und Reue gefördert.¹⁸¹

Dynamik der strategischen Kultur

Trotz gewisser Grundkonstanten ist die strategische Kultur, ebenso wie die Kultur und die Strategie, dynamisch und stets kontextbezogen zum Akteur zu verstehen. Zugleich ist sie wegen der langfristig gültigen kollektiven

¹⁷⁹ Steinhoff 1988; Krauss 1988.

¹⁸⁰ Tenkō.

¹⁸¹ Steinhoff 1988.

Werte relativ konstant und wegen der Widerstandsfähigkeit gegen Veränderungen relativ stabil. Die Weltsicht von Einzelpersonen entsteht durch ihre spezifische historische Erfahrung. Eine dominante strategische Kultur wird von jeder Generation gemäß ihrer eigenen Erfahrung reintegriert.¹⁸² Die Gründe für die Kontinuität liegen beispielsweise in der weiten Verbreitung oder der Institutionalisierung der strategischen Kultur. Veränderungen der strategischen Kultur, die zu Anpassungen der Sicherheitspolitik führen, resultieren aus externen Schocks, weil sie die Legitimität der bestehenden Normen untergraben oder die Machtverhältnisse verschieben. Veränderungen entstehen auch durch den Widerspruch von Hauptgrundsätzen der strategischen Kultur oder durch das spezifische Wirken von Eliten. Sowohl gemäß des Kulturalismus als auch des Konstruktivismus verfügen die Eliten dazu über die Möglichkeit, etwa durch die Steuerung des Diskurses.¹⁸³

Träger der strategischen Kultur

Die Träger der strategischen Kultur sind die politischen Eliten und Institutionen sowie die Bevölkerung. Eliten fungieren im Sinne kleiner strategischer Gemeinschaften. Sie können formell und informell sein und möglicherweise Eigeninteressen verfolgen. Die spezifischen Grundhaltungen, Annahmen und Erwartungen der strategischen Akteure prägen das Denken und Handeln in strategischen Fragen (mit). Die Grundüberzeugungen entstammen eher einem Glaubenscluster als einem richtigen Glaubenssystem.¹⁸⁴ Eliten sind maßgeblich an der Definition der sicherheitspolitischen Ziele, an Umfang und Richtung von politischen Umstrukturierungen angesichts neuer Herausforderungen sowie an der Schaffung eines gemeinsamen historischen Narrativs beteiligt. Die politischen Führer berücksichtigen tief verwurzelte Überzeugungen, etwa zu Multilateralismus oder zu einer historischen Verantwortung, überschreiten jedoch zum Teil bewusst akzeptierte Werterahmen. Damit sind sie strategische „Nutzer von Kultur“, die in wichtigen außen- und sicherheitspolitischen Diskursen die Grenzen des Möglichen neu definieren. Wesentlich ist die generelle kognitive Prädisposition der Eliten zum Erhalt des Status quo. Daher kann die strategi-

¹⁸² Pye 1985, viii; Gray 1999, 129-151.

¹⁸³ Lantis 2014; Lantis 2006; Farrell 2001, 82f.

¹⁸⁴ Heuser 2009; Haglund 2009.

sche Kultur als unter Eliten „verhandelte Realität“ charakterisiert werden.¹⁸⁵ In Asien ist die Gruppe der Träger der strategischen Kultur relativ klein.¹⁸⁶ Strategen sollten das Meinungsbild der Bevölkerung, etwa zu internationalem Engagement oder militärischer Gewalt, als Gradmesser für die öffentliche Akzeptanz einer Strategie berücksichtigen.¹⁸⁷

Die Träger der strategischen Kultur im engeren Sinn sind in Japan die politischen Planer im Verteidigungsministerium, die Akteure der US-Allianz, Beamte im Außenministerium, Kabinettsmitarbeiter und Spitzenpolitiker. In einer weiter gefassten Auslegung zählen auch die großen politischen Parteien dazu. Eine strukturelle Realität für diese Akteure ist Japans Nachkriegsverfassung, wobei deren Interpretation immer wieder revidiert wurde. Diese Änderung ging nicht vom grundsätzlich zuständigen Obersten Gerichtshof aus, sondern von einem kleinen Büro innerhalb des Kabinettssekretariats. Dieses Büro ist mit Ministerialbeamten besetzt und wird letztlich von der Regierungspartei kontrolliert.¹⁸⁸

Kontext der strategischen Kultur

Die strategische Kultur bietet einen Kontext, keine belastbare Kausalität.¹⁸⁹ Je spezifischer der Kontext und je entscheidender die Situation sind, desto deutlicher treten die Charakteristiken der strategischen Kultur auf. Die Grundüberzeugungen üben in manchen Entscheidungssituationen eine besonders starke Auswirkung auf den Entscheidungsprozess aus, insbesondere in unsicheren oder mehrdeutigen Situationen, die unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten eröffnen oder einer Reaktion außerhalb der Routine bedürfen. Im Staatsverhalten spielt die strategische Kultur beispielsweise bei ernststen Bedrohungen der Existenz, der Identität oder der Ressourcen eine wesentliche Rolle.¹⁹⁰ Die Dimension der strategischen Kultur drückt sich im Handeln von Menschen und Institutionen aus, welche die strategische Kultur verinnerlicht haben, während sie gleichzeitig diese

¹⁸⁵ Lantis 2006, 42; Lantis 2014.

¹⁸⁶ Trondman 2011, 152; Johnston 1995, 44; Lantis 2014; Heuser 2009; Bloomfield 2012.

¹⁸⁷ Yarger 2006; Magee 1998, 13.

¹⁸⁸ Oros 2014, 236.

¹⁸⁹ Gray 2006a, 162.

¹⁹⁰ Desch 2005; Lantis 2006, 43f.

Kultur bilden, interpretieren und ändern.¹⁹¹ Die Analyse der strategischen Kultur erfolgt daher optimalerweise im Kontext. Erstens hinsichtlich der Ereignisse und des strategischen Handelns und zweitens hinsichtlich der Entscheidungsträger in Zusammenhang mit ihrem eigenen strategischen Kontext, der die Sozialisierung und die äußere Welt verbindet.

Analyseziel der strategischen Kultur

Das Wissen über die strategische Kultur Japans hat das Potenzial, die Positionierungen Japans verständlicher zu machen. Denn als methodisch-wissenschaftliches Konzept und alternatives Analyseinstrument mit interdisziplinärem Ansatz kann die strategische Kultur die realistische Theorie des staatlichen Verhaltens ergänzen. Damit ermöglicht sie einen Mehrwert für das Verständnis von sicherheitspolitischen Verhaltensweisen, indem die formellen Prozesse mit den Einstellungen zur Politik in einen Zusammenhang gestellt werden. Das Ziel ist das Erkennen von Tendenzen, nicht von starren Determinanten, und in der Folge eine reichhaltigere Theorie und eine effektivere Praxis. Die Operationalisierung der Erkenntnisse ist jedoch noch schwieriger als das Verständnis, insbesondere weil Politik und Strategie verhandelte Resultate sind. Die Grenzen für die operative Umsetzung liegen häufig in der eigenen strategischen Kultur, im unterschiedlichen kulturellen Verständnis von Rationalität, in materiellen Einschränkungen oder konkurrierenden organisatorischen Interessen.¹⁹²

Die strukturellen Erwartungen und die kulturellen Prädispositionen differieren häufig ebenso wie die materiellen und die ideellen Erklärungen. Die Analyse der strategischen Kultur kann beispielsweise die Genauigkeit der Interpretation von Informationen aus dem Ausland sowie die Effektivität der strategischen Kommunikation oder von Gegennarrativen erhöhen. Der **Kulturalismus** konzentriert sich auf die organisatorischen, politischen, strategischen und globalen Stränge der Kulturtheorie. Er sucht nach einer Erklärung für spezifische strategische Entscheidungen, insbesondere der mangelnden Einfügung in das internationale System oder der Verzögerungen zwischen strukturellem Wandel und Änderungen im staatlichen Verhal-

¹⁹¹ Gray 1999, 129f.

¹⁹² Howlett 2006; Gray 2009, 224; Haglund 2009, 27; Johnson/Kartchner/Larsen 2009, 6.

ten.¹⁹³ Die Kulturalisten anerkennen die Entwicklung von strukturellen Parametern, unterstreichen jedoch, dass die Resultate von anderen Faktoren (mit-) bestimmt werden.¹⁹⁴ Johnston etwa ist überzeugt, dass die strategische Kultur stärker als internationale systemische Imperative die Grand Strategy eines Staates prägt.¹⁹⁵ Finnemore argumentiert, dass globale kulturelle Normen mehr als nationale Staatsinteressen die Muster der Großmachtintervention bestimmen.¹⁹⁶ Für Barnett erklärt die gemeinsame Identität und weniger die geteilten Bedrohungen am besten Allianzmuster.¹⁹⁷ Eyre/Suchman und auch Johnston führen den Erwerb von hochtechnologischen konventionellen Waffen nicht auf den Bedarf zurück, sondern weil sie als Symbol für Staatlichkeit stehen.¹⁹⁸

Bei der Abschreckung durch Massenvernichtungswaffen beispielsweise stellt sich nicht nur die Frage der Abschreckungsfähigkeit. Von Bedeutung sind der Kontext und die jeweiligen Annahmen über die zwischenstaatliche Beziehung, die strategischer Stabilität oder die Glaubwürdigkeit und die effektive Kommunikation der Bedrohung. Ausschlaggebend ist das jeweilige Verständnis von **Rationalität**, etwa der materiellen, der verfahrensrechtlichen, der adaptiven oder der instrumentellen Rationalität.¹⁹⁹ Grundsätzlich schränkt die strategische Kultur die Rationalität durch Vereinfachung ein. Die verfahrensrechtliche Rationalität bezieht sich etwa auf Präferenzen und Optionen. Die adaptive Rationalität leitet sich von historischen Entscheidungen, Präzedenzfällen, Analogien und Metaphern ab.

Der **politische Realismus** sieht die Struktur als bestimmend an. Das neo-realistische Paradigma geht davon aus, dass Staaten funktional undifferenzierte Einheiten sind, die versuchen, ihren Nutzen zu optimieren.²⁰⁰ Der politische Realist Waltz etwa verneint zwar, dass die internationale Struktur den Staaten ein bestimmtes Verhaltensmuster aufzwingt. Allerdings wird

¹⁹³ Desch 2005.

¹⁹⁴ Katzenstein 1996.

¹⁹⁵ Johnston 1995.

¹⁹⁶ Finnemore 1996.

¹⁹⁷ Barnett 1996.

¹⁹⁸ Eyre/Suchman 1996; Johnston 1995, 34.

¹⁹⁹ Zhang 2006; Howlett 2006; Johnston 1995, 34; Valle 2000; Durham 2015; Rosenau 1997.

²⁰⁰ Schweller 1994.

von den Staaten in annähernd ähnlichen strukturellen Positionen zum eigenen Vorteil eine ähnliche Handlungsweise erwartet.²⁰¹

Die **Spieltheorie** ist nach Ansicht einiger Analysten mit der strategischen Kultur inkompatibel. Denn die Spieltheorie besteht aus einem einfachen Satz an komparativen Analyseinstrumenten mit geringen und deutlichen Annahmen. Im Unterschied zur klassischen Entscheidungstheorie modelliert sie Situationen, in denen der Erfolg des Einzelnen nicht nur vom eigenen Handeln, sondern auch von jenem anderer abhängt. Damit handelt es sich um eine interdependente Entscheidungssituation. Die strategische Kultur ermöglicht jedoch keine „optimale“ Entscheidung, weil sie Optionen ausblendet.²⁰²

Forschung zur strategischen Kultur

Bisher befassten sich drei Forschungsgenerationen mit der strategischen Kultur. Die **erste Forschungsgeneration** entstand in den 1980er Jahren. Sie führte unterschiedliche Strategien auf verschiedene Wahrnehmung zurück. Snyder prägte den Begriff der strategischen Kultur. Er interpretierte, von Militärstudien beeinflusst, die Nuklearstrategie der Sowjetunion und forderte damit das vorherrschende Modell der Realisten heraus.²⁰³ Gray argumentierte für einen nationalen Stil, wobei die strategische Kultur den Kontext und nicht die Ursache darstellt. Ein weiterer Repräsentant ist David Jones. Die Unzulänglichkeiten der ersten Forschungsgeneration liegen in methodischen Schwächen, insbesondere in der mangelnden Unterscheidung zwischen Ursache und Wirkung sowie in der Annahme, dass die strategische Kultur langfristig homogen ist. Die Zusammenfassung von Verhaltensmustern in einer Definition von strategischer Kultur implizierte, dass strategisches Denken konsequent zu einer bestimmten Art von Verhalten führt.²⁰⁴

Die **zweite Forschungsgeneration** wurde Mitte der 1980er Jahre durch den aufkommenden Konstruktivismus beflügelt. Klein entkoppelte den

²⁰¹ Waltz 1979, 78.

²⁰² Johnston 1995, 34; Elkins/Simeon 1979, 141.

²⁰³ Snyder 1977.

²⁰⁴ Stone 2006; Haglund 2009; Johnston 1995, 36-39.

Zusammenhang zwischen der strategischen Kultur und dem Verhalten, etwa zur Rechtfertigung für sicherheitspolitische Maßnahmen. Die strategische Kultur wird als Instrument und Legitimierung von politischer Hegemonie gesehen.²⁰⁵ Bedeutende Vertreter der zweiten Forschungsgeneration sind Alexander Wendt,²⁰⁶ Peter Katzenstein,²⁰⁷ Robert Keohane,²⁰⁸ oder Stephen Krasner.²⁰⁹ Die Unzulänglichkeiten der zweiten Forschungsgeneration betreffen die Frage, ob die strategischen Unterschiede länderübergreifend sind, sowie die Verbindung zwischen der strategischen Kultur und dem Verhalten.²¹⁰

Die **dritte Forschungsgeneration** versuchte in den 1990er Jahren auf der theoretischen Ebene, das Kulturkonzept in eine politische, eine strategische und eine militärisch-organisatorische Kultur zu differenzieren. Johnston, der Begründer der dritten Forschungsgeneration und des „kulturellen Realismus“, wählte teils unkonventionelle methodische Studienzugänge, etwa die Fokussierung auf die chinesische Ming-Dynastie. Er schloss die Verhaltenskomponente aus der Definition der strategischen Kultur aus und trennte die kulturelle Ausrichtung als unabhängige Variable von der Militärstrategie als abhängige Variable. Konkret untersuchte er das Vorhandensein und den Charakter der strategischen Kultur Chinas sowie die kausalen Zusammenhänge hinsichtlich des militärischen Gewalteinsatzes gegen externe Bedrohungen. Johnston definierte die strategische Kultur als ideelles Milieu, das Verhaltensentscheidungen einschränkt und aus dem spezifische Vorhersagen über strategische Entscheidungen abgeleitet werden können.²¹¹

Scobell unterstreicht die Bedeutung sowohl der Eigenwahrnehmung als auch der Fremdwahrnehmung einer strategischen Kultur, etwa betreffend Stereotype. Er betont, dass die Kultur einen entscheidenden Einfluss auf das strategische Denken und Handeln ausübt. Ein wesentliches Wahrnehmungsproblem ist die Spiegelung, bei der Analysten das Verständnis der

²⁰⁵ Klein 1988.

²⁰⁶ Siehe bspw. Wendt 2006.

²⁰⁷ Siehe bspw. Katzenstein 1996.

²⁰⁸ Siehe bspw. Keohane 1984.

²⁰⁹ Siehe bspw. Krasner 1999.

²¹⁰ Lantis 2006; Johnston 1995; Stone 2006.

²¹¹ Johnston 1995, 41-43; Johnston 1998; Johnston 1996.

strategischen Kultur eines Landes auf der Grundlage dessen konstruieren, was sie als strategische Kultur anderer Großmächte wahrnehmen. Dies führt zu einer verzerrten Sichtweise, die, wenn sie durch nationale Mythen verstärkt wird, eher zu Konflikten führen kann. Scobell kommt zu dem Schluss, dass diese Dynamik künftige Spannungen schüren könnte.²¹² Legro sieht die Kultur in der jüngsten und nicht in der historischen Erfahrung verwurzelt. Er akzeptiert daher, im Gegensatz zur ersten Forschungsgeneration, bei den kulturellen und den nichtkulturellen Variablen Variationen.²¹³ Kim Jiyul entwickelte ein systematisches Analyseinstrument für die kulturellen Faktoren im Bereich der Politik und der Strategie.²¹⁴ Johnson wirbt im Rahmen der strategischen Kultur um Verständnis für das staatliche Handeln anderer.²¹⁵ Lantis untersucht die entscheidende Rolle der Eliten, die als Verwalter der Normen die staatlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten gegenüber internationalen Standards festlegen.²¹⁶ Kang beschäftigt sich etwa mit den militärischen Organisationskulturen der Eliten in Südkorea und Vietnam oder mit der Hierarchie und der Stabilität in Asien.²¹⁷ Twomey untersucht, wie Militärdoktrinen die Wahrnehmung militärischer Bedrohungen und die Bewertung des militärischen Gleichgewichts beeinflussen, etwa in den Konflikten zwischen China und den USA sowie zwischen Israel und den USA.²¹⁸ Weitere Repräsentanten der dritten Forschungsgeneration sind Ken Booth und Jeffrey Larsen.²¹⁹

Der Schwerpunkt der dritten Forschungsgeneration liegt auf besonderen strategischen Entscheidungen und einer enger gefassten Konzeptualisierung. Zu den Stärken zählen die konkurrierenden Theorieprüfungen. Die Unzulänglichkeiten betreffen den Fokus auf die Schwächen des Realismus und die Betrachtung der Organisationskultur als unabhängige Schlüsselvariable. Eine Differenzierung der strategischen Entscheidungen nach neo-realistischen, kulturellen oder ideellen Prioritäten fällt schwer. Weil die neo-realistischen Präferenzen vom Überleben bis zur Machtmaximierung rei-

²¹² Scobell 2002; Scobell 2005; Scobell/Wortzel 2005.

²¹³ Legro 1996.

²¹⁴ Kim 2009.

²¹⁵ Johnson K. 2009.

²¹⁶ Lantis 2006; Lantis 2014.

²¹⁷ Kang 2004; Kang 2003a; Kang 2003b.

²¹⁸ Twomey 2006.

²¹⁹ Johnson/Kartchner/Larsen 2009.

chen, variiert die Bandbreite der optimalen Strategien stark. Die strategische Kultur wird entweder als begrenzte Auswahl an Optionen oder als veränderte Wahrnehmung der Optionen definiert.²²⁰

²²⁰ Stone 2006; Johnston 1995, 42f; Lantis 2006.

TEIL 2

QUELLEN UND WIRKRÄFTE DER STRATEGISCHEN KULTUR JAPANS

3) QUELLEN DER STRATEGISCHEN KULTUR JAPANS

Japans Entwicklung und die strategischen Herausforderungen sind untrennbar mit der Geschichte, den unveränderlichen geographischen sowie den geopolitischen Bedingungen verbunden.²²¹

3.1 GESCHICHTE

Die historischen Erfahrungen prägen Japans moderne strategische Ausrichtung auf entscheidende Weise.²²² Die Geschichte übt generell zwei Funktionen aus. Erstens als Prozess, der materielle und ideelle kulturelle Formen bestimmt, und zweitens als kulturelles Instrument, das zumeist gezielt für zeitgenössische oder politische Zwecke adaptiert wird. Im gesamten ostasiatischen Raum gibt es zur Unterstützung des Staates bewusst verfälschte und politisierte Geschichtsbilder,²²³ insbesondere den Geschichtsrevisionismus Japans.²²⁴

Konsolidierung sozialer und kultureller Charakteristiken im historischen Prozess

Beispielhaft ist die dauerhafte Verfestigung von sozialen und kulturellen Merkmalen im Verlauf der Geschichte, insbesondere durch das **Tokugawa-Schogunat** (1603-1868). Das Land wurde vor den eindringenden ausländischen Einflüssen abgeschottet und die nach innen gerichtete Einstellung, nur durch gegenseitige Abhängigkeit zu überleben, verstärkt. Die dörfliche Gesellschaft entwickelte durch die disziplinierte kollektive Arbeit, die der Reisanbau erforderte, ein starkes System der gegenseitigen Abhängigkeit, wobei Abweichler streng geächtet wurden. Das Familiensystem bestand aus einem erweiterten hierarchischen Patriarchat, das sich in die

²²¹ Hwang 2009, 32; Beal 2005; Armstrong 2007; Oh/Hassig 2021; Rattray 2018, 118-148.

²²² Reischauer 1989; Lantis 2014.

²²³ Kim 2009, 14.

²²⁴ Siehe bspw. Mullins/Nakano 2016; Smith 2015; Rozman 2007a; Rozman 2007b; Rozman 2015b; Hughes 2015; Hughes 2017; Le 2021; Curtis 1988; Berger 2003.

größere Dorfgesellschaft einfügte. Die paternalistische Hierarchie der gegenseitigen Hilfe wurde zu einem grundlegenden Muster für den Aufbau der sozialen Organisation. Dieses hierarchische soziale Muster hemmte die Entwicklung von autonomen Vereinigungen und sozialen Bewegungen in der Zivilgesellschaft bis in die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Gegen Ende der Tokugawa-Periode versuchten japanische Gelehrte, ein authentisches japanisches Wesen zu identifizieren, das sich von den ausländischen buddhistischen und konfuzianischen Einflüssen abgrenzte. 1854 brachte die schwarze Schiffsflotte von US-Admiral Perry und die rasch folgenden Forderungen das Feudalsystem der Tokugawa in Aufruhr.²²⁵

In der **Meiji-Restauration** 1868 stürzten Revolutionäre das Tokugawa-Regime und setzten den Kaiser wieder in seine zentrale Rolle ein. Dabei reformierten sie zur Erhöhung der Resilienz gegen die Herausforderungen aus dem Westen das gesamte Gesellschaftssystem. Im Verlauf dieser Revolution von oben übernahm Japan westliche Institutionen, schaffte den Feudalismus ab und errichtete eine konstitutionelle Monarchie, die von einem zentralen Adelsstand und einer Bürokratie unter dem Kaiser regiert wurde. Japan führte eine allgemeine Schulbildung und Wehrpflicht ein, schuf einen Industrie- und Finanzkapitalismus und importierte die gesamte Bandbreite der Technik. Es baute eine mächtige Armee und Marine auf und gewann nach dem Vorbild des britischen und niederländischen Imperialismus Kriege gegen das schwächelnde Kaiserreich China und das zaristische Russland. Dies brachte Japan 1895 Taiwan und 1910 Korea als Kolonien ein. Die Meiji-Charta 1868 forderte eine umfassende Konsultation einschließlich öffentlicher Beratungsversammlungen. Die Meiji-Verfassung 1889 sah parlamentarische Institutionen und begrenzte bürgerliche Freiheiten vor. Prodemokratischen Bewegungen gelang die Gründung einer politischen Oppositionspartei, die eine parlamentarische Vertretung anstrebte und die Freiheiten bis hin zum allgemeinen Wahlrecht für Männer erweiterte. Unter dem Druck der wirtschaftlichen Not während der Depression unterdrückte das japanische Militär jedoch die demokratische Politik, marschierte in China ein und löste schließlich den Zweiten Weltkrieg im Pazifikraum aus.²²⁶

²²⁵ Hasegawa/Broadbent 2011; Reischauer 1989; Morris 1906; Woolley 2005; Varley 2000.

²²⁶ Ramseyer/Rosenbluth 1998; Hasegawa/Broadbent 2011; Walker 2015; Green 2022; Varley 2000; Reischauer 1989; Morris 1906; Woolley 2005.

3.2 GEOGRAPHIE

Die Geographie begrenzt oder ermöglicht staatliche Macht. Daher sind die physische und die politische Geographie Teil des Bezugsrahmens für nationale Entscheidungen, insbesondere für die Grand Strategy.²²⁷ Geographische Überlegungen gestalten jeden Konflikt mit. Jede der vier geophysikalischen Umgebungen – Land, Meer, Luft und Raum – ist als Konfliktschauplatz unverwechselbar. Denn die potenziellen Ziele und die Gefechtsformen sind für jedes Umfeld einzigartig. Die Geographie prägt, als materielle strategische Ressource, ein hauptsächlich maritimes oder kontinentales strategisches Weltbild. Unterschiedliche geopolitische Theorien sehen die Beherrschung der Meere oder aber Eurasiens als Grundlage für eine weltweite ökonomische und militärische Überlegenheit.²²⁸ US-Admiral Alfred Thayer Mahan²²⁹ (1840 bis 1914) betonte die Notwendigkeit der maritimen Dominanz, Halford Mackinder²³⁰ (1861 bis 1947) hingegen jene über die eurasische Landmasse als Kernland, die potenziell auch auf die Meere projiziert wird. Ein unangefochtener Meereszugang ist jedoch für Nicholas Spykman (1893 bis 1943) unabdingbar. Er verweist darauf, dass sich die größte wirtschaftliche und demographische Macht Eurasiens nicht im Kernland Mackinders konzentriert, sondern in der Peripherie, das heißt in Westeuropa, Süd- und Ostasien.

Geographische Lage Japans

Die topographische Fragmentierung mit tausenden Inseln ist außergewöhnlich. Sie steht in einem gewissen Gegensatz zur sozialen und kulturellen Homogenität sowie der einheitlichen wirtschaftlichen und politischen Stärke Japans. Die vier Hauptinseln Hokkaido, Honshu, Shikoku und Kyushu erstrecken sich über knapp 2.000 km von Norden nach Süden. Ihr Landesinnere ist gebirgig, steil und daher schwierig zu bewirtschaften. Nur etwa ein Fünftel des gesamten Territoriums Japans ist leicht kultivierbar, vor allem in den fruchtbaren Ebenen. Die Bevölkerung konzentriert sich daher

²²⁷ Gray 1991, 137; Gray 2006a; Gray 2007, 78-81.

²²⁸ Tarapore 2018; Luft 2017.

²²⁹ Mahan 1965.

²³⁰ Mackinder 1904.

an den Küsten und um die zahlreichen natürlichen Häfen. Süßwasser ist aus den Bergen reichlich vorhanden.²³¹ Japan ist in hohem Maß von Nahrungsmittel- und Rohstoffimporten abhängig. Zur Verringerung der Erdölimporte entwickelte es seine Atomindustrie. Große Hungersnöte gab es in Japan nicht, jedoch regelmäßig unvorhersehbare Naturkatastrophen, insbesondere Taifune, Tsunamis, Erdbeben und Erdbeben. Das Klima weist große Unterschiede auf, ist aber weitgehend gemäßigt.

Das Gefühl der Einzigartigkeit Japans entstammt unter anderem der Entstehung der japanischen Inseln durch Vulkanausbrüche und nicht durch das Abbrechen von einer bestehenden Landmasse wie andere Inseln und Kontinente. Die japanischen Inseln waren nie Teil des eurasischen Kontinents. Dies begründete den Entstehungsmythos, dass Japan aus dem Meer auftauchte und daher außergewöhnlich sei, zugleich jedoch auch abseits gelegen und auf sich alleine gestellt. Dieser Mythos ist ein Beispiel für die Prägung der Kultur durch die Geographie. Rund 60 Vulkane sind heute noch in Japan aktiv.²³²

Die Bevölkerung umfasst rund 130 Millionen Menschen, wobei die Überalterung ein großes Problem darstellt.²³³ In Tokio beträgt die Bevölkerungsdichte 15.350 Einwohner pro km².²³⁴ Es besteht eine lange Tradition der Synthese verschiedener Religionen, vor allem des Shintoismus, des Buddhismus, des Daoismus und des Konfuzianismus. Auch das Christentum ist vertreten. Viele Japaner bekennen sich zu mehr als einer Religion. Daher gab es bei einer Gesamtbevölkerung von 126 Mio. Menschen 2015 etwa 91 Mio. Shintoisten, 86,9 Mio. Buddhisten und 2,9 Mio. Christen.²³⁵

Geopolitischer Kontext

Die geographische Lage und die Ressourcen waren für die strategischen Entscheidungen Japans stets wesentliche Wirkfaktoren.²³⁶ Die physische

²³¹ Woolley 2005.

²³² Anno 2021; Woolley 2005, 9f.

²³³ Woolley 2005.

²³⁴ World Population Review 2020.

²³⁵ U.S. Department of State 2015.

²³⁶ Reischauer/Fairbank 1960; Woolley 2005; Green 2022.

Trennung vom asiatischen Festland minimierte die äußeren Einflüsse und ermöglichte eine unabhängige kulturelle und politische Entwicklung. Die Distanz machte Japan für das politische Kalkül der restlichen Welt vergleichsweise uninteressant.²³⁷ Für **Korea** stellte Japan, ebenso wie China, Jahrhunderte lang eine Bedrohung dar, resultierend aus der geographischen Brückenfunktion Koreas zwischen der Seemacht Japan und der Kontinentalmacht China. Die geopolitische Rivalität mit China veranlasste Japan zu steten Einflussversuchen, Invasionen und Eroberungen in Korea.²³⁸

Für das kaiserliche **China** war Japan bis zu dessen Modernisierung relativ unbedeutend. Ab dem 20. Jahrhundert stellte die Lage Japans am Zugang zum Pazifik ein Hindernis für die Sicherheit und die Ambitionen Chinas und Russlands dar.²³⁹ Wegen der dominanten Präsenz Chinas an der Küste Ostasiens war es für das moderne Japan logisch, sich für ein Bündnis entweder mit China oder mit einer starken westlichen Seemacht zu entscheiden. Die meiste Zeit nach der Meiji-Restauration und Öffnung des Landes 1868 kooperierte Japan mit den USA und Europa. In der Zeitspanne der Entfremdung vom Westen 1931 bis 1945 führte Japan auf dem asiatischen Festland einen nicht zu gewinnenden Krieg. Japan kämpfte gegen die Kuomintang unter Jiang Kai-shek und die Rote Armee unter Mao Zedong. In der Folge floh die Kuomintang nach Taiwan, während die Kommunistische Partei die Volksrepublik China ausrief. Die kollektive Kriegserinnerung führte in China zu einem tief verwurzelten Misstrauen gegenüber Japan.²⁴⁰

Während des Kalten Krieges standen sich in Ostasien zwei hierarchisch strukturierte Bündnissysteme gegenüber. Einerseits das kontinentale System, bestehend aus der Sowjetunion, China, Nordkorea und Nordvietnam. Andererseits das auf die USA ausgerichtete maritime Bündnissystem mit hegemonialer Stabilität. Chinas Aufstieg forderte die Vormachtstellung der Sowjetunion heraus und zerrüttete den chinesisch-sowjetischen Pakt. Die USA nahmen diese Machtverschiebung im kontinentalen System als Gelegenheit wahr und näherten sich politisch China an. Die dabei entstandenen

²³⁷ Woolley 2005.

²³⁸ Siehe bspw. Hagström/Söderberg 2006.

²³⁹ Braddick 2000; Woolley 2005.

²⁴⁰ Woolley 2005.

Spannungen führten im maritimen System zu einer systemübergreifenden kollektiven sicherheitspolitischen Absicherung gegenüber China, die mit der wirtschaftlichen Einbindung Chinas kombiniert wurde (Hedging). Taiwan verfolgte aus innenpolitischen Gründen, insbesondere wegen des gegenseitigen Souveränitätsanspruchs, eine einzigartige Beziehung zu China. Nach dem Ende des Kalten Krieges führte die US-Vorherrschaft zu einer Wiederbelebung der Beziehungen zwischen China, Russland und den USA. Gemeinsame Interessen zeigten sich etwa im Kampf gegen den Terrorismus nach den Anschlägen am 11.09.2001. Der erhebliche Einfluss auf das Machtgleichgewicht durch den raschen Machtzuwachs Chinas führte schließlich zu einer geopolitischen Bruchlinie.²⁴¹

3.3 PHILOSOPHIE

Konfuzianismus

Der Konfuzianismus²⁴² übte einen bedeutenden Einfluss auf das japanische Denken aus. Sein Fokus ist jedoch die zivile Regierungsführung. Er stellt als fortwährende **Moraldoktrin** auch heute noch grundlegende Normen für das zwischenmenschliche Verhalten in Japan und in der internationalen Politik dar. Der Lösungsansatz von Konfuzius fokussiert sich im Rahmen der Selbstkultivierung auf die Reform des Individuums und der Gesellschaft. Die vorgegebene hierarchische Ordnung muss demgemäß mit Pflichtbewusstsein und Disziplin eingehalten werden, die Gemeinschaft steht über der Individualität. Die grundlegenden sozialen und psychologischen Muster der konfuzianischen Kultur bevorzugen Stabilität gegenüber dem Handeln oder der Zielerreichung.²⁴³ Der Konfuzianismus war ein statisches System und nicht ein System des Wandels.²⁴⁴ Er diente der Bildung von allgemeinem Wohlstand und nicht spezifischen Interessensgruppen in der Bevölkerung oder Regierung.²⁴⁵ Zu den fünf Tugenden zählen die Menschlichkeit und Nächstenliebe, die Rechtschaffenheit, der rituelle An-

²⁴¹ Vranken Hickey 2007; Wu 2017; Walker 2015.

²⁴² Konfuzius (Kong Fuzi) lebte von ca. 551 bis 479 v.Chr.

²⁴³ Pye 1985, 61; Rainey 2010; Zhang 2015.

²⁴⁴ Kihl 2015, 39-61.

²⁴⁵ Zhang 2003.

stand, die Aufrichtigkeit und die Weisheit. Die wichtigsten Werte sind die Harmonie, das Wohlwollen des Herrschers und hohe moralische Standards, repräsentiert in den strengen Riten. Sie führen zu familiärer Harmonie, staatlicher Stabilität und globalem Frieden. Das offizielle Wertesystem des chinesischen Kaiserreichs privilegierte die Zivilbeamten gegenüber den Militärangehörigen. Die Offiziere mussten sich, analog zu den Beamtenprüfungen, auf der Grundlage der Kenntnisse über die klassischen konfuzianischen Werke über die Kriegskunst bewähren.²⁴⁶

Die **Anziehungskraft** des Konfuzianismus resultierte für die Elite aus dem hierarchischen Herrschaftsmodell und für die Bevölkerung aus dem allgemeinen Streben nach Frieden. Der Konfuzianismus war innenpolitisch orientiert. Eine potenzielle Expansion erfolgte daher eher mit kulturellen als mit militärischen Mitteln, wobei das Ziel nicht die territoriale oder politische Kontrolle war. Die strategische Präferenz lag bei der Abwehr von Invasoren, ohne weiterer Verfolgung. Danach folgten Friedensverhandlungen, etwa durch Geschenke und Heiratspolitik. Erst an letzter Stelle standen die Kriegsführung und das Eindringen in feindliches Territorium.²⁴⁷

Das Mandat des Himmels war im alten Japan ein starkes Element der politischen Kultur und manifestierte sich durch die Akzeptanz des Herrschers durch das Volk. Aufstände resultierten demnach aus der Überzeugung der Bevölkerung, dass der König sein Mandat verloren habe. Zur Wiederherstellung des Mandats war der Kaiser zur Gewaltausübung berechtigt. Im Rahmen eines politischen Konfuzianismus entstammt die Legitimität der politischen Führung der Akzeptanz der Bevölkerung sowie der Kultur und Geschichte.²⁴⁸

Der Konfuzianismus wurde insbesondere von **Menzius**²⁴⁹ weiterentwickelt. Die utilitaristischen Kernelemente umfassen die Ordnung als Abwesenheit von Konflikten sowie den materiellen Wohlstand. Menzius akzeptierte

²⁴⁶ Niquet 2008.

²⁴⁷ Creel 1953; Feng 2007; Fan 2011.

²⁴⁸ Bary/Gluck/Tiedeman 2005; Walker 2015; Reischauer/Fairbank 1960; Wan 2016; Qing 2013; Chon 2000.

²⁴⁹ Menzius (Mengzi) lebte von ca. 372 bis 289 v.Chr.

tierte die Verteidigung, wandte sich jedoch gegen eine offensive Kriegsführung.

Im **Legalismus**, auf den sich auch die politische Kultur Japans bezieht,²⁵⁰ herrschte die Qin-Dynastie mit absoluter Kontrolle und mittels Angst auf der Basis von bürokratischer Kohärenz und materiellen Ressourcen. Es dominierten, im Gegensatz zur konfuzianischen Selbstkultivierung, strikte Gesetze und grausame Bestrafungen. Die nachfolgende Han-Dynastie übernahm wieder den Konfuzianismus. Sie unternahm institutionelle Anpassungen in der Verwaltung und beim Militär.²⁵¹

Die Planmäßigkeit des Universums hat seinen Ursprung im **Daoismus**.²⁵² Er misst der Unabhängigkeit einen besonderen Wert zu, der Konfuzianismus hingegen der Stufenordnung. Jeder daoistische Begriff enthält teils eine konkrete Bedeutung und teils eine Unbestimmtheit, damit bleibt ein gewisser Spielraum gewahrt. Das daoistische Ideal ist das gute Einvernehmen der Menschen untereinander und mit der Natur, denn der Kosmos ist ein einheitliches Ganzes. Dieses Einvernehmen entspricht einer wechselseitigen elastischen Abhängigkeit und könnte niemals auf unbedingten Vorschriften begründet sein. Vorschriften sind im Daoismus nur Vorbilder. Es existieren keine Gegensätze, sondern nur gegensätzliche Aspekte, die das Ergebnis unterschiedlicher Situationen sind.²⁵³

Kompatibilität des Konfuzianismus mit der Demokratie

Die Kompatibilität des Konfuzianismus mit der Demokratie ist seit langem Gegenstand zahlreicher politiktheoretischer Debatten.²⁵⁴ Dabei stehen vier konkurrierende Modelle im Mittelpunkt. Das Konfliktmodell sah, insbesondere während der ersten Demokratisierungswelle in Ostasien, den Konfuzianismus als Hindernis für die Demokratisierung an.²⁵⁵ Die Unvereinbarkeitsthese begründet sich auf der Qualifizierung der Herrschenden und

²⁵⁰ Zöllner 2009, 194; Morgan 2003; Martin/Stronach 2018; Bary/Gluck/Tiedeman 2005.

²⁵¹ Reischauer/Fairbank 1960; Bary 1988.

²⁵² Siehe bspw. Feng 2007; Granet 1985, 227-256.

²⁵³ Bary/Gluck/Tiedeman 2005; Yan 2019, 155.

²⁵⁴ Siehe bspw. Rainey 2010; Zakaria 2008, 60-65; Han 2014.

²⁵⁵ Siehe bspw. Shin 2018, 336; Huntington 1991, 300-303.

der fehlenden Partizipation der Bevölkerung im politischen Prozess. Denn im Konfuzianismus ist nur die moralische Elite zum Regieren befähigt. Die gute Regierungsführung basiert auf einer hierarchischen, paternalistischen Meritokratie.²⁵⁶ Das kritische Modell betrachtete den Konfuzianismus als politische Norm und die Demokratie aus konfuzianischer Sicht als mangelhaft. Das Kompatibilitätsmodell argumentiert mit der Konvergenz von Konfuzianismus und Demokratie.²⁵⁷ Beispiele sind etwa Japan, Südkorea oder Taiwan. Das Hybridmodell stuft die Demokratie bzw. den Demokratisierungsprozess als Mischung aus westlicher und konfuzianischer Kultur ein. Entscheidend ist, aufgrund der subtilen Spannungen das optimale Verhältnis zwischen den konfuzianischen und den demokratischen Elementen zu finden.²⁵⁸ Der ehemalige Premierminister Singapurs, Lee Kuan Yew, verneinte beispielsweise ebenso wie der ehemalige Premierminister Malaysias, Mahathir Mohamad, dass die konfuzianischen Werte mit einer aktiven Demokratie kompatibel seien. Der ehemalige Präsident Südkoreas, Kim Dae-jung, war hingegen der Überzeugung, dass die konfuzianische Tradition die demokratischen Werte sogar unterstützt.²⁵⁹

Kulturelles Erbe des Konfuzianismus in Japan

Über zwei Jahrtausende übte der Konfuzianismus einen tiefgreifenden und allgegenwärtigen Einfluss auf die traditionelle Kultur Japans aus. Sein umfassender Charakter als Ideologie und Philosophie macht eine Trennung zwischen Politik und Gesellschaft schwierig.²⁶⁰ Noch heute zeigt sich das kulturelle Erbe des Konfuzianismus im politischen Verständnis, in der Kultur und im Verhalten. Denn das konfuzianische Denken umfasst auch nicht explizit artikulierte, subjektive Prinzipien über die menschliche Existenz. Deren Gültigkeit wurde als selbstverständlich angesehen, nicht hinterfragt und durch alltägliche soziale Praktiken ständig neu bestätigt. Dies prägte die Problemwahrnehmung und -definition sowie die normative Ent-

²⁵⁶ Shin 2018, 327f.

²⁵⁷ Siehe bspw. Kihl 2015, 39-61; Huang/Wu 2018; Shi 2015; Pye 1985; Fell 2018; Rigger 2014; Lipset 1960.

²⁵⁸ Tucker 2022, 487; Li 2020, 133ff; Shi 2015, 218

²⁵⁹ Shin 2018, 336; Broadbent 2011, 8.

²⁶⁰ Bary 1988; Kihl 2015, 39-61.

scheidungsfindung.²⁶¹ Die Wirksamkeit der konfuzianischen paternalistischen Staatslogik und ihrer Entsprechung, der Duldung durch die Zivilgesellschaft, beruhte zum Teil auf der ethnischen Homogenität der Gesellschaft. Die ethnische Einheit versprach gemeinsame moralische Loyalitätsstandards gegenüber den Vorgesetzten und eine pflichtbewusste Erfüllung der gegebenen Rolle innerhalb eines relativ egalitären nationalen Kollektivs. Dies war eine vertikale Gesellschaft in Bezug auf Gehorsam und Organisation, jedoch eine horizontale Gesellschaft in Bezug auf Belohnung und Zugehörigkeit.²⁶² Diese in Schulen gelehrt Perspektive wurde als japanische Identität akzeptiert. Ihre Dominanz untergrub die Legitimität von alternativen Identitäten.²⁶³

Der Neokonfuzianismus entwickelte sich in Japan in einem geringeren Ausmaß als etwa in Südkorea.²⁶⁴ Das **Tokugawa-Schogunat** importierte und nutzte den Konfuzianismus vor allem zur Legitimierung und Stärkung der eigenen Macht. In der Folge verlor der Konfuzianismus einige seiner ursprünglichen populistischen und humanistischen Qualitäten. Die Loyalität gebührte ausnahmslos und aufopferungsvoll dem Feudalherrn, ohne Recht auf Kritik oder Sonderrechte für Familien. Auch die zum Shintoismus verschmolzenen einheimischen lokalen schamanistischen Kulte diente diesen Zielen.²⁶⁵ In allen ostasiatischen Gesellschaften spiegelte und unterstützte die neokonfuzianische Ethik die starken Beziehungen der Verwandtschaft oder von dörflich-kollektiven sozialen Gruppierungen, die typisch für den Reisanbau sind. Diese Kulturen waren stark kollektivistisch, jedoch auf das Wohlergehen der lokalen (und nicht der überregionalen) Bevölkerung ausgerichtet. Es gab kein Konzept des universellen öffentlichen Gutes oder der öffentlichen Rechte.²⁶⁶

Die Wechselwirkung zwischen der **Kultur und den Werten** brachte Ideen hervor, die von der Regierung als wichtige politische Maßnahmen angenommen und umgesetzt wurden.²⁶⁷ Werte lassen sich grundsätzlich in zwei

²⁶¹ Kim 2000, 62-69.

²⁶² Nakane 1970, 23f.

²⁶³ Broadbent 2011, 23.

²⁶⁴ Broadbent 2011, 19.

²⁶⁵ Bary/Gluck/Tiedemann 2005; Bary 1996.

²⁶⁶ Chu 2008, 255.

²⁶⁷ Kihl 2015, 39-61.

Kategorien einteilen: intrinsische und instrumentelle Werte.²⁶⁸ Intrinsische Werte werden ungeachtet des Nutzens oder der Kosten hochgehalten. Dies inkludiert politische Werte wie die Demokratie, den Patriotismus oder den Nationalismus. Instrumentelle Werte werden hingegen wegen ihres direkten Nutzens unterstützt, beispielsweise alle ökonomischen Werte wie Modernisierung oder Wirtschaftsentwicklung. Obwohl der Konfuzianismus in der Theorie ein System von intrinsischen Werten und Normen vermittelte, waren diese nicht mit dem wachsenden Streben der Bevölkerung nach Wohlstand kompatibel. Daher mussten die traditionelle Kultur und die intrinsischen Werte des Konfuzianismus im Laufe der Zeit einer Reihe von instrumentellen Werten weichen, die durch die Ideen der Modernisierung und Demokratisierung Verbreitung fanden.

Konfuzianischer Einfluss auf die Modernisierung

Der Konfuzianismus spielte eine subtile, aber grundlegende Rolle für Japans Aufstieg im internationalen (Wirtschafts-) System.²⁶⁹ Es gibt ein komplexes Wechselspiel von Ursache und Wirkung zwischen **Kultur und Fortschritt**.²⁷⁰ Dabei werden konfuzianische bzw. asiatische Werte im Allgemeinen als treibende Kraft für den raschen wirtschaftlichen Aufstieg Asiens gesehen.²⁷¹ Manche schreiben dem Konfuzianismus in Bezug auf das Wirtschaftswachstum eine eher unbeabsichtigte Folgewirkung zu. Denn die technokratische Elite und die außergewöhnlich gut ausgebildeten Arbeitskräfte waren ein beiläufiges Resultat des konfuzianischen kulturellen Erbes, insbesondere der Bildungs- und Leistungsbereitschaft. Modernisierung und Entwicklung sind nicht notwendigerweise Synonyme. Modernisierung ist die Einführung neuer Mittel zur Leistungsverbesserung einer Gesellschaft, jedoch mit dem Ziel, dass diese Veränderungen nicht bestimmte hochgehaltene Ziele und organisatorische Abläufe verstärken. Die Entwicklung hingegen reflektiert die Maximierung des gesamtgesellschaftlichen Potenzials, unabhängig von ihren bestehenden Zielen und Organisationsverfahren.²⁷²

²⁶⁸ Tucker 2022, 189f.

²⁶⁹ Bary 1996, x; Inoguchi/Mikami/Fujii 2007.

²⁷⁰ Kihl 2015, 40.

²⁷¹ Han 1999, 3-8; Shin 2018, 336; Kihl 2015, 3-35; Broadbent 2011.

²⁷² Kihl 2015, 39-61.

4) WIRKKRÄFTE UND IHRE WECHSELWIRKUNG MIT DER STRATEGISCHEN KULTUR JAPANS

4.1 INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN

Die politischen Handlungsmuster und die **internationalen Beziehungen** können auf der Ebene des internationalen Systems, des Nationalstaats und des Individuums analysiert werden.²⁷³ Das internationale System bewirkt durch Sachzwänge gewisse vorhersehbare, rationale Handlungsmuster. Es ist durch die Abwesenheit einer übergeordneten Ordnungsmacht und das Machtstreben der einzelnen Staaten geprägt. Die Ordnungskonzepte können global, regional und ebenso parallel zueinander bestehen. Die zweite Ebene schreibt der Interaktion der unabhängig agierenden Nationalstaaten, ihrem politischen System sowie den kulturellen und sozialen Faktoren den größten Einfluss auf die internationale Ordnung zu. Die dritte Ebene betont die spezifische Rolle der einzelnen Führungspersonen und des Entscheidungsfindungsprozesses.²⁷⁴ Sie inkludiert die Charaktereigenschaften, die Institutionen und die Wahrnehmung der Welt sowie von den Motiven und Zielen anderer Akteure.

Grundsätzliche Unterschiede hinsichtlich der **Positionierung im internationalen System** bestehen zwischen dem Realismus, dem Liberalismus und dem Konstruktivismus. Politische Realisten legen den Fokus auf die Machtressourcen und Machtverhältnisse.²⁷⁵ Für Liberale steht der interne politische Prozess im Vordergrund, für Konstruktivisten der Interaktionsprozess mit anderen Staaten. Der Machtausgleich kann entweder intern erfolgen, etwa durch den Streitkräfteaufbau, oder extern, etwa durch Allianzenbildung.²⁷⁶ Auf einen internen Machtausgleich setzte Japan beispielsweise in der Geoökonomie mit der Erhöhung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Die traditionelle Theorie des Machtgleichgewichts des poli-

²⁷³ Waltz 1979; Waltz 2006; Walt 2006; Dorff 2001b; Hanagan 2012; Stolberg 2012.

²⁷⁴ Kim 2016.

²⁷⁵ Waltz 1979.

²⁷⁶ Jervis 2017; Colby 2021.

tischen Realismus wurde mit der Theorie des Bedrohungsgleichgewichts modifiziert. Demgemäß ist die wahrgenommene Bedrohung und nicht die eigene Kapazität das Kriterium für das Gleichgewichtsverhalten.²⁷⁷ Um das Schadenspotenzial eines gegnerischen Bündnisses zu verringern, kann entweder die eigene Stärke aufgebaut werden, etwa durch die Mobilisierung interner Ressourcen oder die Bündelung verbündeter Kräfte. Oder durch Spaltung des gegnerischen Bündnisses, etwa durch Akkommodation oder Drohungen.²⁷⁸

Schwächere Staaten stellen mit ihrem Verhalten häufig nicht die Grundwerte der stärkeren Mächte in Frage (Bandwagoning).²⁷⁹ Machtausgleich und Bandwagoning sind beide mit Kosten, Bündnisbildung oder dem Verlust der strategischen Unabhängigkeit verbunden. Eine weitere Möglichkeit – die etwa für Japan zutrifft – ist eine zweigleisige Strategie mit der Kombination aus Engagement, zumeist wirtschaftlich, und Absicherung, zumeist sicherheitspolitisch. Das Engagement dient der Verbesserung der freundschaftlichen Beziehungen und dem Gewinn kommerzieller Vorteile. Die Absicherung erfolgt über eine Sicherheitsgarantie, etwa ein Bündnis mit einer anderen Großmacht.

Internationale Beziehungen Japans

Maßgebliche Veränderung betrafen in den letzten 150 Jahren die Weltsicht und die internationale Positionierung Japans.²⁸⁰ Die internationalen Beziehungen Japans können als normal charakterisiert werden.²⁸¹ In Asien ist Japan trotz einigen angespannten Beziehungen, insbesondere zu China und Südkorea, als Vordenker anerkannt.²⁸² Es besteht eine komplexe und dynamischen Beziehung zwischen der Struktur des internationalen Systems, den eingebetteten Normen einerseits der internationalen und andererseits der japanischen Gesellschaft sowie dem Streben Japans nach Verwirkli-

²⁷⁷ Walt 1987.

²⁷⁸ Crawford 2021.

²⁷⁹ Schweller 1994.

²⁸⁰ Bernstein/Fukui 1988.

²⁸¹ Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

²⁸² Green 2022, 225.

chung seiner Interessen innerhalb der historisch kontingenten Bedingungen.²⁸³

Normenkonsolidierung Japans

Japans Normenkonsolidierung veränderte seine Weltsicht und seinen Zugang zu einer zunehmend interdependenten Welt. Die wirtschaftliche Macht stellte Japan in seinem spezifischen Führungsstil in den Mittelpunkt, die Präferenz lag auf dem Funktionieren an der Peripherie. Japan vermied unilaterale Maßnahmen und ebenso eine deutliche Trennung zwischen bilateralen, regionalen und multilateralen Initiativen. Nach der Niederlage im Zweiten Weltkrieg trat Japan in ein internationales System ein, dessen westlicher Charakter durch die Vereinten Nationen und die globalen Wirtschaftsinstitutionen von Bretton Woods institutionalisiert wurde.²⁸⁴ Zum einen galt Japans traditionelle Norm dem Bilateralismus, dem Fokus auf Asien, dem Developmentalismus, dem Antimilitarismus und der finanziellen Zurückhaltung. Zum anderen wuchs nach dem Ende des Kalten Krieges und der Bipolaritätsstruktur Japans Beitrag als verantwortungsvoller Akteur zur internationalen Gemeinschaft, indem Japan die Yoshida-Doktrin allmählich ablegte. Beispielhaft war etwa die Entsendung von Minessuchbooten in den Persischen Golf 1991 und die Entsendung von Friedenstruppen nach Haiti im Januar 2010 als Teil der internationalen humanitären Bemühungen. Die strukturellen Einschränkungen wurden beispielsweise an den vergeblichen Bemühungen Japans um einen permanenten Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen deutlich.²⁸⁵

Japan nutzte seine Wirtschaftsmacht zur Instrumentalisierung der multilateralen Steuerung der globalen politischen Ökonomie. Die hemmende bzw. unterstützende Rolle von Normen für die Handlungsfähigkeit Japans war ebenso komplex wie sein Politikgestaltungsprozess. Wirkfaktoren waren Globalisierungsprozesse, das Ende des Kalten Krieges, der Krieg gegen den Terror und die sich verändernden globalen Machtverhältnisse. Japan erhöhte etwa sukzessive seine Beiträge und Vertretung innerhalb des Inter-

²⁸³ Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

²⁸⁴ Ebd.; Green 2001.

²⁸⁵ Fukushima 2003; Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

nationalen Währungsfonds, der Weltbank oder der OECD. Damit übernahm es eine potenzielle Führungsrolle Ostasiens in globalen Institutionen, setzte sich jedoch auch für nicht-westliche Ideen ein. Innerhalb des Systems der Vereinten Nationen konzentriert sich Japan auf die Repräsentanz, die Finanzierung und die Friedenssicherung.²⁸⁶

4.2 BEDROHUNGSWAHRNEHMUNG

Sicherheitspolitisches Umfeld im indopazifischen Raum

Das sicherheitspolitische Umfeld entwickelte sich im indopazifischen Raum zu einer komplexen und komplizierten strategischen Lage. Es beeinflusst die gesamte Region.²⁸⁷ Die heutige strategische Lage in Ostasien ist von der historischen Entwicklung geprägt. Sie umfasst insbesondere die Instabilität auf der koreanischen Halbinsel, den Antagonismus zwischen China, Südkorea und Taiwan sowie den Konflikt um den Status Taiwans.²⁸⁸ Die Territorialkonflikte im Südchinesischen und im Ostchinesischen Meer sind ein dauerhaftes Sicherheitsproblem. Während China beispielsweise 1962 einen formellen Vertrag über den Grenzverlauf mit Nordkorea unterzeichnete und 60 % des umstrittenen Gebietes abtrat, wurde der Konflikt um die Dokdo/Takeshima-Inseln im Ostmeer zwischen Südkorea und Japan nie formell beigelegt. Die Inseln liegen in den Gewässern zwischen Korea und Japan. Sie werden von Südkorea kontrolliert und von Japan historisch beansprucht. Der Konflikt ist komplex und beinhaltet rechtliche, politische und sicherheitspolitische Fragen. Die Involvierung von nationalistischen Gefühlen und die unterschiedliche Interpretation der Kolonialzeit erschweren die Konfliktlösung zusätzlich.²⁸⁹

Die regionale Sicherheitslage wird durch den anhaltenden strategischen Wettbewerb zwischen der Volksrepublik China und den USA geprägt. Ein wesentlicher Faktor ist Chinas Balance zwischen Integration und Desin-

²⁸⁶ Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

²⁸⁷ Gohain Baruah 2020; Panda 2020; Kang 2009; Ayson/Ball 2006; Ball 2021, 33-70; Armstrong 2006; Satake 2022.

²⁸⁸ MOD Japan 2022d; Cole 2006; Berger 2003.

²⁸⁹ Kang 2009; Cole 2006; Korkmaz/Rydqvist 2012.

tegration in die westliche Weltordnung.²⁹⁰ Der geopolitische Wettstreit erweitert sich zunehmend auf die Geoökonomie.²⁹¹ Zudem nutzt China seine umfassende nationale Macht zur Ausweitung seines geopolitischen Einflusses, in der Region etwa durch militärische oder Grauzonenaktivitäten. Grundsätzlich nimmt die Anzahl an Akteuren, Aktivitäten und Problemfeldern im indopazifischen Raum zu. Die strategischen Potentiale und Ressourcen werden von den unterschiedlichen Akteuren laufend bewertet und Konfliktursachen komplex gedeutet. Die multilaterale Ordnungsstruktur des indopazifischen Raumes begünstigt alternative Beziehungsgeflechte und neue Kooperationsdimensionen. Die physischen und ideellen Netzwerke erleichtern durch die Einflussnahme und die gegenseitige Abhängigkeit die Machtprojektion. Die regionalen Akteure stärken ihre Militärkapazitäten und Kooperationen. Immer häufiger erstellen externe Akteure eigene formelle oder informelle Indopazifik-Strategien. Das vorrangige Ziel ist zumeist die Eindämmung Chinas.

Sicherheitspolitische **Wirkfaktoren** sind die bisher erfolglosen Bemühungen um eine Denuklearisierung Nordkoreas und die anhaltenden Souveränitätskonflikte. Hinzu kommen moderne Sicherheitsbedrohungen, der Rüstungswettbewerb und insbesondere Bedenken über die Veränderung der Formen der Kriegsführung, basierend auf den technologischen Fortschritten. Die USA verstärkten aktiv die Zusammenarbeit mit Verbündeten und Partnern zur Aufrechterhaltung ihrer ordnungspolitischen Dominanz, vor allem durch die Stärkung der Militärkapazitäten. China versucht, mit seiner politischen, wirtschaftlichen und militärischen Schlagkraft die regionale Entwicklung zu formen.²⁹²

Akteursspezifische Sicherheitspolitiken

Die unterschiedlichen regionalen und extraregionalen Akteure verfolgen im indopazifischen Raum spezifische Sicherheitspolitiken. Die **USA** konzentrieren sich im Rahmen ihrer Verteidigungspolitik im indopazifischen Raum vorrangig auf die sicherheitspolitischen Herausforderungen. Zu diesem Zweck richteten sie ihren Militäreinsatz proaktiv neu aus. Sie stärken ihre

²⁹⁰ Zakaria 2008, 88; MOD Japan 2022d.

²⁹¹ Kang 2020.

²⁹² MOD ROC 2021; Jäger 2013.

Verteidigungs- und Abschreckungsposition mit dem Ziel, die operative Effizienz der Streitkräfte zu verbessern und die Zusammenarbeit mit regionalen Verbündeten und Partnern zu vertiefen.²⁹³ Bei seinem Amtsantritt zu Jahresbeginn 2021 veranlasste US-Präsident Joe Biden die Einrichtung einer China-Task-Force, die Stärkung der regionalen Netzwerke und die beschleunigte Entwicklung neuer operativer Konzepte zur Konfrontation mit China. Die USA richteten im Hinblick auf ein künftiges komplexes operatives Umfeld ein Weltraumkommando ein. Dies dient der Integration der Fähigkeiten in den Bereichen Weltraum, Cyberspace, Abschreckung, Transport, elektromagnetisches Spektrum und Raketenabwehr für All-Domain-Operationen. Das US-Marineministerium (Department of the Navy) publizierte im Dezember 2020 die Strategie „Advantage at Sea: Prevailing with Integrated All-Domain Naval Power“ zur Integration der Marine, Marineinfanterie und der Küstenwache zur Bekämpfung der maritimen Expansion Chinas.

Indien treibt die Modernisierung seiner See- und Luftstreitkräfte stetig voran und wurde zum weltweit zweitgrößten Waffenimporteure. Indiens Zielsetzung ist die Aufrechterhaltung einer autonomen Verteidigung. Der erste einheimische Flugzeugträger INS Vikrant wurde im August 2021 auf See erprobt. Im Rahmen seiner Blockfreiheit will Indien grundsätzlich die bilateralen und multilateralen Beziehungen stärken, insbesondere zu den USA, zu Russland und zu den europäischen Ländern. Eine der Prioritäten lag dabei auf der maritimen Sicherheit, vor allem durch die Vertiefung von Kooperationen. Die Interoperabilität stärkt Indien regelmäßig durch gemeinsame Militärübungen, beispielsweise Malabar mit den USA, Japan und Australien. Die indische Beziehung zu den USA wurde 2020 zu einer umfassenden globalen strategischen Partnerschaft aufgewertet, nicht zuletzt als Konsequenz einer Grenzkonfrontation mit China. Das im Oktober 2020 unterzeichnete Basic Exchange and Cooperation Agreement for Geospatial Cooperation (BECA) ebnete den Weg für den Austausch von Bilddaten von US-Satelliten.

Australien verkündete 2020 die Aktualisierung seiner Verteidigungsstrategie und des Streitkräftestrukturplans. Ziel ist die Schaffung einer glaubwürdigen Kampfkraft und die Festigung der Kooperation mit den USA. Dem

²⁹³ Kim 2016.

Plan zufolge wird das Verteidigungsbudget Australiens bis 2030 bis zu 186 Mrd. US-Dollar erreichen. Wegen der zunehmenden Machtprojektion Chinas im Südpazifik rüstete Australien den südlich von Darwin gelegenen Luftstreitkräfte-Stützpunkt Tindal auf. Er zählt zu den wichtigsten Verteidigungseinrichtungen Australiens. Zur Ausdehnung seiner strategischen Reichweite auf den östlichen Indischen Ozean und den Pazifik erwarb Australien 200 Langstrecken-Anti-Schiffsraketen von den USA. Gemeinsam werden Australien und die USA Hyperschallraketen entwickeln. Im September 2021 unterzeichnete Australien mit den USA und Großbritannien die trilaterale Sicherheitspartnerschaft Aukus, in deren Rahmen Australien technische Unterstützung beim Bau von Atom-U-Booten erhält. Mit Indien etablierte Australien eine umfassende strategische Partnerschaft und zur Stärkung der militärischen Zusammenarbeit ein Abkommen zur gegenseitigen logistischen Unterstützung. Mit Japan schloss Australien ein Abkommen über den gegenseitigen Zugang zu militärischen Einrichtungen. Es ermöglicht den Streitkräften beider Seiten den gegenseitigen Besuch zur Durchführung gemeinsamer Übungen und Operationen. Zudem drängt Australien Südostasien zu einer Verbesserung der Kommunikation und der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit.

Die Länder **Südostasiens** streben angesichts des geostrategischen Wettbewerbs zwischen China und den USA nach strategischer Äquidistanz und versuchen, ihre strategischen Initiativen zum Schutz ihrer nationalen Interessen zu verbessern.²⁹⁴

4.3 IDENTITÄT

Die nationale Identität prägt die Definition der nationalen Interessen und damit die Positionierung im globalen System. Die Identität ist daher eine wesentliche analytisch-kulturelle Dimension des politischen und strategischen Handelns.²⁹⁵ Zwischen einer reifen nationalen Identität, die eine umfassendere Demokratisierung ermöglicht, und demokratischen Institutio-

²⁹⁴ MOD ROC 2021.

²⁹⁵ Heo/Woo 2007; Kim 2009; Jones 2012.

nen, die den Weg zu dieser Art von Identität öffnen, besteht eine wechselseitige Beziehung.²⁹⁶

Identität beschreibt, wie wir über uns selbst und wie andere über uns denken. Die Identitätsbildung basiert grundsätzlich auf sozialen Erfahrungen, die über die individuelle Erfahrung des Einzelnen hinausgeht. Die Gruppenidentität setzt ähnliche Erfahrungen aller Gruppenmitglieder voraus.²⁹⁷ Es entwickelten sich insbesondere zwei unterschiedliche, eng miteinander verbundene Stränge der Identitätstheorie. Die eine konzentriert sich auf die Verknüpfung von sozialen Strukturen und Identitäten, die andere auf den internen Prozess der Selbstverifizierung. Beide Theorien stellen einen Kontext für die jeweils andere dar. Die Beziehung zwischen sozialen Strukturen und Identitäten beeinflusst den Prozess der Selbstverifizierung, während der Prozess der Selbstverifizierung soziale Strukturen schafft und erhält.²⁹⁸ Unter kultureller Identität versteht man das Zugehörigkeitsgefühl eines Individuums oder einer sozialen Gruppe zu einem bestimmten kulturellen Kollektiv. In der politischen Theorie hat die nationale Identität zwei Bedeutungen. Einerseits die Zugehörigkeit zu einer bestimmten ethnischen oder kulturellen Gemeinschaft, andererseits die politische Selbstidentität als Mitglied eines bestimmten Staates. In Bezug auf den Nationalstaat werden beide Elemente kombiniert. Generell muss die kulturelle Identität jedoch nicht mit der politischen Identität übereinstimmen.

Identität & Nationalismus Japans

Japan veränderte seine anfängliche Verteidigungshaltung nach der Ankunft der US-Kriegsschiffe 1853 innerhalb von 15 Jahren in eine dynamische, nach außen gerichtete Politik. Dieser Prozess war revolutionär und führte zu einem nationalen Konsens für gemeinsames Engagement. Das Symbol der japanischen Geschlossenheit und der nationalen Erneuerungsbewegung, um das herum die Loyalität und die Energien der Japaner für die Modernisierung mobilisiert wurden, war Kaiser Meiji (1852 – 1912).²⁹⁹

²⁹⁶ Rozman 2021, 4f.

²⁹⁷ Brown 2004; Lin 2021.

²⁹⁸ Brenner/Stets/Serpe 2021; Stryker/Burke 2000.

²⁹⁹ Bary 1988, 75-78.

Die **nativistischen Gruppen** Japans unterscheiden sich mit ihrer positiven Haltung zur politischen Führung vom Charakter radikaler rechter Gruppen in Europa. Ihr Aufstieg beruht auf den Interessensverlagerungen der rechten Elite. Es gibt drei Arten von rechten Akteuren: erstens die nativistische Bewegung als die neue radikale Rechte, zweitens rechte Politiker, zumeist von der Liberaldemokratischen Partei, und drittens die Liberaldemokratische Partei als konservative Elite. Die religiösen Rechten und Kriegsveteranengruppen bilden die organisatorische Basis der rechten Eliten. Charakteristisch für die religiösen Rechten ist der starke politische Einfluss in enger Verbindung mit der Liberaldemokratischen Partei. Sie beharren auf Geschichtsrevisionismus, traditioneller Ethik und einem kaiserzentrierten Nationalismus. Gegenüber Migranten und ethnischen Minderheiten verhalten sie sich relativ gleichgültig.

Auf den ersten Blick unterscheidet sich die nativistische Bewegung deutlich von den rechten Eliten. Einige Aktivisten unterstützen LDP-Politiker, doch im Allgemeinen hat die nativistische Bewegung wenig Kontakt bzw. distanziert sich von der etablierten rechten Elite. Sie richtet sich gegen die Politik der Liberaldemokratischen Partei, während die rechte Elite auf einer Linie mit der LDP liegt. Die breite Öffentlichkeit favorisiert die nativistische Bewegung als Teil des konservativen Establishments. Obwohl die nativistische Bewegung und die rechte Elite nicht direkt miteinander in Verbindung gebracht werden, nutzte die nativistische Bewegung die diskursive Gelegenheit, die sich durch das rechte Establishment eröffnete, für ihren Aufstieg. Innerhalb der rechten Elite nahm der Geschichtsrevisionismus nach dem Kalten Krieg zu. Als Begleiterscheinung nahmen die nativistischen Demonstrationen und Gewalt seit Ende der 2000er Jahre zu. Daher stellt der Nativismus eine Variante des Geschichtsrevisionismus dar. 2016 sah sich Japan aufgrund der zunehmenden, auch gewalttätigen Demonstrationen zum Erlass des ersten Anti-Rassismus-Gesetzes Japans veranlasst.³⁰⁰

Beispielhaft für einen teilweisen Identitätswandel Japans ist die veränderte Einstellung zu (Arbeits-) Zuwanderung seit Ende der 1980er Jahre. Die **Einwanderungspolitik** war von ideeller und institutioneller Fragmentierung sowie einem Mangel an Vision und Strategie geprägt. Dies begründete den starken Staat in der Einwanderungspolitik und immunisierte die staatli-

³⁰⁰ Higuchi 2020.

chen Akteure gegen äußeren Druck. Reformen erfolgten sehr begrenzt, schrittweise und pfadabhängig. Zwischen der offiziellen und der realen Einwanderungspolitik bestand eine deutliche Diskrepanz. In diesem Kontext übte die zivile Interessensvertretung einen zwar begrenzten, aber dennoch bedeutenden Einfluss auf den vergleichsweise starken Staat aus. Obwohl zivilgesellschaftliche Bürgerinitiativen im Allgemeinen nicht in die Entscheidungsgremien einbezogen wurden, veränderten sie die Wahrnehmung der Einwanderung und förderten ein differenziertes Verständnis, etwa im Hinblick auf Menschenhandel bzw. dessen Bekämpfung.³⁰¹

4.4 MACHT UND GROSSMACHTSTREBEN

Japan erlebte in zwei verschiedenen Zeiträumen innerhalb eines Jahrhunderts einen internationalen Aufstieg, nämlich zwischen 1870 und 1914 sowie zwischen 1960 und 1989. Allerdings nur im ersten Zeitraum zur Großmacht und im zweiten zur Wirtschaftsmacht. Damit werden die Gegensätze Japans in der Meiji-Zeit und im Kalten Krieg ersichtlich. In der ersten Zeitspanne fügte sich Japan in das internationale System ein, in der zweiten wollte es die (wirtschaftspolitischen) Spielregeln ändern.³⁰²

Japans Aufstieg zur Großmacht im 19. Jahrhundert beruhte auf der aktiven Nachahmung etablierter Großmachtvorstellungen. Japan hatte eine umfassende Vorstellung davon, wie eine Großmacht zu sein hatte, und konnte auf diese Weise globale Autorität im Stil der damaligen Großmächte erlangen. Es verfügte über zahlreiche Narrative, die Japan zur Globalisierung veranlassten sowie die interne und externe Anerkennung ihres sich verändernden Status prägten. Dazu gehörte etwa die Großmachtverantwortung, Kolonien zu besitzen und zu betreiben. Die Meiji Restauration zeigte die Entschlossenheit, eine dem Westen ebenbürtige oder sogar überlegene Macht auf der Basis des Militärs und der zivilen industriellen Kapazitäten aufzubauen. Dazu wurde der Feudalstaat in einen modernen zentralisierten Staat verwandelt. Der Schwerpunkt lag auf der Eigenständigkeit, Rationali-

³⁰¹ Chiavacci 2020.

³⁰² Chatterjee Miller 2021, 69-97.

tät und Technologie. Die regionale Ordnung formte Japan durch die Schaffung von Institutionen.³⁰³

Nach dem Zweiten Weltkrieg wandelte sich Japan rasch von einem Feind zu einem Verbündeten der USA. Doch trotz der beträchtlichen Investitionen der USA in Japan zur Gewinnung der japanischen Hilfe im Kampf gegen den Kommunismus wurden die USA vom schnellen Wirtschaftswachstum Japans überrascht. Dies verursachte in den USA und auf der internationalen Ebene Besorgnis. Japan konzentrierte sich auf seinen Status als Handelsstaat. Auf der Weltbühne blieb es jedoch zurückhaltend und relativ inaktiv in Bezug auf Führung und Verantwortung, ganz im Gegensatz zu China ab den 1990er Jahren.³⁰⁴

Expansionsprozess Japans (1868 – 1945)

Das vormoderne Japan suchte, wie auch China, im Kampf gegen den westlichen Kolonialismus einen Modernisierungsweg ohne Verlust der eigenen Identität und der traditionellen Gesellschaftsordnung. Bis 1868 setzten sich die Reformkräfte durch, indem sich ihre Rebellionsbereitschaft gegen das herrschende Schogunat über ein Jahrzehnt kontinuierlich aufbaute. Mit der Meiji-Restauration 1868 werden politische und gesellschaftliche Umwälzungen und der Beginn der Modernisierung assoziiert. In den folgenden Jahrzehnten bis 1945 vollzog sich mit der Weichenstellung für die Entwicklung von politischen Strukturen, Prozessen, Handlungs- und Reaktionsmustern ein nachhaltiger, großer Wandel. Zu Beginn fand ein Rückgriff auf historisch Bekanntes statt.

In vier Phasen von 1868 bis 1945 wurde das politische System dem angestrebten Modernisierungs- und dem außenpolitischen Expansionsprozess angepasst. Bis zur Einführung des Kabinettsystems 1885 als Folge in- und ausländischen Drucks griff Japan auf Systemelemente des 7. Jahrhunderts zurück. Einerseits schuf es neue politische Institutionen und eine Zentralregierung, die ihre Macht nicht nur zentralistisch organisierte, sondern auch mit Hilfe eines neuen bürokratischen Verwaltungssystems flächendeckend

³⁰³ Chatterjee Miller 2021, 18f; Green 2022.

³⁰⁴ Green 2022; Chatterjee Miller 2021, 23f.

ausübte. Andererseits gestaltete sich die Zentralregierung nach einem ursprünglich aus China importierten Modell aus dem 7. Jahrhundert, dessen Struktur sich auf weitreichende gesetzliche Kodizes stützte. In der zweiten Phase von 1889 bis ca. 1924 folgte in Anlehnung an das deutsche Vorbild ein Verfassungsstaat mit dem Kaiser als absoluten Herrscher. Liberale Ideale standen bis 1932 im Mittelpunkt. In der vierten Phase bis 1945 dominierte der Ultrationalismus und die Gleichschaltung.

Ausgeprägte Polarisierungen waren für die politische Struktur zwischen 1885 und 1945 charakteristisch und bereits in der Meiji-Verfassung angelegt. Denn der Kaiser war einerseits absoluter Herrscher, jedoch auch konstitutionell gebundener Monarch, der die Mitwirkung anderer Organe berücksichtigen musste. Hinzu kam eine unklare Abgrenzung von Kompetenzen, die sich auch im Nachkriegs-Japan zeigte.³⁰⁵

Der Ultrationalismus resultierte aus den internen und externen Rahmenbedingungen. Die internen Ursachen lagen im Bedarf, neben den institutionellen auch die ideellen Grundlagen für die nationale Einheit und Identität zu schaffen. Um politische und soziale Stabilität zu sichern, sollten möglichst viele soziale Gruppen in die neuen Strukturen integriert werden. Die externen Ursachen bis 1900 waren im Kolonialismus begründet und dem Druck zur Realisierung einer raschen wirtschaftlichen, politischen, gesellschaftlichen und militärischen Modernisierung. Nach der Jahrhundertwende wollte Japan seinen Status als ebenbürtige Großmacht erhalten und in Asien ein eigenes Imperium aufbauen.

Als Konsequenz baute Japan bis ca. 1930 ein starkes Militär bzw. Seemacht auf. Für die Modernisierung importierte es industrielles und technologisches Wissen zum Aufbau einer wirtschaftlichen Infrastruktur. Um als gleichberechtigter Verhandlungspartner anerkannt zu werden übernahm es westliche politische Institutionen. Zur Einordnung der eigenen intellektuellen Kultur und Tradition sowie zu deren Anpassung an die Erfordernisse der nationalen Einheit importierte Japan zudem gesellschafts- und geisteswissenschaftliche Ideen. Ab ca. 1930 versuchte Japan im Rahmen des Pan-Asianismus bzw. der Großostasiatische Wohlstandssphäre die asiatischen Länder von seiner Überlegenheit zu überzeugen sowie von der Notwen-

³⁰⁵ Derichs/Lukner 2013.

digkeit, Japan gegen den westlichen Imperialismus zu unterstützen. Neben dieser Befreiungsideologie exportierte es eine antikommunistische Haltung, um einer internationalen Isolierung zu entgehen. Die kriegsrische territoriale Expansion Japans wurde mit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki und der nachfolgenden Kapitulation im August 1945 beendet.³⁰⁶

Maritime Strategie unter Shinzo Abe

Japan präferierte nach dem Zweiten Weltkrieg weder die kontinentale noch die maritime Strategie. Seine Haltung gegenüber China veränderte sich ebenso immer wieder. Shinzo Abe fokussierte sich angesichts der Bedrohung durch den Aufstieg Chinas ausschließlich auf die maritime Strategie, vor allem auf die Sicherheit der Meere, die Orientierung an anderen maritimen Demokratien und den gemeinsamen (militärischen) Kapazitätsaufbau. Denn dies ermöglichte Japan eine bedeutendere Rolle als Teil der US-Verteidigungspolitik im indopazifischen Raum. 2007 artikuliert Japan erstmals seine Idee, durch die Verbindung des Indischen Ozeans mit dem Pazifik einen zusammenhängenden globalen Gemeinschaftsraum zu schaffen. Das Strategiekonzept eines freien und offenen Indopazifiks stellte Japan schließlich 2016 öffentlich vor. Als strategischer Rahmen stärkte es Japans regionalen Einfluss.

Die **ideelle Verbindung** zwischen den japanischen Konzepten, etwa dem Konzept des freien und offenen Indopazifiks oder dem quadrilateralen Sicherheitsdialog mit den USA, Australien und Indien, diente als Argument, Japan könnte in einem komplizierten asiatischen System verschiedener Regierungsformen ein Verfechter von Demokratie, Regelsetzung und Menschenrechten sein. Die Demokratie als außenpolitisches Thema geht auf die Rede eines Oppositionspolitikers 1993 zurück. Zu dieser Zeit war die Diplomatie des Kräftegleichgewichts vorrangig. Den ideellen Wettbewerb führte Japan mit den USA um die Legitimität des asiatischen Entwicklungsmodells. Der Wendepunkt war Koizumis Betonung auf marktwirtschaftlichen Reformen und Demokratie 2002. Abe unterstützte in seiner ersten Amts-

³⁰⁶ Ebd.; Green 2022.

zeit die wertorientierte Diplomatie, in seiner zweiten Amtszeit deutlicher die Demokratie.

China war für Shinzo Abe der wichtigste Einflussfaktor für Japans sicherheitspolitische Entscheidungen, insbesondere auf das US-Bündnis, die regionale Ordnung und die innenpolitischen Machtverhältnisse. Die Sicherheitsbedrohung wurde Japan insbesondere durch die Nukleartests Chinas und den militärischen Konflikt Chinas mit Taiwan zwischen 1994 und 1996 bewusst. Außerdem gefährdete China den Status Japans als Regionalmacht, deren militärische Kapazitäten allerdings verfassungsmäßig limitiert waren. Die strategische Umgebung unter Abe ähnelte Japans Lage im 8. Jahrhundert, als es erstmals seine strategischen Optionen gegenüber China definierte. Abe beugte sich dem chinesischen Druck nicht, gab jedoch auch seine Bemühungen um eine Stabilisierung der Beziehung mit China nicht auf. Japans Öffnung gegenüber China in den 1970er Jahren war strategischer Natur. Trotz der gegensätzlichen geopolitischen Haltungen näherten sich Japan und China 2018 auf wirtschaftlicher Ebene einander an. Japan verfügte nicht über genug Gewicht, um Chinas Wirtschaftspolitik zu formen oder langfristig eine wirtschaftliche Konfrontation mit China aufrechtzuerhalten. Daher lag in der Internationalisierung des Problems, insbesondere über die USA und Europa, Japans größte Hoffnung.³⁰⁷

4.5 DEMOKRATISIERUNG

Als älteste Demokratie Ostasiens ist Japan heute eine liberale, resiliente und ausgereifte Demokratie.³⁰⁸ Japan erzielte beim Demokratieaufbau beachtliche Erfolge und konnte gleichzeitig seine ausgeprägte nationale Identität bewahren.³⁰⁹ Die Regierungswechsel durch Wahlen gehen über den Test der demokratischen Konsolidierung hinaus, den Huntington mit zwei Übergängen definierte.³¹⁰ Zu Beginn des Demokratisierungsprozesses war die Gesellschaft Japans ideologisch und politisch tief gespalten.³¹¹ In der

³⁰⁷ Green 2022.

³⁰⁸ Siehe bspw. Haddad 2018; Diamond 2015, 150; Köllner 2000; Kim 2004; Park 2014; Shin/Park 2008; Howe 2018; Cheng/Chu 2018; Chu 2008.

³⁰⁹ Anno 2021.

³¹⁰ Huntington 1991.

³¹¹ Curtis 1988; Igarashi 1985.

Nachkriegszeit wies Japans politisches System auf der formellen Ebene die Merkmale eines demokratischen Systems auf. Im Bereich der informellen Politik und der sozialen normativen Ordnung, nach der die Gesellschaft funktioniert, traten hingegen deutliche Unterschiede und Eigenheiten zutage.³¹²

Das japanische Verständnis von Demokratie erschien in erster Linie statisch und systemorientiert und nicht dynamisch und prozessorientiert. Die Ursprünge dieses statischen Konzepts beruhen auf dem historischen Hintergrund der langjährigen LDP-Regierung als ein System, das unter der US-amerikanischen Besatzung nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurde und an das sich die Bevölkerung Japans mit wenig Partizipation und daher wenig Sinn für Engagement anpassen musste.³¹³ Sowohl die Meiji-Verfassung als auch die Friedensverfassung waren aufgedrängt und die Demokratie nicht verwurzelt. Aus instrumentellen Gründen wurde die Demokratie aufrechterhalten.³¹⁴ Damit ist Japan ein Beispiel dafür, dass die Demokratie trotz geringer öffentlicher Begeisterung über einen langen Zeitraum überleben kann, teilweise aufgrund mangelnder Unterstützung für nichtdemokratische Alternativen.³¹⁵ Die relativ hohe Wahlbeteiligung war mit Desinteresse gegenüber Politikern und politischen Parteien verbunden. Abgesehen von der eigentlichen Stimmabgabe war die Bevölkerung eher passiv und mit der Politik unzufrieden.³¹⁶

Die **Demokratisierung** beschreibt den Übergang von einer autoritären zu einer demokratischen Politik. Im Gegensatz zur Liberalisierung ist die Demokratisierung ein komplexer historischer Prozess, der aus mehreren analytisch getrennten, sich jedoch empirisch überschneidenden Phasen besteht. Mögliche Stufen der Demokratisierung betreffen in logischer Abfolge den Zerfall der autoritären Herrschaft, den autoritären Rückzug und den demokratischen Übergang, die demokratische Konsolidierung und die Reifung der demokratischen politischen Ordnung. In der Realität erfolgt der Demokratisierungsprozess häufig nicht sequenziell von der ersten bis zur

³¹² Derichs/Lukner 2013, 256.

³¹³ Ikeda/Kohno 2008; Curtis 1988.

³¹⁴ Anno 2021; Martin/Stronach 2018, 171.

³¹⁵ Chu 2008, 255; Haddad 2018.

³¹⁶ Hrebenar/Itoh 2015, 7.

letzten Phase.³¹⁷ Gemäß den Werten, die dem Demokratiekonzept zugrunde liegen, können inhaltliche und prozedurale Aspekte der Demokratie unterschieden werden. Die inhaltliche Demokratie legt den Schwerpunkt auf Werte wie Gerechtigkeit, die verfahrensrechtliche Demokratie hingegen auf Werte wie ordnungsgemäße Verfahren, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit.³¹⁸ In Bezug auf den Anpassungsprozess einer Regierung definierte Huntington drei unterschiedliche Übergangsprozesse: die Transformation, die Substitution und die Umstellung. Die Transformation bezieht sich auf einen Übergang, bei dem die Machteliten die Führung bei der Einführung der Demokratie übernehmen. Bei der Substitution wird die autoritäre Regierung von der Opposition gestürzt. Bei der Umstellung erfolgt die Demokratisierung weitgehend gemeinsam durch Regierungs- und Oppositionsgruppen. Gemäß Huntington verlaufen die Übergänge unter Einpartei- enregierungen tendenziell von oben nach unten, wobei die staatlichen Akteure eine starke Rolle spielen. Das wirft die Frage auf, warum unangefochtene Regierungen den Wandel zulassen bzw. einleiten sollten.³¹⁹

Phasen der Demokratisierung Japans

Die drei wichtigsten Phasen der japanischen Nachkriegspolitik umfassen die Zeitspannen von 1945 bis 1955, von 1955 bis 1993 und ab 1993. In der ersten Phase war die parlamentarische Demokratie in Japan ein typisches Mehrparteiensystem, in dem mehrere große, sowohl konservative als auch progressive Parteien um Sitze in der Legislative konkurrierten und abwechselnd die Regierung bildeten. Bis auf eine Mehrheitsregierung waren alle anderen Koalitions- oder Minderheitsregierungen. Es gab ständige Parteiwechsel einzelner Politiker sowie zahlreiche Parteifusionen und Parteiaufösungen. Die parteipolitische Ausrichtung war fließend. 1955 entstand ein neues Parteiensystem, als die Liberaldemokratische Partei (LDP) nach dem Zusammenschluss der konservativen Kräfte gegründet wurde. Die dritte Phase kennzeichnete ein Wettbewerbsverhältnis zwischen den beiden Großparteien LDP und DPJ. Es zeigte sich eine beginnende Schwäche der LDP und eine wachsende öffentliche Unzufriedenheit, vor allem wegen zahlreicher politi-

³¹⁷ Kihl 2015, 3-35; Kihl 2015, 62-101.

³¹⁸ O'Donnell/Schmitter 1986; Kihl 2015, 64.

³¹⁹ Huntington 1991, 114.

scher Skandale. 1993 spaltete sich die größte LDP-Fraktion in zwei Fraktionen auf, von denen sich eine schließlich der Opposition anschloss und ein Misstrauensvotum gegen die LDP-Regierung zur Abstimmung brachte. Bei den darauffolgenden Wahlen erreichte die LDP keine Mehrheit und gab die Macht gezwungenermaßen an eine Regierung ohne LDP-Koalition ab. Die Oppositionsregierung brach nach weniger als einem Jahr zusammen. In den Folgejahren fand die LDP zu ihrer Stärke zurück und blieb als Mehrheitspartei mit wechselnden Koalitionspartnern an der Macht. Die Opposition konnte sich hingegen nicht konsolidieren.³²⁰

Wirkfaktoren für die Demokratisierung Japans

Grundsätzlich können sich Eliten zur Schaffung von Demokratie gezwungen sehen, wenn die Kosten der Unterdrückung hoch und die Zusagen von Zugeständnissen nicht glaubwürdig sind. Wenn der Anreiz zum Sturz der Demokratie für die Eliten gering ist, konsolidiert sich die Demokratie. Dieser Prozess beruht etwa auf der Struktur der politischen Institutionen, weil die Institutionen die künftige Verteilung der politischen Macht beeinflussen. Weitere Entscheidungsfaktoren sind die Art der politischen und wirtschaftlichen Krisen, das Ausmaß der wirtschaftlichen Ungleichheit, die Wirtschaftsstruktur, die Stärke der Zivilgesellschaft sowie Form und Ausmaß der Globalisierung.³²¹ Für die Konzeptualisierung der Demokratie sind generell der politische, kulturelle und wirtschaftliche Kontext maßgeblich. Eine Rolle spielen kurzfristige Entwicklungen, etwa die Wirtschaftslage, mittelfristige Entwicklungen, etwa die demokratische Praxis, und langfristige Dynamiken, etwa die politische Kultur.³²²

Die Widerstände gegenüber der Demokratisierung in Ostasien resultieren aus dem Konfuzianismus sowie den politischen und wirtschaftlichen Institutionen, die von Japan während seiner Kolonialherrschaft Ende des 19. Jahrhunderts und Anfang des 20. Jahrhunderts in der Region verbreitet wurden. Letztlich verband Japan sein traditionelles politisches System mit den importierten demokratischen Werten, Institutionen und Praktiken.

³²⁰ Ikeda/Kohno 2008; Hrebenar/Itoh 2015; Itoh 2015; Hrebenar 2015.

³²¹ Acemoglu/Robinson 2006.

³²² Shi/Lu 2010, 129; Lu/Chu 2022, 176; Chu 2008, 238; Diamond 2015; Wong 2019; Bell 2015.

Beispielhaft ist die Wahrung des Anscheins der Kontinuität der kaiserlichen Institution.³²³

In Japan gab es externe und interne Wirkfaktoren für die Demokratisierung. Förderlich war der hohe Bildungsstand, ein Wirtschaftssystem, das zur Schaffung von Wohlstand genutzt werden konnte, sowie eine kompetente staatliche Bürokratie, die in der Lage war, politische Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Zudem war die Bevölkerung bereit, mit dem Staat zur Förderung des öffentlichen Wohls zu kooperieren. Als wesentlicher Akteur ermöglichten und förderten die USA die Demokratisierung Japans.³²⁴ Günstige Umstände waren die frühe Erreichung der nationalen Einheit und der schwache Widerstand gegen den Import westlicher Ideen und Institutionen. Die negativen Erfahrungen der Militärdiktatur bereiteten den Boden für die Übernahme demokratischer Werte auf. Das internationale normative Umfeld und ein gewisser Gruppenzwang erleichterte den Demokratisierungsprozess erheblich, insbesondere wenn er eine Verbesserung des internationalen Status versprach. In den 1930er Jahren, als die internationale Gesellschaft ideologisch in demokratische, kommunistische und faschistische Lager gespalten war, entwickelte sich Japan in eine Militärdiktatur.³²⁵

Hinderlich für den Demokratisierungsprozess war die zerstörte industrielle Basis, die verarmte Bevölkerung, die lange Geschichte der Unterwerfung des Einzelnen unter die Staatsgewalt, das auf Hierarchie und nicht auf Gleichheit aufgebaute soziale System sowie die völlige Einschränkung der individuellen Freiheit.³²⁶

Nationale und subnationale Ebene der Demokratie Japans

Auf der **nationalen Ebene** zeigte die Demokratie Japans ab den 1950er Jahren, befördert durch das hohe Wirtschaftswachstum, bis zur Blasenökonomie der späten 1980er Jahre Schwächen. Beispielhaft sind die Einparteienherrschaft und eine schwache politische Opposition. Hinzu kamen die

³²³ Anno 2021; Haddad 2018.

³²⁴ Haddad 2018.

³²⁵ Anno 2021.

³²⁶ Haddad 2018.

Geldpolitik, Korruption, Sonderregelungen für einige Interessengruppen und Klientelismus. Schwerwiegend war die enge Vernetzung zwischen Wirtschaft, Bürokratie und der Liberaldemokratischen Partei.

Auf der **subnationalen Ebene** manifestiert sich die Demokratie von und durch die Basis der Gesellschaft in der politischen Dynamik, in politischen Richtungswechseln, einer größeren öffentlichen Beteiligung und einer besseren Interessensvertretung der Bevölkerung. Die Lokalverwaltungen prägen damit die demokratische Erfahrung und das politische Verhalten. Sie sind den Menschen geographisch und durch die Direktwahlen strukturell näher. Von den 1960er Jahren bis zu den 1980er Jahren reifte der demokratische Prozess auf der subnationalen Ebene trotz der finanziellen Abhängigkeit der Lokalverwaltungen von der starken Zentralverwaltung. Nach einigem Widerstand kooptierte die nationale Politik die lokalen politischen Initiativen. Die politische Partizipation führte zu einer neuen politischen Kultur, die sich trotz der Ablöse der progressive Politiker Mitte der 1980er Jahre halten konnte. Beispielsweise waren die Lokalregierungen Vorreiter bei der Schaffung eines Zugangs zu Regierungsinformationen. Bereits seit der Vorkriegszeit Element des politischen Prozesses, allerdings unter staatlicher Führung, übernahmen die zivilgesellschaftlichen Organisationen seit den 1980er Jahren eine wesentliche Rolle im Rahmen der demokratischen Konsolidierung.³²⁷

Demokratisierungsprozesses Japans

Die Meiji-Verfassung von 1889 kombinierte die traditionellen, konfuzianisch geprägten politischen Werte Japans mit den neueren Werten und Institutionen der liberalen Demokratie. Sie reflektierte das alte Feudalsystem, denn die Verfassung galt als Geschenk eines gütigen Kaisers an die Bevölkerung, die in der Folge im Text eher als Untertanen denn als Bürger bezeichnet wird. Es wurde eine Zweikammer-Nationalversammlung eingerichtet und individuelle Rechte zugestanden, etwa die Versammlungs- und Redefreiheit. In den folgenden zwei Jahrzehnten wurde das Leben in Japan erheblich umgestaltet. Beispielhaft waren die innenpolitischen Reformen, darunter die Landreform, die Umgestaltung des Bildungssystems und des

³²⁷ Jain 2014.

Sozialsystems sowie die Schaffung eines neuen Finanzsystems. Die rasche Wirtschaftsexpansion in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts war auf den weltweiten Nachfrageanstieg und das begrenzte globale Angebot zurückzuführen. Für Japan und andere asiatische Länder bestand die Vision einer modernen Zukunft aus einer reichen Wirtschaft, einer starken Armee und einem demokratischen System. Viele Anführer von späteren demokratischen, nationalistischen oder revolutionären Bewegungen in Ostasien verbrachten ihre prägenden Jahre in Japan, etwa Sun-Yat Sen oder Chiang Kai-shek. Chiang Kai-shek besuchte von 1905 bis 1911 Militärademien in Japan und diente von 1909 bis 1911 in der kaiserlichen japanischen Armee.³²⁸

Japan folgte den europäischen Mächten und den USA nicht nur in ihren politischen Demokratisierungsbestrebungen, sondern auch in ihren militärischen Expansionen. Im Japan der Kriegszeit entstand ein Ultranationalismus, in dem faschistische Ideologien mit einem rekonstruierten Shinto-Staat verschmolzen. Der Kaiser wurde zum Oberhaupt der gesamten, als überlegen betrachteten Ethnie und Oberbefehlshaber eines Militärs, das aktiv die regionale Vorherrschaft anstrebte. Innerstaatlich wurden alle Formen der Zivilgesellschaft aufgelöst oder durch Zwangsmitgliedschaft in den Staat eingegliedert.

Die bis heute gültige Nachkriegsverfassung trat am 03.05.1947 in Kraft und war die radikalste demokratische Verfassung ihrer Zeit. Gestützt auf das britische parlamentarische System, garantiert sie die demokratischen Rechte sowie zusätzlich die akademische Freiheit, die Freizügigkeit, gleiche Bildung gemäß Fähigkeit und das Recht auf Mindeststandards einer gesunden und kultivierten Lebensweise. Sie setzt sich stark für den Frieden ein.³²⁹ Trotz Etablierung der wesentlichen Institutionen dauerte die Implementierung der Demokratie Jahrzehnte.³³⁰

³²⁸ Haddad 2018; Derichs/Lukner 2013; Pempel 2021.

³²⁹ Prime Minister of Japan 2021c, Artikel 9, 22-26.

³³⁰ Haddad 2018.

Realisierung der Demokratie

Abgesehen von der Realisierung der Demokratie in einem technischen und rechtlichen Sinn verstärkte sich die politische Teilhabe der Bevölkerung. Diese brachte sich zunehmend aktiv in die Festlegung politischer Prioritäten sowie die Entwicklung und Umsetzung der öffentlichen Politik ein. Zuvor lag die Macht bei einer kleinen Gruppe von Akteuren und Organisationen. Innerhalb der Regierung begannen die zentralen Bürokraten, ihre Macht mit Politikern und lokalen Regierungsbeamten zu teilen. Zwischen Staat und Gesellschaft beteiligten die Behörden ihre Macht mit zivilgesellschaftlichen Akteuren auf nationaler und lokaler Ebene. Innerhalb der Gesellschaft stieg die Anzahl an politisch aktiven Organisationen und Akteuren.

Die Alliierte Besatzungsmacht erkannte die Notwendigkeit, die bestehende japanische Zivilbürokratie in die Regierungsführung einzubinden. Die Beamten hatten in der Gesellschaft einen elitären Status inne und waren durch zahlreiche formelle und informelle Netzwerke mit anderen elitären Akteuren in Gesellschaft und Wirtschaft verbunden. Die informellen Netzwerke beruhten auf Familien und Schulen sowie dem Amakudari-System, also der Verbindung hochrangiger Beamter mit Privatunternehmen. Auf diese Weise wurde sichergestellt, dass die Wirtschaft Einfluss auf die Entscheidungsfindung der Regierung nehmen und Zugang zu Informationen erhalten konnte, während gleichzeitig die Befolgung von Regierungsinitiativen erleichtert wurde.³³¹ Kurz nach dem Ende der Besatzungszeit 1955 schlossen sich die beiden wichtigsten politischen Parteien Japans zusammen und bildeten die Liberaldemokratische Partei (LDP). Die LDP dominierte die japanische Politik in den folgenden Jahrzehnten.³³²

Dieses politische System wurde als unter der Bezeichnung “System von 1955” bekannt. Seine vier Hauptsäulen beinhalten den öffentlichen Konsens über den wirtschaftlichen Aufholprozess gegenüber dem Westen sowie eine korporatistische Interessengruppenpolitik, bei der die Bürgerinteressen von einigen wenigen großen Interessengruppen vertreten wurden, etwa der Arbeiterschaft, der Landwirtschaft und der Wirtschaft. Die Büro-

³³¹ Carpenter 2008; Haddad 2018.

³³² Haddad 2018.

kratie sollte den Großteil der öffentlichen Politik gestalten und koordinieren und die LDP die Politik dominieren. Eine erste große Herausforderung für die LDP-Regierung waren die heftigen Proteste gegen die Erneuerung der ungleichen Verträge zwischen den USA und Japan 1960. Eine zweite Herausforderung für das System von 1955 waren die Konsequenzen der raschen Industrialisierung in den späten 1960er Jahren und Anfang der 1970er Jahre, vor allem die Umweltverschmutzung, Bedenken über die Lebensmittelsicherheit oder mangelnde soziale Absicherung. Hinzu kam die weit verbreitete Ablehnung des Vietnamkriegs.³³³

Lehren aus dem Demokratisierungsprozess Japans

Die ersten effektiven Mobilisierungsmaßnahmen der Basis waren Kampagnen lokal verwurzelter Gruppen gegen die Umweltverschmutzung als grundlegendes Problem des Lebensunterhalts. Zwei wichtige Lehren zog die Bevölkerung aus dem Erfolg der Umweltaktivisten. Erstens, dass juristischer Aktivismus ein nützlicher Bestandteil einer umfassenden sozialen Mobilisierungsstrategie sein kann. Und zweitens, dass lokal verankerter Aktivismus in anderen Orten nachgeahmt werden kann, wodurch wegen des Drucks auf die Regierung Gesetze geändert werden können. Die lokalen Behörden setzten sich allmählich gegen die Zentralregierung durch. Beispielsweise durch die Einführung strengerer Umweltstandards im Vergleich mit der nationalen Politik, durch die Kooperation mit lokalen Bürgerorganisationen zur Verbesserung der Sozialleistungen oder durch die Blockade von unerwünschten, von der Zentralregierung geförderten Einrichtungen, etwa Kernkraftwerken. Infolge der Ölkrise und der steigenden Energiekosten schnellte die Staatsverschuldung in die Höhe. Aufgrund des Mangels an Finanzmitteln musste die Regierung auf allen Ebenen einen anderen Ansatz für die Forderungen der Bürger wählen, denn sie konnte sie nicht mehr einfach abkaufen. Sie musste den Forderungen nach mehr Mitsprache bei der Entscheidungsfindung nachkommen. Zugleich zielten die ergriffenen Maßnahmen auf den Machterhalt ab. In der Außenpolitik formulierte Japan 1967 die drei Nicht-Atomwaffen-Prinzipien und verhandelte die Rückgabe Okinawas an Japan, wobei es dem US-Militär Stützpunkte zugestand.

³³³ Ikeda/Kohno 2008; Haddad 2018; Green 2001; Zöllner 2009; Togo 2015; Abe/Shindo/Kawato 2018.

In den 1980er Jahren entstand die Immobilienblasenwirtschaft. Die gestiegenen Produktionskapazitäten verursachten ein rasantes spekulatives Wirtschaftswachstum, welches das reale Wachstum überstieg. Im Kontrast zu den 1970er Jahren, als die hoch verschuldete Regierung der Bevölkerung mehr Mitsprache gab, konnte die nun wohlhabende Regierung kaufen, was die Bevölkerung wollte. Die Staatsausgaben stiegen von 1980 innerhalb eines Jahrzehnts um mehr als 60 %. Als die Wirtschaftsblase 1989 platzte, zerbrach zugleich das System von 1955. Der wirtschaftliche Aufholprozess war beendet, denn Japan war das weltweit reichste Land pro Kopf. Die politische Struktur der korporatistischen Politik mit einigen wenigen Interessensgruppen hatte sich auf eine Vielfalt von Repräsentanten und Interessen verlagert. Die bürokratische Zentralmacht war durch die Dezentralisierung und imageschädigende politische Skandale geschwächt. 1993 verlor die LDP die Mehrheit im Parlament und Japan erhielt erstmals für zehn Monate eine nicht-LDP-Regierung. 2009 errang die Demokratische Partei Japans einen Erdrutschsieg und übernahm die Kontrolle über beide Kammern des Parlaments. Dies war der erste vollständige Machtwechsel nach mehr als einem halben Jahrhundert LDP-Herrschaft.³³⁴

In Japan gab es zwei Bereiche, in denen sich nicht-demokratische politische Systeme bis in die 1990er Jahre der Demokratisierung widersetzen, nämlich die Rolle des Staates in der Gesellschaft und die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Einerseits scheitert die institutionelle Demokratisierung, wenn das traditionelle politische System nicht angepasst werden kann, um demokratische Werte, Institutionen und Praktiken zu berücksichtigen. Andererseits muss die Demokratie Kernelemente der lokalen politischen Kultur respektieren. Mit Gesetzesänderungen wurde beispielsweise 1993 der Wahlwettbewerb, 1994 die lokale Selbstverwaltung und die Produkthaftung, 1998 gemeinnützige Organisationen sowie 1999 der Zugang zu staatlichen Informationen gestärkt. Generell wurde die staatliche Rechenschaftspflicht, die Transparenz und die Anzahl der Akteure im politischen Entscheidungsprozess erhöht. Dabei wurden traditionelle Werte wie die Selbstkultivierung und die Bedeutung von persönlichen Beziehungsnetzwerken beibehalten. Die Bevölkerung Japans empfand stets ein großes Maß an Bürgerpflicht und Verantwortung für die Einhaltung der Regie-

³³⁴ Derichs/Lukner 2013; Haddad 2018.

rungspolitik, etwa in Bezug auf Sozialleistungen oder Sparsamkeit. Die Pflicht der Bevölkerung, der Regierung zu folgen, wandelte sich zu einer Pflicht, füreinander zu sorgen, indem sie die Prioritäten setzen und die Regierung um Unterstützung ersuchen.³³⁵

4.6 AUSSENPOLITIK JAPANS

Mit dem Ende des Kalten Krieges verlagerte sich die außenpolitische Orientierung Japans von der jahrzehntelangen Passivität in internationalen Angelegenheiten als interessenorientierte, kostengünstige, risikoarme und nutzenmaximierende Strategie hin zu zunehmendem Engagement. Die wesentlichen Einflussfaktoren waren die internationale Struktur, die nationalen Institutionen und normative Faktoren.³³⁶ Mit jeder neuen Erschütterung, darunter die Wirtschaftsrezession oder der Golfkrieg, wurde Japans Außenpolitik widerstrebend in Richtung eines neuen Realismus gelenkt. Hinsichtlich der internationalen Beziehungen reagierte Japan zunehmend sensibel auf die sicherheitspolitische Umgebung und die regionalen Machtverhältnisse, insbesondere gegenüber China. In Bezug auf den intellektuellen Wettstreit zwischen Realismus und Idealismus stellte Japan die eigenen Interessen stärker in den Vordergrund und hinterfragte seine bisherigen wirtschaftlichen Instrumente und deren Nutzen. Den relativen Rückgang seiner wirtschaftlichen Macht kompensierte es mit einer durchsetzungsfähigeren diplomatischen Agenda. Je unabhängiger Japan seine Außenpolitik nach 1945 gestaltete, desto mehr konzentrierte es sich auf Asien und eine gewisse Asianisierung. Den außenpolitischen Entscheidungsprozess vereinfachte Japan, etwa die Hierarchie.³³⁷ Der Wandel aufgrund der veränderten Umstände erfolgte eher evolutionär als revolutionär. Beibehalten wurde beispielsweise die Zentralität des US-Bündnisses, die politische Priorität der wirtschaftlichen Instrumente, die strategische Vision der Yoshida-Doktrin und der Pazifismus. Diese Kontinuitäten lassen sich zum Teil durch den hartnäckigen Widerstand der japanischen Normen und Institutionen gegen externe Veränderungen erklären.³³⁸

³³⁵ Haddad 2018.

³³⁶ Arase 2010.

³³⁷ Yuzawa 2018; Hatakeyama 2021; Green 2001; Hasegawa 2007; Togo 2007.

³³⁸ Hatakeyama 2021; Green 2001; Arase/Akaha 2010.

Charakteristiken der Außenpolitik Japans

Japans Außenpolitik ist komplex, reaktiv, zuweilen widersprüchlich und über die vergangenen 150 Jahre beträchtlichen Veränderungen unterworfen.³³⁹ In den Außenbeziehungen zeigen sich die offensichtlichsten Diskontinuitäten der historischen Entwicklung Japans, insbesondere der Wandel zwischen Autonomie und Abhängigkeit.³⁴⁰ Die außenpolitische Rolle Japans nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war stark von der Niederlage 1945 und den damit verbundenen Zwängen, der historischen Schuld und dem Kriegsverzicht geprägt.³⁴¹ Die Jahrzehnte lange Machtkontinuität der konservativen Liberaldemokratischen Partei führte zum Beibehalt der Yoshida-Doktrin. Sie legte den Fokus auf die Wirtschaftsentwicklung und die Verteidigung in die Hände der USA, basierend auf der japanischen Verfassung und dem US-Sicherheitsabkommen. Strukturelle, institutionelle und normative Faktoren verhinderten eine Veränderung.³⁴²

Zu den **Konstanten** der japanischen Außenpolitik zählen die mächtigen einheimischen Akteure, wobei die japanischen Beamten, insbesondere im Außenministerium, bei der Gestaltung der Außenpolitik federführend sind. Relativ schwache Premierminister und eine vertikale Administration sind die Säulen des japanischen Entscheidungsfindungsprozesses. Die Bedeutung von Lokalregierungen und Nichtregierungsorganisationen als legitime Akteure in den internationalen Beziehungen stieg seit den 1990er Jahren. Dies ist auf den Trend zur Pluralisierung der Außenpolitik sowie auf die globalen Herausforderungen und den Bedarf an vielschichtigen Lösungsansätzen zurückzuführen. Weitere kontinuierliche Wirkfaktoren sind die vorrangige Partnerschaft mit den USA als Verbündeter, Handelspartner und Verteidiger, die wirtschaftliche Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung wesentlicher Handelsbeziehungen sowie die Friedensverfassung, die das Militär stark einschränkt.³⁴³ Über Jahrzehnte gab es Bewegungen, die eine

³³⁹ Inoguchi/Jain 2000.

³⁴⁰ Duus 2005, 6.

³⁴¹ Inoguchi 2007, 36.

³⁴² Arase 2010; Hughes 1999, 19; Inoguchi/Jain 2000; Hook/McCormack 2001; Bernstein/Fukui 1988; Duus 2005; Walker 2015; Bary/Gluck/Tiedemann 2005; Pilling 2014; Berger 2019; Hagström/Söderberg 2006.

³⁴³ Jain 2000a; Tanaka 2000; Inoguchi/Jain 2000.

durchsetzungsfähigere, eigenständigere Politiklinie statt der Kooptierung und dem Druck durch die US-Interessen befürworteten. Damit verbunden wäre auch eine stärkere Rolle der Streitkräfte in internationalen Angelegenheiten.³⁴⁴

Die zeitweiligen außenpolitischen **Gegensätze** betrafen beispielsweise das Streben nach Selbstbestimmung für das Agieren auf der internationalen Ebene. Zugleich banden die nationalen Sicherheitsvereinbarungen Japan an die US-Beziehung. Deren Vorteile basierten auf Bedingungen, die von den US-Interessen diktiert wurden und Japans Autonomie untergruben. Ein weiterer Gegensatz war die Beschränkung durch die japanische Friedensverfassung und der teils angestrebte Einsatz der Streitkräfte im Ausland.

Widersprüchlich erschien auch die **internationale Positionierung** Japans einerseits als „westliche“ Industrienation in internationalen Foren und andererseits als „asiatische“ Regionalmacht in Regionalforen wie APEC oder ASEAN.³⁴⁵ Debatten über Globalisierung und Regionalisierung waren im japanischen Kontext nicht neu. Seit seiner anfänglichen Öffnung durch die Meiji-Restauration rang Japan mit seiner strategischen Positionierung im internationalen System und schwankte zwischen Internationalismus und Asianismus. Eine gangbare Lösung versprach das gleichzeitige Streben nach **Multilateralismus** und offenem Regionalismus.³⁴⁶ Internationale Organisationen und der Multilateralismus waren für Japans Außenpolitik daher von großer Relevanz. Der Wandel des internationalen sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Umfeldes sowie die interne wirtschaftliche und politische Umstrukturierung führten zu einer immer tieferen Einbettung Japans in internationale Netzwerke und Verpflichtungen.³⁴⁷ Beispielfür die Bereitschaft zur Lastenteilung und zur Übernahme einer proaktiveren internationalen Rolle war Japans Beitrag zu den Friedensmissionen der Vereinten Nationen. Sie waren zu Beginn von einheimischen und internationalen Kontroversen in Bezug auf die japanische Verfassung beglei-

³⁴⁴ Green 2001; Inoguchi/Jain 2000.

³⁴⁵ Inoguchi/Jain 2000; Kersten 2000.

³⁴⁶ Moon/Park 2000.

³⁴⁷ Yuzawa 2018; Newman 2000; Pyle 2018; Rozman 2007b; Wilkins 2014a.

tet.³⁴⁸ Japan diversifiziert seine Außen- und Sicherheitspolitik, etwa mit der Europäischen Union.³⁴⁹

Im Bereich der internationalen **Umweltpolitik** leistete Japan einen wesentlichen finanziellen, technologischen und personellen Beitrag. Dies kommt Japans Streben nach Internationalisierung zugute, ohne nachteilige regionale oder internationale politische Auswirkungen.³⁵⁰

Ursprünglich zögerte Japan ab den 1950er Jahren, sich aktiv an der Förderung der **Menschenrechte** zu beteiligen. Innerhalb Japans versuchten die Beamten und LDP-Politiker, den Einfluss von liberalen und sozialen demokratischen Ideen, wie sie beispielsweise in der Nachkriegsverfassung und im Bildungssystem verankert sind, zu begrenzen. Mit den transformierten innen- und außenpolitischen Bedingungen veränderte sich der Politikgestaltungsprozess. Ab den 1990er Jahren engagierte sich Japan zunehmend in den internationalen Menschenrechtsorganisationen, nicht zuletzt auf internem und externem Druck. Die Menschenrechte wurden offensichtlicher Teil des innenpolitischen Entscheidungsprozesses.³⁵¹

Die öffentliche **Entwicklungshilfe** nutzte Japan, wie etwa auch China, in erster Linie als außenpolitisches Instrument für strategische Zwecke und nicht nur für Wohltätigkeit. Ursprünglich mit Kriegsreparationszahlungen und Exportförderung identifiziert, wurde die Ausrichtung der Entwicklungshilfe zunehmend kommerziell. Ab Mitte der 1970er Jahre verwies Japan auf seinen Beitrag zur internationalen Gemeinschaft als Motiv. Dieser Wandel manifestierte sich in der Budgetverdoppelung, der Kürzung der bilateralen Hilfe, der Beitragserhöhung an multilaterale Institutionen und der Aufstockung der Hilfe an die Länder in Subsahara-Afrika. Ab dem Ende des Kalten Krieges betrachtete Japan die öffentliche Entwicklungshilfe als Mittel zur Konfliktvermeidung und Friedenskonsolidierung. Daher fördert es Projekte wie den Infrastrukturaufbau, Bildung, Gesundheit oder medizinische Dienste.³⁵²

³⁴⁸ Rose 2000; Hatekayama 2021.

³⁴⁹ Drifte 2000.

³⁵⁰ Ohta 2000.

³⁵¹ Neary 2000.

³⁵² Fukushima 2000; Jain 2000b; Derichs/Lukner 2013.

Die außenpolitische Grundhaltung Japans nach dem Zweiten Weltkrieg entsprach der frühen Meiji-Regierung. Sie konzentrierte sich auf die kommerzielle Expansion und vermied militärische Verwicklungen im Ausland. Im Mittelpunkt stand die wirtschaftliche Sicherheit und Handelsinteressen. In der Folge entwickelte sich Japan zu einer Weltwirtschaftsmacht und zu einem **Entwicklungsvorbild** für andere, insbesondere asiatische Länder. Dabei kann gerade das Beispiel Japan auch aufzeigen, dass ein importiertes ausländisches Entwicklungsmodell wegen der unterschiedlichen kulturellen Traditionen und sozialen Strukturen zu Ablehnung führen kann.³⁵³ Singapur beispielweise übernahm das japanische Modell erfolgreich. Allerdings nicht nur als Formel für ein rasches Wirtschaftswachstum, sondern vielmehr als Rechtfertigung für eine starke Staatsmacht und für die Einschränkung der Demokratie. Denn die politischen Rahmenbedingungen des japanischen Entwicklungsstaates standen ebenso wie soziale und ideologische Faktoren, insbesondere die konfuzianischen Werte, hinter dem Erfolg Japans.³⁵⁴ Für das wirtschaftliche Überleben Japans waren auch die Stabilität und wirtschaftliche Entwicklung der Länder der Dritten Welt entscheidend. Denn Japan benötigt die Rohstoffe aus diesen Ländern und die Exporte von Fertigprodukten in diese Länder. Infolgedessen engagierte sich Japan stets stark in der Entwicklungshilfe.³⁵⁵

Externer Druck auf Japan (Gaiatsu)

Der Druck von außen (Gaiatsu), insbesondere spezifische Forderungen von Außenstehenden, prägten die japanische Politik nach dem zweiten Weltkrieg stark.³⁵⁶ Dabei entfaltete die traditionelle Kultur die stärkste Wirkung, wenn zentrale Werte in Gefahr waren. Denn strategische Präferenzen werden nicht nur durch die Existenz bestimmter Werte bestimmt. Sie beruhen vielmehr auf der Interpretation der Bedrohung der Kernwerte und alternativ der Wahrnehmung von Möglichkeiten, diese Werte trotz unterschiedlicher subkultureller Orientierungen und Standpunkte im Entscheidungsprozess zu sichern. Unterschiede in der Wertinterpretation und -

³⁵³ Fukai 1988.

³⁵⁴ Stanley 1988.

³⁵⁵ Fukai 1988; Bernstein/Fukui 1988.

³⁵⁶ Tanaka 2000; Woolley 2005.

wahrnehmung beruhen zudem auf einer zeitlichen Dimension. Ein entscheidender Faktor für Japans Verhalten war das Gleichgewicht der Interessen. Beispielsweise erzwang Japan nach dem ersten chinesisch-japanischen Krieg 1894/95 enorme Zugeständnisse von China vor allem deshalb, weil es mit keinem Eingreifen Russlands und nur geringem regionalen Interesse anderer Mächte rechnete. Dies belegt, dass die Einschätzung internationaler Interessengleichgewichte und damit die Interessenskonstellationen und Verschiebungen im Kräftegleichgewicht wesentliche Teile der Strategie darstellen.³⁵⁷

Innerhalb eines Jahrhunderts entwickelte sich Japans Außenpolitik von einer beabsichtigten **Isolation** über einen raschen Expansionismus zu einem sehr bewussten Isolationismus. Die Abschottung Japans erwuchs weniger aus einer kulturellen Veranlagung als vielmehr aufgrund strategischer Entscheidungen und politischer Überlegungen. Die Tokugawas befürchteten eine politisch destabilisierende Wirkung der westlichen Einflüsse. Die Selbstisolation erschien als realistische und optimale Option, denn Japan konnte die europäischen Händler mit chinesischen ersetzen. Es war in der Lage, auf die europäischen Missionare zu verzichten, deren Religion die Loyalität der Bevölkerung und der Vasallen gegenüber dem Schogun untergraben könnte. Die Tokugawas konnten diese Politik wählen, nicht weil sie Japaner waren, sondern weil sie in Japan waren. Bei der Ankunft der ersten Europäer in Japan war die Regierung in Aufruhr. Denn die Europäer hinderten Japan daran, weiterhin die Kontrolle über westliche Besucher sowie japanischen, chinesischen und koreanischen Händler auszuüben. Nach der Einigung begann Japan mit den Einfällen auf dem asiatischen Festland. Mit dem Kriegsende folgte eine vorsichtige und zugleich rücksichtslose Politik der Förderung von Einheit, Frieden und Stabilität auf den japanischen Inseln.³⁵⁸

Japans Handeln beruhte nicht nur auf einer Kosten-Nutzen-Rechnung oder dem Interessensgleichgewicht. Die kulturelle Konditionierung zeigte sich etwa in der **Interpretation der Weltordnung** als eine konfuzianische Hierarchie. In dieser stand Japan im 19. Jahrhundert über seinen Nachbarn, war jedoch den überlegenen westlichen Mächten untergeordnet und fügte

³⁵⁷ Morgan 2003.

³⁵⁸ Woolley 2005, 40f; Mukherjee 2022.

sich daher demütig deren Forderungen. Im Gegensatz dazu sah sich Japan 1941 vor die Wahl gestellt, entweder einen potenziell selbstmörderischen Krieg zu führen oder auf die Eroberung Chinas zu verzichten. Allerdings war die Errichtung eines kontinentalen Imperiums für Japan ein über Jahrzehnte verinnerlichtes Ziel. Am Ende des Zweiten Weltkrieges, als Japan am Rande der Zerstörung stand, vereitelten kulturell bedingte Fehlwahrnehmungen, widersprüchliche Werte und spezifische Elemente des Entscheidungsprozesses eine rasche Beendigung des Krieges.³⁵⁹

Einfluss der Innenpolitik auf die Außenpolitik Japans

Die Außen- und die Innenpolitik sind in Japan außergewöhnlich eng miteinander verbunden. Grundlegend sind die geographischen Bedingungen, die kulturellen Traditionen und historischen Erfahrungen. Das nationale Überleben und ebenso Wachstum und Wohlstand beruhten stets auf den Außenbeziehungen. Die Außenpolitik stellt daher einen Kompromiss zwischen einheimischen und internationalen Interessen dar.³⁶⁰

In einer parlamentarischen Demokratie trägt die Regierungspartei gegenüber der Bevölkerung die Verantwortung für politische Erfolge oder Misserfolge. Mit einer Einparteienherrschaft und ohne tragfähige politische Alternativen war es der Bevölkerung Japans jedoch nicht möglich, ein System der **politischen Rechenschaftspflicht** durchzusetzen. Sie konnte der Regierungspartei nur den Umständen gemäß eine größere oder kleinere Mehrheit der Parlamentssitze geben. Beispielsweise führten intensiviertere Fraktionsfehden in den 1980er Jahren zu häufigen Wechseln von Spitzenpolitikern und Kabinetten. Einige Regierungen waren geneigt, die Beziehungen zur Sowjetunion oder zu China zu verbessern, andere waren entschieden antikommunistisch. Dennoch war keiner von ihnen zu einer radikalen Änderung der japanischen Außenpolitik in der Lage. Die in den frühen 1950er Jahren entwickelten Themen „Asien zuerst“ und „Wirtschaft vor allem“ bestanden als Kern der Außenbeziehungen fort. Sie veränderten sich schrittweise im Laufe der Zeit, wobei sich insbesondere Japans Vision von internationalen Angelegenheiten erheblich erweiterte. In der Handels-

³⁵⁹ Morgan 2003.

³⁶⁰ Soeya 1998; Tanaka 2000; Quo 1988; Inoguchi/Jain 2000.

politik verlagerte sich der Schwerpunkt vom Export von Industriegütern zum Export von höherwertigen Technologien und Investitionen.

Wesentlich für den Erfolg in Wirtschaft und Industrie war die Anpassungsfähigkeit Japans an sich ändernde Umstände. Die Umsetzung der Flexibilität erleichterte das politische System. Die ununterbrochene Herrschaft der LDP sorgte für eine grundlegende politische Stabilität und ermöglichte der Wirtschaft und Industrie eine langfristige Planung. Angesichts der Art und Weise, wie Parteiführung, Fraktionsfehden, Interessengruppen und die Bürokratie auf die Gestaltung der Außenpolitik einwirken, sind nur schrittweise Änderungen der Außenpolitik zu erwarten. Die Fraktionspolitik ermöglichte die Repräsentation von zahlreichen Interessen und Meinungen im politischen Entscheidungsprozess. Der Fokus auf den nationalen Interessen verhinderte radikale Veränderungen oder opportunistische Maßnahmen. Die hierarchische, vertikal verlaufende Machtstruktur der politischen Fraktionen erleichterte die Interessensartikulation und etablierte eine Interessenshierarchie. An vorderster Stelle standen die Vorteile und Interessen Japans, danach folgen partikulare Interessen, etwa von Unternehmen. Die allgemein akzeptierte Ansicht war, dass die Letztentscheidung beim Staat lag. Häufig ist unklar, welche Institutionen den größten Einfluss auf den Politikgestaltungsprozess ausüben.³⁶¹

4.7 JAPANS BEZIEHUNG ZU OSTASIEN

Entwicklung der Beziehung Japans zu den Ländern Ostasiens

Japans Beziehung zu den Ländern Ostasiens prägen historische, wirtschaftliche und militärische Konflikte sowie der Geschichtsrevisionismus Japans.³⁶² Das Erbe des japanischen Kolonialismus, die Bipolarität des Kalten Krieges und die Fragilität der politischen Wirtschaft Japans verstärkten Mitte der 1950er Jahre die Isolation Japans von Ostasien strukturell. Ziel Japans war daher die schrittweise (sicherheits-) politische und wirtschaftli-

³⁶¹ Quo 1988.

³⁶² MOD Japan 2022d; Cole 2006; Berger 2003.

che Reintegration in die Region und die Wiedererlangung einer führenden Position mittels stiller Diplomatie und vorsichtigem, jedoch entschlossenem Wiederengagement.³⁶³ Ostasien sollte in der Perspektive Japans in eine kohärente Region entwickelt werden. Hin- und hergerissen zwischen seinen asiatischen und bilateralen Normen und dem konkurrierenden internationalen strukturellen Druck des Aufstiegs Chinas und der Sicherheitsbeziehung mit den USA entschied sich Japan für die sicherste Option der US-Allianz.

Auf der politischen Ebene überwand Japan die strukturellen Hindernisse allmählich, beispielsweise durch die zunehmende politische und wirtschaftliche Interdependenz mit Südkorea. Auf der sicherheitspolitischen Ebene war Japan während des Kalten Krieges durch die Struktur- und Handlungsfaktoren der Bipolarität, des Kolonialismus sowie die Normen des Bilateralismus und Antimilitarismus von direkten Sicherheitsbeziehungen zu anderen ostasiatischen Ländern abgeschottet. Sein militärischer Beitrag zur regionalen Sicherheit wurde indirekt über das US-Bündnis kanalisiert. Sein wichtigster sicherheitspolitischer Beitrag bestand in der Ausweitung seiner wirtschaftlichen Macht und weniger in der Beteiligung an multilateralen Sicherheitsvereinbarungen. Nach dem Kalten Krieg und dem Strukturwandel experimentierte Japan mit multilateralen Formen des Sicherheitsdialogs in Ostasien.³⁶⁴

Beziehung Japans zu China

Die Vielfalt der Interessen Japans in seiner Chinapolitik erschwerte die Bemühungen um eine Konfliktlösung. Politik und Wirtschaft waren zunehmend schwer zu trennen. Häufig hemmte die fragmentierte Bürokratie Japans potenzielle Veränderungen der strategischen politischen Reaktion und führte zur Zentralisierung der politischen Entscheidungsfindung. Die politischen Institutionen verwalteten die Probleme mehr als alternative politische Optionen zu entwickeln. Mangels Effektivität des bilateralen Ansatzes zur Bewältigung der Differenzen ging Japan auf die Durchsetzung seiner Interessen in globalen Institutionen über. Japan verfolgte eine Strategie der schrittweisen Anpassung an die veränderten Bedingungen. Japans

³⁶³ Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012; Green 2001.

³⁶⁴ Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

Bedrohungswahrnehmung von China verstärkte sich nach der Konfrontation auf den Senkaku/Diaoyu Inseln Anfang der 2000-er Jahre. Als Reaktion förderte Japan die militärischen Beziehungen zu den USA und Australien, aber auch zu Großbritannien, Kanada und Frankreich. Den Versuchen einer Neudefinition der Beziehung mit dem Fokus auf Gegenseitigkeit ab 2006 standen innenpolitische Hindernisse Japans, insbesondere eine skeptische Bevölkerung, im Weg.³⁶⁵

Die immer engere **Verknüpfung von Wirtschaft und Politik** lag an Japans Annahme, enge Wirtschaftsbeziehungen seien gegen politische Auseinandersetzungen optimalerweise immun. Ein Gegenbeispiel war Chinas informelles vorübergehendes Embargo für seltene Erden gegen Japan 2010. Denn es besteht stets die Möglichkeit, dass Wirtschaftssanktionen im Zusammenhang mit politischen Streitigkeiten eingesetzt werden. Durch die stärkere Verflechtung der japanischen Wirtschaft mit dem chinesischen Binnenmarkt stieg die Anfälligkeit Japans für die Standards, Regulierung und Präferenzen Chinas. Ein Problembereich ist beispielsweise die Lebensmittelsicherheit.

Chinas wachsender Einfluss führte zu einer **Diversifizierung der Stimmen** in Japan. Jahrzehntlang hatten japanische Unternehmen mit direkten Handels- oder Investitionsinteressen in China die positive Haltung Japans geprägt. Die Verbindung zwischen Japans Wirtschaftsführern und Chinas Elite erwies sich als Vorteil. Doch die Chinapolitik entwickelte sich zu einem integralen Bestandteil der Debatten über den Reformbedarf in der Staatsführung Japans. Interessengruppen, die regulatorische Änderungen anstrebten, sahen sich in ihrer Position gestärkt, da der Einfluss des chinesischen Wirtschaftswachstums in Japan eine neue Quelle der Besorgnis darstellte. Der politische Wandel in Japan veränderte die Art der Positionierung der politischen Parteien zur Chinapolitik und beendete die Zweiteilung der Stimmen in rechte bzw. konservative und linke bzw. liberale Agenden. Zudem wirkte sich der Generationswechsel auf die bilateralen Beziehungen aus. Die neuen Politiker bemühten sich weniger systematisch um den Aufbau langjähriger Netzwerke mit der neuen Führungsgeneration Chinas.³⁶⁶

³⁶⁵ Ito 2020; Smith 2015; Green 2001.

³⁶⁶ Smith 2015.

Japans Diskussion über den Machtzuwachs Chinas konzentrierte sich nicht einfach drauf, ob China oder die USA der bessere Partner seien. Es handelte sich um eine umfassendere und **selbstreflexive Debatte** über Japans Potenzial, in einer zunehmend von China geprägten Weltwirtschaft zu bestehen. Denn Japans Nachkriegsstrategie stützte sich mehrheitlich auf die von China in Frage gestellten Institutionen. Zumeist wurde weder eine ausschließliche Politik des Entgegenkommens noch der Konfrontation gefordert, wobei die Unterstützung für eine kooperativere Beziehung allmählich sank. Chinas Einfluss stellte Japans Fähigkeit auf die Probe, sich selbst zu reformieren und sich weiterhin auf jene Normen und Prinzipien zu stützen, die Japans eigenen Aufstieg prägten. Japans **Strategie der Anpassung** zeigte sich im schrittweisen Überdenken unwirksamer politischer Maßnahmen oder dem Ergreifen neuer Initiativen, wobei Chinas Aufstieg häufig als Katalysator für längst überfällige innenpolitische Reformen wirkte. Konsequente Reaktionen waren etwa die bessere Formulierung und Umsetzung politischer Ziele sowie das Schließen von Partnerschaften.

Politik Japans gegenüber der koreanischen Halbinsel

In Bezug auf Japans Positionierung gegenüber der koreanischen Halbinsel legte Shinzo Abe die politischen Prioritäten auf die Bereiche Wirtschaft, US-Verteidigungsbündnis sowie regionale und internationale Partnerschaften. Zur Erleichterung von pragmatischen Lösungen förderte er in Japan Selbstvertrauen und Patriotismus. Unter dem Begriff Abenomics sollte in erster Linie die Wirtschaft rasch und umsichtig belebt werden. Die Stärkung der US-Allianz bedingte gemäß Abe die Fähigkeit Japans, den USA erhebliche Unterstützung leisten zu können sowie die Überwindung historischer und verfassungsrechtlicher Fragen.³⁶⁷ Die Kolonialherrschaft Japans zeichnete sich sowohl durch das Ausmaß als auch durch die Intensität der bürokratischen Durchdringung aus.³⁶⁸

Mit **Nordkorea** hat Japan zahlreiche historische Verbindungen, insbesondere in Folge der Kolonial- und Kriegszeiten, jedoch keine normalen dip-

³⁶⁷ Khanna 2019; Inoguchi 2015a; Green 2001.

³⁶⁸ Kohli 1999.

lomatischen Beziehungen. Einige, zumeist zwischenstaatliche, Themen dominierten die Gespräche zwischen Japan und Nordkorea, insbesondere die Denuklearisierung Nordkoreas sowie die Zahlung von Kriegsschädigungen bzw. von offizieller Entwicklungshilfe. Verhandelt wurde zudem über japanische Staatsbürger, die Nordkorea in den 1970er und 1980er Jahren entführt hatte, sowie über humanitäre Hilfe an Nordkorea, vor allem während der Hungersnot Mitte der 1990er Jahre.³⁶⁹

Sicherheitspolitik Japans in Ostasien

Japan ist eng mit den sicherheitspolitischen Interessen der USA verbunden und zeigt eine konsequente politische Haltung gegenüber China und Nordkorea. Es verfasste seltener schriftliche nationale Sicherheitsstrategien als Südkorea, eine Publikation erfolgte beispielsweise 2013. Die wiederkehrenden Konzepte befassten sich mit der Bedeutung des US-Bündnisses, der Notwendigkeit der US-Präsenz im indopazifischen Raum und der Skepsis gegenüber dem Aufstieg Chinas. Die analog zu den Weißbüchern anderer Länder publizierten Blaubücher erwähnen zwar neue internationale Bedrohungen, ändern jedoch selten die Außenpolitik Japans und dienen eher deren Rechtfertigung.³⁷⁰ Manche Analysten schließen langfristig eine stärkere Orientierung Japans an einer asiatischen Sicherheitsstruktur nicht aus.³⁷¹ Grundsätzliche Bedenken hegt Japan über eine Reduzierung der regionalen US-Präsenz, etwa in Südkorea.³⁷²

Japans Sicherheitspolitik in Ostasien während des Kalten Krieges unterschied sich deutlich von jener danach. Den größten äußeren Einfluss auf die Sicherheitspolitik Japans übten die zwei anhaltenden Konflikte zwischen den beiden Koreas sowie zwischen China und Taiwan aus.

Während des Kalten Krieges verfolgte Japan eine begrenzte und stabile Selbstverteidigungspolitik. Im Mittelpunkt stand die Unterstützung der regional dominanten Sicherheitsarchitektur der USA. Seine eigene sicher-

³⁶⁹ Inoguchi 2015a; Pinkston 2010; Hagström/Söderberg 2006; Akaha 2006; Park 2006; Hughes 1999.

³⁷⁰ Patterson 2007; Kamiya 2000.

³⁷¹ Siehe bspw. Khanna 2019.

³⁷² Ito 2020; Akiyama 2023.

heitspolitische Rolle sah Japan vor allem in der Wirtschaft. Die internationale Umgebung betrachtete Japan als vorgegebene und unveränderbare Rahmenbedingung. Daher strebte es mittels einer passiven bzw. reaktiven Haltung nach Sicherheit und Wohlstand. Von militärischen, politischen und strategischen Zielen sowie von Machtpolitik sah Japan ab.³⁷³

Die konzeptionelle und reale Sicherheitspolitik war in grundlegenden Aspekten konsistent. Strukturell verblieb sie seit Anfang der 1950er Jahre im Rahmen des US-Sicherheitsbündnisses. Die darin festgelegte Hierarchie der Verantwortlichkeiten prägte die spezifischen Funktionen Japans und der USA nachhaltig. Selbst als sich das regionale Sicherheitsumfeld weiterentwickelte, blieb die Rolle Japans passiv und unterstützend, während die USA die Hauptlast zur Gewährleistung der regionalen Sicherheit trugen. Die unterstützende Rolle Japans definierte sich sowohl durch die übernommenen als auch die vermiedenen Funktionen. Letztere bezieht sich beispielsweise auf die nukleare Abschreckung, für die bislang die USA sorgte. Im Bereich der konventionellen Verteidigung war Japans Rolle aktiver, jedoch auf die Selbstverteidigung der Heimatinseln beschränkt. US-Militärbasen und US-Truppen in Japan ermöglichen die Machtprojektion der USA in der Region. Auf der globalen Ebene der Sicherheitsallianz mit den USA zeigte sich Japans aktive Rolle bei der Teilnahme an Sanktionen der Vereinten Nationen oder an friedenserhaltenden Maßnahmen ohne Kampfhandlungen. Die Stabilität der japanischen Sicherheitspolitik der Nachkriegszeit beruht zudem auf der rechtlich und doktrinär kohärenten Konzeption und Umsetzung. Trotz der temporär unterschiedlichen Zwänge und sicherheitspolitischen Erfordernisse war die Sicherheitspolitik Japans von der Doktrin der begrenzten Selbstverteidigung geleitet. Japans Sicherheitsidentität war die eines Juniorpartners.

Japan hielt an gewissen Grundsätzen fest und entwickelte zugleich seine Sicherheitspolitik weiter. Dies zeigte sich insbesondere in der Gestaltung des Sicherheitsbündnisses mit den USA unter Beibehaltung der Struktur. Mit dem Fortschreiten der Nachkriegszeit belastete das wachsende bilaterale Handelsdefizit der USA die Beziehung. Als Konsequenz wurden die Wirtschafts- und Sicherheitsbeziehungen miteinander verknüpft, beispielsweise erhöhte Japan seinen Kostenbeitrag für das Sicherheitssystem. Auch

³⁷³ Patterson 2007; Kamiya 2000.

das tatsächliche Sicherheitsverhalten Japans unterlag einem Wandel. Seine Rolle entwickelte sich zu einem sichtbaren globalen Akteur und zu einem aktiven Förderer von Stabilität, indem es seinen finanziellen Beitrag zur regionalen Wirtschaftsentwicklung erhöhte, etwa durch Investitionen oder Entwicklungshilfe.

Mit dem **Ende des Kalten Krieges** und den neu in den Vordergrund tretenden Sicherheitsbedenken wurde Japans Haltung aktiver und expansiver. „Aktiver“ bedeutet ein stärkeres Engagement bei regionalen Sicherheitsaktivitäten. „Expansiver“ bezieht sich auf die Pläne Japans zur geographischen Ausweitung seiner Machtprojektion, vor allem zur Abschreckung, sowie zur Vorwärtsverlagerung. Dabei spielten einige Faktoren eine wesentliche Rolle. Chinas militärische Modernisierung und die Krise auf der koreanischen Halbinsel machten die Sicherheitsbedenken zu einem wichtigen Thema der japanischen Innenpolitik. Die Sicherheitspolitik Japans in Folge der nordkoreanischen Nuklearkrise, insbesondere die Erhöhung seines militärischen Beitrags zur US-Sicherheitsallianz, stärkte die Fähigkeit der USA zur Ausübung eines dominanten Einflusses über die Sicherheitsangelegenheiten in Ostasien. Das Platzen der japanischen Wirtschaftsblase und die daraus resultierende langfristige Rezession untergruben die Fähigkeit Japans, die regionale Stabilität auf der Basis eines alternativen Wirtschaftswachstumsmodells zu gewährleisten. In Kombination führte dies zu einem Meinungsumschwung, der ein stärkeres Verteidigungsengagement ermutigte.

Diese Veränderungen spiegelten den nationalen Identitätswandel Japans in der Nachkriegszeit wider. Die allmähliche Abkehr von der pazifistischen Grundhaltung ist zugleich eine Bedeutungsverlagerung von der stabilisierenden Wirkung des Wirtschaftswachstums auf einen „normalen“ militärischen Zugang zu laufenden und neuen Bedrohungen. Beispielhaft für die Neuausrichtung der Sicherheitspolitik Japans ist die Überarbeitung des Rechtsrahmens und der Doktrin Anfang des 21. Jahrhunderts mit der Verabschiedung einiger Dauer- und Notstandsgesetze für den Fall eines Angriffs auf Japan.³⁷⁴ Südkorea sieht diese Entwicklung mit Skepsis.³⁷⁵

³⁷⁴ Sato 2006.

³⁷⁵ Bong 2015; Berkshire Miller 2015.

Zu den **Merkmale** der **japanischen Sicherheitspolitik** zählt neben der Konsistenz auch bei externen Bedrohungen eine größere Überschneidung als Südkorea mit der Sicherheitspolitik der USA. Weitere Charakteristiken sind die institutionellen Faktoren, die Veränderungen hemmen. Die von den USA entworfene Verfassung untersagte Japan die Aufstellung von Streitkräften. Dennoch erlaubte der Kalte Krieg dem Land eine Selbstverteidigungsstreitkraft mit begrenzten Mandaten, die eine Intervention im Ausland nicht zulassen. Diese Einschränkung führte zu einer sicherheitspolitischen Abhängigkeit Japans von den USA und untergrub seine eigenständige Außenpolitik. In der Folge war Japans Außenpolitik tendenziell passiv, stabil und präferierte den Status quo. Dies resultierte aus der Prioritätenlegung auf die Innenpolitik, insbesondere auf die Wirtschaft und Infrastruktur, zum Nachteil der Außenpolitik. Ein zweiter Wirkfaktor ist die Dynamik zwischen dem Premierminister, dem einflussreichen Außenministerium und der dominanten Regierungspartei. Daher ist die Außenpolitik Japans weniger politisch als jene Südkoreas. Die Politikentwürfe werden von unten nach oben vorangetrieben und resultieren mangels Autorität in schrittweisen Veränderungen.

Sicherheitspolitik Japans in Bezug auf Taiwan

Ebenso wie Australien positioniert sich Japan deutlich **pro-Taiwan**, denn darauf beruht seine Sicherheitspolitik seit dem Zweiten Weltkrieg. In seinem Verteidigungsbericht *Defense of Japan 2021* sprach Japan erstmals konkret die Sicherheitslage in der Umgebung von Taiwan an.³⁷⁶ Die direkte, kontroverse Sprache hob sich von den bisherigen Verteidigungsweißbüchern ab. Dabei betonte Japan die Gefährdung der japanischen Sicherheit und der internationalen Stabilität durch die routinemäßigen Militärpatrouillen Chinas in der Region. Der geographische Schwerpunkt der japanischen Sicherheitspolitik liegt auf den Ryukyu-Inseln (Nansei) im Ostchinesischen Meer, zu denen auch die Diaoyu/Senkaku Inseln gehören. Letztere werden auch von China und Taiwan beansprucht.³⁷⁷ China könnte im Falle einer Inbesitznahme Taiwans durch den neu gewonnenen Zugang in den Pazifik das ressourcenarme Japan isolieren, etwa mittels Blockade seines Seehandels oder von Unterseekabeln. Japan importiert beispielsweise 98 % seines

³⁷⁶ MOD Japan 2021; MOD Japan 2022d.

³⁷⁷ Ito 2020; Clark 2021; Satake 2022; Waidelich/Barrett 2021; MOD Japan 2022d.

Erdöl- und Erdgasbedarfs. Die Verteidigung Japans ist gegenwärtig in Richtung Pazifik nicht auf einen zunehmenden Druck Chinas ausgerichtet, etwa mit militärischen Stützpunkten. Zum Vorteil Japans konzentrieren sich Militärplanung und -aktivitäten Chinas auf Taiwan und weniger auf Japan. Im Falle einer US-Verteidigung Taiwans würde Japan die US-Streitkräfte auf Grundlage des bilateralen Verteidigungsbündnisses unterstützen, etwa logistisch. In der Folge wäre mit kinetischen und Cyberangriffen Chinas auf US-Stützpunkte in Japan zu rechnen.³⁷⁸

Sicherheitsstrategie Japans im Vergleich mit Südkorea

Japan und Südkorea sind beide formelle Verbündete der USA im indopazifischen Raum. Ähnlichkeiten zeigten sich bei den strategischen Zielsetzungen, der geopolitischen und der geographischen Lage, der Bündnisstruktur, der ostasiatischen Kultur, dem Demokratieniveau und den Sicherheitsbedrohungen. Beispielhaft für die sicherheitspolitische Kooperation ist das General Security of Military Information Agreement (GSOMIA), ein seit 2016 bestehendes Abkommen zum Austausch vertraulicher Militärintformationen zwischen Japan und Südkorea.³⁷⁹

Die Sicherheitsstrategien Japans und Südkoreas sind jedoch unterschiedlich, insbesondere der Zugang zu China und Nordkorea. Südkorea priorisierte grundsätzlich die Allianz mit den USA und vermied Konflikte mit den Großmächten. Die Außenpolitik konzentrierte sich auf die Politik zwischen den beiden Koreas und war eng mit der Innenpolitik verknüpft. Zwischen Südkorea und Japan zeigten sich deutliche Differenzen, vor allem in der Konsistenz bzw. Inkonsistenz der Strategien. Beispielhaft ist die mangelnde Konsistenz der verschiedenen Regierungen Südkoreas in der Frage zur Rückgabe des Kriegskommandos der Streitkräfte von den USA. Die konservativen Regierungen von Lee Myung-bak, Park Geun-hye und Yoon Suk-yeol orientierten sich zunehmend an den USA. Gegenüber Nordkorea verfolgten sie eine Strategie der Reziprozität. Die progressiven Regierungen strebten hingegen, nicht zuletzt wegen der Repressionen durch die südkoreanische Militärregierung, nach einer Annäherung an China und Nordkorea. Der ständige Wechsel zwischen einer konservativen und einer progres-

³⁷⁸ Farkas 2023b; Kamiya 2023, 30; Liff 2010; Liff 2022.

³⁷⁹ Ito 2020, 66; Suh 2015.

siven Agenda führte zu einer wiederkehrenden Diskontinuität der Außenpolitik. Außenpolitische Überlegungen Südkoreas entsprangen zum Teil eher der Opposition zum Gegner und nicht so sehr sorgfältigen Überlegungen. Nach dem Koreakrieg führte Südkorea seine anti-kommunistische Einstellung fort.

Trilaterale Beziehungen Japans mit Südkorea

Japan spielte sowohl im Dreiecksverhältnis mit Südkorea und den USA als auch im Dreiecksverhältnis mit Süd- und Nordkorea eine wesentliche Rolle.³⁸⁰ Die **USA** wollten einerseits stets Spannungen zwischen Japan und Südkorea vermeiden. Andererseits stellten sich die USA gegen eine enge Beziehung der zwei US-Verbündeten zu dem bis Anfang der 1970er Jahre als strategischen Konkurrenten bezeichneten China.³⁸¹ Im Gegensatz zu Bill Clintons verbindender Politik spielten die USA unter George W. Bush Anfang des 21. Jahrhunderts eine große Rolle bei der Entfremdung zwischen Südkorea und Japan. Sie zeigten gegenüber Kim Dae-jungs Sonnenscheinpolitik Misstrauen und benannten Nordkorea als „Achse des Bösen“.³⁸² In der Folge reagierte Japan mit einem Sicherheits- und Regionaldenken und entfernte sich von seiner Mittelposition.

Über strategisches Potenzial für Südkoreas Politik verfügte Japan beispielsweise im Dreiecksverhältnis mit **Russland**. Trotz der historischen Bedeutung der japanisch-russischen Konkurrenz um die koreanische Halbinsel und erneuten Konflikten, beispielsweise angesichts der entgegengesetzten Positionen bei den Sechs-Parteien-Gesprächen, zeigte Südkorea im Allgemeinen wenig Interesse an dieser Dreiecksbeziehung.³⁸³ Ab Mitte der 1990er Jahre erwog Südkorea eine trilaterale Beziehung mit Japan und **China**, in welcher Südkorea als Machtausgleich fungieren und den Regionalismus stärken wollte.

³⁸⁰ Horowitz 2007; Rozman 2008a.

³⁸¹ Rozman 2008a; Pinkston 2010.

³⁸² Begovic/DeRouen 2007; Agov 2010; Olsen 2009; Kim Jiyoung 2014.

³⁸³ Braddick 2000; Rozman 2008a.

Trilaterale Sicherheitskooperation zwischen Japan, Südkorea und den USA

In Japan und Südkorea konzentriert sich die US-Militärpräsenz im indopazifischen Raum. Die USA unterhalten zudem mit Australien, den Philippinen, und Thailand formelle Verteidigungsbündnisse. Der Institutionalisierungsgrad ist, etwa im Vergleich mit der NATO, gering. Japan verfügt, im Gegensatz zur integrierten Kommandostruktur Südkoreas, über eine separate Kommandostruktur mit den USA. Es existieren keine Bündnisinstitutionen, die Japan, Südkorea und die USA umfassen.³⁸⁴ Die **Motive der USA** für die trilaterale Kooperation mit Japan und Südkorea liegen in der konzeptionellen und operativen Verknüpfung des US-Sicherheitsengagements im indopazifischen Raum.³⁸⁵

Übereinstimmungen zeigen sich bei den grundsätzlichen Interessen und strategischen Sichtweisen. Die Belastung der Bündnisbeziehungen zu den USA resultierte aus der Lastenteilung, der sicherheitspolitischen Entwicklung der Region sowie aus Handelskonflikten. Die jeweiligen Bündnisbeiträge sind beachtlich, insbesondere die Finanzmittel und militärischen Kapazitäten. Japan beherbergt die größte US-Truppenpräsenz, Südkorea die drittgrößte.³⁸⁶

Die **Limits** der Zusammenarbeit sind Unterschiede bei den strategischen Interessen, Prioritäten und Vorgangsweisen. Die Bedrohungswahrnehmungen, etwa gegenüber Nordkorea, sind zwar ähnlich, jedoch nicht deckungsgleich. Hinzu kommen differierende innenpolitische und wirtschaftliche Bedingungen. Südkorea lehnt wegen China eine de facto trilaterale Militärallianz ab. Es beschränkt die Kooperation auf ein Minimum und hofft, dadurch eine potenziell kostenintensive Gegenreaktion von China zu vermeiden. Beispielhaft war die Aufstellung des US-Raketenabwehrsystems THAAD 2016. Sie resultierte aufgrund der chinesischen Boykotte in einer enormen langfristigen Wirtschaftskrise. Südkorea sah sich zur Verabschiedung der „Drei Mal Nein-Erklärung“ gezwungen. Diese umfasste die Zusage, keine weiteren THAAD oder ballistischen Raketen in US-

³⁸⁴ Ito 2020; Rozman 2015a; Overhaus/Sakaki 2021.

³⁸⁵ Horowitz 2007.

³⁸⁶ Rozman 2015, xvi; Overhaus/Sakaki 2021.

Kooperation zu implementieren sowie keine trilaterale Allianz mit den USA und mit Japan einzugehen.³⁸⁷

	Japan	Südkorea	USA
Regionale Sicherheitsordnung			
Ziel	Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung	Dauerhafter Friede auf der koreanischen Halbinsel als Priorität	Regelbasierte regionale Ordnung
Fokus	Regional	Regional, v.a. koreanische Halbinsel	Priorität für Indopazifik im Rahmen der globalen Sicherheitsinteressen
Betreffend China	USA als sicherheitspolitische Führungsmacht erwünscht		Strategischer Wettbewerb mit China
Multilaterale Institutionen & Verfahren	Zentraler Stellenwert		Rückkehr zum Multilateralismus (Biden)
Perspektive auf Sicherheitsbündnisse	US-Japan-Bündnis in beidseitigem Interesse, Japan sieht sich als essenziellen US-Partner	US-Südkorea-Bündnis ist bedeutend (v.a. wegen Nordkorea & China), Prioritäten jedoch teils widersprüchlich	USA als Sicherheitsdienstleister für Verbündete (Trump) / Allianzen als Kräfteverstärker für die USA (Biden)

Abbildung 2: Trilaterale Sicherheitskooperation in Bezug auf die regionale Sicherheitsordnung

In Bezug auf die **regionale Sicherheitsordnung** priorisiert Japan als Zielsetzung die Stärkung der regelbasierten internationalen Ordnung, Südkorea hingegen den dauerhaften Frieden auf der koreanischen Halbinsel und die USA die regelbasierte regionale Ordnung. Der Fokus Südkoreas ist regional, insbesondere die koreanische Halbinsel. Japans Schwerpunkt liegt ebenfalls in der Region, jener der USA im Rahmen ihrer globalen Sicherheitsinteressen auf dem gesamten indopazifischen Raum. Sowohl Japan als auch Südkorea begrüßen die USA als sicherheitspolitische Führungsmacht hinsichtlich der Bedrohung durch China. Dabei haben multilaterale Institutionen und Verfahren für Japan und Südkorea einen zentralen Stellenwert, wobei auch die USA unter US-Präsident Joe Biden zum Multilateralismus zurückkehrten. Japan und Südkorea sehen das Bündnis mit den USA als in beiderseitigem Interesse, wobei Japan seine eigene Bedeutung höher einschätzt als Südkorea. Südkorea ist sich der teils widersprüchlichen Prioritäten im Vergleich mit den USA bewusst. Die USA betrachten sich selbst als

³⁸⁷ Horowitz 2007.

Sicherheitsdienstleister für die Verbündeten und die Allianzen zunehmend als Kräfteverstärker für die USA.

	Japan	Südkorea	USA
Sicht auf China	Bedrohung der eigenen & regionalen Sicherheit durch Chinas wirtschaftlichen & militärischen Machtzuwachs	Bedrohung der eigenen Sicherheit durch Chinas wirtschaftlichen & militärischen Machtzuwachs	Bedrohung der eigenen Interessen durch Chinas Streben nach regionaler (& globaler) Hegemonie
Kooperation mit China	Fokus auf regionaler Bedrohung durch China; Skepsis gegenüber einer wirtschaftlichen Entkopplung; grundsätzlich offen für Wirtschaftskooperation	Hoffnung auf konstruktive Rolle Chinas durch Einfluss auf Nordkorea; starke wirtschaftliche Abhängigkeit von China; Kooperationsbereitschaft	Einhegung Chinas (Trump) / selektive Kooperation bei globalen Problemen & Einschränkung in sicherheitsrelevanten Bereichen
Problem Nordkorea	Große Sorge seit Jahrzehnten	Unmittelbare Bedrohung; generell relativ pragmatisch	Nordkorea ist „unmittelbarste Bedrohung“, jedoch nach China als „strategischer Bedrohung“
Vorgangsweise	Maximaler Druck & Engagement	Abwechselnd Diplomatie & Druck	Maximaler Druck & Engagement

Abbildung 3: Trilaterale Sicherheitskooperation in Bezug auf China und Nordkorea

Südkorea sieht sich durch Chinas militärischen und wirtschaftlichen Machtzuwachs selbst bedroht, Japan zudem auch die regionale Sicherheit. Die USA befürchten durch Chinas Streben nach regionaler und globaler Hegemonie eine Gefahr für die eigenen Interessen und setzen offen auf die Einhegung Chinas. Südkorea erhofft sich hingegen von China vor allem eine konstruktive Rolle und Einflussnahme auf Nordkorea.³⁸⁸ Ebenso wie Japan ist Südkorea grundsätzlich kooperationsbereit und skeptisch gegenüber einer wirtschaftlichen Abkoppelung von China. Die USA gehen von einer Einhegung Chinas auf eine Einschränkung Chinas in sicherheitsrelevanten Bereichen über bei gleichzeitiger selektiver Einbindung bei globalen Problemen. Nordkorea stellt für Japan und Südkorea eine unmittelbare Bedrohung dar, wobei Japan weniger pragmatisch als Südkorea agiert. Für die USA steht dennoch China an erster Stelle der strategischen Bedrohungen. Während Südkorea gegenüber Nordkorea abwechselnd auf Druck und Diplomatie setzt, nicht zuletzt je nach politischer Einstellung der Regie-

³⁸⁸ Kwon 2022.

rung, bevorzugen Japan und die USA maximalen Druck und zeitweises Engagement.

Südkoreas strategisches Denken zu Japan

Japan ist, nach den USA, der zweitwichtigste Faktor im strategischen Kalkül Südkoreas, jedoch in ganz anderer Art und Weise. Der negative Einfluss Japans auf die strategische Kultur Südkoreas beruht auf der historischen Entwicklung. Das gegenseitige Misstrauen stellte ein ernstes Problem für die USA dar, die sowohl Japan als auch Südkorea als wesentliche Allianzpartner im indopazifischen Raum betrachten.³⁸⁹

Kein Land stellte das strategische Denken Südkoreas während des Kalten Krieges und danach so sehr auf die Probe wie Japan. Südkoreas konservative Politiker neigten einerseits zum politischen Realismus und andererseits zum ideologischen Nationalismus. Dies war vor allem in Bezug auf die Annäherung an Japan ein wesentlicher Faktor und weniger in Bezug auf die USA. Als Konsequenz hatten konservative Präsidenten Südkoreas Schwierigkeiten, eine einheitliche Vorgangsweise für den Umgang mit Japan zu finden. Insgesamt erschwerte dies ein nachhaltiges strategisches Denken.³⁹⁰

Japans Umgang mit seiner imperialen Vergangenheit bleibt eine der wichtigsten Variablen für die Gestaltung der bilateralen Beziehung.³⁹¹ Dieser Umgang Japans, etwa eine innenpolitische Instrumentalisierung unter Shinzo Abe,³⁹² führte zuweilen zu einer stärkeren Orientierung Südkoreas an China. Dabei ist Japan grundsätzlich besorgt, dass sich ein wiedervereinigtes Korea mit China verbünden könnte.³⁹³ Die **historischen Konflikte** zwischen Japan und Südkorea beruhen auf den nationalen Interessen. Sie sind untrennbar mit dem normativen Unmut Südkoreas über historische Ungerechtigkeiten und mit Emotionalität verbunden. Trotz der positiven Entwicklungen seit den 1990er Jahren wurden bisher keine ausreichenden Handlungen zur zufriedenstellenden Konfliktlösung gesetzt. Dies betrifft

³⁸⁹ Kim Jiyul 2014; Hwang 2006.

³⁹⁰ Rozman 2008a; Kim 2006.

³⁹¹ Kim 2006.

³⁹² Inoguchi 2015a.

³⁹³ Kim 2006.

insbesondere die Übernahme von Verantwortung und Entschädigungszahlungen für die Zwangsarbeit während der japanischen Kolonialherrschaft.³⁹⁴

Nach dem Koreakrieg konzentrierte sich Südkorea gegenüber Japan auf die Sicherstellung von wirtschaftlicher Unterstützung und von Investitionen, und zwar in einem Kontext, in dem fast alle Aufmerksamkeit auf die Verhinderung eines Kriegsausbruchs gerichtet war. Mit zunehmender Autonomie von den USA versuchte Südkorea unter Park Chung-hee, Japan in Schach zu halten. In dieser Zeit näherten sich die USA und Japan China an, während Südkoreas eigene Bemühungen zur Einbindung Chinas und der Sowjetunion scheiterten. Zugleich nahm Südkoreas wirtschaftliche und auch strategische Abhängigkeit von Japan zu.³⁹⁵

4.8 JAPANS BEZIEHUNG ZU DEN USA

Japans außenpolitische Richtungswahl besteht im Wesentlichen aus von den USA bereitgestellten Alternativen mit einem geringen situativen Spielraum für Optionen, Initiativen oder Innovationen Japans. Die neuen Initiativen Japans konzentrieren sich innerhalb der breiten **US-Parameter** auf die öffentliche Entwicklungshilfe, das Umweltmanagement sowie regionale und internationale Institutionen, die Japan mit Personal- und Geldleistungen unterstützt. Zumeist setzten die USA Japan unter Druck, ihrer politischen Linie und den internationalen Agenden zu folgen und Japan kam dem im Allgemeinen nach, beispielsweise mit einem enormen finanziellen Kostenbeitrag für den Golfkrieg 1991. Andererseits unterbanden die USA japanische Aktivitäten zum Nachteil der US-Interessen. Beispielsweise verhinderten die USA 1997 die von Japan im Zuge der Finanzkrise beabsichtigte Gründung eines Asiatischen Währungsfonds, weil er den Status des Internationalen Währungsfonds untergraben hätte.³⁹⁶

Der **Ursprung** der strategischen, geopolitischen und militärischen Vormundschaft Japans als Juniorpartner der USA liegt in den geopolitischen

³⁹⁴ Yoon 2011.

³⁹⁵ Rozman 2008a.

³⁹⁶ Hein/Gerteis 2018; Inoguchi/Jain 2000; Lam 2000; Arase 2010, 44.

Umständen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die USA benötigten Japan zur Eindämmung Russlands, Chinas und des Kommunismus im Allgemeinen und daher US-Militärbasen in Japan. Zugleich sollte ein Wiederaufleben der Militäraggression Japans unterbunden werden. Die in der Besatzungszeit durchgeführten Reformen und die etablierten Institutionen prägten die innenpolitischen Rahmenbedingungen langfristig, insbesondere die Entmachtung der japanischen Militaristen.³⁹⁷ Japan profitierte vom Zugang zum US-Konsumgütermarkt, von Wiederaufbaukrediten, der Neubelebung der Wirtschaftsdynamik, der Chance auf uneingeschränkten internationalen Handel und vom Schutz durch die USA. Japan stärkte seine Softpower und seinen internationalen Status.³⁹⁸ Die Beziehung zu den USA setzte sich als Norm durch.³⁹⁹

Im Wesentlichen waren die politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Beziehungen Japans zu den USA während der gesamten Nachkriegszeit das Ergebnis eines Gleichgewichts zwischen dem Bilateralismus, dem Ökonomismus und dem Antimilitarismus. Der Bilateralismus bildete den Kern der Beziehung und die Bevölkerung forderte die Aufrechterhaltung eines hohen Lebensstandards, ohne in einen US-Krieg verwickelt zu werden. In Einklang mit den Normen des Ökonomismus und des Antimilitarismus war die Bevölkerung zur Unterstützung der USA und der US-Allianz bereit. Dies ist mit einer ungleichen Kostenverteilung verbunden, die in erster Linie die Bewohner Okinawas tragen.⁴⁰⁰ Die systemischen Veränderungen nach dem Ende des Kalten Krieges veränderten eine wesentliche Variable in Japans strategischem Kalkül, nämlich die Erwartungen der USA. Durch die sukzessive Verschärfung der regionalen Bedrohungen intensivierten die veränderte Weltordnung den Nutzen des bilateralen Bündnisses. Infolgedessen erhielten die Erwartungen der USA ein noch größeres Gewicht in Japans Kalkulation seiner Kerninteressen.⁴⁰¹

Ein bedeutender **Wendepunkt** war der Zusammenbruch der Sowjetunion. Denn dieser bedeutete das Ende der ideologisch inspirierten strategischen

³⁹⁷ Hadley 1949; Arase 2010, 35ff; Akaha 2000; Caprio/Sugita 2007.

³⁹⁸ Arase 2010, 35ff; Akaha 2000.

³⁹⁹ Tatsumi 2022; Kliman 2006; Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

⁴⁰⁰ Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

⁴⁰¹ Kliman 2006, 157f; Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

Logik des bilateralen Bündnisses. Im Mittelpunkt der Debatten standen die Durchführbarkeit, Kosten und Vorteile der beiden Länder bei Aufrechterhaltung des Sicherheitsvertrages. Japan entschloss sich zur Fortführung des Abkommens bzw. zu dessen situationsabhängigen Ergänzung mittels bilateralen und multilateralen regionalen Sicherheitsdialogen.⁴⁰² Ein weiterer Wendepunkt war der Terroranschlag auf die USA am 11.09.2001, denn Japan ergriff die Gelegenheit zur Erweiterung seiner Bündnisrolle. Es konsolidierte den Wandel der Sicherheitsnormen und rechtfertigte weitere institutionelle Veränderungen zur Verbesserung seiner Sicherheit. In der Folge des US-Einmarsches im Irak stärkte Japan 2003 seine Selbstverteidigungskräfte.⁴⁰³ Die Geschwindigkeit und der Umfang des Wandels wurden von den innenpolitischen Bedingungen, insbesondere der durchsetzungsstarken nationalistischen Haltung Junichiro Koizumis, begünstigt. Der Politikwandel erklärt sich zudem aus der Wahlreform 1994 und der Verwaltungsreform 1999. Dadurch stieg der Einfluss der Politiker im zuvor sehr langsamen und schwerfälligen Entscheidungsfindungsprozess zum Nachteil der Beamten. Zudem wurde die Dominanz der politischen LDP-Fraktionen reduziert und die Einheit der politischen Opposition gestärkt.⁴⁰⁴ In der wirtschaftlichen Dimension ist der Wandel der bilateralen Beziehung mit den USA besonders ausgeprägt.⁴⁰⁵

Stellte der Handel früher das größte Hindernis in den bilateralen Beziehungen dar, so bringen nun gemeinsame **Wirtschaftsinteressen** Japan und die USA einander näher. In Kooperation schützen sie die regelbasierte liberale Wirtschaftsordnung und wehren wirtschaftlichen Zwang durch China ab. Die Zielsetzungen zur gemeinsamen Erhöhung der Resilienz betreffen die Innovationsförderung, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, die Unterstützung der globalen Gesundheit und der Pandemiebereitschaft. Sie umfassen etwa die Abstimmung im wirtschaftlichen, politischen, technologischen und industriellen Bereich.⁴⁰⁶

⁴⁰² Akaha 2000; Arase 2010.

⁴⁰³ Tatsumi 2022; Akaha 2000; Arase 2010.

⁴⁰⁴ Arase 2010; Christensen 2015; Köllner 2015; Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

⁴⁰⁵ Tatsumi 2022; Kliman 2006; Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

⁴⁰⁶ Goto 2022.

TEIL 3

OPERATIONALISIERUNG DER STRATEGISCHEN KULTUR JAPANS

5) DIE RELEVANZ DER STRATEGISCHEN KULTUR FÜR DIE KERNINTERESSEN JAPANS

Zu den **nationalen Interessen** Japans zählen Souveränität und Unabhängigkeit, Wohlstand sowie der Schutz der universellen Werte.⁴⁰⁷ Beispielhaft für die Relevanz der strategischen Kultur für die nationalen Interessen ist das Streben nach Wohlstand und nationaler Stärke, wobei sich der Fokus in Japan immer wieder zwischen Wohlstand und Stärke verlagerte. Von Bedeutung ist, was Wohlstand und Stärke im Sinne von Befähigung und Ermächtigung bedeuten. Am wichtigsten sind dabei die Faktoren Selbstbestimmung und Sicherheit. Zudem erhöhten Wohlstand und Macht das politische, wirtschaftliche und kulturelle Ansehen Japans und seinen internationalen Einfluss. Auch die Etablierung eines Narrativs einer heroischen Vergangenheit Japans bzw. der Geschichtsrevisionismus ist eine Konsequenz des Strebens nach Wohlstand und Macht. Die heldenhafte Vergangenheit wurde als Quelle des Nationalstolzes und zur Förderung des Nationalismus eingesetzt.⁴⁰⁸

5.1 SICHERHEIT & STABILITÄT

Der sicherheitspolitische Kurs Japans entsprach einer Evolution und weniger einer Revolution. Er begünstigt eine fortgesetzte Selbstbehauptung, Emanzipation und Neuformierung.⁴⁰⁹ Die sicherheitspolitischen Kernthemen Japans sind die Verteidigungsausgaben, die Gegenschlagskapazitäten und die Glaubwürdigkeit der erweiterten nuklearen Abschreckung.⁴¹⁰ Die wichtigsten Dokumente zur nationalen Sicherheit sind die Nationale Sicherheitsstrategie,⁴¹¹ die Richtlinien des Nationalen Verteidigungsprogramms⁴¹² und das Mittelfristige Verteidigungsprogramm.⁴¹³ Die militäri-

⁴⁰⁷ MOD Japan 2022a.

⁴⁰⁸ Lee 2019, 289; Samuels 2007.

⁴⁰⁹ Hatakeyama 2021; Green 2001; Oros 2017; Saltzman 2015.

⁴¹⁰ Akiyama 2023; Suzuki 2023.

⁴¹¹ MOD Japan 2022a.

⁴¹² MOD Japan 2018a.

⁴¹³ MOD Japan 2018b; MOD Japan 2022d.

schen und nichtmilitärischen Aspekte werden als eng verknüpft betrachtet. Zudem gilt auch die Wirtschaft als integraler Bestandteil der nationalen Sicherheit, insbesondere die wirtschaftsstrategische Autonomie und Unentbehrlichkeit.⁴¹⁴ Im Oktober 2021 etablierte Japan ein Ministerium für die wirtschaftliche Sicherheit.⁴¹⁵

Nationale Sicherheitsstrategie

Die nationalen **Sicherheitsziele** sind der Schutz der Souveränität und Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung der Innen- und Außenpolitik, die territoriale Integrität sowie die unilaterale und kooperative Stärkung der entsprechenden Fähigkeiten. Ziel ist die Etablierung eines neuen Gleichgewichts in den internationalen Beziehungen, insbesondere im indo-pazifischen Raum.

Zu den grundlegenden **Prinzipien** der nationalen Sicherheitsstrategie Japans zählt die Beibehaltung der Politik des „proaktiven Beitrags zum Frieden“ auf der Grundlage der internationalen Zusammenarbeit und universellen Werte. Japan betont, dass es weiterhin nicht die Entwicklung zu einer Militärmacht anstrebt, sondern eine ausschließlich auf die Landesverteidigung ausgerichtete Politik sowie die drei Nicht-Atomwaffen-Prinzipien beibehalten wird. Eckpfeiler bleibt das US-Sicherheitsbündnis, einschließlich der Bereitstellung einer erweiterten Abschreckung. Wesentlicher Faktor ist die Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Ländern bzw. im multilateralen Rahmen.

Die **Hauptelemente** der umfassenden nationalen Stärke sind die Diplomatie sowie die Kapazitäten in den Bereichen Verteidigung, Wirtschaft, Technologie und Nachrichtendienste. Japans Zugang priorisiert die Krisenprävention und die aktive Stabilisierung der internationalen Umgebung. Dazu setzt Japan auf die Stärkung der US-Allianz, die Kooperation bei vielen Themenbereichen, insbesondere mit den Nachbarländern, sowie die Lösung territorialer Konflikte. Die Konsolidierung seiner Verteidigungsarchitektur plant Japan mit zusätzlichen Verteidigungskapazitäten, Kooperatio-

⁴¹⁴ Satake 2023.

⁴¹⁵ Goto 2022.

nen, der Förderung seiner Rüstungsproduktion und der Ausbildung. Die Technologiebasis soll durch Forschung oder Technologietransfers gestärkt werden. Schwerpunkte im Rahmen der Anstrengungen für eine lückenlose Verteidigung sind der Cyberraum, der maritime Raum und der Weltraum. Geplant ist die Verbesserung der Reaktionsfähigkeit auf unvorhergesehene Ereignisse und die Sicherung von Ressourcen, etwa Energie und Nahrungsmittel. Als Grundlage sieht Japan die Wirtschaft, das Steuersystem sowie die soziale und intellektuelle Basis.⁴¹⁶

Sicherheitspolitisches Kernkonzept Japans

Die Metastruktur prägt die kognitive Ebene, die für die zentralen Entscheidungsträger bedeutend ist, beispielsweise bei der Bedrohungseinschätzung und der Strategieformulierung. Sie umfasst drei Dimensionen. Erstens den historischen Kontext der Bedrohungswahrnehmung. Er bezieht sich auf die Identifizierung von Quellen und Arten von tatsächlichen oder potenziellen Gefahren. Zweitens die Ideologie. Sie liefert Normen, Überzeugungen und Wertvorstellungen, die das Verständnis für Sicherheitsfragen prägen. Drittens die Identität. Sie bietet einen entscheidenden Bezugspunkt für die Definition von Inhalt und Umfang der Sicherheit. Angesichts der komplexen Interdependenz und der vielfältigen Akteure kann der Kontext des Sicherheitsproblems verschiedene Bedeutungen und Identitäten beinhalten. Auch die Muster des externen Managements können die Art und Richtung der Sicherheitspraxis beeinflussen. Das externe Management hängt von der Wahrnehmung des Sicherheitsumfeldes ab. Der Zugang kann, je nach Kontext, beispielsweise realistisch oder liberal-institutionalistisch sein.⁴¹⁷ Ein weiteres wichtiges Merkmal ist die strategische Position des Sicherheitssektors bei der Ressourcenverteilung.⁴¹⁸ Bedeutend ist auch der Umfang der Sicherheit. Traditionellerweise bezieht sich das Konzept der Sicherheit auf den physischen Schutz der territorialen und politischen Integrität eines Nationalstaates vor externen militärischen Angriffen. Diese enge Definition der militärischen Sicherheit wurde zunehmend erweitert, etwa auf die Wirtschaft.⁴¹⁹

⁴¹⁶ MOD Japan 2022a.

⁴¹⁷ Moon 1998.

⁴¹⁸ Ebd.; Snyder 2018.

⁴¹⁹ Moon 1998.

Institutionelle Grundlage

Die institutionelle Grundlage bezieht sich auf die innerstaatliche Struktur und den Entscheidungsfindungsprozess in Bezug auf die Politikumsetzung. Sie legt die Regeln für die Sicherheitspraxis fest und bestimmt die Effektivität des inneren Sicherheitsmechanismus. Damit verbunden sind die Formulierung und Durchsetzung der Sicherheitspolitik sowie die Mobilisierung und Zuteilung von Ressourcen. Die institutionelle Grundlage reflektiert die zugrunde liegende politische Struktur, die sich aus drei miteinander verbundenen Faktoren zusammensetzt: dem Dominanzgrad der Exekutive, der bürokratischen Einheit bzw. Fragmentierung sowie dem Ausmaß, in dem die Gestaltung der Sicherheitspolitik von einem konkurrierenden sozialen und politischen Druck isoliert ist.⁴²⁰

Grundsätzlich prägen Institutionen durch eine vorhersehbare, aber dennoch flexible Struktur die Kooperation, Präferenzen und Entscheidungen. Sie üben auf die politische Entscheidungsfindung, die wirtschaftlichen Aktivitäten sowie das soziale und kulturelle Leben einen tiefgreifenden Einfluss aus und sind Träger der strategischen Kultur.⁴²¹ Veränderungen können grundsätzlich sichtbar oder nicht sichtbar erfolgen. Sie können innerhalb des Systems passieren. Dann bestehen sie entweder aus der Anpassung von Politiken oder von politischen Instrumenten, ohne jedoch die Hierarchie der übergeordneten Zielsetzungen und der zugrunde liegenden Prinzipien neu zu ordnen. Möglich ist jedoch auch ein politischer Paradigmenwechsel, etwa durch strukturelle Veränderungen, der zu einer teilweisen Umgestaltung des bestehenden institutionellen Rahmens führt.⁴²² Unterschiede zeigen sich in Bezug auf die Hauptakteure, den Hauptinhalt und die Ergebnisse des politischen Lernens. Im Allgemeinen führt der Lernprozess der politischen Führung aufgrund der Output- und Prozessbezogenheit zu einem Wandel, insbesondere als Reaktion auf formell oder informell vorgebrachte Forderungen durch Interessensgruppen.⁴²³

⁴²⁰ Krasner 1999; Moon 1998.

⁴²¹ Zheng/Weng 2016; Mühlhahn 2019; Jacob/Anh 2020; Scobell 2020.

⁴²² Hall 1993.

⁴²³ Noesselt 2018.

Innenpolitische Faktoren Japans

Japans Sicherheitskonzeption zeigt, dass innenpolitische Faktoren die Auswirkungen der internationalen Sicherheitsarchitektur verkomplizieren. Die Sicherheitskonzeption und die innenpolitischen Faktoren entstammen direkt der historischen Vorkriegserfahrung Japans. Die zentralen Entscheidungsträger im Nachkriegs-Japan machten die Geschichte zu einem zentralen Bezugspunkt der Sicherheitsangelegenheiten. Infolgedessen hat Japan in Bezug auf die Sicherheit eine doppelte Identität, die den Nachkriegsrealismus Japans bilden. Erstens die Identität einer potenziellen Großmacht mit der Fähigkeit, die internationale Sicherheitsstruktur zu beeinflussen. Zweitens die Identität eines sich zurückhaltenden Staates. Die US-Sicherheitsallianz ist der wichtigste Mechanismus, durch den Japan seine traditionellen Sicherheitsinteressen mit der vorherrschenden sozialen Norm des Pazifismus und der politischen Kultur des Antimilitarismus abstimmt.⁴²⁴ Im Zuge der Genese der Sicherheitspolitik schränkte der ideelle Wettbewerb zwischen den politischen Parteien die staatliche Politik ein. Zu einem solchen Wettbewerb kommt es, weil es nur wenige Ansätze zur Einhaltung der innerstaatlichen Norm gibt. Die innerstaatliche Norm beeinflusst das staatliche Verhalten, während der Staat auf die sich ändernden internationalen Umstände reagiert. Der politische Entscheidungsprozess wurde schließlich durch die Internalisierung und Lokalisierung der neu entstandenen internationalen Norm zur kollektiven Sicherheit geprägt. Die nationalen und internationalen Normen spielten in Japan eine größere Rolle bei der Politikgestaltung als externe Faktoren.⁴²⁵

Nichtanwendung von Gewalt als Sicherheitsidentität Japans

Drei zentrale Grundsätze definierten Japans Sicherheitsidentität in der Nachkriegszeit: keine traditionellen Streitkräfte, keine Gewaltanwendung außer zur Selbstverteidigung und keine Beteiligung an ausländischen Kriegen.⁴²⁶ Japans innerstaatliche Norm kann als **Nichtanwendung von Gewalt** definiert werden, die über die Selbstverteidigung hinausgeht. Es fehlte jedoch die Präzisierung, auf welche Weise und mit welchen Mitteln die

⁴²⁴ Soeya 1998; Hatakeyama 2021; Le 2021.

⁴²⁵ Hatakeyama 2021.

⁴²⁶ Oros 2015, 140; Dian 2014.

Norm eingehalten werden sollte. Beispielsweise, ob sich der Gewaltverzicht auf alle Umstände bezieht oder etwa nicht auf einen Angriffsfall. In der Folge kristallisierten sich zwei Ansichten heraus. Der antimilitaristische Blickwinkel besteht auf den absoluten Gewaltverzicht und argumentiert, dass das US-Bündnis und die Selbstverteidigungskräfte gegen die Verfassung verstoßen. Die Perspektive des „normalen Staates“ hingegen sieht einen Gewalteininsatz zur Selbstverteidigung, das US-Bündnis und die Selbstverteidigungskräfte als rechtmäßig an.

Die Verteidigungsbehörde wurde 2007 zu einem Verteidigungsministerium aufgewertet.⁴²⁷ Ein 2015 verabschiedetes Gesetz legte das Recht Japans auf **kollektive Selbstverteidigung** fest, falls ein bewaffneter Angriff auf ein anderes Land das Überleben Japans bedrohen würde.⁴²⁸ Ein minimaler Unterschied bestand nach dieser Gesetzesänderung in der Frage, ob die kollektive Sicherheit von den USA oder den Vereinten Nationen geführt werden sollte. In diesem Wettbewerb spielten die politischen Parteien eine Rolle als intervenierende Variable. Der Hintergrund ist eine nach dem Kalten Krieg aufgrund des sich wandelnden Sicherheitsumfeldes neu entstandene internationale Norm. Sie plädiert für eine internationale Koordinierung zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Daher sollten die Staaten einen militärischen Beitrag zur Aufrechterhaltung eines locker definierten kollektiven Sicherheitssystems leisten. Der Verzicht auf eine militärische Rolle galt zunehmend als unangemessen. Japan wird sich den internationalen Normen auch künftig stetig annähern.⁴²⁹

Sicherheitsdynamik & Sicherheitsdilemma

Die **Sicherheitsdynamik** ist vom Mächtegleichgewicht sowie von den nationalen Zielen und den zugrunde liegenden Motiven bestimmt.⁴³⁰ Nach Sicherheit strebende Status-quo-Staaten rufen andere Reaktionen hervor als revisionistische bzw. expansionistische Mächte.

⁴²⁷ Oros 2014; Oros 2010.

⁴²⁸ Matsuda 2021; Ito 2020; Green 2001; Saltzman 2015.

⁴²⁹ Hatakeyama 2021, 165.

⁴³⁰ Kang 2009.

Das grundsätzliche **Sicherheitsdilemma** besteht aus der Sicht der politischen Realisten aufgrund des anarchischen Charakters der internationalen Politik.⁴³¹ Gegenseitiges Misstrauen und Missverständnisse können zu internationalen Konflikten führen. Als Mittel bewährten sich der eigene Machtaufbau und die Bündnisbildung. Ein Bündnis birgt zwei Gefahren. Erstens, dass der Bündnispartner seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Zweitens die Verstrickung in Konflikte, die zudem möglicherweise den eigenen Interessen zuwiderlaufen. Diese zwei Risiken korrelieren invers. Beispielsweise verringert ein starkes Engagement gegenüber einem Verbündeten den eigenen Einfluss auf ihn. Wirkfaktoren auf das Sicherheitsdilemma, die sich auf diese zwei Risiken des Nichtbestandes oder der Involvierung in einen Konflikt auswirken, sind die relative Abhängigkeit der Verbündeten voneinander, das gegenseitige strategische Interesse an der Verteidigung des anderen und wie explizit die Bündnisvereinbarung ist. Indikatoren sind das Verhalten in der Vergangenheit und der gegenseitige Umgang miteinander. Beispielsweise beruhigt die Entschlossenheit des stärkeren Partners den schwächeren. Alle US-geführten Allianzen haben asymmetrischen Charakter. Daher sind die US-Partner sicherheitspolitisch weitaus stärker von den USA abhängig als umgekehrt. Die Belastbarkeit von Bündnissen zeigt sich in der Übereinstimmung auf die Interessen und strategischen Sichtweisen, im Umgang der Partner mit Differenzen sowie im innenpolitischen Rückhalt.⁴³²

Gemäß Robert Axelrod kann ein Sicherheitsdilemma auf drei Arten überwunden werden. Eine kooperative Möglichkeit ist die Förderung der Gegenseitigkeit der Interessen, eine andere die Bewertung der langfristigen und künftigen Vorteile aus seiner fortgesetzten Interaktion. Eine dritte Möglichkeit ist die Begrenzung der Akteursanzahl, denn mit Zunahme der Akteure wird die Zusammenarbeit schwieriger.⁴³³

Als eine der stärksten **Bedrohungsformen** für die Sicherheit eines Landes gilt im Allgemeinen, basierend auf den Erfahrungen der Industrieländer, eine äußere militärische Bedrohung. Für Entwicklungsländer sind jedoch

⁴³¹ Jervis 2017.

⁴³² Kim 2006; Bush/Hass 2021; Bush 2005; Overhaus/Sakaki 2021; Christensen 2002; Snyder 1984, 466f.

⁴³³ Axelrod 2006.

interne Sicherheitsbedrohungen häufig entscheidender als externe Bedrohungen. Dies ist oftmals mit Merkmalen, wie beispielsweise politische Schwäche, wirtschaftliche Unterentwicklung oder soziale Spaltung verbunden. Dabei zählt die Krise der politischen Legitimität in den Entwicklungsländern als entscheidendste Variable.

Neben dem Sicherheitsdilemma gibt es in der internationalen Sicherheitspolitik das **Abschreckungsmodell**. Bedeutend ist die Kenntnis, ob der Gegner ein (potenziell) revisionistischer Staat oder ein defensiver Status quo Staat ist.⁴³⁴ Im Allgemeinen bezieht sich die Abschreckung auf die Verteidigung der territorialen Souveränität und stellt daher keine Bedrohung der regionalen Stabilität dar.

Sicherheitsdilemma Japans

Einerseits befürchtete Japan stets, von seinem Bündnispartner USA im Stich gelassen zu werden.⁴³⁵ Andererseits spielte bei der Beschränkung der japanischen Sicherheitspolitik die Sorge vor einer Verstrickung in internationale Konflikte eine bedeutende Rolle. Das (Nicht-) Vorhandensein von Faktoren, die zu diesen Bedenken beitrugen, bestimmte den Widerstand gegen eine aktivere Sicherheitspolitik mit. Japans institutionelle Zwänge sind zumindest teilweise auf die Sorge vor einer Konflikteinvolvierung zurückzuführen, wurden jedoch stattdessen häufig als Beleg für eine starke normative Beeinflussung angesehen.⁴³⁶ Relevant für Japans Verhalten waren sicherheitspolitische und auch nichtsicherheitspolitische Normen. Beispielsweise betraf der Antitraditionalismus als Norm zwar in erster Linie die japanische Innenpolitik, konnte aber zudem erheblichen Einfluss auf die japanische Sicherheitspolitik ausüben. Beispielsweise schürten Pazifisten als strategisch vorgehende normative Akteure Ängste vor der Involvierung in Konflikte und antitraditionalistische Gefühle.⁴³⁷ Die Realisten konzentrierten sich auf Japans Trittbrettfahrer-Aspekt und kritisierten, dass sich Japan mit dem Delegieren der Sicherheitspolitik an die USA auf sein Wirtschaftswachstum konzentrierte. Die Liberalen stellten die Grundsätze

⁴³⁴ Jervis 2017.

⁴³⁵ Kohalyk 2008.

⁴³⁶ Oros 2014; Izumikawa 2010; Dian 2014.

⁴³⁷ Izumikawa 2010.

des Freihandels in den Mittelpunkt. Die Konstruktivisten betonten die tiefgreifenden normativen und kulturellen Veränderungen der japanischen Gesellschaft durch die US-Besetzung. In der Folge wurde der Pazifismus in das entstehende politische und rechtliche System institutionalisiert.⁴³⁸

Einflussfaktoren auf die Sicherheitspolitik Japans

Einfluss auf die Sicherheitspolitik Japans nahmen Veränderungen der regionalen Umgebung und der Machtverhältnisse, wirtschaftliche Faktoren, Japans Innenpolitik, seine Bedrohungswahrnehmung und sein internationaler Status. Pfadabhängige materielle und ideelle Beschränkungen bestimmten die Sicherheitsdebatten und begrenzten den Politikwandel sowie die Machtprojektionsfähigkeit. Zu den materiellen Zwängen zählten sozialstrukturelle und technisch-infrastrukturelle Einschränkungen, etwa die Abwesenheit einer Wehrpflicht, mangelnde Kampferfahrung, infrastrukturelle oder rüstungstechnologische Schwächen. Die ideellen Beschränkungen betrafen vor allem normative und politische Zwänge, etwa Limits für den Waffenexport. Kulturelle, wirtschaftliche und demographische Faktoren schränkten die Akzeptanz des konventionellen Militarismus als Instrument der Staatsführung ein. Antimilitaristische Institutionen wurden im Sinne eines vollständigen antimilitaristischen Ökosystems durch Zeit, Erfahrung und wiederkehrende Praktiken verfestigt und blieben daher widerstandsfähig und einflussreich.⁴³⁹

Japans völlige Niederlage und Besetzung 1945 könnte als externer Schock gewirkt haben, der die traditionellen Grenzen der strategischen Kultur überschritt, bestehende Überzeugungen in Frage stellte und einen Resozialisierungsprozess zur Entwicklung eines neuen kulturellen Konsenses bewirkte. Eine andere Art von Dilemma ist die strategische kulturelle Dissonanz, die auftritt, wenn mindestens zwei Grundsätze der strategischen Kultur in Konflikt geraten. Ein Beispiel dafür ist Japans Engagement für die Vereinten Nationen bei gleichzeitiger Ablehnung der kollektiven Sicherheit.⁴⁴⁰

⁴³⁸ Saltzman 2015.

⁴³⁹ Le 2021.

⁴⁴⁰ Capie 2013; Lantis 2014, 111; Lantis 2006; Kohalyk 2008.

Ein „Wendepunkt“ war beispielsweise der politische Machtwechsel von der Liberaldemokratischen Partei (LDP) zur Demokratischen Partei (DPJ) 2009, allerdings insofern, als sich die DPJ nüchtern mit den zuvor von ihr als Oppositionspartei kritisierten Sicherheitsproblemen Japans befassen musste. Letztlich übernahm die DPJ die Sicherheitspolitik der LDP und legte dies in der Sicherheitsstrategie 2013 dar.⁴⁴¹

Ausprägungen der strategischen Kultur Japans

Japan wies bisher als Reaktion auf die unterschiedlichen innenpolitischen und internationalen politischen Ordnungen drei spezifische strategische Kulturen auf. Bis 1850 war Japan isolationistisch und nicht-militärisch, zu Beginn des 20. Jahrhunderts militaristisch und nach dem Zweiten Weltkrieg zurückhaltend bei Militärgewalt, auch bei der kollektiven Selbstverteidigung. Diese Haltung verlagerte sich allmählich in Richtung eines größeren sicherheitspolitischen und militärischen Engagements, nachdem ab 2010 die hemmenden strukturellen, ideellen, institutionellen und normativen Faktoren wegfielen.⁴⁴²

Die erste moderne Ausprägung der strategischen Kultur Japans entstand aus einem starren Klassensystem, das die Kriegerklasse privilegierte, ihr jedoch internationale Aktivitäten untersagte. Die zweite Ausprägung der strategischen Kultur war mit einer Politik der militärischen Expansion im Ausland verbunden. Sie entstammte einer Gesellschaft, die unbedingte Loyalität gegenüber dem japanischen Kaiser erwartete, der als Gottheit angesehen wurde und als Regierungschef diente. Die Sicherheitsidentität des nationalen Antimilitarismus in der Nachkriegszeit wies als dritte Ausprägung trotz der Kontinuität der grundlegenden Kernprinzipien stete Konflikte um Inhalt und Konturen auf, denn das nationale und internationale Umfeld Japans veränderte sich erheblich.⁴⁴³

⁴⁴¹ Oros 2017.

⁴⁴² Oros 2014; Oros 2015.

⁴⁴³ Oros 214, 233.

Die Sicherheitsidentität der Nachkriegszeit kann in drei Zeitspannen unterteilt werden: die 1950er und 1960er Jahre, der Zeitabschnitt ab der Nixon Doktrin Anfang der 1970er Jahre und der Zeitraum ab dem Ende des Kalten Krieges.

Der erste Zeitabschnitt umfasst die **1950er und 1960er Jahre** auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges. Die Yoshida-Doktrin stellte mit der Unterzeichnung des US-Sicherheitsvertrages und der Beschränkung der Aufrüstung auf die Selbstverteidigung erfolgreich ein günstiges Umfeld für den Wirtschaftsaufschwung sicher, dem damals höchsten Ziel. Daher wurde die Sicherheit Japans in erster Linie als innenpolitische Angelegenheit behandelt. Die vorherrschende Pax Americana verdeckte die Verbindung zwischen der japanischen und der regionalen Sicherheit. Die Relevanz der bilateralen Sicherheitsvereinbarungen bzw. der Selbstverteidigungskräfte wurde fast ausschließlich unter dem Gesichtspunkt ihrer Verfassungsmäßigkeit und einer potenziellen Einbeziehung in einen internationalen militärischen Konflikt gesehen.⁴⁴⁴

Die neue Diplomatie von US-Präsident Richard Nixon Anfang der **1970er Jahre** erschütterte die Grundlage des japanischen Nachkriegsrealismus. Japan wollte die Prämissen seines Nachkriegsrealismus unter den neuen Umständen aufrechterhalten. Einerseits konzipierte Japan erstmals eine organische Beziehung zwischen seinen Selbstverteidigungsbemühungen und den Intentionen des US-Sicherheitsbündnisses. Auf diese Weise wurden die verstärkten Selbstverteidigungsbemühungen Japans nicht nur als Beweis für die Bereitschaft zur Lastenteilung, sondern auch für die Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung der US-Sicherheitsbeziehung gesehen. Andererseits sah Japan ein stabiles internationales Wirtschaftssystem nicht mehr als Selbstverständlichkeit. Dies erhöhte seinen Bedarf an wirtschaftlicher Sicherheit. Allerdings wirkten sich die wirtschaftlichen Spannungen zwischen Japan und den USA auf das Sicherheitsbündnis aus und damit auf den japanischen Nachkriegsrealismus. Zu dessen Aufrechterhaltung machte Japan, wenn auch zögernd, wiederholte Zugeständnisse.

In der dritten Zeitspanne erweiterte Japan nach dem **Ende des Kalten Krieges** seine Sicherheitsziele, etwa auf die internationale Stabilität und den

⁴⁴⁴ Soeya 1998; Arase 2010, 36f; Igarashi 1985; Saltzman 2015.

Atomwaffensperrvertrag. Aufgrund der limitierten sicherheitspolitischen Unabhängigkeit gewannen die modernen Sicherheitsfragen im neuen Sicherheitsumfeld an eigenständiger Bedeutung. Denn für Japan war der Ressourceneinsatz für moderne Sicherheitsziele politisch einfacher als für traditionelle. Zudem war das moderne Sicherheitsengagement für den Schutz der Prämissen des Nachkriegsrealismus wichtig, weil es als Ausgleich für die Selbstbeschränkung im Bereich der traditionellen Sicherheit diente und die Kritik des Trittbrettfahrens entkräften sollte. Vorgeschlagene Verfassungsänderungen, wie etwa 1994, zielten auf die Schaffung der innenpolitischen Grundlage ab, um die aktive Beteiligung an internationalen Friedens- und Stabilitätsmaßnahmen zu fördern.⁴⁴⁵

Sicherheitspolitische Fokusverlagerungen Japans

Ab Anfang der 1990er Jahre unterstützte Japan einen inklusiven sicherheitspolitischen Multilateralismus in Asien, ab 2010 richtete es seine Sicherheitspolitik neu aus.⁴⁴⁶ Japan förderte den Sicherheitsmultilateralismus als Absicherung gegen eine übermäßige Abhängigkeit von den USA. Es strebte nach einer größeren und unabhängigeren (sicherheits-) politischen Rolle in (Ost-) Asien und initiierte neue Sicherheitsmaßnahmen. Den Herausforderungen für den territorialen und normativen Status quo in der Region durch China wirkte Japan entgegen, indem es sein Bündnis mit den USA im Rahmen der Regelfestsetzung auf Basis der universellen Werte vertiefte. Diese komplexe Vorgangsweise ging über eine reine Diversifizierung des bilateralen Bündnisses hinaus. Dabei reflektieren Japans Fokusverlagerungen zwischen Dezentralisierung und Rezentralisierung die unterschiedlichen situativen und temporären Interessen. Die politische Konvergenz zwischen Japan und den USA nahm zu. Der für die Abfolge der Initiativen Japans kausale internationale Kontext waren etwa der Zusammenbruch der bipolaren Struktur mit dem Ende des Kalten Krieges in der ersten Phase. Es folgte eine zweite Phase mit der asiatischen Finanzkrise 1997, der Annäherung zwischen China und den USA sowie Chinas zunehmender Machtprojektion. Die dritte Phase war von Chinas Durchsetzungsstärke im

⁴⁴⁵ Izumikawa 2010; Anindya 2016; Soeya 1998; Le 2021; Hughes 1999.

⁴⁴⁶ Yuzawa 2018; Tsuchiyama 2003; Cha 2003; Smith 2003.

Süd- und Ostchinesischen Meer und dem stärkeren regionalen Engagement der USA geprägt.⁴⁴⁷

Zeitphasen	Internationale Umgebung	Interessen Japans	Multilaterale Maßnahmen Japans
1991 - 1994	Zusammenbruch der bipolaren Struktur	Größere (sicherheits-) politische Unabhängigkeit in Asien	Dezentralisierung: Gegenseitige Rückversicherung
	Entstehung neuer Sicherheitsrisiken	Entwicklung eines neuen Sicherheitsmechanismus	Entwicklung von kooperativen Sicherheitsmaßnahmen
1997 - 2005	Asienkrise 1997	Stärkung der Leadership	Dezentralisierung: Stärkung der Sicherheitsbeziehungen mit Ländern Asiens
	Annäherung zwischen China und den USA	Hedging gegen ein von den USA im Stich gelassen werden	
	Chinas wirtschaftlicher & politischer Aufstieg		
Ab 2010	China steigert seine maritime Durchsetzungskraft (im Süd- & Ostchinesischen Meer)	Betonung der internationalen Rechte auf Basis der universellen Werte	Neuausrichtung: Vertiefung der Zusammenarbeit mit den USA bei der Normensetzung
	Verstärktes US-Engagement (Pivot to Asia)		

Abbildung 4: Japans sicherheitspolitischer Multilateralismus in Asien

⁴⁴⁷ Yuzawa 2018.

Nuklearenergie in Japan

Die japanische Nuklearindustrie mobilisierte mit finanziellen und symbolischen Anreizen in Abstimmung mit staatlichen Stellen seit den 1970er Jahren Akteure mit direktem oder indirektem Interesse an Kernenergie zur Bildung einer pro-nuklearen Zivilgesellschaft. Dieses Muster zum Aufbau und zur Unterstützung einer Gegenbewegung gegen Gruppen, welche die Hegemonie der Wirtschaft und der politischen Eliten in Frage stellten, ähnelte den Vorgängen in der japanischen Arbeiterbewegung.

In Bezug auf die politischen Präferenzen stimmten die **Pro-Atom-Aktivisten** mit ihren Förderern überein. Dennoch kann die Bewegung für Atomkraft nicht einfach mit einer dichotomen Konzeptualisierung von Staat gegen Zivilgesellschaft beschrieben werden. Eine strategische Schlüsselkomponente der Nuklearindustrie und Behörden war die Mobilisierung von lokalen und professionellen Gemeinschaften für die Kernenergie zur Förderung der Atomkraft und zur Eindämmung der Herausforderungen durch Anti-Atomkraft-Bewegungen. Geleitet wird die Bewegung von einer hegemonialen entwicklungspolitischen Allianz, die sich auf die Mobilisierung der Gesellschaft konzentriert, damit sie ihre Ziele akzeptiert und unterstützt. Teile der Zivilgesellschaft, die sich an der Bewegung beteiligten, setzten jedoch aktiv eine zivilgesellschaftliche Rhetorik und unterstrichen die Bürgerlichkeit der Bewegung. Die Kampagne wurde durch staatliche Subventionen und Monopolgewinne aus einem Wirtschaftszweig ermöglicht, der sich in erheblichem Maße den (Neo-) Liberalisierungsbemühungen widersetzte.⁴⁴⁸ Beim Verhältnis zwischen Staat und Atomindustrie handelt es sich wegen des klientelistischen Charakters der Bewegung eher um Kooptation als Kooperation.⁴⁴⁹

Die Bewegung erscheint als verblasendes Erbe der japanischen Entwicklungspolitik, aber ihre Widerstandsfähigkeit könnte auch auf ein anhaltendes Muster der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft hinweisen. Denn manche der gemeinnützigen Organisationen und Freiwilligenprogramme sind Überholungen von älteren Programmen, die während des

⁴⁴⁸ Weiss 2020.

⁴⁴⁹ Ogawa 2020.

Entwicklungsstaates eingerichtet wurden. Die Pro-Atom-Bewegung konnte ihre wichtigsten Ressourcen behalten oder zurückgewinnen. Dies sind Geld und Zugang zur politischen Entscheidungsfindung, insbesondere über die Liberaldemokratische Partei, das Ministerium für Wirtschaft, Handel und Industrie sowie das Bildungsministerium. Die Grundlage zwischen Atomindustrie, Bürokratie sowie lokalen und professionellen Gemeinschaften, etwa JCP oder die japanische Organisation für Atomenergiebeziehungen (Japan Atomic Energy Relations Organization, JAERO), blieb von den politischen Turbulenzen nach dem Fukushima-Unfall unberührt. Dies spricht für eine Fortführung der Bewegung. Nuklearwissenschaftler, Standortgemeinden von Atomkraftwerken und Kader der Atomindustrie engagieren sich weiterhin in der Lobbyarbeit und Organisation lokaler Gemeinschaften mittels sozialer Bildung und Ressourcenverteilung. Allerdings litt die Legitimität der Pro-Atomkraft-Bewegung, ihre wichtigste Ressource, stark durch den Atomunfall und die folgenden Skandale. Zwar konnte die Pro-Atomkraft-Bewegung die Demokratische Partei und Politiker, die eine Überarbeitung der Nuklearpolitik anstreben, als unverantwortlich und chaotisch darstellen. In der öffentlichen Meinung überwiegt nach dem Atomunfall jedoch Skepsis gegenüber der Atomkraft.⁴⁵⁰

Denuklearisierung Nordkoreas

Die komplexe Sicherheitslage in Ostasien ist durch eine Machtasymmetrie, die Existenz von Atomwaffen und wirtschaftliche Interdependenz gekennzeichnet. Das Sicherheitsdilemma auf der koreanischen Halbinsel beruht auf der Teilung Koreas, dem Koreakrieg und Jahrzehnten der intensiven militärischen Konfrontation.⁴⁵¹ Eine Denuklearisierung auf der koreanischen Halbinsel würde die strategischen Interessen der Regionalmächte verschieben. Dies hätte Auswirkungen auf die regionale strategische Stabilität und die erweiterte Abschreckung, die bisher die strategische Dominanz der USA untermauerte.⁴⁵² Der Systemwettbewerb zwischen China und den USA schafft ein ungünstiges Umfeld für Verhandlungen mit Nordkorea.⁴⁵³

⁴⁵⁰ Weiss 2020.

⁴⁵¹ Lee 2023; Lee I. 2018b.

⁴⁵² Hyun/Hahm 2007; Chung 2020.

⁴⁵³ Chung 2020.

Die globale Machtpolitik definiert die konkurrierenden Perspektiven der beiden Koreas gegenüber dem indopazifischen Raum.⁴⁵⁴

Inhaltliche und definatorische Unterschiede

In Bezug auf die Denuklearisierung Nordkoreas zeigen sich definatorische und inhaltliche Unterschiede bei den Zielvorstellungen sowie bei den bevorzugten Lösungsmechanismen. Der Themenkomplex umfasst die politische, technologische und diplomatische Ebene. Er bedarf eines ganzheitlichen Ansatzes und institutionalisierter Praktiken innerhalb eines vereinbarten Rahmens.⁴⁵⁵

Nordkorea betrachtet den mit ausländischer Unterstützung erreichten⁴⁵⁶ Atomwaffenbesitz als entscheidend für die Abschreckung und die Regimestabilität. Der größte Erfolg für Nordkorea wäre die Normalisierung der Beziehung zu den USA und die Gewährleistung der Regimesicherheit. Nach den beiden Atomtests 2006 und 2009 war Nordkorea, in der Überzeugung, seine Zielsetzungen erreicht zu haben, zu Verhandlungen bereit. Die Nuklearfähigkeit hätte zu einem militärischen Gleichgewicht auf der koreanischen Halbinsel und zu nationalem Wohlstand geführt. Zudem hätte sie die politische Legitimität der Arbeiterpartei Koreas, den internationalen Status und die Bildung von Koalitionen gestärkt. 2013 verkündete Kim Jong-un die Byungjin-Politik zur parallelen Entwicklung der Wirtschaft und der nuklearen Fähigkeiten. 2018 verlagerte sich die Strategie stärker auf die Wirtschaft.⁴⁵⁷

China, Japan, Südkorea und die USA sind auf Abschreckung bedacht.⁴⁵⁸ Eine Kooperation Japans mit China ist bei Überschneidungen der nationalen Interessen möglich, wird jedoch durch die spezifischen Prioritäten gehemmt.⁴⁵⁹

Moon Jae-in (2017 bis 2022) konzentrierte sich auf Nordkorea, die Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel und die Reduktion der interkorea-

⁴⁵⁴ Shin 2020.

⁴⁵⁵ Farkas 2018; Kim 2020; Kim/Kang 2009, 10; Lee 2023; Hughes 2006.

⁴⁵⁶ Kim L. 2020.

⁴⁵⁷ Sethi 2020; Korkmaz/Rydqvist 2012; Agov 2010; Park 2006.

⁴⁵⁸ Campi 2020; Lee 2023.

⁴⁵⁹ Zhao 2006; Akaha 2006.

nischen Spannungen. Yoon Suk-yeol (seit 2022) kehrte hingegen zum konservativen Ansatz zurück, bei dem die vollständige und überprüfbare Denuklearisierung Nordkoreas Grundlage für die Verbesserung der interkoreanischen Beziehungen ist. Dies bedingt sinnvolle Schritte von Seiten Nordkoreas, bevor sich Südkorea wieder bei Fragen wie Wirtschaftshilfe, Aufhebung der Sanktionen und Friedensabkommen engagieren kann.

Die **USA** fordern die Denuklearisierung und das Aussetzen der Langstreckenraketen, Japan sieht sich vor allem durch die Kurzstreckenraketen bedroht. China möchte seinen eigenen Einfluss auf der koreanischen Halbinsel sowie Nordkorea als Pufferregion zu Südkorea aufrechterhalten. Die Auffassung von Seiten Nordkoreas und der USA, was der Begriff „vollständige, überprüfbare und unumkehrbare Denuklearisierung“ bedeutet, ist unterschiedlich. Nordkorea verlangt die Aufhebung des US-Atomschutzschirms über Südkorea im Rahmen eines gegenseitigen, schrittweisen Vorgehens. Die USA erwarten eine rasche Entnuklearisierung Nordkoreas.

Für **Russland** wurde die koreanische Halbinsel aufgrund wirtschaftlicher Interessen und der geographischen Nähe zu einer entscheidenden geopolitischen, geoökonomischen und geostrategischen Region. Sie ist für die Stabilität Russlands und sein regionales Engagement zentral. Wirkfaktoren für die Ostasienstrategie Russlands sind die Änderungen des globalen Umfeldes und die historische Entwicklung.⁴⁶⁰ Russlands Ziel ist es, ein entscheidender politischer und wirtschaftlicher Akteur in der Region und in regionalen Organisationen in Ost- und Südostasien zu bleiben. Dies hängt auch von Russlands Beitrag in Initiativen für einen koreanischen Friedensprozess ab.⁴⁶¹

Die **Mongolei** könnte für einen interkoreanischen Friedensprozess nützlich sein, basierend auf den in den vergangenen Jahren zunehmenden diplomatischen Kontakten, Gemeinsamkeiten aus der kommunistischen Ära und dem nicht bedrohlichen Status der Mongolei für Nordkorea. Sie streb-

⁴⁶⁰ Upadhyay 2020.

⁴⁶¹ Rozman 2007a; Kim 2006; Rozman 2008b; Zhebin 2006.

te nach einer wichtigen Rolle als Konfliktlöser und präsentierte sich als Vorbild für Reformen.⁴⁶²

Der Ansatz **Indiens** gegenüber der koreanischen Halbinsel verbindet eine verstärkte Partnerschaft mit Südkorea und anhaltende diplomatische Beziehungen zu Nordkorea. Die strategischen, wirtschaftlichen, diplomatischen und kulturellen Beziehungen zu Südkorea stützen sich auf den Bilateralismus und könnten mit einer regionalen Perspektive aufgewertet werden.⁴⁶³

5.2 SOUVERÄNITÄT & TERRITORIALE INTEGRITÄT

Souveränität bedeutet die Selbstbestimmung eines Staates. Sie definiert den Umgang mit internen und externen Angelegenheiten, beispielsweise durch Kooperation mit anderen Ländern. Dies inkludiert gegebenenfalls auch die freiwillige Einschränkung der eigenen Handlungsfreiheit durch daraus resultierende Verpflichtungen. Souveräne Länder können eigene Strategien entwickeln, spezifische Vorgangsweisen wählen und selbst Entscheidungen treffen. Die Souveränität ist allerdings nicht mit der Fähigkeit eines Staates gleichzusetzen, nach eigenem Ermessen handeln zu können. Ganz im Gegenteil sind die Staaten auf vielfältige Weise in ihrem eigenen Handeln eingeschränkt und von außen beeinflusst, vor allem durch die Auswirkungen der Handlungsweise der anderen Staaten.⁴⁶⁴

Die Souveränität weist eine **äußere und eine innere Dimension** auf. Nach außen gilt die Souveränität als die grundsätzliche Unabhängigkeit eines Staates von anderen. Beim äußeren Souveränitätsanspruch konkurrieren formell gleichwertige Staaten, wobei das Völkerrecht machtpolitische Grenzen setzt. Nach innen versteht man darunter die staatliche Selbstbestimmtheit hinsichtlich der eigenen staatlichen Gestaltung, basierend auf der Fähigkeit zur staatlichen Selbstorganisation.

⁴⁶² Campi 2020.

⁴⁶³ Panda/Guha Sarkar 2020.

⁴⁶⁴ Waltz 1979, 95f; Bush 2014.

Generell bezieht sich die Souveränität auf die rechtliche, die innerstaatliche, die westfälische und die wirtschaftliche Souveränität. Es handelt sich um ein Zusammenspiel von unterschiedlichen Faktoren, deren Beziehungen zueinander sowohl von Staaten als auch von anderen Akteuren fortlaufend verhandelt und neu definiert werden. Bedeutend ist das Verhältnis zwischen Autorität und Kontrolle. Die internationale rechtliche Souveränität beispielsweise involviert ebenso wie die westfälische Souveränität Fragen der Autorität und der Legitimität, jedoch nicht der Kontrolle. Die Souveränitätskonzepte werden immer wieder, mit oder ohne Ausübung von Druck, angefochten. Dies betrifft vor allem das Prinzip der Nichtintervention, das den Menschenrechten gegenübergestellt wird. Verträge und Übereinkommen sind im Gegensatz zu Druck oder Zwang mit der internationalen rechtlichen Souveränität kompatibel, wenn auch nicht unbedingt mit der innerstaatlichen Souveränität.⁴⁶⁵

Die internationale rechtliche Souveränität umfasst die gegenseitige Anerkennung, üblicherweise zwischen rechtlichen Einheiten mit formaler juristischer Unabhängigkeit. Der jeweilige internationale Status und die Anerkennung erleichtern den Zugang zu Ressourcen oder internationalen Vereinbarungen und damit den eigenen Machterhalt. Die westfälische Souveränität bezieht sich auf die Gleichberechtigung der Staaten und die politische Organisation, wobei externe Akteure von den Machtstrukturen innerhalb eines bestimmten Territoriums ausgeschlossen sind. Innenpolitisch stellt die Souveränität die formale politische Autorität und ihre Kontrollbefugnisse sicher. Die wirtschaftliche Souveränität beschreibt das Recht auf Kontrolle der wirtschaftlichen Aktivitäten innerhalb einer territorial definierten Einheit. Sie betrifft die Interdependenz und die staatliche Fähigkeit, den grenzüberschreitenden Austausch zu regulieren, etwa von Informationen, Gütern, Personen, Ideen oder Kapital.⁴⁶⁶

In ihrer ursprünglichen Formulierung war die Souveränität sowohl hinsichtlich ihres Grundprinzips als auch der praktischen Vorgangsweise statisch, monolithisch und nicht verhandelbar.⁴⁶⁷ Tatsächlich wird der Begriff Souveränität jedoch auf unterschiedliche Weise verwendet. Dies ist darauf

⁴⁶⁵ Krasner 1999, 4f.

⁴⁶⁶ Ebd.; Carlson 2008.

⁴⁶⁷ Erie 2004, 7f.

zurückzuführen, dass die Regeln und Normen jedes internationalen institutionellen Systems, das souveräne Staatensystem eingeschlossen, nur einen begrenzten Einfluss ausüben. Zudem bestehen inhärente logische Widersprüche, beispielsweise zwischen der Nichtintervention und der Förderung von Demokratie. Es fehlt eine institutionelle Ordnung für die maßgebliche Konfliktlösung, wie etwa die Definition eines internationalen Systems. Es gibt Machtasymmetrien zwischen den Hauptakteuren und unterschiedliche Anreize für individuelle Machthaber. Die Rechtfertigungen für die Anfechtung spezifischer Normen können sich im Laufe der Zeit verändern, doch die Herausforderungen werden bestehen bleiben.⁴⁶⁸

Die unterschiedlichen **Interpretationen** und Anfechtungen resultieren aus der Vielzahl an internationalen, staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, darunter beispielsweise aufstrebende Regionalmächte, internationale Organisationen, die Zivilgesellschaften sowie Minderheiten oder ethnische Separatisten, die Selbstbestimmung fordern. Neue Umstände und Bedingungen fordern das westfälische Konzept von Souveränität ebenso heraus. Dazu zählen erstens neue nichtstaatliche Akteure, etwa Terroristengruppen oder internationale Verbrecherbanden. Diese Herausforderung ist politisch und umfasst auch militärische Auseinandersetzungen. Die zweite Herausforderung ist die Überschreitung traditioneller Territorialgrenzen durch den (globalisierten) Wirtschaftsaustausch, wie etwa durch internationale Finanzinstitutionen oder steuervermeidende multilaterale Unternehmen. Die dritte Herausforderung ist soziokulturell. Ethnische und religiöse Gruppen sowie Sprachgruppen streben nach Selbstbestimmung und territorialer Trennung. Viertens vereinfachen neue Informationstechnologien, beispielsweise das Internet, den intellektuellen Austausch und unterlaufen damit etwaige staatliche Kontrollen des Informationsflusses. Die fünfte Herausforderung basiert auf den Standards.

5.3 MODERNITÄT & WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Für die Sicherheit Japans war seine Wirtschaftsmacht stets von zentraler Bedeutung. Diese traditionelle Perspektive auf die umfassende Sicherheit

⁴⁶⁸ Krasner 1999, 4.

und das geschaffene wirtschaftliche Machtportfolio ermöglicht Japan eine Rolle in der globalen Sicherheitspolitik.⁴⁶⁹ Denn die wirtschaftliche Sicherheit entwickelte sich rasch zu einer neuen Grenze des Machtwettbewerbs zwischen Japan und China. Dabei engagierte sich Japan aktiv im Aufbau einer neuen regionalen institutionellen Architektur in den Bereichen Handel und Finanzen.⁴⁷⁰

Japans Nachkriegsgeschichte wird häufig durch die verschiedenen Phasen des Wirtschaftswachstums definiert. Nach der Erholung von den Kriegszerstörungen bis 1954 folgte die erste Phase des Wirtschaftsaufschwungs von 1955 bis 1970 und, nach der Abfederung des drastischen Ölpreisanstiegs und Umweltreformen die zweite Phase des Wirtschaftswachstums bis 1980. Im darauffolgenden Jahrzehnt entwickelte sich Japan zur globalen Wirtschaftsmacht. Nach dem ökonomischen Zusammenbruch 1991 erlebte Japan eine lange Rezession, verbunden mit der Internationalisierung.⁴⁷¹

Fortschritt & Modernisierung

Die Einstellung zu Fortschritt und Modernisierung gilt als bedeutendes Element der politischen Kultur.⁴⁷² Zwischen Kultur und Fortschritt besteht ein komplexes Zusammenspiel von Ursache und Wirkung.⁴⁷³ Die Modernisierung ist jedoch nicht mit einer Verwestlichung gleichzusetzen.⁴⁷⁴ Sie ist ein fortlaufender, nicht linearer Prozess, der kohärente Veränderungen der traditionellen Werte, Institutionen und Verhaltensmuster mit sich bringt. Der Wandel findet mit unterschiedlicher Gewichtung gleichzeitig in den Bereichen Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Kultur statt. Der soziokulturelle Wandel ist pfadabhängig, daher ist die Geschichte von großer Bedeutung. Er kann einer Demokratisierung förderlich sein,⁴⁷⁵ wie Südkorea beispielhaft zeigt. Chinesische Historiker beispielsweise gehen von der Per-

⁴⁶⁹ Hughes 1999.

⁴⁷⁰ Siehe bspw. Solis 2021; Katada/Solis 2009.

⁴⁷¹ Hasegawa/Broadbent 2011; Chiavacci/Grano 2020, 12.

⁴⁷² Kim 2009; Moody 1994.

⁴⁷³ Kihl 2015, 40.

⁴⁷⁴ Siehe bspw. Zakaria 2008: zu Verwestlichung 69-73; zu Modernisierung 73-77; Huntington 1996, 78; Kihl 2015, 18f.

⁴⁷⁵ Tien 1988, 42; Inglehart/Welzel 2009; Kim 2001.

spektive multipler und alternativer Modernitäten aus.⁴⁷⁶ Während sich die Modernisierung im Westen über einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten erstreckte, wurde sie in Japan auf 150 Jahre komprimiert. In Japan waren Modernisierung und Industrialisierung eng mit dem Kolonialismus, der Globalisierung, dem Demokratisierungsprozess, der Kompetenzentwicklung und der Resilienz des Landes verbunden. Dabei zeigte sich eine starke Interdependenz zwischen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung. Das Streben nach wirtschaftlicher und technologischer Autonomie ist der strategischen Kultur Japans inhärent. Die Öffnung Japans Mitte des 19. Jahrhunderts war eine strategische Entscheidung, um die langjährige Politik der Abgeschlossenheit zu beenden. Gleichzeitig mit der Modernisierung Japans, dem Import westlicher Technologien, der Übernahme westlicher politischer Ideen, der Vereinheitlichung und Bürokratisierung veränderte sich die geopolitische Umgebung.⁴⁷⁷

Stellenwert der Technologie in Japan

Die Technologie spielte in Japan für Fortschritt, Modernisierung, Wohlstand und nationale Sicherheit seit der Meiji-Reform eine große Rolle. Sie inkludiert drei Konstanten: das Streben nach Unabhängigkeit und Autonomie durch die Indigenisierung von Technologie, die Verbreitung des technischen Wissens im gesamten nationalen Wirtschaftsbereich und die Unternehmensförderung auf nationaler, regionaler, lokaler und sektoraler Ebene zur Verbreitung von Technologie. Das Streben nach Indigenisierung war im Verteidigungsbereich am stärksten und betraf etwa die Kontrolle über das technologische Wissen. Dieser „Technonationalismus“ resultierte aus der historischen Erfahrung der nationalen Verwundbarkeit. Diese technologische Ideologie ist fortdauernd, weil Japan ihren Wert stets erneuerte, insbesondere durch die Etablierung von entsprechenden wirtschaftlichen und politischen Institutionen zur Erhöhung der nationalen Sicherheit.⁴⁷⁸

⁴⁷⁶ Chang 2014, 148.

⁴⁷⁷ Woolley 2005; Kihl 2015, 3-35; Kihl 2015 39-61.

⁴⁷⁸ Lee I. 2018a; Samuels 1994.

Strategische Beziehung zwischen militärischer und ziviler Wirtschaft

Japan erreichte in zahlreichen Dual-use Bereichen, mit wesentlich geringeren Investitionen in die Militärwirtschaft als die USA, eine technologische Vorherrschaft. Die Nutzung von Dual-use Technologie ist in Japan eine jahrhundertealte Tradition. Bis 1945 flossen knappe Ressourcen, wie etwa Kapital oder Technologie, in erster Linie in die Rüstungsproduktion. Die Produkte kamen als Spin-off auch der Wirtschaft zugute. Die Demilitarisierung nach dem Zweiten Weltkrieg untersagte die Rüstungsproduktion bis zum Koreakrieg, in dessen Verlauf Japan die USA unterstützte. Ab 1955 verlagerte sich die Innovationskraft auf die kommerzielle Exportwirtschaft und diente in der Folge als Spin-on auch der Militärindustrie. Im Mittelpunkt standen Produkte für die Mehrfachverwendung und Prozesstechnologien. Auf der Grundlage des US-Sicherheitsbündnisses profitierte Japan vom Technologietransfer bzw. von Waffenlieferungen aus den USA. Zugleich behielt Japan eine kleine, flexible und diversifizierte eigene Rüstungsindustrie. Dies zeigt, dass die institutionelle Entwicklung von Wirtschaftsbereichen, insbesondere in Bezug auf Innovation und Wachstum, vom strategischen Verständnis für Technologie und ihrer ideologischen Rolle abhängt. Japan unterstützte die Technologie auf zwei Arten. Es förderte den technologischen Austausch zwischen ziviler und militärischer Anwendung. Hinzu kam die Einbettung der militärischen Produktion in die kommerzielle Wirtschaft. Dabei sind Spin-on Produkte, etwa Verbundwerkstoffe oder optoelektronische Materialien, leichter zu identifizieren als Spin-on Prozesse.⁴⁷⁹

Globaler Kontext

Der dynamische globale Kontext und die internationale Arbeitsteilung sind für die Entwicklung eines Landes, die grundsätzlich über eine rein lokale Transformation hinausgeht, entscheidende Wirkfaktoren.⁴⁸⁰ In Ostasien spiegelt sich die **Geopolitik** in den vier großen Entwicklungsphasen wider. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts dominierte das chinesische Tributsystem im Rahmen des Sinozentrismus. Im Zuge der Opiumkriege in der zweiten

⁴⁷⁹ Samuels 1994.

⁴⁸⁰ Shan/Zheng 2018; Oh/Jun 2016; Gilpin 1987, 24.

Hälfte des 19. Jahrhunderts brachten die Kolonialmächte das Nationalstaatskonzept, moderne Institutionen und die Globalisierung nach Asien. Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und dem Zerfall des Kolonialsystems wurden die Nationalstaaten zu den Hauptakteuren. Nach dem Ende des Kalten Krieges stiegen die USA zur Weltmacht sowie China und Russland zu Großmächten auf.

Geoökonomie

Die Globalisierung kann als kausale Überzeugung betrachtet werden. Sie ist mit der Vermarktlichung verbunden, in deren Rahmen multinationale Unternehmen an der Geoökonomie eines weltweiten Produktions- und Vertriebssystems teilnehmen.⁴⁸¹ Der globale Kontext betrifft die Auswirkungen der Weltmarktwirtschaft auf die zwischenstaatlichen Beziehungen sowie die Art und Weise, in der die Staaten Marktkräfte zu ihrem eigenen Vorteil zu beeinflussen versuchen. In das Verhältnis zwischen Staat und Markt sind drei eng miteinander verbundene Themen eingebettet. Erstens der wechselseitige Einfluss der Interdependenz der Märkte und der internationalen Politik, insbesondere das Vorhandensein oder Fehlen einer politischen Führung. Zweitens die Korrelation zwischen wirtschaftlichem und politischem Wandel. Sie führt zu einem intensiven Wettbewerb zwischen den Staaten um den globalen Standort wirtschaftlicher Aktivitäten. Drittens die Auswirkungen des Weltmarkts auf die wirtschaftliche Entwicklung und das daraus resultierende staatliche Streben zur Kontrolle oder zumindest Beeinflussung der Regeln der internationalen politischen Ökonomie.⁴⁸²

Die Geoökonomie veranschaulicht die strategische Interaktion zwischen staatlichen Einrichtungen und unterschiedlichen Wirtschaftssektoren zur Stärkung der staatlichen Machtposition im internationalen System.⁴⁸³ Chinas Aufstieg lenkte die Aufmerksamkeit politischer Entscheidungsträger und der Wissenschaft auf die wirtschaftliche Staatskunst. Im Mittelpunkt stand dabei zum einen vor allem das Ausmaß der Ausnutzung wirtschaftlicher Asymmetrien für politische Zwecke und zum anderen das Ausmaß des Abschlusses internationaler Übereinkommen, die Nicht-Mitglieder be-

⁴⁸¹ Kihl 2015, 23.

⁴⁸² Gilpin 1987, 24.

⁴⁸³ Csurgai 2022; Gilpin 1987, 116f.

nachteiligen. Diese zwei Aspekte verschärfen die internationalen Spannungen.⁴⁸⁴

Die Globalisierung beeinflusst nicht nur die Beziehung zwischen dem Staat und den transnationalen Akteuren, sondern insbesondere zwischen dem Staat und den einheimischen Akteuren.⁴⁸⁵ Der globale Geldfluss nach Südkorea und Japan belegt beispielhaft die wirtschaftliche Vernetzung und die Veränderungen in den internationalen Beziehungen, die Zunahme des Währungshandels gegenüber dem Waren- und Dienstleistungshandel sowie den Fortschritt in der entsprechenden Informationstechnologie. Als Wendepunkte gelten die Jahre 1991, 1997, 2008 und 2013. Japan beispielsweise profitierte bis 1991 von hohen ausländischen Investitionen, Südkorea bis 1997. Danach verlagerten sich die Geldströme in die USA. Von 2008 bis 2013 verteilten sich die Gelder in erster Linie auf die Schwellenländer und flossen danach wieder in die USA.⁴⁸⁶

Japans Modell des Entwicklungsstaates

Der Entwicklungsstaat fungierte im ostasiatischen Raum als Erfolgsmodell für rasches Wachstum und globalen Aufstieg. Dabei schufen soziale und politische Institutionen, darunter der Staat, auf nachhaltige Weise einen komparativen Vorteil, indem sie die internationale Spezialisierung prägten. Der komparative Vorteil ist ein Produkt der staatlichen Politik und der relativen Effizienz. Neben höheren Wirtschaftsprofiten galt die Zielsetzung ebenso der mehrdimensionalen Wertschöpfung, insbesondere der Transformation der mit der Entwicklung verbundenen sozialen und beruflichen Strukturen. Die Voraussetzungen waren eine durchsetzungsstarke politische Führung und internationale Kooperation, im Falle Japans insbesondere mit den USA.⁴⁸⁷ Im Mittelpunkt stand jedoch nicht nur das Wachstum, sondern das „geteilte Wachstum“ mit Vorteilen für alle Bevölkerungsgruppen. Die zunehmende Kaufkraft und der allgemeine Wohlstand erweiterten

⁴⁸⁴ Skalmes 2022.

⁴⁸⁵ Lie 2016; Hsiao 2019; Chiavacci/Grano 2020, 12; Tien 1988, 42; Shan/Zheng 2018.

⁴⁸⁶ Inoguchi 2015a.

⁴⁸⁷ Seth 2016; White/Wade 1988, 1; Gilpin 1987.

die Mittelschicht und stärkten Stabilität und Mobilität. Die Mittelschicht wurde urbaner, kosmopolitischer, selbstbewusster und politisch aktiver.⁴⁸⁸

Der Erfolg eines Entwicklungsstaates hängt von der integralen Macht ab, die auf der Zustimmung der Bevölkerung beruht, sowie dem Recht für Eingriffe in die Wirtschaft. Die Struktur muss entwicklungsfähig sein, also etwa eine stabile zentralisierte Regierung, eine kohärente Bürokratie und wirksame Zwangsinstitutionen umfassen.⁴⁸⁹ Ein wesentlicher Wirkfaktor waren Charakter und Zeitpunkt der **Industrialisierung**. Die Industrialisierung Japans begann später und in einer größeren geographischen, kulturellen und intellektuellen Isolation als die westlichen Länder. Japan war sozial homogener als andere Frühindustrieländer und die politische Koalition nach der Meiji-Restauration gewann rasch an Geschlossenheit. Japan entwickelte wegen der internationalen Verwundbarkeit eine staatszentrierte Verfassung, ein relativ schwaches Parlament und ein stark eingeschränktes Wahlsystem. Weder drängten eine soziale Heterogenität noch starke demokratische Tendenzen auf eine Begrenzung der staatlichen Macht. Die Wirtschaftsmacht war in ähnlicher Weise in einer kleinen Anzahl von Großkonzernen und einem zentralisierten Bankensystem konzentriert. Es herrschte eine nationale Ideologie, die Hierarchie und Kollektivität bevorzugte und durch ein zentralisiertes Bildungssystem, kulturelle Isolation und Manipulation der Eliten gefördert wurde.⁴⁹⁰

Die wirtschaftliche Dynamik kann das Muster der politischen Entwicklung auf verschiedene Weise beeinflussen. Modernisierungstheoretiker gehen davon aus, dass der wirtschaftliche Entwicklungsgrad eng mit dem Stand der politischen Entwicklung korreliert.⁴⁹¹ Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher und politischer Modernisierung beruht auf dem soziökonomischen System, das zur Demokratisierung beitrug, insbesondere die Wirtschaftsentwicklung, die Mittelklasse und das Bildungswesen.⁴⁹² Von

⁴⁸⁸ Hsiao 2019; Chiavacci/Grano 2020; Lipset 1960, 45-76; Metzler 2017; Hsiao 2014.

⁴⁸⁹ Han 2014, 79.

⁴⁹⁰ Pempel 2018.

⁴⁹¹ Han 2014, 16; Moon/Kim 2000; Chung 1999; Kim 2001; Gilpin 1987, 24; Johnson 1999; Woo-Cumings 1999.

⁴⁹² Bark 2001; Brazinsky 2016.

Bedeutung ist auch der Zusammenhang zwischen autoritärer Führung und Wirtschaftswachstum im Rahmen des Entwicklungsstaatsmodells.⁴⁹³

Eingebettete Autonomie

Von besonderer Bedeutung sind die Art und Weise der staatlichen Eingriffe und ihre Effekte. Evans definierte zu diesem Zweck den Begriff der „eingebetteten Autonomie“.⁴⁹⁴ Die übliche Zuschreibung von Adjektiven wie dirigistisch, liberal oder interventionistisch für den staatlichen Einfluss bezieht sich hingegen auf die Abweichung von der idealtypischen Norm. Im Gegensatz zu einem „räuberischen“ Staat handelt der Entwicklungsstaat nicht auf Kosten der Gesellschaft, sondern ermöglicht vielmehr den Fortschritt auf der Basis einer dezentralen privaten Umsetzung. Entwicklungsstaaten agieren als kohärente Akteure mit einer langfristigen Perspektive, stellen öffentliche Güter zur Verfügung und orientieren sich an Projekten, die über die Erfüllung der unmittelbaren Anforderungen der entscheidungsstärksten Wählerschaft hinausgehen. Die Entwicklung hängt aber nicht nur von der politischen Führung, sondern auch von strukturellen Charakteristiken ab, insbesondere der internen Organisation und der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft.

Die **interne Organisation** eines Entwicklungsstaates basiert auf der Leistungsorientierung und der Meritokratie. Diese traditionellen konfuzianischen Werte bewirken Engagement, eine gemeinsame Perspektive, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und verleihen dadurch eine Art von Autonomie. Über institutionalisierte Kanäle erfolgt zwischen Staat und Gesellschaft die ständige Aus- und Neuverhandlung von Zielen und Politiken. Auf diese Weise wird die unternehmerische Autonomie sozial eingebettet, vernetzt und bildet eine grundlegende strukturelle Basis für die Entwicklung. Die Einbettung der Autonomie, nicht die Autonomie alleine, verleiht dem Entwicklungsstaat seine Wirksamkeit. Durch die Einbettung können Informationsquellen und Umsetzungsmechanismen genutzt werden, welche die staatliche Kompetenz stärken.

⁴⁹³ Chung 1999.

⁴⁹⁴ Evans 1995.

Japans vertikal integratives Modell ging von einem stark zentralisierten und integrierten Prozess der Interessenvermittlung aus. Es ähnelte in vielen Charakteristiken dem Modell des Korporationskapitalismus. Im vertikal integrativen Modell dominierte jedoch die Zentralbürokratie in enger Kooperation mit der LDP und dem Wirtschaftssektor die Politik, im Korporationskapitalismus lenkten hingegen Politik und Wirtschaft die Bürokratie. Die Rolle der Wirtschaft war im vertikal integrativen Modell schwächer. Sein Paradigma war ein dirigistischer Entwicklungsstaat. Hinzu kam ein horizontal fragmentiertes System von Machtzentren, in dem die Regierungspartei und die Ministerialbürokratie miteinander konkurrierten. Im Rahmen der dezentralisierten Steuerung waren Regierung und Bürokratie zur Durchsetzung von Entscheidungen auf Verbündete unter den politischen Parteien und Interessensgruppen angewiesen. Themenorientierte Verhandlungen und vielfältige Interessenskoalitionen bestimmten den politischen Prozess mehr als dirigistische Entwicklungsstrategien.⁴⁹⁵

Ein wesentlicher Bestandteil des japanischen Entwicklungsstaates waren die Firmenkonglomerate, ähnlich der Chaebols in Südkorea. Im Gegensatz zu den Zaibatsu, den japanischen Firmenkonglomeraten der Vorkriegszeit, hatten die Keiretsu der Nachkriegszeit keine Eigentümerfamilien oder Holdinggesellschaften. Keiretsu kontrollierten Institutionen, etwa Mitgliedsunternehmen oder Großbanken. Sie agierten je nach Marktposition vertikal innerhalb des Marktes, etwa zur Bildung einer Produktlieferkette, oder horizontal zwischen den Märkten.⁴⁹⁶

Produktivistischer Wohlfahrtskapitalismus

Charakteristischer Bestandteil des japanischen Entwicklungsmodells ist ein produktivistischer Wohlfahrtskapitalismus, in dem das relativ schwache Sozialsystem dem wirtschaftlichen Fortschritt untergeordnet ist. Die soziale Inklusion erfolgt auf der Basis des individuellen Beitrags zum nationalen Wachstum und dem daraus entstehenden gemeinsamen Nutzen und nicht durch Umverteilung zwischen den sozialen Klassen. Die Unterstützung gilt der wirtschaftlichen Stabilität von Unternehmen, der Produktion und den Arbeitsplätzen, jedoch weniger Einzelpersonen. Mit einem entwicklungspo-

⁴⁹⁵ Muramatsu/Krauss 2018; Derichs/Lukner 2013.

⁴⁹⁶ Oh/Jun 2016.

litisch-universalistischen und zugleich einem korporatistischen Zugang fördert Japan daher das Wirtschaftswachstum, die Produktivität und die industrielle Entwicklung als grundlegende Ziele strategisch. Die ostasiatischen Wohlfahrtssysteme kennzeichnen generell relativ geringe staatliche Sozialausgaben, niedrige Deckungsraten bei den Pensionen, eine hohe individuelle Wohlfahrtsbelastung sowie eine große familiäre Verantwortung für das Wohlergehen der Familie.⁴⁹⁷

Der Konfuzianismus gilt als bedeutender, aber variabler Wirkfaktor für den produktivistischen Wohlfahrtskapitalismus und wird von der politischen Ideologie überlagert. Prägend für die Ausgestaltung des Wohlfahrtssystems waren die traditionellen kulturellen Werte, insbesondere der familiäre Zusammenhalt und eine strikte Disziplin, die auch von neoliberalen Politikern betont werden. Die daraus resultierende, weiterhin pfadabhängige Sozialpolitik spiegelt daher die ideologischen Präferenzen wider.⁴⁹⁸

Soziale Bewegungen verbesserten den japanischen Wohlfahrtsstaat wesentlich. Beispielhaft ist der Aktivismus für die Obdachlosenhilfe. Er nahm lokale Formen an und führte zur Erhöhung der Sozialleistungen. In den späten 2000er Jahren wurde die Obdachlosigkeit als nationales Problem definiert. Allerdings rief die umfassende Einbeziehung der Obdachlosen und Armen eine erneute Marginalisierung hervor. Neoliberale und neokonservative Politiker betrieben eine Politik der Armutsbekämpfung, um die früheren Erfolge der zivilgesellschaftlichen Bewegungen rückgängig zu machen. Damit minderten sie paradoxerweise die Macht des Aktivismus für Obdachlose bei der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates.⁴⁹⁹

Abenomics: Wirtschaftspolitik unter Shinzo Abe

Das ursprüngliche Modell des Entwicklungsstaates veränderte sich in Japan, Südkorea und Taiwan in ähnlicher Weise. Die sozioökonomischen Wendepunkte für die Wirtschaftsentwicklung waren die asiatische Finanz-

⁴⁹⁷ Pirie 2016; Holliday 2000; Hill/Hwang 2005; Walker/Wong 2005; Ahn/Lee 2005; Chang 2019; Doucette 2016; Seth 2016, 641; Kono 2005; Moon 2014.

⁴⁹⁸ Kono 2005; Holliday 2000; Hill/Hwang 2005; Walker/Wong 2005; Lin 2011; Ahn/Lee 2005.

⁴⁹⁹ Hayashi 2020.

krise 1997 und die Finanzkrise 2008 mit besonders harten Auswirkungen auf die Exportindustrie. Die Folgen waren Deindustrialisierung und Umstrukturierungen. Das Modell des Entwicklungsstaates wurde nicht nur durch das langsamere Wachstum untergraben, sondern insbesondere durch den gleichzeitigen Diversifizierungsprozess und die Entstehung von neuen sozialen Unsicherheiten. Die Reallöhne stagnierten und die Einkommensungleichheiten nahmen zu. Es kam zu einer Neukonfiguration der Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft.⁵⁰⁰

Shinzo Abe fokussierte sich in seiner zweiten Amtszeit ab 2012 konsequent auf die Verbesserung und Aufrechterhaltung der globalen Wirtschaftsordnung, insbesondere mittels Handelspolitik und Standardsetzung.⁵⁰¹ Er verband die als Abenomics bezeichnete Wirtschaftspolitik mit der Abegeopolitik, einem Plan der transformativen Diplomatie in Richtung Multilateralismus in Ostasien.⁵⁰²

Die **nationale Zielsetzung** war die Wiederbelebung der Binnenkonjunktur mit der Beendigung der Sparpolitik. Sie war die Antwort auf die größten Herausforderungen Deflation, Verschuldung und Demographie in Folge des Platzens der Blasenökonomie Ende der 1980er Jahre. Seine dreigleisige Wirtschaftsstrategie umfasste eine aggressive geldpolitische Lockerung, eine flexible Fiskalpolitik zur Stärkung des Wachstums bei gleichzeitiger Eindämmung der Verschuldung sowie die Deregulierung und andere strukturelle Reformen. Als Strategie sinnvoll, scheiterte Abenomics jedoch weitgehend an der Umsetzung, vor allem durch das schwache Wirtschaftswachstum und strukturelle Ineffizienzen.⁵⁰³

In der **internationalen Wirtschaft** konnte Shinzo Abe, nach dem Ablegen der zuvor eher passiven Haltung Japans, größere Erfolge als in der nationalen Ökonomie aufweisen. Dazu zählte etwa die Fortführung des Handelsabkommens der Transpazifischen Partnerschaft (Trans-Pacific Partnership, TPP) nach dem Austritt der USA mit dem Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership (CPTPP) 2018. Die Standardset-

⁵⁰⁰ Chiavacci/Grano 2020.

⁵⁰¹ Inoguchi 2015b.

⁵⁰² Shinoda 2013; Goodman 2022; Pyle 2022; Wilkins 2014b; Smith 2003.

⁵⁰³ Harada 2015; Green 2001; Goodman 2022; Inoguchi 2015b; Nakakita 2020.

zung prägte Abe beispielsweise 2015 durch die neue, international unterstützte Partnerschaft für Qualitätsinfrastruktur mit hohen Standards für Arbeit, Schulden tragfähigkeit und Umwelt für Infrastrukturprojekte.⁵⁰⁴ Er bemühte sich zudem ab 2019 um eine globale Regelsetzung für den wirtschaftlichen Datenfluss.⁵⁰⁵ Analog zur Umgestaltung seiner normativen Agenda aufgrund des externen und internen Wandels ordnete Japan auch sein regionales Wirtschaftsprogramm neu. Ab den 1990er Jahren verschob sich die regionale geökonomische Strategie vom Neomerkantilismus mit der Förderung der nationalen Industrie zu einer liberaleren Strategie, die darauf abzielt, Regeln festzulegen und Institutionen für das öffentliche Wohl der Region zu schaffen. Japan unterstützte zunehmend die neoliberalen Praktiken der USA, um den Wettbewerb mit China für sich zu entscheiden.⁵⁰⁶

6) KRISENMANAGEMENT JAPANS

Mehrfachkatastrophen in Japan

Japans Fähigkeiten zum Krisenmanagement wurden in den letzten Jahren mehrfach auf die Probe gestellt, insbesondere durch die Dreifachkatastrophe durch ein Erdbeben, eine Flutwelle und einen Reaktorgau am 11.03.2011.⁵⁰⁷ 1995 zerstörte ein Erdbeben Teile der Großstadt Kobe. Der Naturkatastrophe folgte zwei Monate später eine absichtlich von Menschen verursachte Katastrophe durch einen Giftgasanschlag in der U-Bahn von Tokio. Krisen gelten als Katalysatoren für Innovationen und Reformen, etwa in Bezug auf politische Inhalte und Institutionen. Zugleich ist Japan seit langem für seine starke staatsorientierte Tradition bekannt. Einige Aspekte im Bereich des Krisenmanagements stoßen trotz bemerkenswerter Reformen und Verbesserungen weiterhin auf Kritik. Nach der Nuklearkatastrophe in Fukushima unterstrich die Atomenergiewissenschafts-Gesellschaft Japans in

⁵⁰⁴ Kameda 2015.

⁵⁰⁵ Goodman 2022.

⁵⁰⁶ Green 2022, 147.

⁵⁰⁷ AESJ 2015; Derichs/Lukner 2013; Sakaki/Lukner 2013; Pilling 2014.

ihrem Abschlussbericht insbesondere die Notwendigkeit der kontinuierlichen Verbesserung und der Berücksichtigung externer Ereignisse.⁵⁰⁸

Krisen stellen Regierungen, Organisationen und Gemeinschaften vor außergewöhnliche Herausforderungen an ihre Arbeitsweise, Kompetenz, Reaktionsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit. Sie bedeuten eine ernsthafte Bedrohung der Grundstrukturen, darunter etwa die Störung der routinemäßigen Entscheidungsfindung, oder der grundlegenden Werte und Normen eines Systems, die unter Zeitdruck und höchst unsicheren Umständen, etwa unzureichende Informationen, lebenswichtige Entscheidungen erfordert. Krisen können entweder als natürlich oder, absichtlich oder unbeabsichtigt, vom Menschen verursacht eingestuft werden. Der Begriff Krisenmanagement bezieht sich auf die organisatorische und politische Reaktion in der kritischsten Phase nach einem Krisenausbruch. Das Krisenmanagement geht über die unmittelbare Reaktion hinaus und inkludiert auch das vorherige Risikomanagement und die Handhabung und Reflexion danach.⁵⁰⁹

Die vier Phasen des Krisenmanagementzyklus umfassen die Prävention und Schadensbegrenzung, die Vorbereitung, die Reaktion sowie die Erholung und das Lernen. Die Prävention beinhaltet etwa eine Risikomanagementstrategie und die Verringerung von Schwachstellen. Die Herausforderung liegt in der Berücksichtigung der kontinuierlichen Entwicklung, der Klärung der akteursspezifischen Zuständigkeiten sowie in der Entwicklung von Plänen und Ressourcen für den Notfall, etwa Evakuierungsverfahren. Die Reaktionsphase nach einem Krisenausbruch inkludiert die Lagebewertung, die Festlegung von Prioritäten, das Abwägen von Kompromissen und die Koordination der Reaktion zur Schadensminimierung. Dies erfordert eine entschlossene Führung mit rascher Entscheidungsfindung. In der Regenerationsphase ist es wichtig, ein Gefühl der Normalität wiederherzustellen, die Verantwortung und Rechenschaftspflicht zu klären und Lehren zu ziehen.⁵¹⁰

⁵⁰⁸ AESJ 2015, 62.

⁵⁰⁹ Boin 2017, 3f; Sakaki/Lukner 2013, 156f; Mullins/Nakano 2016.

⁵¹⁰ Tanifuji 2000; Haddow/Bullock/Coppola 2021.

Da die Mehrfachkatastrophen von 1995 und 2011 zu schweren Regierungskrisen führten, folgten rasch offizielle politische Reaktionen von oben nach unten. Die Zentralregierung bemühte sich mit politischen Änderungen und Druck zur raschen Verabschiedung von Gesetzen um die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung und Kontrolle. Innerhalb weniger Jahre gelang der LDP nach beiden Katastrophen ein politisches Comeback mit der erneuten Betonung ihrer neonationalistischen Agenda und dem Streben nach der Wiederherstellung der staatlichen Autorität durch patriotische Erziehung und Projekte zur Verfassungsrevision. Die starke Resonanz der Zivilgesellschaft auf die Katastrophen zeigte, dass der Staat bei der Krisenbewältigung und der Neudefinition der Normalität in der Zeit nach der Katastrophe keine Monopolstellung hatte. Einerseits agierte der Staat selbst inmitten der Krisen träge. Andererseits wurden die Bevölkerung und die gemeinnützigen Organisationen tätig, zögerten jedoch, ihre Aktivitäten und Rollen als politisch zu bezeichnen. Das bemerkenswerte freiwillige soziale Engagement nach der Katastrophe von 2011 erfolgte im Kontext der Lehren von 1995.⁵¹¹

Historische Entwicklung des Krisenmanagements Japans

Auf der nationalen Ebene begann Japans Krisenmanagement in den 1980er Jahren. Die Lokalregierungen unternahmen seit den 1960er Jahren Maßnahmen gegen Naturkatastrophen wie Taifune und Erdbeben.⁵¹² Japan berücksichtigt in der Debatte den gesamten Krisenmanagementzyklus und als vorrangiges Thema die politische Führung und den Sektionalismus in der Bürokratie. Weitere wichtige Themen sind die Notwendigkeit einer Informations- und Kommunikationsstrategie, die flexible Einbindung von Freiwilligen und der Einsatz der Selbstverteidigungskräfte in nationalen und internationalen Krisen. Diskutiert werden weiters die Bedeutung von Beiträgen der Lokalverwaltungen sowie die Risiken einer verzögerten Entscheidungsfindung als Resultat des fluiden politischen Systems in Japan. Manche Themen wurden erfolgreich gehandhabt, etwa die Einbindung von

⁵¹¹ Mullins/Nakano 2016; Nakano 2016.

⁵¹² Nakabayashi 2009.

Freiwilligen. Andere Bereiche, insbesondere die politische Führung, sind weiterhin umstritten.⁵¹³

Die Konsensbildung ist in Japan wichtig, hemmt allerdings eine rasche, entschlossenen und zentralisierte Krisenkoordination. Denn traditionell wurden politische Initiativen von Ministerialbeamten in Absprache mit zuständigen Ämtern und Abteilungen in einem Bottom-up-Entscheidungsprozess entwickelt. Die Ministerien stehen in einem intensiven Wettbewerb und Rivalität zueinander, insbesondere durch die Loyalität aufgrund der lebenslangen Beschäftigungspolitik. Die Position des Premierministers wird hingegen als relativ schwach angesehen, da es ihm ohne zuvorigem Konsens an Entscheidungs- und Integrationskraft fehlt.⁵¹⁴ Das bürokratiezentrierte System der Politikgestaltung war bis in die 1980er Jahre vorteilhaft für die Förderung des Wirtschaftswachstums, zeigte in den Krisen jedoch Schwachstellen auf. Die Kritik gilt auch der Legitimität der nicht gewählten, jedoch einflussreichen Beamten.⁵¹⁵

7) LANDESVERTeidIGUNG JAPANS

Verteidigungspolitik der Nachkriegszeit

Entmilitarisierung Japans

Japans Gestaltung und Implementierung seiner Verteidigungspolitik war in der Nachkriegszeit von der neuen Friedensverfassung und der US-Verteidigungsallianz, die nach dem Ende der Besatzung 1952 in Kraft trat, geprägt.⁵¹⁶ Die begrenzten Streitkräfte Japans waren eine bewusste rationale Entscheidung.⁵¹⁷ Zwei Wochen nach Ende des Pazifikkrieges wurde Japan von den Alliierten besetzt. Alles stand unter der Kontrolle des Oberkommandos der Alliierten Mächte (Supreme Command of Allied Powers, SCAP) unter Douglas MacArthur. Das SCAP legte den Grundstein für das

⁵¹³ Sakaki/Lukner 2013.

⁵¹⁴ Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012.

⁵¹⁵ Sakaki/Lukner 2013.

⁵¹⁶ Tsuchiyama 2000.

⁵¹⁷ Stockwin 1988; Soeya 1998.

Nachkriegsjapan, geleitet von den politischen Grundprinzipien Entmilitarisierung und Demokratisierung. Der Einfluss des japanischen Kaisers auf den politischen Entscheidungsprozess wurde unterbunden. Die militärische Besatzung war vergleichsweise korrekt und mild, der Friedensvertrag war mit einer geringen Kriegsentschädigungszahlung an südostasiatische Länder extrem großzügig und enthielt keine Strafe.⁵¹⁸

Die Hauptaktivitäten des SCAP betrafen die Entwaffnung der japanischen Kriegsmaschinerie, die politische Säuberung, die Auflösung der japanischen Firmenkonglomerate in Familienhand (*Zaibatsu*), die Agrarreform und vor allem die Ausarbeitung und Verkündung der neuen Verfassung, die am 03.05.1947 in Kraft trat.⁵¹⁹ Deren wichtigste auferlegte Klauseln in Bezug auf die Verteidigungspolitik stehen in Artikel 9:⁵²⁰

(1) Aspiring sincerely to an international peace based on justice and order, the Japanese people forever renounce war as a sovereign right of the nation and the threat or use of force as means of settling international disputes.

(2) In order to accomplish the aim of the preceding paragraph, land, sea, and air forces, as well as other war potential, will never be maintained. The right of belligerency of the state will not be recognized.

Mit dem Kalten Krieg fokussierten sich die USA ab Anfang 1948 auf die Sowjetunion und den Kommunismus als vorrangige Bedrohung. Anlässlich der Verlegung der US-Besatzungssoldaten nach Korea veranlasste die SCAP Japan im August 1950 zur Gründung der Nationalen Polizeireserve. Diese wurde ein Jahr später als Nationale Sicherheitskräfte reorganisiert und schließlich 1954 als Selbstverteidigungskräfte organisiert. Die antimilitärische Kultur besteht seither fort, wird jedoch zunehmend diskutiert.⁵²¹

Der Friedensvertrag von San Francisco⁵²² und der Vertrag über die gegenseitige Sicherheit⁵²³ wurden im September 1951 abgeschlossen. Letzterer wurde nach einer Überarbeitung als Vertrag über gegenseitige Kooperation

⁵¹⁸ Bix 2005; Caprio/Sugita 2007; Lantis 2014.

⁵¹⁹ Prime Minister of Japan 2021c; Hook/McCormack 2001, 188; Tsuchiyama 2000.

⁵²⁰ Hook/McCormack 2001, 188.

⁵²¹ Tsuchiyama 2000; Renwick 1995.

⁵²² Hook/McCormack 2001.

⁵²³ U.S. State Department 1954.

und Sicherheit zwischen Japan und den Vereinigten Staaten⁵²⁴ 1960 implementiert. Der noch andauernde Koreakrieg wurde zum Katalysator für den Aufbau des US-Sicherheitssystems in Ostasien, in das Japan eingebettet war. Es war nicht nur eine Ableitung der US-Sicherheitspolitik in Ostasien, sondern auch Ergebnis des strategischen Kalküls Japans.⁵²⁵ Die japanische Strategie kombinierte Japans Wunsch nach einer US-Sicherheitsgarantie nach der Wiedererlangung seiner Souveränität als Gegenleistung für die Akzeptanz von US-Militärbasen in Japan. Diese dienten der Verteidigung Japans und dem Schutz der strategischen US-Interessen in Ostasien. Mit dem Abschluss eines Sicherheitsvertrags mit den USA erhoffte sich Japan die Unterstützung der USA für den Beitritt zu internationalen Institutionen, etwa den Vereinten Nationen und internationalen Wirtschaftsregimen, darunter die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) und der Internationale Währungsfonds (IWF).⁵²⁶

Eckpfeiler & Widersprüche der Verteidigungspolitik Japans

Der neunte Verfassungsartikel und das Sicherheitsabkommen mit den USA entwickelten sich zu den zwei tragenden Säulen der japanischen Außen- und Verteidigungspolitik. Die charakteristischen Merkmale sind eine minimale militärische Ausstattung für Japans Verteidigung, die militärische Abhängigkeit von den USA und die starke Betonung des Wirtschaftswachstums. Diese außenpolitische Orientierung wird, nach dem gleichnamigen Premierminister, als Yoshida-Doktrin bezeichnet.⁵²⁷

Zwischen Artikel 9 der Verfassung und Artikel 5 des US-Sicherheitsvertrags von 1960 besteht jedoch ein Widerspruch. Denn das Sicherheitsbündnis verpflichtet Japan zu kollektiven Militäraktionen zur Bekämpfung einer gemeinsamen Gefahr. Die Verfassung lehnt jedoch Gewaltandrohung und Gewaltanwendung zur Konfliktbeilegung ab. Japan

⁵²⁴ MOFA 1960.

⁵²⁵ Hook/McCormack 2001; Tsuchiyama 2000.

⁵²⁶ Tsuchiyama 2000.

⁵²⁷ Arase 2010, 36f; Tsuchiyama 2000.

wählte den pragmatischen Ansatz, ein Gleichgewicht zwischen beiden Verpflichtungen zu wahren. Japan sorgte sich vor einer Involvierung in einen US-Konflikt in Asien und vermied in den ersten Nachkriegsjahrzehnten gemeinsame militärische Maßnahmen mit den USA. Der unmittelbare Grund lag darin, dass zum Zeitpunkt des Abschlusses des Sicherheitsvertrags der Koreakrieg noch andauerte. Es gab zahlreiche Krisen und Konflikte in Asien, etwa zwischen den USA und China oder den Vietnamkrieg. Daher betonte Japan stets, dass es keine kollektive Selbstverteidigung ausüben würde. Es bestünde keine Verpflichtung, US-Territorien oder US-Streitkräfte außerhalb des japanischen Territoriums zu verteidigen oder die Selbstverteidigungskräfte ins Ausland zu entsenden. Zudem reklamierte Japan eine Klausel in den überarbeiteten Sicherheitsvertrag von 1960. Damit Japan nicht in regionale Konflikte involviert wird, bedarf es vorheriger Konsultationen und die Zustimmung Japans für die Stationierung oder den Abzug von US-Streitkräften. Die USA können weder einseitig US-Atomwaffen in Japan aufstellen noch von den US-Stützpunkten in Japan militärische Kampfhandlungen durchführen.⁵²⁸

Wandel des militärstrategischen Denkens

Während des Kalten Krieges betrachteten die japanischen Entscheidungsträger **innenpolitische Einflüsse** als wichtigstes Element der Militärpolitik. Das Konzept der Standardverteidigungskräfte sah eine minimale Militärorganisation vor, die bei Bedarf aufgestockt werden konnte, aber in Bezug auf die militärische Disposition, Stärke und Bereitschaft statisch blieb. Zur Festlegung der militärischen Prioritäten orientierte sich Japan am bilateralen US-Sicherheitsbündnis. Mit der neuen dynamischen Verteidigungshaltung galt wieder die Prämisse, dass Japans militärische Kapazitäten und Bereitschaft den militärischen Fähigkeiten der anderen angepasst sein müssen. Während das US-Bündnis weiterhin den Rahmen für die Überlegungen zur Landesverteidigung bildete, wandelte sich das japanische Denken über seine eigene Militärmacht, insbesondere das Streben nach mehr Selbstbestimmung und Unabhängigkeit.⁵²⁹

⁵²⁸ Tsuchiyama 2000.

⁵²⁹ Smith 2019.

Japans Sensibilität gegenüber **externen Bedrohungen** wuchs ebenso wie das Vertrauen in die Nützlichkeit des Militärs im Ausland. Militärpolitische Reformen wurden beschleunigt, wobei die japanischen Streitkräfte nicht die treibende Kraft waren. Die seit langem bestehenden Vorbehalte gegenüber der Rolle des Militärs bei der Politikgestaltung nahmen aufgrund des wachsenden Bedarfs an militärischem Fachwissen ab. Die sicherheitspolitischen Reformen umfassten Gesetzesanpassungen in Bezug auf die Selbstverteidigung, neue Einsatzregeln und Technologien sowie die Aufhebung des Wettbewerbsverbots für Verteidigungstechnologien. Die zunehmenden Auslandseinsätze akzeptierten die Selbstverteidigungskräfte trotz des fehlenden öffentlichen Konsenses.

Die militärische Verwundbarkeit Japans betraf weniger die Fähigkeiten des japanischen Militärs, sondern vielmehr die **Unklarheit über den Handlungsspielraum**. Aufgrund der großen Vorsicht der politischen Führung und der tief verwurzelten Ambivalenz in den organisatorischen Abläufen für die Anwendung militärischer Gewalt wollten Japans militärische Befehlshaber mehr Klarheit bei der Auslegung der Regierungspolitik.⁵³⁰ Die Neuinterpretation des Rechts auf kollektive Selbstverteidigung unter Shinzo Abe 2014 war umstritten. Allerdings war den Selbstverteidigungskräften die Gewaltanwendung bis 2015 selbst im eigenen peripheren Luftraum oder in den territorialen Gewässern trotz zunehmender Interaktion mit ausländischen Streitkräften untersagt. Als Reaktion auf den äußeren Druck nahm, im Gegensatz zur politischen Führung, die Bereitschaft des Militärs für eine Änderung des Artikel 9 der japanischen Verfassung zu.

Japans Streben, seine nationale Sicherheitspolitik an die veränderte strategische Umwelt anzupassen, wies zwei bedeutende **Wendepunkte** auf. Erstens die Notfallgesetzgebung in Randgebieten um Japan 1999 als Reaktion auf Nordkoreas Entwicklung von Atomwaffen und ballistischen Raketen.⁵³¹ Und zweitens die Gesetzgebung für Frieden und Sicherheit 2015, die in Erwartung eines Notfalls in der Peripherie und mit besonderem Blick auf Taiwan die teilweise Ausübung der kollektiven Selbstverteidigung erlaubte.

⁵³⁰ Smith 2019.

⁵³¹ Watanabe 2023; Arase 2010.

Abe Doktrin

Die Notfallgesetzgebung 1999 und die Friedens- und Sicherheitsgesetzgebung 2015 konzentrierten sich auf die US-Sicherheitskooperation. Der innenpolitische Konflikt entzündete sich am Ausmaß, in dem Japan das Recht auf die kollektive Selbstverteidigung wahrnehmen durfte. Die Notfallgesetzgebung klärte die Optionen Japans im Rahmen einer Kooperation mit den USA und hinsichtlich der verfassungsrechtlichen Auslegung, denn die Verfassung untersagte die Ausübung kollektiver Notwehr in Randgebieten. Diese Verfassungsinterpretation änderte Japan mit der Friedens- und Sicherheitsgesetzgebung 2015, genehmigte das Recht auf die teilweise kollektive Selbstverteidigung und erweiterte dadurch das Kooperationsausmaß mit den USA und die Optionen für die Notfallplanung. Im Zusammenhang mit diesem ideologischen Revisionismus wurde der Wechsel Japans von der bisherigen Yoshida Doktrin zu einer neuen Abe Doktrin, deren Konsequenzen und Widersprüche debattiert.⁵³²

Unter Shinzo Abe erlebte die Außen- und Sicherheitspolitik eine dynamische Weiterentwicklung. Der verbesserten Beziehung zu den USA steht die Verschlechterung der Beziehung zu Ostasien gegenüber. Die Widersprüche der Doktrin zeigen sich zwischen dem Streben nach universellen Werten und dem der Doktrin zugrundeliegendem Revisionismus. Mit Geschichtsrevisionismus⁵³³ möchte Japan das Nachkriegsregime beenden, doch der Fokus auf die Geschichte schafft Spannungen mit den USA und Ostasien. Einerseits strebt die Doktrin nach Autonomie durch die Abhängigkeit von den USA, was andererseits den Mangel Japans an souveräner Unabhängigkeit nur noch weiter verschlimmert.⁵³⁴ Die defensive Ausrichtung wurde beibehalten und der Einklang der Selbstverteidigungskräfte mit der Verfassung unterstrichen. Abe priorisierte die Beilegung der innenpolitischen Kontroversen gegenüber militärischen Verbesserungen. Schrittweise Veränderungen, die bereits weithin akzeptierte Ideen widerspiegelten, blieben die bevorzugte Form der politischen Reform.⁵³⁵ Die Gesetzgebung für Frieden und Sicherheit 2015 definierte neue Situationen für das Handlungs-

⁵³² Watanabe 2023; Hughes 2017; Hughes 2015.

⁵³³ Siehe bspw. Berger 2003.

⁵³⁴ Hughes 2015.

⁵³⁵ Smith 2019.

spektrum des Militärs. Dazu zählen, auf der Basis von Erfahrungen wie in Afghanistan 2021, auch Evakuierungen.⁵³⁶

Die Verfassungsdebatte spielte bei den strategischen Dokumenten 2022 eine geringere Rolle. Bedeutender waren die Positionierungen zum Recht der individuellen Verteidigung und der Entwicklung der Verteidigungskapazitäten, insbesondere der Gegenschlagsfähigkeiten. Rechtlich stützt sich die Begründung der Gegenschlagsfähigkeit auf eine Regierungserklärung von 1956 und auf Notwehr. Dementsprechend unterstrich die Nationale Verteidigungsstrategie 2022 die Verfassungsmäßigkeit, die Einhaltung des internationalen Rechts und die ausschließliche Selbstverteidigung als erfüllte Voraussetzungen.⁵³⁷

Gegenwärtige Verteidigungspolitik Japans

Zu den wesentlichen Akteuren der Verteidigungspolitik zählen das Verteidigungsministerium und die Selbstverteidigungskräfte. Sie erstellen Richtlinien und führen gemäß der verteidigungspolitischen Haltung Aufgaben aus, die der Nationale Sicherheitsrat als Teil des Kabinetts festlegt. Das Verteidigungsministerium und die Selbstverteidigungskräfte nutzen ein integriertes Betriebssystem für die Boden-, See- und Luftselbstverteidigungskräfte. Konzipiert wird ein System für bereichsübergreifende Operationen, einschließlich neuer Operationen wie Weltraum, Cyberraum und das elektromagnetische Spektrum.⁵³⁸ In Folge von Anpassungen der Richtlinien, Kapazitäten und Institutionen bewegt sich Japans Verteidigungs- und Sicherheitspolitik schrittweise, stetig und nichtlinear in eine pragmatische und proaktive Richtung. Die Zielsetzung ist, das Japan durch „passiven Realismus“ schrittweise ein „normales Land“ wird.⁵³⁹ Die militärische Verteidigungskapazität wird mit wirtschaftlicher Sicherheit und Diplomatie ergänzt.⁵⁴⁰

⁵³⁶ MOD Japan 2022d.

⁵³⁷ Watanabe 2023.

⁵³⁸ Ito 2020; Clark 2021; Satake 2022; Waidelich/Barrett 2021; MOD Japan 2022d.

⁵³⁹ Watanabe 2022; Oros 2010.

⁵⁴⁰ MOD Japan 2022d.

Die aktuelle Überarbeitung von drei strategischen Dokumenten als Erweiterung der bisherigen Verteidigungspolitik publizierte Japan mit der Nationalen Verteidigungsstrategie,⁵⁴¹ der nationalen Sicherheitsstrategie⁵⁴² und dem Militärischen Aufbauplan⁵⁴³ am 16.12.2022. Die ambitionierte neue **nationale Verteidigungsstrategie** stützt sich erstmals ernsthaft auf die Annahme, dass das Territorium Japans militärisch angegriffen werden könnte. Sie stellt unter Beibehalt der Rollenverteilung im Rahmen der Sicherheitsallianz mit den USA die Stärkung der eigenen Verteidigungskapazitäten in den Mittelpunkt. Zuerst möchte Japan zur Maximierung der effektiven Nutzung seiner derzeitigen Ausrüstung die Einsatzraten verbessern, ausreichend Munition und Treibstoff sichern und zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit Investitionen in Verteidigungsanlagen beschleunigen. Danach wird Japan seine Kernkapazitäten für künftige Operationen stärken.⁵⁴⁴

Im Dezember 2022 bestätigte Japan die Abkehr vom Paradigma der defensiven Landesverteidigung als Resultat der Revision der **Nationalen Sicherheitsstrategie**. Die politischen und rechtlichen Grundlagen wurden bereits unter Shinzo Abe gelegt. Dazu zählt die Etablierung eines nationalen Sicherheitsrates 2013 oder die Neuinterpretation der Verfassung 2016, die Japan unter gewissen Bedingungen die Ausweitung seiner kollektiven Selbstverteidigungskräfte erlaubt, insbesondere zur Koordinierung mit den US-Streitkräften. Japan debattierte zudem immer wieder den Aufbau einer eigenen nuklearen Abschreckung, etwa anlässlich des Ukraine-Krieges oder der regionalen Gefährdung durch Nordkorea und China. Diesem Ansinnen stellen sich insbesondere Südkorea und China entgegen.

Als zweiter Schritt erfolgt die materielle Transformation der neuen Verteidigungshaltung. Vorgesehen ist ein proaktiveres militärisches Engagement, eine stärkere Anpassung an internationale Standards und der Ausbau der bisher finanziell nicht nachhaltigen Verteidigungsindustrie, insbesondere durch die Lockerung der Exportvorschriften für Rüstungsgüter. Dies ermöglicht den Rüstungskonzernen künftig strategische Allianzen und wirt-

⁵⁴¹ MOD Japan 2022b.

⁵⁴² MOD Japan 2022a.

⁵⁴³ MOD Japan 2022c.

⁵⁴⁴ MOD Japan 2022b; Watanabe 2023.

schaftliche Renditen. Bisher verfügt Japan mit zwölf Ländern über Abkommen für Rüstungskomponenten oder Technologietransfers, darunter Australien und Indien. Da Japan die Position einer Führungsmacht im gesamten indopazifischen Raum anstrebt, spielen seine Wirtschaftskapazität und die Geoökonomie eine bedeutende Rolle. Seine Verteidigungsfähigkeit stärkte Japan vor allem mit Aufrüstung, einer Militärreform und der Ausweitung der Sicherheitspartnerschaften, etwa mit dem Verteidigungsabkommen mit Australien im Jänner 2022. Militärische Partnerschaften unterhält Japan zudem mit Indien, Philippinen, Vietnam und der NATO.⁵⁴⁵

Nationale Verteidigungsfähigkeit Japans

Insgesamt wurde die **strategische Umgebung** Japans komplexer und herausfordernder, insbesondere Nordkorea. China stärkte seine konventionellen und nuklearen Kapazitäten sowie jene in neuen Bereichen, etwa im Cyber- und Weltraum. Das Risiko einer Inbesitznahme von Taiwan durch China, das in der Perspektive Japans eine existenzielle Bedrohung darstellen könnte, wird in Japan immer öfter debattiert.⁵⁴⁶ Für Japan steht China, insbesondere seine zivil-militärische Kooperation und die zunehmende militärische Nutzung von Information, etwa mittels künstlicher Intelligenz. Sicherheitspolitisch ist der strategische Wettbewerb zwischen China und den USA und in der Folge die Gefährdung der globalen Ordnung bedeutend, wobei auch die USA die wirtschaftliche Sicherheit als Teil der nationalen Sicherheit definierten. In diesem Kontext macht sich Japan über die künftige Sicherheitsumgebung im indopazifischen Raum Gedanken. Ein zweiter Schwerpunkt ist die Abschreckung. Japan strebt nach der Schaffung einer eigenen nationalen Sicherheitsarchitektur und der Stärkung der US-Allianz. In die Verteidigung einbezogen werden auch entlegene japanische Inseln. Ein dritter Fokus liegt auf dem Weltraum, neuen Bereichen und neuen Technologien. Der vierte Schwerpunkt liegt mit Blick auf die erwünschte künftige Sicherheitsumgebung auf dem Konzept des freien und offenen Indopazifiks und entsprechenden vielschichtigen Partnerschaften. Der freie und offene Indopazifik (FOIP) zeichnet sich durch freie Seewege, offene

⁵⁴⁵ Farkas 2023a; MOD Japan 2022d.

⁵⁴⁶ Hatakeyama 2021; Akiyama 2023; Yuan 2010, 108; Satake 2023; MOD Japan 2022d; Izumikawa 2010; Anindya 2016; Suzuki 2023; Iwama 2022.

Märkte, die Herrschaft des internationalen Rechts sowie gemeinsame Regeln aus.⁵⁴⁷

Wesentliche **Wirkfaktoren**, insbesondere für Japans Haltung zu Nuklearwaffen, zum potenziellen Aufbau einer Nuklearwaffenindustrie und zum Atomwaffensperrvertrag, sind die Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit der erweiterten nuklearen Abschreckung durch die USA. Ein potenzieller Rückzug der USA aus Asien, die nukleare Aufrüstung Südkoreas oder ein Zurücklassen Japans im Falle einer sino-amerikanischen Annäherung könnten Japans Haltung verändern und zur Erwägung eigener Atomwaffen führen. Die strukturellen Faktoren stellen für Japan derzeit kein Motiv für eine Nuklearisierung dar, jedoch möglicherweise ein Scheitern des US-Bündnisses. Ein Atomwaffenbesitz Japans würde die regionale Sicherheitsdynamik, ihre Komplexität und die Risiken erhöhen und den Atomwaffensperrvertrag schwächen. Obwohl Japan in den vergangenen Jahren Studien über die Machbarkeit einer nuklearen Aufrüstung durchführte, hielt es bisher an den drei Prinzipien fest, keine Atomwaffen zu produzieren, zu verwenden oder zu auf japanischem Territorium zu stationieren.⁵⁴⁸

Japans Selbstverteidigungskräfte verfügen über 247.150 aktive Soldaten. Davon dienen 150.700 in der Armee, 45.300 bei der Marine, 46.950 als Luftstreitkräfte, 4.200 als zentrales Personal und 14.350 bei der Polizei und paramilitärischen Einheiten. Die Reserve umfasst 55.900 Soldaten.⁵⁴⁹

Japans **Verteidigungsausgaben** betragen 2021 53 Mrd. US-Dollar. Das entsprach 0,95 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Die Verteidigungsausgaben Chinas beliefen sich auf 324 Mrd. US-Dollar bzw. 1,2 % des BIP. Die USA widmeten 717 Mrd. US-Dollar bzw. 3,12 % des BIP der Verteidigung, Südkorea 65 Mrd. US-Dollar bzw. 2,57 % des BIP und Australien 30 Mrd. US-Dollar bzw. 2,05 % des BIP.⁵⁵⁰ Japan plant eine Verdoppelung seiner Verteidigungsausgaben innerhalb von fünf Jahren für quantitative und qualitative Verbesserungen. Seit 1976 galt eine informelle Richtlinie

⁵⁴⁷ MOD Japan 2022d.

⁵⁴⁸ Hatakeyama 2021; Akiyama 2023; Yuan 2010, 108; Satake 2023; MOD Japan 2022d; Izumikawa 2010; Anindya 2016; Suzuki 2023; Iwama 2022.

⁵⁴⁹ IISS 2022, 275f.

⁵⁵⁰ MOD Japan 2022d; MOD ROC 2021, 31.

von 1 % des BIP. Als Teil einer neuen umfassenden Verteidigungsstruktur, die auch nicht verteidigungsbezogene Investitionen in die nationale Sicherheit widerspiegelt, werden auch andere Ausgabenkategorien in die Gesamtberechnung einbezogen, etwa die Küstenwache, ausgewählte zivile Forschungsprojekte und öffentliche Infrastruktur. Die Finanzierung wird intensiv diskutiert und besteht vermutlich aus einer Kombination aus Steuererhöhungen, Kürzungen anderer Staatsausgaben und Schuldtiteln.⁵⁵¹

Die grundlegende Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten und die **strategische Streitkräftemodernisierung** richtet sich in erster Linie auf Abstandsverteidigungsfähigkeiten und Gegenschlagsfähigkeiten. Weitere Bereiche sind unbemannte Systeme, die integrierte Luft- und Raketenabwehr, Weltraum- und Cyberfähigkeiten, Mobilität und Auftrieb sowie eine umfassende Kategorie der Widerstandsfähigkeit, die etwa Munitionsvorräte, Bereitschaft oder Wartung umfasst. Zudem soll die verteidigungsindustrielle Basis gestärkt werden.⁵⁵²

Die Charakteristiken der japanischen **Verteidigungsindustrie** liegen in der Ausrichtung am spezifischen Bedarf des Verteidigungsministeriums und im jahrzehntelangen Exportverbot bis 2012. Daraus resultierte eine kleine Industrie mit hohen Produktionskosten. Zum Ausgleich der hohen Kosten war die Industrie eher damit beschäftigt, durch die Entwicklung von Technologien mit doppeltem Verwendungszweck die Produktanwendbarkeit für Verbraucher zu erhöhen, als mit spezifischen strategischen Anliegen. Die Lizenzvereinbarungen mit europäischen und US-amerikanischen Rüstungsherstellern dienten der Weiterentwicklung der japanischen Rüstungsindustrie. Das Hauptmotiv war weniger die direkte Rentabilität als vielmehr der staatliche Beschaffungsbedarf, die Maximierung der nationalen Autarkie und die indirekte Rentabilität, die sich aus der Anwendbarkeit des Dual-use Prinzips ergab.⁵⁵³

⁵⁵¹ MOD Japan 2022d; Watanabe 2023; Johnstone 2022.

⁵⁵² MOD Japan 2022b; MOD Japan 2022d; Johnstone 2022; Satake 2023.

⁵⁵³ Dian 2014; Renwick 1995.

Verteidigungsallianz Japans mit den USA

Das asymmetrische Verteidigungsbündnis mit den USA trug wesentlich zur Entwicklung der japanischen Sicherheitsstrategie bei. Die stete Vertiefung der Kooperation beruhte auf den langfristigen Sicherheitsherausforderungen und weniger auf temporären situativen Ereignissen.⁵⁵⁴ Dabei entwickelte sich Japan als wichtigster US-Bündnispartner außerhalb der NATO von einem zögernden militärischen Partner zu einem Befürworter der militärischen Bereitschaft.⁵⁵⁵ Japans militärische Stärke ist ebenso förderlich für das Bündnis wie die Weiterentwicklung der Kooperation.

Bislang verfügt die bilaterale Allianz weder über gemeinsame Planungs- noch über integrierte Kommandostrukturen. Die **Rollenverteilung** zwischen den Partnern sah bisher im Wesentlichen vor, dass Japan gegnerische Truppen bei einem Invasionsversuch identifiziert und sie militärisch abhält, während die USA offensive Fähigkeiten einsetzen. Japan nutzte lange seine Softpower und die USA ihre Hardpower. Softpower beruht auf Respekt und Bewunderung, jedoch zumeist auch auf beträchtlichen wirtschaftlichen Ressourcen.⁵⁵⁶ Bei einem Erwerb von Gegenschlagsfähigkeiten durch Japan verliert diese Aufgabenteilung an Klarheit und bedingt das Überdenken der Konsultations-, Entscheidungs- und Befehlsprozesse. Bedeutend sind etwa die strategische Absicht und die operativen Verantwortlichkeiten bei einem Gegenschlag.⁵⁵⁷

Richard Samuels beispielsweise unterteilte mit Blick auf die Komplexität des bilateralen Sicherheitsbündnisses die japanische Außenpolitik in vier **Fraktionen**. Die dominierende Fraktion, etwa unter Junichiro Koizumi und Shinzo Abe, waren die „normalen Nationalisten“. Sie versuchten offen, ein dem US-Bündnis ebenbürtiges modernes Militär in Ostasien aufzubauen. Eine zweite Gruppe waren die „Neo-Autonomisten“. Ihr Ziel bestand ebenfalls in einer größeren militärischen Stärke, jedoch mit einer glaubwürdigen, von den USA unabhängigen nuklearen Abschreckung. Dies

⁵⁵⁴ Siehe bspw. Watanabe 2023; Hook/Gilson/Hughes/Dobson 2012; Dian 2014; Oros 2010; Smith 2019; Ikenberry/Inoguchi 2003.

⁵⁵⁵ Smith 2019; O'Hanlon 2003; Kamiya 2003; Berger 1993.

⁵⁵⁶ Pinkston 2010; Meeks 2010; Nye 2011; Nakane/Otsuji/Armour 2015; Akaha 2010.

⁵⁵⁷ Ikenberry/Inoguchi 2003; Arase/Akaha 2010.

und die Abschaffung der US-Stützpunkte in Japan wären die Grundbedingungen für das Erlangen eines normalen Großmachtstatus. Eine dritte Fraktion von „internationalen Mittelmächten“ hoffte mittels Steigerung des Wohlstandes und Abbau der militärischen Stärke den internationalen Status Japans aufrechtzuerhalten. Die am wenigsten mächtige Gruppe waren die Pazifisten. Sie wollten das Konzept der defensiven Verteidigung ausweiten, Ostasien als atomwaffenfreien Region etablieren und ein regionales Raketenkontrollregime aushandeln.⁵⁵⁸

Chinas Perspektive auf die Allianz zwischen Japan und den USA wird davon geprägt, auf welche Weise sich die Entwicklungen auf wichtige Sicherheitsinteressen Chinas auswirken. Sie konzentrierte sich vor allem auf Umfang und Aufgaben des Bündnisses. Obwohl China die Rolle des Bündnisses bei der Eindämmung der japanischen Remilitarisierung anerkannte, sah es dieses zunehmend als Instrument zur Aufrechterhaltung der regionalen US-Hegemonie. Hinzu kam Chinas Befürchtung, dass die Allianz Japan die Entwicklung zu einem normalen Staat ermöglichte, einschließlich einer Verfassungsreform sowie die Stärkung der japanischen Selbstverteidigungskräfte und deren Entsendung ins Ausland. Ein politisch ehrgeiziges, militärisch durchsetzungsfähiges und wirtschaftlich starkes Japan stellt für China eine ernsthafte Herausforderung dar. Außerdem hegt China Bedenken, dass sich die Allianz in den Taiwan-Konflikt und damit im chinesischen Blickwinkel in die inneren Angelegenheiten Chinas einmischen könnte. Schließlich berücksichtigt China in seiner holistischen Sichtweise den breiteren Kontext der Allianz, insbesondere die Beziehungen zwischen China und den USA bzw. China und Japan.⁵⁵⁹

Russland sah Japan klar als Juniorpartner und die USA als führenden Allianzpartner. Die globalen politischen Prioritäten der USA waren stets ein entscheidender Faktor für die russischen Sicherheitsinteressen im indopazifischen Raum. Doch im Gegensatz zu anderen Weltregionen waren die Differenzen zwischen Russland und den USA in Asien bisher gering.⁵⁶⁰

Europas Verständnis für das Bündnis zwischen Japan und den USA beruht auf zwei Variablen. Zum einen auf den Machtressourcen Japans und

⁵⁵⁸ Samuels 2007, 112.

⁵⁵⁹ Yuan 2010.

⁵⁶⁰ Sevastyanov 2010.

Europas, wobei der Schwerpunkt bisher auf den wirtschaftlichen und weniger den militärischen Beziehungen lag. Zum anderen spielte die Überschneidung der gemeinsamen Interessen gegenüber der US-Hegemonie und der eigenen geographischen Region eine große Rolle.⁵⁶¹

⁵⁶¹ Hughes 2010.

TEIL 4

RESÜMEE

Japans Weltsicht und geopolitische Positionierungen unterlagen in Übergangsperioden der internationalen Ordnung grundlegenden Veränderungen. Innerhalb eines Jahrhunderts entwickelte sich Japans Außenpolitik von einer beabsichtigten Isolation über einen raschen militärischen Expansionismus zu einer bewussten Abschottung. In der Folge etablierte sich Japan zu einem globalen Normensetzer in den Bereichen der kollektiven Sicherheit und der Geoökonomie. Dieser mehrmalige radikale Wandel beruhte auf politischen und strategischen Entscheidungen, wobei Japan situative Spielräume effektiv nutzte. Das internationale System und die Interpretation Japans in Bezug auf die Art und Weise sowie die Konsequenzen der geopolitischen Veränderungen waren grundlegende Einflussfaktoren. Dies zeigt, dass Japan der Einschätzung des internationalen Interessengleichgewichts und der Machtverschiebungen für seine Strategieentwicklung stets einen hohen Stellenwert beimaß. In den Mittelpunkt des strategischen Denkens stellte Japan seit der Meiji-Zeit Mitte des 19. Jahrhunderts die nationale Wohlstandsvermehrung und die Stärkung der Streitkräfte. Japans Zugang ist pragmatisch, anpassungsfähig, flexibel und teils widersprüchlich.

Japans Großmachtstreben Ende des 19. Jahrhunderts beruhte auf der aktiven Nachahmung etablierter Großmachtvorstellungen, insbesondere die Kolonialisierung. Japan war entschlossen, eine dem Westen ebenbürtige oder sogar überlegene Macht auf der Basis des Militärs und der zivilen industriellen Kapazitäten aufzubauen. Im Mittelpunkt stand die Modernisierung und Zentralisierung des Feudalstaates sowie die regionale Institutionenbildung. Wesentlichen Wert legte Japan auf die Eigenständigkeit, Rationalität und Technologie.

Die außenpolitische Richtungswahl traf Japan nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Rahmen der Parameter des asymmetrischen Sicherheitsbündnisses mit den USA. Die Optionen bestanden im Wesentlichen aus von den USA bereitgestellten Alternativen mit geringem strategischen Handlungsspielraum für eigene Initiativen oder Innovationen Japans. Die Spannungen zwischen der sicherheitspolitischen Abhängigkeit von den USA und dem Streben nach Vergrößerung seiner strategischen Autonomie sind ein weiteres Charakteristikum der strategischen Kultur Japans. Der Druck von außen, insbesondere spezifische Forderungen von Außenstehenden, prägten die japanische Politik bereits vor und auch nach dem Zweiten Weltkrieg in großem Ausmaß. Bei der Bedrohung zentraler Werte

entfaltete die traditionelle Kultur ihre stärkste Wirkung. Das kulturelle Erbe des Konfuzianismus zeigt sich bis heute im politischen Verständnis und im Verhalten. Trotz der Verwestlichung bestehen tief verwurzelte kulturelle Eigenheiten fort, etwa die hierarchische Gesellschaft, die Konsenssuche, die Disziplin und das ausgeprägte Gruppenbewusstsein. Die kulturelle und politische Entwicklung erfolgte über Jahrhunderte unabhängig. Denn die physische Trennung vom asiatischen Festland minimierte die äußeren Einflüsse lange Zeit, wodurch sich gewisse Eigenheiten verfestigen konnten. Japans strategische Herausforderungen sind untrennbar mit seiner geographischen Lage, aber auch mit den geopolitischen Bedingungen und der Geschichte verbunden. Die historischen Erfahrungen prägen Japans moderne strategische Ausrichtung auf entscheidende Weise.

Mit dem Ende des Kalten Krieges verlagerte sich die außenpolitische Orientierung Japans von einer Passivität in internationalen Angelegenheiten, die jahrzehntelang als interessenorientierte, kostengünstige, risikoarme und nutzenmaximierende Strategie gedient hatte, hin zu einem wachsenden Engagement. Wesentlichen Einfluss darauf hatten die internationalen strukturellen Bedingungen, die nationalen Institutionen und sowohl internationale als auch nationale normative Faktoren. Die Zielsetzung Japans erstreckte sich zu Beginn auf die regionale Einflusszunahme, insbesondere in Ostasien, und das Erreichen einer gewissen Ebenbürtigkeit mit den USA im indopazifischen Raum. Japan wollte eine legitime „normale“ Macht werden und den Status der im Zweiten Weltkrieg besiegten Macht ablegen. Um zu einer regionalen Führungsmacht aufzusteigen, förderte Japan den Multilateralismus. Im Rahmen der transformativen (wirtschafts-) strategischen Konzepte Shinzo Abes, Abenomics und Abegeopolitics, verstärkte Japan seine Beziehung zu den USA und seinen normativen Einfluss konsequent, insbesondere auf die globale Wirtschaftsordnung.

Es besteht eine komplexe und dynamischen Beziehung zwischen der Struktur des internationalen Systems, den eingebetteten Normen einerseits der internationalen und andererseits der japanischen Gesellschaft sowie dem Streben Japans nach Verwirklichung seiner Interessen innerhalb der historisch kontingenten Bedingungen. Die Normenkonsolidierung veränderte die Weltsicht Japans und seinen Zugang zu einer zunehmend interdependenten Welt. Zum einen galt Japans traditionelle Norm dem Bilateralismus, dem Regionalismus, dem Developmentalismus und dem Antimilitarismus.

Zum anderen erhöhte Japan nach dem Ende des Kalten Krieges und der Bipolaritätsstruktur seinen Beitrag als verantwortungsvoller Akteur zur internationalen Gemeinschaft und legte die Yoshida-Doktrin allmählich ab.

Die politische Kultur Japans verbindet kulturelle Merkmale der japanischen Gesellschaft, moderne Werte und gängige Charakteristiken von Staaten mit langer Einparteienherrschaft. Die politische Dynamik resultierte aus einer engen Verflechtung des Staates mit der vergleichsweise autarken Ministerialbürokratie und dem Unternehmenssektor. Wesentliche Faktoren waren der Interventionismus und Korporatismus der Ministerialbürokratie, das System der administrativen Leitlinien sowie die generell unternehmensdominierte Gesellschaft. Die Firmenfokussierung wurde durch eine entsprechende politische Steuerung sowie gesellschaftliche Wert- und Zielvorstellungen gefördert. Das System stammt aus den 1930er Jahren, als Japan im Rahmen der Kriegsanstrengungen die Wirtschaft streng regulierte. Die Entscheidung der Besatzungsmacht USA, sich im Nachkriegs-Japan auf die bereits bestehende Bürokratie zu stützen, machte die Bürokratie zur tragenden Säule der Politikgestaltung. In der Folge fand der rasante Wirtschaftsaufschwung Nachkriegs-Japans unter dem Paradigma des Entwicklungsstaates statt. Im vertikal integrativen Modell Japans dominierte jedoch die Zentralbürokratie, in enger Kooperation mit der langjährigen liberaldemokratischen Regierungspartei und dem Wirtschaftssektor, die Politik.

Für die Politik Japans ist die Liberaldemokratische Partei (LDP) von zentraler Bedeutung. Angesichts der beinahe ununterbrochenen Machtdauer über sieben Jahrzehnte und der Komplexität der Bedingungen ist sie eine der erfolgreichsten Parteien weltweit. Zu den Stärken der Liberaldemokratischen Partei gehören kreative Reaktionen auf neue Themen und die Mobilisierung neuer Wähler. Zugute kamen ihr institutionelle Veränderungen, aber auch die Schwäche der politischen Opposition. Problematisch waren der Fraktionszwang, die Geldpolitik und der Mangel an politischen Innovationen. Der schwache Institutionalisierungsgrad des Parteiensystems geht auf historische Faktoren zurück, insbesondere den Kontext der Parteibildung. Als Konsequenz trug das Fehlen formeller Mitgliederorganisationen dazu bei, dass politische Positionen, Klientelnetzwerke und die Wählerbasis familienintern weitergegeben wurden. Hinzu kommen Personalismus und Parochialismus. Spezifisch sind die Muster des Parteienwettbewerbs und der parteipolitischen Polarisierung. Sowohl auf der nationalen als auch auf

der subnationalen Ebene gab es komplexe Konflikte und Übereinstimmungen zwischen der formellen und informellen Politik.

Die nationalen Sicherheitsziele Japans betreffen die Unabhängigkeit, die Selbstbestimmung der Innen- und Außenpolitik, die territoriale Integrität sowie die unilaterale und kooperative Stärkung der entsprechenden Fähigkeiten. Ziel ist die Etablierung eines neuen Gleichgewichts in den internationalen Beziehungen, insbesondere im indo-pazifischen Raum. Zu den grundlegenden sicherheitspolitischen Prinzipien zählt die Beibehaltung der Politik des „proaktiven Beitrags zum Frieden“. Die Kernthemen konzentrieren sich auf die Verteidigungsausgaben, die Gegenschlagskapazitäten und die Glaubwürdigkeit der erweiterten nuklearen Abschreckung der USA.

Seit der Nachkriegszeit definierten drei zentrale Grundsätze Japans Sicherheitsidentität: keine traditionellen Streitkräfte, keine Gewaltanwendung außer zur Selbstverteidigung und keine Beteiligung an ausländischen Kriegen. Japans innerstaatliche Norm kann als Nichtanwendung von Gewalt definiert werden, welche die Selbstverteidigung überschreitet. Zugleich befand sich Japan stets in einem Sicherheitsdilemma, möglicherweise vom Bündnispartner USA im Stich gelassen zu werden oder in einen Konflikt involviert zu werden. Wirkfaktoren für die Sicherheitspolitik, den Politikwandel und die Machtprojektionsfähigkeit Japans waren die Machtverhältnisse, wirtschaftliche Faktoren, die Innenpolitik, die Bedrohungswahrnehmung, der internationale Status sowie pfadabhängige materielle und ideelle Beschränkungen.

Die defensive Verteidigungspolitik ist, als bewusste rationale Entscheidung, von der Friedensverfassung und dem auf langfristigen Sicherheitsherausforderungen basierenden US-Sicherheitsbündnis geprägt. Diese zwei Rechtsfundamente weisen jedoch einen Widerspruch in Bezug auf den Handlungsspielraum für die kollektive Verteidigung bzw. militärische Gewaltanwendung auf. Dies führte zu Neuinterpretationen des entsprechenden Verfassungsartikels. Die grundlegende Stärkung der Verteidigungsfähigkeiten und die strategische Streitkräftemodernisierung richtet sich in erster Linie auf Abstandsverteidigungsfähigkeiten, Gegenschlagsfähigkeiten und den Ausbau der Verteidigungsindustrie.

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Abe, Hitoshi/Shindo, Muneyuki/Kawato, Sadafumi (2018)**; Political Parties. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan*, Volume 1, Brill, Leiden und Boston 2018, 88-108.
- Acemoglu, Daron/Robinson, James A. (2006)**; *Economic Origins of Dictatorship and Democracy*, Cambridge University Press, Cambridge 2006.
- AESJ (Atomic Energy Society of Japan) (2015)**; *The Fukushima Daiichi Nuclear Accident. Final Report of the AESJ Investigation Committee*, Springer Verlag, Tokio u.a. 2015.
- Agov, Avram Asenov (2010)**; *North Korea in the socialist world. Integration and divergence, 1945-1970. The crossroads of politics and economics*, Dissertation, University of British Columbia, Vancouver 2010.
- Ahn, Sang-hoon/Lee, So-chung (2005)**; The development of the South Korean welfare regime. In: Walker, Alan/Wong, Chack-kie (Hrsg.); *East Asian Welfare Regimes in Transition. From Confucianism to globalization*, Policy Press, Bristol 2005, 165-186.
- Akaha, Tsuneo (2000)**; U.S.-Japan Relations in the Post-Cold War Era. Ambiguous Adjustment to a Changing Strategic Environment. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); *Japanese Foreign Policy Today*, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 177-193.
- Akaha, Tsuneo (2006)**; Japan and the recurrent nuclear crisis. In: Hagström, Linus/Söderberg, Marie (Hrsg.); *North Korea Policy. Japan and the great powers*, Routledge, New York 2006, 19-37.
- Akaha, Tsuneo (2010)**; Japan's soft power-hard power balancing act. In: Arase, David/Akaha, Tsuneo (Hrsg.); *The US-Japan Alliance. Balancing soft and hard power in East Asia*, Routledge, London und New York 2010, 58-79.

- Akiyama, Nobumasa (2023)**; Emerging strategic risks in the Asia-Pacific and the impact on the nuclear nonproliferation regime. The Japanese Perspective, Asia-Pacific Leadership Network (APLN), Seoul 2023.
- Alagappa, Mutiah (Hrsg.) (2004)**; Civil Society and Political Change in Asia. Expanding and Contracting Democratic Space, Stanford University Press, Stanford 2004.
- Alexander, Jeffrey C. u.a. (Hrsg.) (2011)**; Interpreting Clifford Geertz. Cultural Investigation in the Social Sciences, Palgrave Macmillan, London 2011.
- Anindya, Chaula Rininta (2016)**; The Evolving Security Policy of Japan and The Adherence to Antimilitarism Culture. In: Global Jurnal Politik Internasional 2/2016, 18. Jg., 152-164.
- Annen, Junji/Rousso Lee H. (2002)**; Constitutionalism as Political Culture. In: Pacific Rim Law & Policy Journal 3/2002, 11. Jg., 561-576. Auch online verfügbar unter: <https://core.ac.uk/download/pdf/267981558.pdf> (zuletzt eingesehen am: 11.06.2021).
- Anno, Tadashi (2021)**; National Identity and Democracy. Lessons from the case of Japan. In: Rozman, Gilbert (Hrsg.); Democratization, National Identity and Foreign Policy in Asia, Routledge, Oxon und New York 2021, 77-91.
- Arase, David (2010)**; Japanese security policy. From soft to hard power. In: Arase, David/Akaha, Tsuneo (Hrsg.); The US–Japan Alliance. Balancing soft and hard power in East Asia, Routledge, London und New York 2010, 35-57.
- Arase, David/Akaha, Tsuneo (Hrsg.) (2010)**; The US–Japan Alliance. Balancing soft and hard power in East Asia, Routledge, London und New York 2010.
- Armstrong, Charles K. (2007)**; The Koreas, Routledge, New York und London 2007.

- Armstrong**, Charles K. u.a. (Hrsg.) (2006); *Korea at the Center. Dynamics of Regionalism in Northeast Asia*, M.E. Sharpe, New York 2006.
- Axelrod**, Robert M. (2006); *The Evolution of Cooperation, Revised Edition*, Basic Books, Cambridge 2006.
- Ayson**, Robert/**Ball**, Desmond (2006); *Strategy and Security in the Asia-Pacific*, Allen & Unwin, Crows Nest 2006.
- Ball**, Desmond u.a. (2021); *Asia's New Geopolitics. Military Power and Regional Order*, The International Institute for Strategic Studies (IISS), Routledge, Oxon und New York 2021.
- Bark**, Dong-suh (2001); *The Administrative Process in Korea*. In: Kil, Soong Hoom/Moon, Chung-in (Hrsg.); *Understanding Korean Politics. An Introduction*, State University of New York Press, Albany 2001, 175-199.
- Barnett**, Michael N. (1996); *Identity and Alliances in the Middle East*. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.); *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, Columbia University Press, New York 1996, 327-364.
- Bary**, Theodore (1988); *East Asian Civilizations. A Dialogue in Five Stages*, The Edwin O. Reischauer Lectures 1986, Harvard University Press, Cambridge und London 1988.
- Bary**, Theodore (1996); *The Trouble with Confucianism*, Second Printing, Harvard University Press, Cambridge und London 1996.
- Bary**, Theodore/**Gluck**, Carol/**Tiedemann**, Arthur E. (Hrsg.) (2005); *Sources of Japanese Tradition. 1600 to 2000, Second Edition, Volume 2*, Columbia University Press, New York 2005.
- Beal**, Tim (2005); *North Korea. The Struggle Against American Power*, Pluto Press, London und Ann Arbor 2005.

- Begovic, Milica/DeRouen, Karl (2007);** U. S. Strategy in the Korean Conflict. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas, Palgrave Macmillan, New York 2007, 165-184.
- Bell, Daniel (2015);** The China Model. Political Meritocracy and the Limits of Democracy, Princeton University Press, Princeton 2015.
- Berger, Thomas U. (1993);** From Sword to Chrysanthemum. Japan's Culture of Anti-militarism. In: International Security, 4/1993, 17. Jg., 119-150.
- Berger, Thomas U. (2003);** The Construction of Antagonism. The History Problem in Japan's Foreign Relations. In: Ikenberry, John G./Inoguchi, Takashi (Hrsg.); Reinventing the Alliance. U.S.–Japan Security Partnership in an Era of Change, Palgrave Macmillan, New York und Basingstoke 2003, 63-88.
- Berkshire Miller, Jonathan (2015);** Japan's Defense Reforms and Korean Perceptions of Japan's Collective Self-Defense. In: Rozman, Gilbert (Hrsg.); Asia's Alliance Triangle. US-Japan-South Korea Relations at a Tumultuous Time, Palgrave Macmillan, Basingstoke 2015, 75-85.
- Bernstein, Gail Lee/Fukui, Haruhiro (Hrsg.) (1988);** Japan and the World. Essays in Japanese History & Politics in Honor of Ishida Takeshi, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1988.
- Bix, Herbert P. (2005);** Hirohito and the Making of Modern Japan, HarperCollins e-book, New York 2005.
- Blondel, Jean/Inoguchi, Takashi (2006);** Political Cultures in Asia and Europe. Citizens, states and societal values, Routledge, London und New York 2006.

- Bloomfield, Alan (2012);** Time to Move On. Reconceptualizing the Strategic Culture Debate. In: Contemporary Security Policy 3/2012, 33. Jg., 437-461. Auch online verfügbar unter: https://www.researchgate.net/publication/263308937_Time_to_Move_On_Reconceptualizing_the_Strategic_Culture_Debate (zuletzt eingesehen am: 17.11.2022).
- Boin, Arjen/t'Hart, Paul/Stern, Eric/Sundelius, Bengt (2017);** The Politics of Crisis Management. Public Leadership under Pressure, Second Edition, Cambridge University Press, Cambridge 2017.
- Bong, Youngshik (2015);** ROK and US Views on the Foreign Policy of the Abe Administration. In: Rozman, Gilbert (Hrsg.); Asia's Alliance Triangle. US-Japan-South Korea Relations at a Tumultuous Time, Palgrave Macmillan, Basingstoke 2015, 61-73.
- Braddick, C. W. (2000);** The Waiting Game. Japan-Russia Relations. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); Japanese Foreign Policy Today, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 209-225.
- Brazinsky, Gregg Andrew (2016);** Democratization in South Korea. In: Seth, Michael J. (Hrsg.); Routledge Handbook of Modern Korean History, Routledge, London und New York 2016, 574-596.
- Brenner, Philip S./Stets, Jan E./Serpe, Richard T. (Hrsg.) (2021);** Identities in Action. Developments in Identity Theory, Springer Verlag, Cham 2021.
- Broadbent, Jeffrey (2011);** Introduction. East Asian Social Movements. In: Broadbent, Jeffrey/Brockman, Vicky (Hrsg.); East Asian Social Movements. Power, Protest, and Change in a Dynamic Region, Springer Verlag, New York u.a. 2011, 1-29.
- Brodie, Bernard (2008);** Strategy as a science. In: Mahnken, Thomas G./Maiolo, Joseph A. (Hrsg.); Strategic Studies. A Reader, Routledge, New York 2008, 8-21.

- Brown**, Melissa J. (2004); *Is Taiwan Chinese? The Impact of Culture, Power, and Migration on Changing Identities*, University of California Press, Berkeley, Los Angeles und London 2004.
- Bush**, Richard C. (2005); *Untying the Knot. Making Peace in the Taiwan Strait*, Brookings Institution Press, Washington DC 2005.
- Bush**, Richard C. (2014); *China's Rise and Other Global Trends. Implications for Taiwan Democracy*. In: Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (Hrsg.); *New Challenges for Maturing Democracies in Korea and Taiwan*, Stanford University Press, Stanford 2014, 340-364.
- Bush**, Richard C./**Hass**, Ryan (2021); *Taiwan's democracy and the China challenge*, Policy Brief, Brookings Institution, Washington DC 2021. Auch online verfügbar unter: <https://www.brookings.edu/articles/taiwans-democracy-and-the-china-challenge/> (zuletzt eingesehen am: 28.01.2022).
- Campi**, Alicia (2020); *Mongolia and the North-East Asian peace process*. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); *The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake*, Routledge, London und New York 2020, 149-164.
- Capie**, David (2013); *Structures, Shocks and Norm Change. Explaining the Late Rise of Asia's Defence Diplomacy*. In: *Contemporary Southeast Asia* 1/2013, 35. Jg., 1-26.
- Caprio**, Mark E./**Sugita**, Yoneyuki (Hrsg.) (2007); *Democracy in Occupied Japan. The U.S. occupation and Japanese politics and society*, Routledge, London und New York 2007.
- Carlson**, Allen (2008); *Chinese Views of Sovereignty and Methods of Access Control, Testimony before the U.S.-China Economic and Security Review Commission*, 27.02.2020, Washington DC. Auch online verfügbar unter: https://www.uscc.gov/sites/default/files/08_02_27_carlson_statement.pdf (zuletzt eingesehen am: 13.06.2022).

- Carpenter, Susan (2008);** Why Japan Can't Reform. Inside the System, Palgrave Macmillan, Basingstoke und New York 2008.
- Cha, Victor D. (2003);** Multilateral Security in Asia and the U.S.–Japan Alliance. In: Ikenberry, John G./Inoguchi, Takashi (Hrsg.); Reinventing the Alliance. U.S.–Japan Security Partnership in an Era of Change, Palgrave Macmillan, New York und Basingstoke 2003, 141-159.
- Chang, Kyung-Sup (2019);** Developmental Liberalism in South Korea. Formation, Degeneration, and Transnationalization, Palgrave Macmillan, Cham 2019.
- Chang, Lung-chih (2014);** Colonialism and Modernity in Taiwan. Reflections on Contemporary Taiwanese Historiography. In: Weigelin-Schwiedrzik, Susanne (Hrsg.); Broken Narratives. Post-Cold War History and Identity in Europe and East Asia, Leiden Series in Comparative Historiography, Volume 8, Brill, Leiden und Boston 2014, 133-164.
- Chatterjee Miller, Manjari (2021);** Why Nations rise, Oxford University Press, Oxford 2021.
- Cheng, Tun-jen/Chou, T. C. (2000);** Informal Politics in Taiwan. In: Dittmer, Lowell/Fukui, Haruhiro/Lee, Peter N. S. (Hrsg.); Informal Politics in East Asia, Cambridge University Press, Cambridge 2000, 42-65.
- Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.) (2018);** Routledge Handbook of Democratization in East Asia, Routledge, London 2018.
- Chiavacci, David (2020);** New Immigration, Civic Activism and Identity in Japan. Influencing the 'Strong' State. In: Chiavacci, David/Grano Simona A./Obinger, Julia (Hrsg.); Civil Society and the State in Democratic East Asia. Between Entanglement and Contention in Post High Growth, Amsterdam University Press, Amsterdam 2020, 187-215.

- Chiavacci, David/Grano, Simona A. (2020);** A New Era of Civil Society and State in East Asian Democracies. In: Chiavacci, David/Grano Simona A./Obinger, Julia (Hrsg.); *Civil Society and the State in Democratic East Asia. Between Entanglement and Contention in Post High Growth*, Amsterdam University Press, Amsterdam 2020, 9-30.
- Chon, Soohyun (2000);** The Election Process and Informal Politics in South Korea. In: Dittmer, Lowell/Fukui, Haruhiro/Lee, Peter N. S. (Hrsg.); *Informal Politics in East Asia*, Cambridge University Press, Cambridge 2000, 66-81.
- Christensen, Ray (2015);** The rules of the election game in Japan. In: Hrebendar, Ronald J./Nakamura, Akira (Hrsg.); *Party Politics in Japan. Political chaos and stalemate in the twenty-first century*, Routledge, London und New York 2015, 22-55.
- Christensen, Thomas J. (2002);** The Contemporary Security Dilemma. Deterring a Taiwan Conflict. In: *The Washington Quarterly* 4/2002, 25. Jg., 7-21.
- Chu, Yun-han u.a. (Hrsg.) (2008);** *How East Asians View Democracy*, Columbia University Press, New York 2008.
- Chung, Kuyoun (2020);** Korean Peninsula and the evolving Sino-US strategic stability in the Indo-Pacific. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); *The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake*, Routledge, London und New York 2020, 107-120.
- Chung, Oknim (1999);** Values, Governance, and International Relations. The Case of South Korea. In: Han, Sung-Joo (Hrsg.); *Changing Values in Asia. Their Impact on Governance and Development*, Japan Center for International Exchange, Tokio 1999, 76–111.
- CLAIR (Council of Local Authorities for International Relations) (2021);** Local government International Exchange. In: Website von CLAIR, Tokyo 2021: <http://www.clair.or.jp/e/> (zuletzt eingesehen am: 07.06.2021).

- Clark**, Colin (2021); 'Sense Of Crisis' On China-Taiwan. Japan Defense White Paper. In: Website von Breaking Defense, New York 15.07.2021: <https://breakingdefense.com/2021/07/sense-of-crisis-on-china-taiwan-japan-defense-white-paper/> (zuletzt eingesehen am: 30.04.2023).
- Colby**, Elbridge A. (2021); *The Strategy of Denial. American Defense in an Age of Great Power Conflict*, Yale University Press, New Haven und London 2021.
- Cole**, Bernard D. (2006); *Taiwan's Security. History and Prospects*, Routledge, New York 2006.
- Copper**, John F. (2009); *Taiwan. Nation-State or Province?*, 5th Edition, Westview Press, Boston 2009.
- Crawford**, Timothy W. (2021); *The Power to Divide. Wedge Strategies in Great Power Competition*, Cornell University Press, Ithaca und London 2021.
- Creel**, Herrlee G. (1953); *Chinese Thought from Confucius to Mao Tse-tung*, University of Chicago Press, London 1953.
- Crider**, Kimberly A. (1999); *Strategic Implications of Culture. Historical Analysis of China's Culture and Implications for United States Policy*, U.S. Air Command and Staff College, Maxwell Air Force Base, Alabama 1999.
- Csurgai**, Gyula (2022); *The Increasing Importance of Geoeconomics in Power Rivalries. From the Past to the Present*. In: Crikemans, David (Hrsg.); *Geopolitics and International Relations. Grounding World Politics Anew*, Brill Nijhoff, Leiden und Boston 2022, 244-257.
- Curtis**, Gerald L. (1988); *The Japanese Way of Politics*, Columbia University Press, New York 1988.
- Davies**, Roger J./**Ikeno**, Osamu (Hrsg.) (2002); *The Japanese Mind. Understanding Contemporary Japanese Culture*, Tuttle Publishing, Tokyo, Rutland, Singapur 2002.

- Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (2013)**; Grundlagen der Komparatistik. In: Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (Hrsg.); Die politischen Systeme Ostasiens. Eine Einführung, Dritte, aktualisierte und erweiterte Auflage, Springer Verlag, Wiesbaden 2013, 5-37.
- Derichs, Claudia/Lukner, Kerstin (2013)**; Japan. Politisches System und politischer Wandel. In: Derichs, Claudia/Heberer, Thomas (Hrsg.); Die politischen Systeme Ostasiens. Eine Einführung, 3. und erweiterte Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2013, 255-353.
- Desch, Michael C. (2005)**; Culture Versus Structure in Post-9/11 Security Studies. In: Strategic Insights 10/2005, 4. Jg., Center for Contemporary Conflict at the Naval Postgraduate School, Monterey 2005. Auch online verfügbar unter: <https://www.hsdl.org/?view&did=457642> (zuletzt eingesehen am: 11.11.2022).
- Diamond, Larry (2015)**; Facing Up to the Democratic Recession. In: Journal of Democracy 1/2015, 26. Jg., 141-155. Auch online verfügbar unter: <https://www.journalofdemocracy.org/articles/facing-up-to-the-democratic-recession/> (zuletzt eingesehen am: 26.11.2022).
- Dian, Matteo (2014)**; The Evolution of the US–Japan Alliance. The eagle and the chrysanthemum, Chandos Publishing, Amsterdam u.a. 2014.
- Dittmer, Lowell (1977)**; Political Culture and Political Symbolism. Toward a Theoretical Synthesis. In: World Politics 4/1977, 29. Jg., 552-583.
- Dittmer, Lowell/Fukui, Haruhiro/Lee, Peter N. S. (Hrsg.) (2000)**; Informal Politics in East Asia, Cambridge University Press, Cambridge 2000.
- DOD (U.S. Department of Defense) (2021)**, Dictionary of Military and Associated Terms, November 2021. In: Website des DOD: <https://www.jcs.mil/Portals/36/Documents/Doctrine/pubs/dictionary.pdf> (zuletzt eingesehen am: 11.11.2022).
- Dorff, Robert H. (2001a)**; A Primer in Strategy Development. In: Cerami, Joseph R./Holcomb, James F. Jr. (Hrsg.); U.S. Army War College Guide to Strategy, U.S. War College, Carlisle 2001, 10-18.

- Dorff**, Robert H. (2001b); Some basic Concepts and Approaches to the Study of International Politics. In: Cerami, Joseph R./Holcomb, James F. Jr. (Hrsg.); U.S. Army War College Guide to Strategy, U.S. War College, Carlisle 2001, 31-41.
- Doucette**, Jamie (2016); The post-developmental state. Economic and social Changes since 1997. In: Seth, Michael J. (Hrsg.); Routledge Handbook of Modern Korean History, Routledge, London und New York 2016, 630-655.
- Drifte**, Reinhard (2000); Japan and the European Union. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); Japanese Foreign Policy Today, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 194-208.
- Durham**, Susan E. (1997); Chaos Theory for the Practical Military Mind, U.S. Air Command and Staff College, Maxwell Air Force Base, Alabama 1997.
- Duus**, Peter u.a. (Hrsg.) (2005); The Cambridge History of Japan, Volume 6, The 20th Century, 8th Printing, Cambridge University Press, New York 2005.
- Easton**, David (1965); Systems Analysis of Political Life, Wiley & Sons, Hoboken 1965.
- Elkins**, David J./**Simeon**, Richard E.B. (1979); A Cause in Search of Its Effect, or What Does Political Culture Explain?. In: Comparative Politics 2/1979, 11. Jg., 127-145.
- Erie**, Matthew S. (2004); Sovereignty, Internationalism, and the Chinese In-Between. In: East-West Center Working Papers 2/2004, 4. Jg.
- Evans**, Peter (1995); Embedded Autonomy. States and Industrial Transformation, Princeton University Press, Princeton 1995.

- Eyre, Dana P./Suchman, Mark C. (1996)**; Status, Norms, and the Proliferation of Chemical Weapons. An Institutional Theory Approach. Identity and Alliances in the Middle East. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.); *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, Columbia University Press, New York 1996, 71-98.
- Fan, Ruiping (Hrsg.) (2011)**; *The Renaissance of Confucianism in Contemporary China*, Springer, Heidelberg 2011.
- Farkas, Barbara (2018)**; Der indopazifische Raum. In: Jedlaucnik, Herwig (Hrsg.); *Zur Strategischen Lage, ISS Aktuell 2/2018*, Heeresdruck Wien 2020, 35-40. Auch online verfügbar unter: https://www.bundesheer.at/pdf_pool/publikationen/iss_aktuell_2_2018_web.pdf (zuletzt eingesehen am: 28.02.2023).
- Farkas, Barbara (2023a)**; Der indopazifische Raum. In: Jedlaucnik, Herwig (Hrsg.); *Zur Strategischen Lage, ISS Aktuell 1/2023*, Heeresdruck Wien 2023, 56-67. Auch online verfügbar unter: <https://www.bundesheer.at/wissenschaft/publikationen/publikation.php?id=1154> (zuletzt eingesehen am: 28.04.2023).
- Farkas, Barbara (2023b)**; Der indopazifische Raum. In: Jedlaucnik, Herwig (Hrsg.); *Zur Strategischen Lage, ISS Aktuell 2/2023*, Heeresdruck Wien 2023, 56-67. Auch online verfügbar unter: <https://www.bundesheer.at/wissenschaft/publikationen/publikation.php?id=1165> (zuletzt eingesehen am: 28.07.2023).
- Farrell, Theo (2001)**; Transnational Norms and Military Development. Constructing Ireland's Professional Army. In: *European Journal of International Relations* 1/2001, 7. Jg., 63-102. Auch online verfügbar unter: <http://citeseerx.ist.psu.edu/viewdoc/download?doi=10.1.1.453.7778&rep=rep1&type=pdf> (zuletzt eingesehen am: 23.11.2021).
- Fell, Dafydd J. (2018)**; *Government and Politics in Taiwan, Second Edition*, Routledge, London und New York 2018.

- Feng, Huiyun (2007)**; Chinese Strategic Culture and Foreign Policy Decisionmaking. Confucianism, Leadership and War, Routledge, New York 2007.
- Finnemore, Martha (1996)**; Constructing Norms of Humanitarian Intervention. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.); The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, Columbia University Press, New York 1996, 130-154.
- Freedman, Lawrence (2008)**; Strategic studies and the problem of power. In: Mahnken, Thomas G./Maiolo, Joseph A. (Hrsg.); Strategic Studies. A Reader, Routledge, New York 2008, 22-33.
- Fukai, Shigeko Nimiya (1988)**; Japanese Policy-making on Issues of North-South Relations. In: Bernstein, Gail Lee/Fukui, Haruhiro (Hrsg.); Japan and the World. Essays in Japanese History & Politics in Honor of Ishida Takeshi, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1988, 197-219.
- Fukui, Haruhiro (1988)**; Electoral Laws and the Japanese Party System. In: Bernstein, Gail Lee/Fukui, Haruhiro (Hrsg.); Japan and the World. Essays in Japanese History & Politics in Honor of Ishida Takeshi, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1988, 119-143.
- Fukui, Haruhiro/Fukai, Shigeko Nimiya (2000)**; The Informal Politics of Japanese Diet Elections. Cases and Interpretations. In: Dittmer, Lowell/Fukui, Haruhiro/Lee, Peter N. S. (Hrsg.); Informal Politics in East Asia, Cambridge University Press, Cambridge 2000, 23-41.
- Fukushima, Akiko (2000)**; Official Development Assistance (ODA) as a Japanese Foreign Policy Tool. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); Japanese Foreign Policy Today, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 152-174.
- Fukushima, Akiko (2003)**; UN Peacekeeping Operations and Japan's Role in Retrospect and Prospect. A Possible U.S.-Japan Cooperation. In: Ikenberry, John G./Inoguchi, Takashi (Hrsg.); Reinventing the Alliance. U.S.-Japan Security Partnership in an Era of Change, Palgrave Macmillan, New York und Basingstoke 2003, 233-258.

- Funabashi, Harutoshi (2011);** The Duality of Social Systems and the Environmental Movement in Japan. In: Broadbent, Jeffrey/Brockman, Vicky (Hrsg.); East Asian Social Movements. Power, Protest, and Change in a Dynamic Region, Springer Verlag, New York u.a. 2011, 19-61.
- Garon, Sheldon (1997);** Molding Japanese Minds. The State in Everyday Life, third printing and first paperback printing, Princeton University Press, Princeton 1997.
- Gilpin, Robert (1987);** The Political Economy of International Relations, Princeton University Press, Princeton 1987.
- Gohain Baruah, Atmaja (2020);** Between security and insecurity. Resource politics in North-East Asia. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake, Routledge, London und New York 2020, 242-252.
- Goodman, Matthew P. (2022);** Shinzo Abe's Legacy as Champion of the Global Economic Order, Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington DC 2022.
- Gordon, Andrew (2020);** Explaining Japan's Soft Approach to COVID-19. In: Weatherhead Center for International Affairs Blog, Harvard 03.07.2020: <https://epicenter.wcfia.harvard.edu/blog/explaining-japans-soft-approach-to-covid-19> (zuletzt eingesehen am: 02.06.2022).
- Goto, Shihoko (2022);** Recasting U.S.-Japan Ties in a New Era of Economic Security. In: Asia Policy 4/2022, 17. Jg., 225-238.
- Granet, Marcel (1985);** Das chinesische Denken. Inhalt, Form, Charakter, Suhrkamp, Berlin 1985.
- Gray, Colin S. (1991);** Geography and Grand Strategy (1991). In: Gray, Colin S. (Hrsg.); Strategy and History. Essays on theory and practice, Routledge, London und New York 2006, 137-150.
- Gray, Colin S. (1999);** Modern Strategy, Oxford University Press, Oxford 1999.

- Gray, Colin S. (2006a);** Strategic culture as context. The first generation of theory strikes back (1999). In: Gray, Colin S. (Hrsg.); Strategy and History. Essays on theory and practice, Routledge, London und New York 2006, 151-169.
- Gray, Colin S. (2006b);** From Principles of Warfare to Principles of War. A Clausewitzian solution (2006). In: Gray, Colin S. (Hrsg.); Strategy and History. Essays on theory and practice, Routledge, London und New York 2006, 81-87.
- Gray, Colin S. (2007);** Fighting Talk. Forty maxims on war, peace, and strategy, Praeger Security International, Westport und London 2007.
- Gray, Colin S. (2008);** Why strategy is difficult. In: Mahnken, Thomas G./Maiolo, Joseph A. (Hrsg.); Strategic Studies: A Reader, Routledge, New York 2008, 391-397.
- Gray, Colin S. (2009);** Out of the Wilderness. Prime Time for Strategic Culture. In: Johnson, Jeannie L./Kartchner Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally based Insights into Comparative National Security Policymaking, Palgrave Macmillan, London 2009, 221-242.
- Green, Michael J. (2001);** Japan's Reluctant Realism. Foreign Policy Challenges in an Era of Uncertain Power, Palgrave, New York und Basingstoke 2001.
- Green, Michael J. (2022);** Line of Advantage. Japan's Grand Strategy in the era of Abe Shinzo, Columbia University Press, New York 2022.
- Guo, Jerry M. (2011);** The Influence of Culture on Strategic Decision Making in Japan and China, Dissertation, Naval Postgraduate School, Monterey 2011.
- Haddad, Mary Alice (2018);** Japanese Democracy. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.) (2018); Routledge Handbook of Democratization in East Asia, Routledge, London 2018, 40-52.

- Haddow, George D./Bullock, Jane A./Coppola, Damon P. (2021);** Introduction to Emergency Management, Seventh Edition, Butterworth-Heinemann, Oxford und Cambridge 2021.
- Hadley, Eleanor M. (1949);** Japan. Competition or Private Collectivism?. In: Far Eastern Survey 25/1949, 18. Jg., 289-294.
- Haglund, David G. (2009);** What Good Is Strategic Culture?. In: Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally based Insights into Comparative National Security Policymaking, Palgrave Macmillan, 2009, 15-32.
- Hagström, Linus/Söderberg, Marie (Hrsg.) (2006);** North Korea Policy. Japan and the great powers, Routledge, New York 2006.
- Hall, Peter A. (1993);** Policy Paradigms, Social Learning, and the State. The Case of Economic Policymaking in Britain. In: Comparative Politics 3/1993, 25. Jg., 275-296.
- Han, Jongwoo (2014);** Power, Place, and State-Society Relations in Korea. Neo-Confucian and Geomantic Reconstruction of Developmental State and Democratization, Lexington Books, Lanham u.a. 2014.
- Han, Sung-Joo (1999);** Asian Values. An Asset or a Liability? In: Han, Sung-Joo (Hrsg.); Changing Values in Asia. Their Impact on Governance and Development, Japan Center for International Exchange, Tokio 1999, 3-9.
- Hanagan, Deborah L. (2012);** International Order. In: Boone, Bartholomees Jr. (Hrsg.); U.S. Army War College Guide to National Security Issues, Vol. 2: National Security Policy and Strategy, U.S. War College, Carlisle 2012, 123-136.
- Harada, Yutaka (2015);** Expansionary Monetary Policy Revised. In: Inoguchi, Takashi (Hrsg.); Japanese and Korean Politics. Alone and Apart from Each Other, Palgrave Macmillan, New York 2015, 21-47.

- Harari, Ehud (1988)**; The Institutionalisation of Policy Consultation in Japan. Public Advisory Bodies. In: Bernstein, Gail Lee/Fukui, Haruhiro (Hrsg.); Japan and the World. Essays in Japanese History & Politics in Honor of Ishida Takeshi, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1988, 144-157.
- Hasegawa, Koichi (2011)**; A Comparative Study of Social Movements for a Post-nuclear Energy Era in Japan and the USA. In: Broadbent, Jeffrey/Brockman, Vicky (Hrsg.); East Asian Social Movements. Power, Protest, and Change in a Dynamic Region, Springer Verlag, New York u.a. 2011, 63-79.
- Hasegawa, Koichi/Broadbent, Jeffrey (2011)**; Introduction to Japanese Society, Culture, and Politics. In: Broadbent, Jeffrey/Brockman, Vicky (Hrsg.); East Asian Social Movements. Power, Protest, and Change in a Dynamic Region, Springer Verlag, New York u.a. 2011, 1-35.
- Hasegawa, Tsuyoshi (2007)**; Japan's Strategic Thinking toward Asia in the First Half of the 1990s. In: Rozman, Gilbert/Togo, Kazuhiko/Ferguson, Joseph B. (Hrsg.); Chinese Strategic Thought toward Asia, Palgrave Macmillan, London und New York 2010, 58-78.
- Hatakeyama, Kyoko (2021)**; Japan's Evolving Security Policy. Militarisation within a Pacifist Tradition, Routledge, London und New York 2021.
- Hayashi, Mahito (2020)**; Opening up the Welfare State to 'Outsiders'. Pro-Homeless Activism and Neoliberal Backlashes in Japan. In: Chiavacci, David/Grano Simona A./Obinger, Julia (Hrsg.); Civil Society and the State in Democratic East Asia. Between Entanglement and Contention in Post High Growth, Amsterdam University Press, Amsterdam 2020, 269-296.
- Hein, Laura/Gerteis, Christopher (2018)**; Post-Fascist Japan. Political Culture in Kamakura After the Second World War, Bloomsbury, London u.a. 2018.

- Hellmann, Olli (2018)**; The development of party systems. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); Routledge Handbook of Democratization in East Asia, Routledge, London 2018, 175-192.
- Heo, Uk/Woo, Jung-Yeop (2007)**; South Korea's Response. Democracy, Identity, and Strategy. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas, Palgrave Macmillan, New York 2007, 149-164.
- Heuser, Beatrice (2009)**; Foreword. In: Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally based Insights into Comparative National Security Policymaking, Palgrave Macmillan, London 2009.
- Higuchi, Naoto (2020)**; The 'Pro-Establishment' Radical Right. Japan's Nativist Movement Reconsidered. In: Chiavacci, David/Grano Simona A./Obinger, Julia (Hrsg.); Civil Society and the State in Democratic East Asia. Between Entanglement and Contention in Post High Growth, Amsterdam University Press, Amsterdam 2020, 117-140.
- Hill, Michael/Hwang, Yuan-shie (2005)**; Taiwan. What kind of social policy regime?. In: Walker, Alan/Wong, Chack-kie (Hrsg.); East Asian Welfare Regimes in Transition. From Confucianism to globalization, Policy Press, Bristol 2005, 145-164.
- Hirabayashi, Yuko (2011)**; Collective Recognition and Shared Identity. Factors Behind the Emergence and Mobilization Process in a Referendum Movement. In: Broadbent, Jeffrey/Brockman, Vicky (Hrsg.); East Asian Social Movements. Power, Protest, and Change in a Dynamic Region, Springer Verlag, New York u.a. 2011, 81-97.
- Hofstede, Geert (1991)**; Cultures and Organizations. Software of the Mind, McGraw Hill, London 1991.
- Hofstede, Geert H. (2001)**; Culture's Consequences. Comparing Values, Behaviors, Institutions, and Organizations Across Nations, Second Edition, Sage Publications, Thousand Oaks, London und Neu-Delhi 2001.

- Holliday, Ian (2000);** Productivist Welfare Capitalism. Social Policy in East Asia. In: *Political Studies* 4/2000, 48. Jg., 706-723.
- Hook, Glenn D./Gilson, Julie/Hughes, Christopher W./Dobson, Hugo (2012);** Japan's International Relations. Politics, Economics and Security, Third Edition, Routledge, London und New York 2012.
- Hook, Glenn D./McCormack, Gavan (2001);** Japan's contested constitution. Documents and analysis, Routledge, London und New York 2001.
- Horowitz, Shale (2007);** The United States and East Asia. Past and Future. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); *Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas*, Palgrave Macmillan, New York 2007, 223-236.
- Howe, Brendan (2018);** Human-Centered Challenges to Korean Democracy. In: Mosler, Hannes B./Lee, Eun-Jeung/Kim, Hak-Jae (Hrsg.); *The Quality of Democracy in Korea. Three Decades after Democratization*, Palgrave Macmillan, Cham 2018, 51-72.
- Howlett, Darryl (2006);** The Future of Strategic Culture. In: Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); *Comparative Strategic Cultures Curriculum Project, Assessing Strategic Culture as a Methodological Approach to Understanding WMD Decision-Making by States and Non-State Actors*, prepared for Defense Threat Reduction Agency Advanced Systems and Concepts Office, 2006, 189-207.
- Hrebenar, Ronald J. (2015);** The Second Postwar Party System and the future of Japanese politics. In: Hrebenar, Ronald J./Nakamura, Akira (Hrsg.); *Party Politics in Japan. Political chaos and stalemate in the twenty-first century*, Routledge, London und New York 2015, 189-200.
- Hrebenar, Ronald J./Haraguchi, Koji (2015);** The fall of the DPJ and return of the LDP to power. The December 2012 House Elections. In: Hrebenar, Ronald J./Nakamura, Akira (Hrsg.); *Party Politics in Japan. Political chaos and stalemate in the twenty-first century*, Routledge, London und New York 2015, 174-188.

- Hrebenar, Ronald J./Itoh, Mayumi (2015)**; Japan's changing party system. In: Hrebenar, Ronald J./Nakamura, Akira (Hrsg.); *Party Politics in Japan. Political chaos and stalemate in the twenty-first century*, Routledge, London und New York 2015, 1-21.
- Hrebenar, Ronald J./Nakamura, Akira (Hrsg.) (2015)**; *Party Politics in Japan. Political chaos and stalemate in the twenty-first century*, Routledge, London und New York 2015.
- Hsiao, Hsin-Huang Michael (2019)**; The tripartite links of middle class, civil society and democracy in Taiwan, 1980 - 2016. In: Hsiao, Hsin-Huang Michael (Hrsg.); *Middle Class, Civil Society and Democracy in Asia*, Routledge, London und New York 2019, 23-38.
- Hsiao, Hsin-Huang Michael (Hrsg.) (2014)**; *Democracy or Alternative Political Systems in Asia. After the Strongmen*, Routledge, New York 2014.
- Huang, Chün-chieh/Wu, Kuang-ming (2018)**; Taiwan and the Confucian Aspiration. Toward the Twenty-first century. In: Harrell, Stevan/Huang, Chün-chieh (Hrsg.); *Cultural Change in Postwar Taiwan*, Zweite Ausgabe, Routledge, London und New York 2018, 69-87.
- Hughes, Christopher W. (1999)**; *Japan's Economic Power and Security. Japan and North Korea*, Routledge, London und New York 1999.
- Hughes, Christopher W. (2006)**; Japan and multilateralism in the North Korean nuclear crisis. Road map or dead end?. In: Hagström, Linus/Söderberg, Marie (Hrsg.); *North Korea Policy. Japan and the great powers*, Routledge, New York 2006, 151-170.
- Hughes, Christopher W. (2010)**; European views of a changing US–Japan alliance. Declining prospects for ‘civilian power’ cooperation?. In: Arase, David/Akaha, Tsuneo (Hrsg.); *The US–Japan Alliance. Balancing soft and hard power in East Asia*, Routledge, London und New York 2010, 151-168.

- Hughes**, Christopher W. (2015); Japan's Foreign and Security Policy Under the 'Abe Doctrine. New Dynamism or New Dead End?, Palgrave Macmillan, Basingstoke und New York 2015.
- Hughes**, Christopher W. (2017); Japan's Grand Strategic Shift From the Yoshida Doctrine to an Abe Doctrine?. In: Strategic Asia 2017/2018, 72-105.
- Huntington**, Samuel P. (1991); The Third Wave. Democratization in the Late Twentieth Century, University of Oklahoma Press, Norman und London 1991.
- Huntington**, Samuel P. (1996); The Clash of Civilisations and the Remaking of World Order, Simon & Schuster, New York 1996.
- Huntington**, Samuel P. (2006); Political Order in Changing Societies, 2. Auflage, Yale University Press, New Haven und London 2006.
- Hwang**, Balbina Y. (2006); Seoul's policy towards Pyongyang. Strategic culture and the negligibility of Japan. In: Hagström, Linus/Söderberg, Marie (Hrsg.); North Korea Policy. Japan and the great powers, Routledge, New York 2006, 53-72.
- Hwang**, Balbina Y. (2009); Shattering Myths and Assumptions. The Implications of North Korea's Strategic Culture for U.S. Policy. In: International Journal of Korean Unification Studies 1/2009, 18. Jg., 28-53.
- Hyun**, In-Taek/**Hahm**, Sung Deuk (2007); The North Korean Nuclear Crisis. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas, Palgrave Macmillan, New York 2007, 207-222.
- Igarashi**, Takeshi (1985); Peace-Making and Party Politics. The Formation of the Domestic Foreign-Policy System in Postwar Japan. In: The Journal of Japanese Studies 2/1985, 11. Jg., 323-356.
- IISS** (The International Institute for Strategic Studies) (2022); The Military Balance 2022, Routledge, London 2022.

- Ikeda, Ken'ichi/Kohno, Masaru (2008)**; Japanese Attitudes and Values toward democracy. In: Chu, Yun-han u.a. (Hrsg.); *How East Asians View Democracy*, Columbia University Press, New York 2008, 161-186.
- Ikenberry, John G./Inoguchi, Takashi (Hrsg.) (2003)**; *Reinventing the Alliance. U.S.–Japan Security Partnership in an Era of Change*, Palgrave Macmillan, New York und Basingstoke 2003.
- Inglehart, Ronald/Welzel, Christian (2009)**; How Development Leads to Democracy – What We Know About Modernization. In: *Foreign Affairs* 2/2009, 88. Jg., 33-48.
- Inoguchi, Takashi (2007)**; Japanese Strategic Thought toward Asia in the 1980s. In: Rozman, Gilbert/Togo, Kazuhiko/Ferguson, Joseph B. (Hrsg.); *Chinese Strategic Thought toward Asia*, Palgrave Macmillan, London und New York 2010, 35-55.
- Inoguchi, Takashi (2015a)**; The Korean Peninsula and Japan. Global Money Flows as Framing International Relations. In: Inoguchi, Takashi (Hrsg.); *Japanese and Korean Politics. Alone and Apart from Each Other*, Palgrave Macmillan, New York 2015, 249-261.
- Inoguchi, Takashi (2015b)**; Abenomics and Abegeopolitics. In: Inoguchi, Takashi (Hrsg.); *Japanese and Korean Politics. Alone and Apart from Each Other*, Palgrave Macmillan, New York 2015, 9-20.
- Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.) (2000)**; Beyond Karaoke Diplomacy?. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); *Japanese Foreign Policy Today*, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, xi-xix.
- Inoguchi, Takashi/Mikami, Satoru/Fujii, Seiji (2007)**; Social Capital in East Asia. Comparative Political Culture in Confucian Societies. In: *Japanese Journal of Political Science* 3/2007, 8. Jg., 409-426.
- Ishida, Takeshi (1983)**; *Japanese Political Culture. Change and Continuity*, Transaction, New Brunswick 1983.

- Ito**, Kohtaro (2020); Japan's security pledge in the Korean Peninsula. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); *The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake*, Routledge, London und New York 2020, 57-71.
- Itoh**, Mayumi (2015); The New Komei Party. Japan's Buddhist Party and LDP's coalition partner. In: Hrebendar, Ronald J./Nakamura, Akira (Hrsg.); *Party Politics in Japan. Political chaos and stalemate in the twenty-first century*, Routledge, London und New York 2015, 148-173.
- Iwama**, Yoko (2021); Heading the Wrong Way? Japan and the Growing Nuclear Threats in Northeast Asia. In: *Global Asia* 2/2022, 17. Jg., 14-21.
- Izumikawa**, Yasuhiro (2010); Explaining Japanese Antimilitarism. Normative and Realist Constraints on Japan's Security Policy. In *International Security* 2/2010, 35. Jg., 123-160.
- Jacob**, Jabin T./**Anh**, Hoang The (Hrsg.) (2020); *China's Search for 'National Rejuvenation'. Domestic and Foreign Policies under Xi Jinping*, Palgrave Macmillan, Singapur 2020.
- Jacquin-Berdal**, Dominique/**Oros**, Andrew L./**Verweij**, Marco (Hrsg.) (1998); *Culture in World Politics*, Softcover reprint of the hardcover 1st edition 1998, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1998.
- Jager**, Sheila Miyoshi (2013); *Brothers at war. The unending conflict in Korea*, Profile Books, London 2013.
- Jain**, Purnendra (2000a); Emerging Foreign Policy Actors. Subnational Governments and Nongovernmental Organizations. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); *Japanese Foreign Policy Today*, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 18-39.
- Jain**, Purnendra (2000b); Japan and South Asia. Between Cooperation and Confrontation. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); *Japanese Foreign Policy Today*, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 266-282.

Jain, Purnendra (2014); Democracy in Japan. National, subnational and grassroots perspectives. In: Fung, Edmund S. K./Drakeley, Steven (Hrsg.); Democracy in Eastern Asia. Issues, problems and challenges in a region of diversity, Routledge, London und New York 2014, 21-37.

Jedlaucnik, Herwig (2019); Strategische Kultur – Theorie und Praxis. Gesamtstaatliche und parteipolitische Wertvorstellungen als Grundlage für internationale Streitkräfteeinsätze Österreichs. In: Pankratz, Thomas/Hensellek, Benedikt (Hrsg.); Strategische Kultur als unterschätzter Faktor von Strategie und Sicherheit, Symposium der Landesverteidigungsakademie 2018, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 17/2019, Heeresdruck, Wien 2019, 117-139. Auch online verfügbar unter: <https://www.bundesheer.at/wissensforschung/publikationen/publikation.php?id=1000> (zuletzt eingesehen am: 28.04.2022).

Jedlaucnik, Herwig/Schmidl, Erwin A. (2015); Theoretische und strategische Aspekte von Kooperationen. In: Jedlaucnik, Herwig/Hensellek, Benedikt (Hrsg.); Möglichkeiten und Grenzen sicherheitspolitischer Kooperationen Österreichs, Symposium der Landesverteidigungsakademie 2014, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 4/2015, Heeresdruck, Wien 2015, 11-54. Auch online verfügbar unter: <https://www.bundesheer.at/wissensforschung/publikationen/publikation.php?id=921> (zuletzt eingesehen am: 28.04.2022).

Jervis, Robert (1997); Complex Systems. The Role of Interactions. In: Alberts, David S./Czerwinski, Thomas J. (Hrsg.); Complexity, Global Politics, and National Security, National Defense University, Washington DC 1997, 20-31.

Jervis, Robert (2017); Perception and Misperception in International Politics, New paperback edition, Princeton University Press, Princeton und Oxford 2017.

Johnson, Chalmers (1999); The Developmental State. Odyssey of a Concept. In: Woo-Cumings, Meredith (Hrsg.); The Developmental State, Cornell University Press, Ithaca und London 1999, 32-60.

- Johnson, Chalmers (2018)**; Tanaka Kakuei. Structural Corruption, and the Advent of Machine Politics in Japan. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan, Volume 1*, Brill, Leiden und Boston 2018, 109-135.
- Johnson, Jeannie L. (2009)**; Conclusion. Toward a Standard Methodological Approach. In: Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); *Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally based Insights into Comparative National Security Policymaking*, Palgrave Macmillan, London 2009, 243-257.
- Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (2009)**; Introduction. In: Johnson, Jeannie L./Kartchner, Kerry M./Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); *Strategic Culture and Weapons of Mass Destruction. Culturally based Insights into Comparative National Security Policymaking*, Palgrave Macmillan, London 2009, 3-14.
- Johnson, Kenneth D. (2009)**; China's Strategic Culture. A Perspective for the United States, U.S. Army War College, Carlisle 2009. Auch online verfügbar unter: <https://publications.armywarcollege.edu/pubs/2014.pdf> (zuletzt eingesehen am: 12.10.2022).
- Johnston, Alastair Iain (1995)**; Thinking About Strategic Culture. In: *International Security* 4/1995, 19. Jg., 32-64. Auch online verfügbar unter: <https://www.fb03.uni-frankfurt.de/45431264/Johnston-1995-Thinking-about-Strategic-Culture.pdf> (zuletzt eingesehen am: 22.11.2022).
- Johnston, Alastair Iain (1996)**; Cultural Realism and Strategy in Maoist China. In: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.); *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, Columbia University Press, New York 1996, 178-221.
- Johnston, Alastair Iain (1998)**; *Cultural Realism. Strategic Culture and Grand Strategy in Chinese History*, Third printing, and first paperback printing, Princeton University Press, Princeton 1998.

- Johnstone**, Christopher B. (2022); Japan's Transformational National Security Strategy, Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington DC 2022.
- Jones**, Frank L. (2012); Strategic Thinking and Culture. A Framework for Analysis. In: Boone, Bartholomees Jr. (Hrsg.); U.S. Army War College Guide to National Security Issues, Vol. 2: National Security Policy and Strategy, U.S. War College, Carlisle 2012, 287-304.
- Kameda**, Masaaki (2015); Abe announces \$110 billion in aid for 'high-quality' infrastructure in Asia. In: Japan Times, Tokio 22.05.2015. Auch online verfügbar unter: <https://www.japantimes.co.jp/news/2015/05/22/business/abe-announces-110-billion-in-aid-for-high-quality-infrastructure-in-asia/> (zuletzt eingesehen am: 02.05.2023).
- Kamiya**, Mataka (2000); Japanese Foreign Policy toward Northeast Asia. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); Japanese Foreign Policy Today, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 226-250.
- Kamiya**, Mataka (2003); Reforming the U.S.–Japan Alliance. What Should Be Done?. In: Ikenberry, John G./Inoguchi, Takashi (Hrsg.); Reinventing the Alliance. U.S.–Japan Security Partnership in an Era of Change, Palgrave Macmillan, New York und Basingstoke 2003, 91-116.
- Kamiya**, Mataka (2023); China's Takeover of Taiwan would have a negative impact on Japan. In: Santoro, David/Cossa, Ralph (Hrsg.); The World After Taiwan's Fall, Issues & Insights, Pacific Forum International, Honolulu 2023, 29-39.
- Kang**, David C. (2001); The Institutional Foundations of Korean Politics. In: Kil, Soong Hoom/Moon, Chung-in (Hrsg.); Understanding Korean Politics. An Introduction, State University of New York Press, Albany 2001, 71-105.

- Kang, David C. (2003a);** Hierarchy and Stability in Asian International Relations: In: Ikenberry, G. John/Mastanduno, Michael; International Relations Theory and the Search for Regional Stability, Columbia University Press, New York 2003, 163-190. Auch online verfügbar unter: https://www.cia.gov/library/abbottabad-pound/61/61056C72483AE646E1A9830DAC4CEAA3_FULLTEXT.PDF (zuletzt eingesehen am: 20.10.2021).
- Kang, David C. (2003b);** Getting Asia Wrong. The Need for New Analytic Frameworks. In: International Security 4/2003, 27. Jg., 57–85.
- Kang, David C. (2004);** Hierarchy, Balancing, and Empirical Puzzles in Asian International Relations. In: International Security 3/2004, 28. Jg., 165-180. Auch online verfügbar unter: <https://www.belfercenter.org/sites/default/files/legacy/files/kang.pdf> (zuletzt eingesehe am: 12.12.2022).
- Kang, David C. (2009);** The security of the Korean peninsula. In: Ganguly, Sumit/Scobell, Andrew/Liow, Joseph Chinyong (Hrsg.); The Routledge Handbook of Asian Security Studies, Taylor & Francis e-Library, London und New York 2009, 35-47.
- Kang, Seonjou (2020);** Geoeconomics in the Indo-Pacific. Competing economic architectures and South Korea. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake, Routledge, London und New York 2020, 225-241.
- Katada, Saori N./Solis, Mireya (2009);** Under Pressure. Japan's Institutional Response to Regional Uncertainty. In: Aggarval, Vinod K./Koo, Min Gyo/Lee, Seungjoo/Moon, Chung-in (Hrsg.); Northeast Asia. Ripe for Integration?, First Softcover Printing 2009, Springer Verlag, Berlin und Heidelberg 2009, 109-147.
- Katzenstein, Peter J. (Hrsg) (1996);** The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, Columbia University Press, New York 1996.

- Keohane, Robert O. (1984);** *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton University Press, Princeton 1984.
- Kersten, Rikki (2000);** *Japan and Australia*. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); *Japanese Foreign Policy Today*, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 283-296.
- Khanna, Parag (2019);** *The Future is Asian*, Simon & Schuster, New York u.a. 2019.
- Kihl, Young Whan (2015);** *Transforming Korean Politics. Democracy, Reform, and Culture*, 2. Auflage, Routledge, London und New York 2015.
- Kil, Soong Hoom/Moon, Chung-in (2001);** *Introduction. Understanding Korean Politics*. In: Kil, Soong Hoom/Moon, Chung-in (Hrsg.); *Understanding Korean Politics. An Introduction*, State University of New York Press, Albany 2001, 1-7.
- Kim, Byung-Kook (2000);** *Party Politics in South Korea's Democracy. The Crisis of Success*. In: Diamond, Larry/Kim, Byung-Kook (Hrsg.); *Consolidating Democracy in South Korea*, Lynne Rienner, Boulder und London 2000, 53-85.
- Kim, Jina (2020);** *Denuclearisation and Peace Regime on the Korean Peninsula. Perspectives of the two Koreas*. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); *The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake*, Routledge, London und New York 2020, 87-105.
- Kim, Jiyeon (2014);** *The Party System in Korea and Identity Politics*. In: Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (Hrsg.); *New Challenges for Maturing Democracies in Korea and Taiwan*, Stanford University Press, Stanford 2014, 71-105.

- Kim, Jiyul (2009)**; Cultural Dimensions of Strategy and Policy, U.S. Army War College, Carlisle 2009. Auch online verfügbar unter: <https://permanent.access.gpo.gov/LPS113542/LPS113542/www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB919.pdf> (zuletzt eingesehen am: 19.12.2021).
- Kim, Jiyul (2014)**; Strategic Culture of the Republic of Korea. In: Contemporary Security Policy 2/2014, 35. Jg., 270-289.
- Kim, Lami (2020)**; DPRK's proliferation activities and the denuclearization talks. Security in the Indo-Pacific and beyond. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake, Routledge, London und New York 2020, 121-136.
- Kim, Min-Hyung (2016)**; South Korea's Strategy toward a Rising China, Security Dynamics in East Asia, and International Relations Theory. In: Asian Survey 4/2016, 56. Jg., 707-730.
- Kim, Samuel S. (2006)**; The two Koreas and the Great Powers, Cambridge University Press, Cambridge 2006.
- Kim, Sung Chull/Kang, David C. (Hrsg.) (2009)**; Engagement with North Korea. A Viable Alternative, State University of New York Press, Albany 2009.
- Kim, Sunhyuk (2004)**; South Korea. Confrontational Legacy and Democratic Contributions. In: Alagappa, Mutiah (Hrsg.); Civil Society and Political Change in Asia. Expanding and Contracting Democratic Space, Stanford University Press, Stanford 2004, 138-163.
- Kim, Woon-Tai (2001)**; Introduction. Understanding Korean Politics. In: Kil, Soong Hoom/Moon, Chung-in (Hrsg.); Understanding Korean Politics. An Introduction, State University of New York Press, Albany 2001, 9-32.
- Klein, Bradley S. (1988)**; Hegemony and Strategic Culture. American Power Projection and Alliance Defence Politics. In: Review of International Studies 2/1988, 14. Jg., 133-148.

- Kliman**, Daniel M. (2006); Japan's Security Strategy in the Post-9/11 World. Embracing a New Realpolitik, Praeger, Westport und London 2006.
- Koh**, Byung Chul (2001); The Foreign and Unification Policies of the Republic of Korea. In: Kil, Soong Hoom/Moon, Chung-in (Hrsg.); Understanding Korean Politics. An Introduction, State University of New York Press, Albany 2001, 231-268.
- Kohalyk**, Chad (2008); Energy Security and Strategic Culture. The perspective of Japan, Master Thesis, Royal Military College of Canada, Ottawa 2008.
- Kohli**, Atul (1999); Where Do High-Growth Political Economies Come From? The Japanese Lineage of Korea's "Developmental State". In: Woo-Cumings, Meredith (Hrsg.); The Developmental State, Cornell University Press, Ithaca und London 1999, 93-137.
- Kohno**, Masaru (2018a); The Creation of the Liberal Democratic Party in 1955. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan, Volume 1, Brill, Leiden und Boston 2018, 13-38.
- Kohno**, Masaru (2018b); The Evolution of the LDP's Intraparty Politics. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan, Volume 1, Brill, Leiden und Boston 2018, 136-161.
- Kohno**, Masaru (2018c); Rational Foundations for the Organization of the Liberal Democratic Party in Japan. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan, Volume 1, Brill, Leiden und Boston 2018, 162-189.
- Köllner**, Patrick (2000); Informelle Politik in Südkorea. Allgemeine Anmerkungen und das Beispiel der Nationalversammlung, Institut für Asienkunde, Hamburg 2000.

- Köllner, Patrick (2003)**; Die Institutionalisierung politischer Parteien in Südkorea. Konzeptionelle Anmerkungen und empirische Befunde. In: VRÜ (Verfassung und Recht in Übersee) 3/2003, 36. Jg., 352-376.
- Köllner, Patrick (2015)**; The triumph and fall of the Democratic Party of Japan. In: Hrebenar, Ronald J./Nakamura, Akira (Hrsg.); Party Politics in Japan. Political chaos and stalemate in the twenty-first century, Routledge, London und New York 2015, 80-117.
- Kono, Makoto (2005)**; The welfare regime in Japan. In: Walker, Alan/Wong, Chack-kie (Hrsg.); East Asian Welfare Regimes in Transition. From Confucianism to globalization, Policy Press, Bristol 2005, 117-144.
- Korkmaz, Kaan/Rydgqvist, John (2012)**; The Republic of Korea. A Defence and Security Primer, Swedish Defence Research Agency (FOI), Stockholm 2012.
- Krasner, Stephen D. (1999)**; Sovereignty. Organized Hypocrisy, Princeton University Press, New Jersey 1999.
- Krauss, Ellis S. (1988)**; The 1960s' Japanese Student Movement in Retrospect. In: Bernstein, Gail Lee/Fukui, Haruhiro (Hrsg.); Japan and the World. Essays in Japanese History & Politics in Honor of Ishida Takeshi, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1988, 95-115.
- Kreiner, Josef (Hrsg.) (2019)**; Geschichte Japans, 8. aktualisierte Auflage, Reclam, Stuttgart 2019.
- Kurita, Nobuyoshi (2011)**; The Long-Term Effects of Political Socialization During Late-1960s Student Protest. In: Broadbent, Jeffrey/Brockman, Vicky (Hrsg.); East Asian Social Movements. Power, Protest, and Change in a Dynamic Region, Springer Verlag, New York u.a. 2011, 99-112.
- Kwon, Bo Ram (2022)**; South Korea. Realising Pivotal Aspirations in the Indo-Pacific. In: Regional Security Outlook 2023, Council for Security Cooperation in the Asia-Pacific (CSCAP), Kuala Lumpur 2022.

- Lam, Peng Er (2000);** Japanese Relations with Southeast Asia in an Era of Turbulence. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); Japanese Foreign Policy Today, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 251-265.
- Lantis, Jeffrey S. (2006);** Strategic Culture. From Clausewitz to Constructivism. In: Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); Comparative Strategic Cultures Curriculum Project. Assessing Strategic Culture as a Methodological Approach to Understanding WMD Decision-Making by States and Non-State Actors, prepared for Defense Threat Reduction Agency Advanced Systems and Concepts Office, 31.10.2006, 90-120. Auch online verfügbar unter: <https://www.hsdl.org/?view&did=716438> (zuletzt eingesehen am: 21.12.2021).
- Lantis, Jeffrey S. (2014);** Strategic Cultures and Security Policies in the Asia-Pacific. In: Contemporary Security Policy 2/2014, 35 Jg., 166-186. Auch online verfügbar unter: <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/13523260.2014.927676?scroll=top&needAccess=true> (zuletzt eingesehen am: 17.12.2021).
- Lau, Richard R. (2003);** Models of Decision-Making. In: Sears, David O./Huddy, Leonie/Jervis, Robert (Hrsg.); Oxford Handbook of Political Psychology, Oxford University Press, Oxford 2003, 19-59.
- Le, Tom Phuong (2021);** Japan's Aging Peace. Pacifism and Militarism in the Twenty-First Century, Columbia University Press, New York 2021.
- Lee, Bradford A./Walling, Karl F. (2003);** Introduction. In: Lee, Bradford A./Walling, Karl F. (Hrsg.); Strategic Logic and Political Rationality. Essays in Honor of Michael I. Handel, US Naval War College, Newport 2003, 1-24.
- Lee, Eun-Jeung (2019);** Beyond the Orientalist and Occidental Bias "Protest and Applause" and the Role of Citizens and Democracy in a Mass Society. In: Korea Observer 2/2019, 50. Jg., 287-303.

- Lee, Inyeop (2018a)**; Legacies of Japanese colonial rule and the Korean War. In: Ku, Yangmo/Lee, Inyeop/Woo, Jongseok; Politics in North and South Korea. Political Development, Economy, and Foreign Relations, Taylor & Francis, London und New York 2018, 11-28.
- Lee, Inyeop (2018b)**; North Korean Nuclear crisis. In: Ku, Yangmo/Lee, Inyeop/Woo, Jongseok; Politics in North and South Korea. Political Development, Economy, and Foreign Relations, Taylor & Francis, London und New York 2018, 151-169.
- Lee, Nae Young/Han, Sung Min (2018)**; Politics of Party Polarization in East Asia. A comparison of South Korea, Taiwan, and Japan. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); Routledge Handbook of Democratization in East Asia, Routledge, London 2018, 193-208.
- Lee, Sang Hyun (2023)**; Emerging strategic risks in the Asia-Pacific and the impact on the nuclear non-proliferation regime. The South Korean perspective, Asia-Pacific Leadership Network (APLN), Seoul 2023.
- Lee, Seong-hyon (2022)**; The Election of Yoon Suk-yeol and Implications for the United States South Korea's Foreign Policy, Commentary for Congressional Affairs, National Bureau of Asian Research (NBR), Seattle und Washington DC 2022.
- Lee, Yoonkyung (2018)**; Class, civil society, and social movements. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); Routledge Handbook of Democratization in East Asia, Routledge, London 2018, 269-283.
- Legro, Jeffrey W. (1996)**; Culture and Preferences in the International Cooperation Two-Step. In: The American Political Science Review 1/1996, 90. Jg., 118-137.
- Levy, Jack S. (2003)**; Political Psychology and Foreign Policy. In: Sears, David O./Huddy, Leonie/Jervis, Robert (Hrsg.); Oxford Handbook of Political Psychology, Oxford University Press, Oxford 2003, 253-284.

- Li, Jijun (1997)**; Traditional Military Thinking and the Defense Strategy of China, U.S. Army War College, Strategic Studies Institute, Carlisle 29.08.1997. Auch online verfügbar unter: <https://www.globalsecurity.org/military/library/report/1997/china-li.pdf> (zuletzt eingesehen am: 02.11.2021).
- Li, Zhuoyao (2020)**; Political Liberalism, Confucianism, and the Future of Democracy in East Asia, Springer, Cham 2020.
- Lie, John (2016)**; Global Korea. In: Seth, Michael J. (Hrsg.); Routledge Handbook of Modern Korean History, Routledge, London und New York 2016, 656-675.
- Liff, Adam P. (2010)**; Japan's 2010 National Defense Program Guidelines - Reading the Tea Leaves. In: Asia Pacific Bulletin 89/2010.
- Liff, Adam P. (2022)**; The U.S.-Japan Alliance and Taiwan. In: Asia Policy 3/2022, 17. Jg., 125-160.
- Lin, Cheng-yi (2011)**; A Status Quo with Different Interpretations. Taiwan, China, the United States, and Security in the Taiwan Strait. In: Lin, Cheng-Yi/Roy, Denny (Hrsg.); The Future of United States, China, and Taiwan Relations, Palgrave Macmillan, New York 2011, 71-100.
- Lin, Syaru Shirley (2021)**; Analyzing the Relationship between Identity and Democratization in Taiwan and Hong Kong in the Shadow of China. In: Rozman, Gilbert (Hrsg.); Democratization, National Identity and Foreign Policy in Asia, Routledge, Oxon und New York 2021, 119-138.
- Lipset, Seymour Martin (1960)**; Political Man. The Social Bases of Politics, Doubleday, New York 1960.
- Lönholm, Ludwig (1898)**; The Civil Code of Japan, Maruya & Co, Tokio 1898. Auch online verfügbar unter: <https://core.ac.uk/download/pdf/146885178.pdf> (zuletzt eingesehen am: 27.04.2023).

- Lu, Jie/Chu, Yun-han (2022)**; *Understandings of Democracy. Origins and Consequences beyond Western Democracies*, Oxford University Press, Oxford 2022.
- Luft, Gal (2017)**; *Silk Road 2.0. US Strategy toward China's Belt and Road Initiative*, Atlantic Council Strategy Paper 11/2017. Auch online verfügbar unter: http://www.atlanticcouncil.org/images/AC_StrategyPapers_No11_FI_NAL_web3.pdf (zuletzt eingesehen am: 22.09.2021).
- Mackinder, Halford John (1904)**; *The geographical pivot of history* (1904). In: *The Geographical Journal* 4/1904, 23. Jg.
- Magee, Roderick R. II (Hrsg.) (1998)**; *Strategic Leadership Primer*, U.S. Army War College, Carlisle 1998.
- Mahan, Alfred Thayer (1965)**; *The Influence of SEA POWER upon History 1660- 1783*, Methuen & Co, London 1965.
- Martin, Curtis/Stronach, Bruce (Hrsg.) (2018)**; *Politics East and West. A Comparison of Japanese and British Political Culture*, First published 1992, Reissued 2018, Routledge, London und New York 2018.
- Masumi, Junnosuke (2018)**; *The LDP*. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan*, Volume 1, Brill, Leiden und Boston 2018, 39-86.
- Matsuda, Yasuhiro (2021)**; *The 2021 Defense White Paper and Japan's Taiwan Policy*, The National Bureau of Asian Research, Washington DC 2021.
- McCall Rosenbluth, Frances/Thies, Michael F. (2010)**; *Japan Transformed. Political change and economic restructuring*, Princeton University Press, Princeton und Oxford 2010.
- McElwain, Kenneth Mori (2018)**; *Manipulating Electoral Rules to Manufacture Single-Party Dominance*. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan*, Volume 1, Brill, Leiden und Boston 2018, 430-459.

Meeks, Philip (2010); “Soft” power, interests and identity. The future of the US–Japan alliance. In: Arase, David/Akaha, Tsuneo (Hrsg.); The US–Japan Alliance. Balancing soft and hard power in East Asia, Routledge, London und New York 2010, 19-34.

Metzler, John J. (2017); Taiwan’s Transformation. 1895 to the Present, Palgrave Macmillan, New York 2017.

MOD Japan (Ministry of Defense Japan) (2018a); National Defense Program Guidelines for FY 2019 and beyond. Auch online verfügbar unter: https://warp.da.ndl.go.jp/info:ndljp/pid/11591426/www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/2019/pdf/20181218_e.pdf (zuletzt eingesehen am: 03.03.2023).

MOD Japan (Ministry of Defense Japan) (2018b); Medium Term Defense Program (FY 2019 - FY 2023). Auch online verfügbar unter: https://warp.da.ndl.go.jp/info:ndljp/pid/11591426/www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/2019/pdf/chuki_seibi31-35_e.pdf (zuletzt eingesehen am: 03.03.2023).

MOD Japan (Ministry of Defense Japan) (2021); Defense of Japan 2021. Auch online verfügbar unter: https://www.mod.go.jp/en/publ/w_paper/wp2021/DOJ2021_Digest_EN.pdf (zuletzt eingesehen am: 03.03.2022).

MOD Japan (Ministry of Defense Japan) (2022a); National Security Strategy of Japan, Dezember 2022. Auch online verfügbar unter: https://www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/pdf/security_strategy_en.pdf (zuletzt eingesehen am: 03.03.2023).

MOD Japan (Ministry of Defense Japan) (2022b); National Defense Strategy of Japan, 16.12.2022. Auch online verfügbar unter: https://www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/strategy/pdf/strategy_en.pdf (zuletzt eingesehen am: 03.03.2023).

- MOD Japan** (Ministry of Defense Japan) (2022c); Defense Buildup Program, 16.12.2022. Auch online verfügbar unter: https://www.mod.go.jp/j/approach/agenda/guideline/plan/pdf/program_en.pdf (zuletzt eingesehen am: 03.03.2023).
- MOD Japan** (Ministry of Defense Japan) (2022d); Defense of Japan 2022. Auch online verfügbar unter: https://www.mod.go.jp/en/publ/w_paper/wp2022/DOJ2022_EN_Full_02.pdf (zuletzt eingesehen am: 03.04.2023).
- MOD ROC** (Ministry of National Defense ROC) (2021); 2021 National Defense Report, Taipeh 2021. Auch online verfügbar unter: <https://www.ustaiwandefense.com/taiwan-ministry-of-national-defense-reports/> (zuletzt eingesehen am: 03.02.2022).
- MOFA** (Ministry of Foreign Affairs of Japan) (1960); Treaty of Mutual Cooperation and Security between Japan and the United States of America. In: Website von MOFA, Tokio 2023: <https://www.mofa.go.jp/region/n-america/us/q&a/ref/1.html> (zuletzt eingesehen am: 07.04.2023).
- Moody, Peter R. Jr. (1994)**; Trends in the Study of Chinese Political Culture. In: *The China Quarterly* 139/1994, 35. Jg., 731-740.
- Moon, Chung-In (1998)**; South Korea. Recasting Security Paradigms. In: Alagappa, Muthia (Hrsg.); *Asian Security Practice. Material and Ideational Influences*, Stanford University Press, Stanford 1998, 264-287.
- Moon, Chung-in/Kim, Song-min (2000)**; Democracy and Economic Performance in South Korea. In: Diamond, Larry/Kim, Byung-Kook (Hrsg.); *Consolidating Democracy in South Korea*, Lynne Rienner, Boulder und London 2000, 139-172.
- Moon, Chung-in/Park, Han-kyu (2000)**; Globalization and Regionalization. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); *Japanese Foreign Policy Today*, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 65-82.

- Moon, Sangho (2014);** Democratization and Health Care. The Case of Korea in Financing and Equity. In: Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (Hrsg.); *New Challenges for Maturing Democracies in Korea and Taiwan*, Stanford University Press, Stanford 2014, 253-283.
- Morgan, Forrest E. (2003);** *Compellence and the Strategic Culture of Imperial Japan. Implications for Coercive Diplomacy in the Twenty-First Century*, Praeger, Westport und London 2003.
- Morgenthau, Hans (1948);** *Politics among Nations. The Struggle for Power and Peace*, Alfred A. Knopf, New York 1948.
- Morris, J. (1906);** *Makers of Japan*, Digitalized by the Internet Archive in 2007 with funding from Microsoft Corporation, Methuen & Co, London 1906.
- Mott, William H. IV/Kim, Jae Chang (2006);** *The Philosophy of Chinese Military Culture*, Palgrave Macmillan, London 2006.
- Mühlhahn, Klaus (2019);** *Making China Modern. From the Great Qing to Xi Jinping*, Belknap Press, Cambridge und London 2019.
- Mukherjee, Rohan (2022);** *Ascending Order. Rising Powers and the Politics of Status in International Institutions*, Cambridge University Press, New York u.a. 2022.
- Mullins, Mark R./Nakano, Koichi (Hrsg.) (2016);** *Disasters and Social Crisis in Contemporary Japan. Political, Religious, and Sociocultural Responses*, Palgrave Macmillan, Basingstoke und New York 2016.
- Muramatsu, Michio/Krauss, Ellis S. (2018);** *The Conservative Policy Line and the Development of Patterned Pluralism*. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan*, Volume 1, Brill, Leiden und Boston 2018, 224-266.
- Nakabayashi, Itsuki (2009);** *Disaster Management System for Wide-Area Support and Collaboration in Japan. Focused on Mega-disaster in Tokyo Metropolitan Region*. In: *Toshi Kagaku Kenkyu* 3/2009, 73–81.

- Nakakita, Koji (2020)**; *The Liberal Democratic Party of Japan. The Realities of 'Power'*, Translated by Stephen Johnson, Routledge, London und New York 2020.
- Nakamura, Akira/Hrebenar, Ronald J. (2015)**; *The Liberal Democratic Party. The persistent ruling party of Japan*. In: Hrebenar, Ronald J./Nakamura, Akira (Hrsg.); *Party Politics in Japan. Political chaos and stalemate in the twenty-first century*, Routledge, London und New York 2015, 118-147.
- Nakane, Chie (1970)**; Japanese Society, University of California Press, Berkeley, Los Angeles und London 1970.
- Nakane, Chie/Oishi, Shinzaburo/Totman, Conrad (Hrsg.) (1990)**; *Tokugawa Japan. The Social and Economic Antecedents of Modern Japan*, University of Tokyo Press, Tokio 1990.
- Nakane, Ikuko/Otsuji, Emi/Armour, William S. (Hrsg.) (2015)**; *Languages and Identities in a Transitional Japan. From Internationalization to Globalization*, Routledge, New York 2015.
- Nakano, Koichi (2016)**; *New Right Transformation in Japan*. In: Mullins, Mark R./Nakano, Koichi (Hrsg.); *Disasters and Social Crisis in Contemporary Japan. Political, Religious, and Sociocultural Responses*, Palgrave Macmillan, Basingstoke und New York 2016, 23-41.
- Neary, Ian (2000)**; *Japanese Foreign Policy and Human Rights*. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); *Japanese Foreign Policy Today*, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 83-95.
- Nemoto, Kuniaki/Pekkanen, Robert/Krauss, Ellis (2018)**; *Over-Nominating Candidates, Undermining the Party. The Collective Action Problem under SNTV in Japan*. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan, Volume 1*, Brill, Leiden und Boston 2018, 387-408.

- Newman, Edward (2000)**; Japan and International Organizations. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); Japanese Foreign Policy Today, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 43-64.
- Niquet, Valérie (2008)**; Culture stratégique et politique de défense en Chine, Réseau Asie – IIIe Congrès 26-27-28 septembre 2007, Centre Asie Ifri, Paris 20.02.2008. Auch online verfügbar unter: https://www.ifri.org/sites/default/files/atoms/files/SEM_niquet.pdf (zuletzt eingesehen am: 25.10.2021).
- Noesselt, Nele (2018)**; Governance Innovation and Policy Change. In: Noesselt, Nele (Hrsg.); Governance Innovation and Policy Change. Re-calibrations of Chinese Politics under Xi Jinping, Lexington Books, Lanham u.a. 2018.
- Nye, Joseph S. (2011)**; The Future of Power, Public Affairs, New York 2011.
- O'Donnell, Guillermo/Schmitter, Philippe (1986)**; Transitions from Authoritarian Rule. Tentative Conclusions about Uncertain Democracies, Johns Hopkins University Press, Baltimore 1986.
- O'Hanlon, Michael (2003)**; The "Revolution in Military Affairs" and Security in Asia. In: Ikenberry, John G./Inoguchi, Takashi (Hrsg.); Reinventing the Alliance. U.S.–Japan Security Partnership in an Era of Change, Palgrave Macmillan, New York und Basingstoke 2003, 163-186.
- Ogawa, Akihiro (2020)**; Japanese NPOs and the State Re-examined. Reflections Eighteen Years On. In: Chiavacci, David/Grano Simona A./Obinger, Julia (Hrsg.); Civil Society and the State in Democratic East Asia. Between Entanglement and Contention in Post High Growth, Amsterdam University Press, Amsterdam 2020, 219-237.
- Oh, Ingyu/Jun, Hannah (2016)**; Economic miracle. From post-war reconstruction to post-crisis affluence. In: Seth, Michael J. (Hrsg.); Routledge Handbook of Modern Korean History, Routledge, London und New York 2016, 539-573.

- Oh**, Kongdan/**Hassig**, Ralph C. (2021); North Korea in a Nutshell, Rowman and Littlefield, Lanham 2021.
- Ohta**, Hiroshi (2000); Japanese Environmental Foreign Policy. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); Japanese Foreign Policy Today, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 96-121.
- Olsen**, Edward A. (2009); North Korean Policy toward the United States. Pyongyang Copes with an Evolving U.S. Context. In: Kwak, Tae-Hwan/Joo, Seung-Ho (Hrsg.); North Korean Foreign Policy unter Kim Jong Il. New Perspectives, Routledge, London und New York 2009, 137-159.
- Oros**, Andrew L. (2010); Japan's security future. In: Ganguly, Sumit/Scobell, Andrew/Liow, Joseph Chinyong (Hrsg.); The Routledge Handbook of Asian Security Studies, Taylor & Francis e-Library, London und New York 2010, 23-34.
- Oros**, Andrew L. (2014); Japan's Strategic Culture. Security Identity in a Fourth Modern Incarnation?. In: Contemporary Security Policy 2/2014, 35. Jg., 227-248.
- Oros**, Andrew L. (2015); International and domestic challenges to Japan's postwar security identity. 'Norm constructivism' and Japan's new 'proactive pacifism'. In: The Pacific Review 1/2015, 28. Jg., 139-160.
- Oros**, Andrew L. (2017); Japan's Security Renaissance. New Policies and Politics for the Twenty-First Century, Columbia University Press, New York 2017.
- Overhaus**, Marco/**Sakaki**, Alexandra (2021); Die US-Bündnisse mit Japan und Südkorea. Stärken und Bruchlinien in der sicherheitspolitischen Kooperation, SWP-Studie 5, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin 2021.

- Oyserman, Daphna/Coon, Heather M./Kimmelmeier, Markus (2002);** Rethinking Individualism and Collectivism. Evaluation of Theoretical Assumptions and Meta-Analyses. In: *Psychological Bulletin* 1/2002, 128. Jg., 3-72. Auch online verfügbar unter: <https://dornsife.usc.edu/assets/sites/782/docs/oysermancoonkimmelmeier2002.pdf> (zuletzt eingesehen am: 28.12.2021).
- Panda, Jagannath P. (2020);** Introduction. The Korean Peninsula and Indo-Pacific power politics. Status security at stake. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); *The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake*, Routledge, London und New York 2020, 1-17.
- Panda, Jagannath P./Guha Sarkar, Mrittika (2020);** India and the Korean Peninsula. Between dialog, diplomacy, and denuclearization. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); *The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake*, Routledge, London und New York 2020, 165-190.
- Park, Cheol Hee (2015);** Return to the Liberal Democratic Party Dominance?. In: Inoguchi, Takashi (Hrsg.); *Japanese and Korean Politics. Alone and Apart from Each Other*, Palgrave Macmillan, New York 2015, 49-71.
- Park, Chong-Min (2014);** South Korea's disaffected democracy. In: Fung, Edmund S. K./Drakeley, Steven (Hrsg.); *Democracy in Eastern Asia. Issues, problems and challenges in a region of diversity*, Routledge, London und New York 2014, 38-59.
- Park, Chong-min/Chu, Yun-han (2014);** Trends in Attitudes Toward Democracy in Korea and Taiwan. In: Diamond, Larry/Shin, Gi-Wook (Hrsg.); *New Challenges for Maturing Democracies in Korea and Taiwan*, Stanford University Press, Stanford 2014, 27-67.
- Park, Han S. (2006);** The rationales behind North Korean foreign policy. In: Hagström, Linus/Söderberg, Marie (Hrsg.); *North Korea Policy. Japan and the great powers*, Routledge, New York 2006, 38-52.

- Patterson, Dennis (2007)**; Japan's Response to Asia's Security Problems. In: Horowitz, Shale/Heo, Uk/Tan, Alexander C. (Hrsg.); *Identity and Change in East Asian Conflicts. The Cases of China, Taiwan and the Koreas*, Palgrave Macmillan, New York 2007, 185-206.
- Pekkanen, Robert (2004)**; Japan. Social Capital Without Advocacy. In: Alagappa, Mutiah (Hrsg.); *Civil Society and Political Change in Asia. Expanding and Contracting Democratic Space*, Stanford University Press, Stanford 2004, 223-255.
- Pekkanen, Robert (Hrsg.) (2018)**; *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan, Volume 1*, Brill, Leiden und Boston 2018.
- Pempel, T. J. (2018)**; Creative Conservatism. Public Policy in Japan. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan, Volume 1*, Brill, Leiden und Boston 2018, 190-204.
- Pempel, T. J. (2021)**; *A Region of Regimes. Prosperity and Plunder in the Asia-Pacific*, Cornell University Press, Ithaca und London 2021.
- Pilling, David (2014)**; *Bending Adversity. Japan and the Art of Survival*, The Penguin Press, New York 2014.
- Pinkston, Daniel A. (2010)**; North and South Korean views of the US–Japan alliance. In: Arase, David/Akaha, Tsuneo (Hrsg.); *The US–Japan Alliance. Balancing soft and hard power in East Asia*, Routledge, London und New York 2010, 117-130.
- Pirie, Iain (2016)**; South Korea after the Developmental State. In: Chu, Yin-wah (Hrsg.); *The Asian Developmental State. Reexaminations and New Departures*, Palgrave Macmillan, Basingstoke und New York 2016, 139-158.
- Pohl, Manfred (2002)**; *Geschichte Japans*, Verlag C.H. Beck, München 2002.
- Pollack, Jonathan D. /Lee, Chung Min (1999)**; *Preparing for Korean Unification. Scenarios and Implications*, Rand, Santa Monica 1999.

- Prime Minister of Japan** and his Cabinet (2021a); Profile of the Prime Minister. In: Website des Prime Minister of Japan, Tokio k.A.: https://japan.kantei.go.jp/96_abe/meibo/daijin/abe_e.html (zuletzt eingesehen am: 14.09.2021).
- Prime Minister of Japan** and his Cabinet (2021b); Profile of the Prime Minister. In: Website des Prime Minister of Japan, Tokio k.A.: https://japan.kantei.go.jp/99_suga/meibo/daijin/suga_e.html (zuletzt eingesehen am: 14.09.2021).
- Prime Minister of Japan** and his Cabinet (2021c); The Constitution of Japan, Tokio k.A.: https://japan.kantei.go.jp/constitution_and_government_of_japan/constitution_e.html (zuletzt eingesehen am: 14.09.2021).
- Prime Minister of Japan** and his Cabinet (2021d); Profile of the Prime Minister. In: Website des Prime Minister of Japan, Tokio k.A.: https://japan.kantei.go.jp/100_kishida/meibo/daijin/kishida_e.html (zuletzt eingesehen am: 14.10.2021).
- Putnam, Robert (1988)**; Diplomacy and Domestic Politics. The Logic of Two-level Game. In: *International Organization* 2/1988, 42. Jg., 427-460.
- Pye, Lucian W. (1985)**; Asian Power and Politics. The Cultural Dimensions of Authority, Harvard University Press, Cambridge und London 1985.
- Pyle, Kenneth B. (2022)**; Japan's Return to Great Power Politics. Abe's Restoration. In: *Asia Policy* 2/2018, 13. Jg., 69-90.
- Qing, Jiang (2013)**; A Confucian Constitutional Order. How China's Ancient Past Can shape its Political future, Princeton University Press, Princeton 2013.
- Quo, F. Quei (1988)**; The Impact of Domestic Politics on Japan's Foreign Policy. In: Bernstein, Gail Lee/Fukui, Haruhiro (Hrsg.); *Japan and the World. Essays in Japanese History & Politics in Honor of Ishida Takeshi*, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1988, 176-193.

- Rainey**, Lee Dian (2010); *Confucius & Confucianism. The Essentials*, Wiley-Blackwell, Chichester 2010.
- Ramseyer**, Mark J./**Rosenbluth**, Frances M. (1998); *The Politics of Oligarchy. Institutional Choice in Imperial Japan*, First published 1995, First paperback edition, Cambridge University Press, Cambridge u.a. 1998.
- Ramseyer**, Mark J./**Rosenbluth**, Frances M. (2018); *Party Organization*. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan*, Volume 1, Brill, Leiden und Boston 2018, 205-223.
- Rattray**, Gregory u.a. (2018); *Strategic Culture and Cyberwarfare Strategies. Four Case Studies*, SIPA Capstone Workshop, Columbia University, New York 2018.
- Reed**, Steven (2018); *Party Strategy or Candidate Strategy. How Does the LDP Run the Right Number of Candidates in Japan's Multi-Member Districts?*. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan*, Volume 1, Brill, Leiden und Boston 2018, 409-429.
- Reischauer**, Edwin O. (1989); *Japan. The Story of a Nation*, Fourth Edition, Alfred A. Knopf, New York 1989.
- Reischauer**, Edwin O./**Fairbank**, John K. (1960); *East Asia. The Great Tradition*, Zweite Auflage, Houghton Mifflin Company, Boston 1960.
- Renwick**, Neil (1995); *Japan's Alliance Politics and Defence Production*, Macmillan Press, Basingstoke und London 1995.
- Rigger**, Shelley (2014); *Taiwan's democratization and mainland China's future*. In: Zhou, Kate Xiao/Rigger, Shelley/White, Lynn T. (Hrsg.); *Democratization in China, Korea and Southeast Asia?*, Routledge, London und New York 2014, 36-50.
- Rose**, Caroline (2000); *Japanese Role in PKO and Humanitarian Assistance*. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); *Japanese Foreign Policy Today*, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 122-135.

- Rosenau, James N. (1997);** Many Damn Things Simultaneously. Complexity Theory and World Affairs. In: Alberts, David S./Czerwinski, Thomas J. (Hrsg.); Complexity, Global Politics, and National Security, National Defense University, Washington DC 1997, 32-43.
- Rozman, Gilbert (2007a);** Strategic Thinking about the Korean Nuclear Crisis. Four Parties Caught between North Korea and the United States, Palgrave Macmillan, London und New York 2007.
- Rozman, Gilbert (2007b);** Japanese Strategic Thinking on Regionalism. In: Rozman, Gilbert/Togo, Kazuhiko/Ferguson, Joseph B. (Hrsg.); Chinese Strategic Thought toward Asia, Palgrave Macmillan, London und New York 2010, 244-268.
- Rozman, Gilbert (2008a);** South Korean Strategic Thought toward Japan. In: Rozman, Gilbert/Hyun, In-Taek/Lee, Shin-wha (Hrsg.); South Korean Strategic Thought toward Asia, Palgrave Macmillan, London und New York 2008, 179-201.
- Rozman, Gilbert (2008b);** South Korean Strategic Thought toward Russia. In: Rozman, Gilbert/Hyun, In-Taek/Lee, Shin-wha (Hrsg.); South Korean Strategic Thought toward Asia, Palgrave Macmillan, London und New York 2008, 203-224.
- Rozman, Gilbert (2015b);** Realism versus Revisionism in Abe's Foreign Policy in 2014. In: Rozman, Gilbert (Hrsg.); Asia's Alliance Triangle. US-Japan-South Korea Relations at a Tumultuous Time, Palgrave Macmillan, Basingstoke 2015, 241-254.
- Rozman, Gilbert (Hrsg.) (2015a);** Asia's Alliance Triangle. US-Japan-South Korea Relations at a Tumultuous Time, Palgrave Macmillan, Basingstoke 2015.
- Rozman, Gilbert (Hrsg.) (2021);** Democratization, National Identity and Foreign Policy in Asia, Routledge, Oxon und New York 2021.

- Rozman, Gilbert /Hyun, In-Taek/Lee, Shin-wha (Hrsg.) (2008);** South Korean Strategic Thought toward Asia, Palgrave Macmillan, London und New York 2008.
- Rozman, Gilbert/Togo, Kazuhiko/Ferguson, Joseph B. (Hrsg.) (2007);** Chinese Strategic Thought toward Asia, Palgrave Macmillan, London und New York 2010.
- Sakaki, Alexandra/Lukner, Kerstin (2013);** Introduction to Special Issue. Japan's Crisis Management amid Growing Complexity. In Search of New Approaches. In: Japanese Journal of Political Science 2/2013, 14. Jg., 155-176.
- Sakamoto, Takayuki (1999);** Building Policy Legitimacy in Japan. Political Behaviour beyond Rational Choice, Macmillan Press, Basingstoke 1999.
- Saltzman, Ilai Z. (2015);** Growing Pains. Neoclassical Realism and Japan's Security Policy Emancipation. In: Contemporary Security Policy 3/2015, 36. Jg., 498-527.
- Samuels, Richard J. (1994);** „Rich Nation, Strong Army“. National Security and the Technological Transformation of Japan, Cornell University Press, Ithaca und London 1994.
- Samuels, Richard J. (2007);** Securing Japan. Tokyo's Grand Strategy and the Future of East Asia, Cornell University Press, Ithaca und London 2007.
- Satake, Tomohiko (2022);** Japan. At a Crossroads in its Quest for Security. In: CSCAP (Council for Security Cooperation in the Asia Pacific); Regional Security Outlook 2023, 13-16. Auch online verfügbar unter: <http://www.cscap.org/uploads/CSCAP%20Security%20Outlook%2023%20FA.PDF> (zuletzt eingesehen am: 30.04.2023).
- Satake, Tomohiko (2023);** Japan's Quest for Security, RSIS Commentary Nr. 23014, NTU University, Singapur 2023.

- Sato, Yoichiro (2006)**; US North Korea policy. The 'Japan factor'. In: Hagström, Linus/Söderberg, Marie (Hrsg.); North Korea Policy. Japan and the great powers, Routledge, New York 2006, 73-94.
- Scheiner, Ethan (2018)**; Democracy without Competition. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan, Volume 1, Brill, Leiden und Boston 2018, 267-290.
- Schweller, Randall L. (1994)**; Bandwagoning for Profit. Bringing the Revisionist State Back In. In: International Security 1/1994, 19. Jg., 72-107.
- Scobell, Andrew (2002)**; China and Strategic Culture, U.S. Army War College, Carlisle 2002. Auch online verfügbar unter: https://www.globalsecurity.org/military/library/report/2002/ssi_scobell.pdf (zuletzt eingesehen am: 21.12.2022).
- Scobell, Andrew (2005)**; Strategic Culture and China. IR Theory Versus the Fortune Cookie?. In: Strategic Insights 10/2005, 4. Jg. Auch online verfügbar unter: <https://www.hsdl.org/?view&did=457653> (zuletzt eingesehen am: 25.11.2021).
- Scobell, Andrew u.a. (2020)**; China's Grand Strategy. Trends, Trajectories, and Long-Term Competition, Rand Corporation, Santa Monica 2020.
- Scobell, Andrew/Wortzel, Larry M. (2005)**; Chinese National Security Decisionmaking under Stress, U.S. Army War College, Carlisle 2005.
- Seth, Michael J. (Hrsg.) (2016)**; Routledge Handbook of Modern Korean History, Routledge, London und New York 2016.
- Sethi, Manpreet (2020)**; Negotiating mechanisms in the Korean Peninsula. What has worked? Any lessons for the Indo-Pacific?. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake, Routledge, London und New York 2020, 209-224.

- Sevastyanov, Sergey (2010)**; Russian perspectives on the US–Japan Security alliance. In: Arase, David/Akaha, Tsuneo (Hrsg.); *The US–Japan Alliance. Balancing soft and hard power in East Asia*, Routledge, London und New York 2010, 131-150.
- Shan, Wei/Zheng, Yongnian (2018)**; Geopolitics and Democratization in East Asia. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); *Routledge Handbook of Democratization in East Asia*, Routledge, London 2018, 509-527.
- Sheperd, Thomas (2012)**; Navigating the Linkage between Culture and Strategy. A Guide to Understanding the Analytical Cultural Framework for Strategy and Policy. In: Boone, Bartholomees Jr. (Hrsg.); *U.S. Army War College Guide to National Security Issues, Vol. 2: National Security Policy and Strategy*, U.S. War College, Carlisle 2012, 275-285.
- Shi, Tianjian (2015)**; *The Cultural Logic of Politics in Mainland China and Taiwan*, Cambridge University Press, New York 2015.
- Shi, Tianjian/Lu, Jie (2010)**; The Shadow of Confucianism. In: *Journal of Democracy* 4/2010, 21 Jg., 123-130.
- Shin, Doh Chull (2012)**; Cultural Origins of Diffuse Regime Support among East Asians. Exploring an Alternative to the Theory of Critical Citizens, Globalbarometer, Working Paper Series Nr. 63, University of California, Berkeley 2012. Auch online verfügbar unter: <http://asianbarometer.org/publications//132adfc4c54a1e555e7605332a5852d5.pdf> (zuletzt eingesehen am: 28.11.2021).
- Shin, Doh Chull (2018)**; The Asian Values Debate. A reassessment from the perspective of democratization. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); *Routledge Handbook of Democratization in East Asia*, Routledge, London 2018, 327-340.
- Shin, Doh Chull/Park, Chong-Min (2008)**; The Mass Public and Democratic Politics in South Korea. Exploring the Subjective World of Democratization in Flux. In: Chu, Yun-han u.a. (Hrsg.); *How East Asians View Democracy*, Columbia University Press, New York 2008, 39-60.

- Shin, Jin (2020)**; Unification of Koreas and North Korea´s changing political system. Models and movements. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake, Routledge, London und New York 2020, 193-208.
- Shinoda, Tomohito (2013)**; Contemporary Japanese Politics. Institutional Changes and Power Shifts, Columbia University Press, New York 2013.
- Skalnes, Lars S. (2022)**; The Political Economy of Peaceful Change. In: Paul, T.V. u.a. (Hrsg.); The Oxford Handbook of Peaceful Change in International Relations, Oxford University Press, Oxford 2022, 319-336.
- Smith, Sheila A. (2003)**; Beyond the “Post–Cold War“? U.S.–Japan Alliance and the Future of Asia-Pacific Security. In: Ikenberry, John G./Inoguchi, Takashi (Hrsg.); Reinventing the Alliance. U.S.–Japan Security Partnership in an Era of Change, Palgrave Macmillan, New York und Basingstoke 2003, 117-140.
- Smith, Sheila A. (2015)**; Intimate Rivals. Japanese Domestic Politics and a Rising China, Columbia University Press, New York 2015.
- Smith, Sheila A. (2019)**; Japan Rearmed. The Politics of Military Power, Harvard University Press, Cambridge und London 2019.
- Snyder, Glenn H. (1984)**; The Security Dilemma in Alliance Politics. In: World Politics 4/1984, 36. Jg., 461-495.
- Snyder, Jack L. (1977)**; The Soviet Strategic Culture. Implications for Limited Nuclear Operations, RAND Corporation, Santa Monica 1977. Auch online verfügbar unter: <https://www.rand.org/content/dam/rand/pubs/reports/2005/R2154.pdf> (zuletzt eingesehen am: 10.11.2021).
- Snyder, Jack L. (2002)**; Anarchy and Culture. Insights from the Anthropology of War. In: International Organization 1/2002, 56. Jg., 7-45.
- Snyder, Scott A. (2018)**; South Korea at the Crossroads. Autonomy and Alliance in an Era of Rival Powers, A Council on Foreign Relations Book, Columbia University Press, New York 2018.

- Soeya, Yoshihide (1998);** Japan. Normative Constraints Versus Structural Imperatives. In: Alagappa, Muthia (Hrsg.); *Asian Security Practice. Material and Ideational Influences*, Stanford University Press, Stanford 1998, 198-233.
- Solis, Mireya (2021);** China, Japan, and the Art of Economic Statecraft. In: Chhabra, Tarun/Doshi, Rush/Hass, Ryan/Kimball, Emilie (Hrsg.); *Global China. Assessing China's Growing Role in the World*, Brookings Institution Press, Washington DC 2021, 111-119.
- Sondhaus, Lawrence (2006);** *Strategic Culture and Ways of War*, Routledge, London und New York 2006, 105-113.
- Stanley, Thomas A. (1988);** Japan as a Model for Economic Development. The Example of Singapore. In: Bernstein, Gail Lee/Fukui, Haruhiro (Hrsg.); *Japan and the World. Essays in Japanese History & Politics in Honor of Ishida Takeshi*, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1988, 232-244.
- Steinhoff, Patricia G. (1988);** Tenko and Thought Control. In: Bernstein, Gail Lee/Fukui, Haruhiro (Hrsg.); *Japan and the World. Essays in Japanese History & Politics in Honor of Ishida Takeshi*, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1988, 78-94.
- Stockwin, J. A. A. (1988);** Japanese Politics. Good or Bad?. In: Bernstein, Gail Lee/Fukui, Haruhiro (Hrsg.); *Japan and the World. Essays in Japanese History & Politics in Honor of Ishida Takeshi*, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1988, 158-175.
- Stockwin, J. A. A. (2018);** The Politics of Party. The Liberal Democrats and their Rivals. In: Pekkanen, Robert (Hrsg.); *Critical Readings on the Liberal Democratic Party in Japan, Volume 1*, Brill, Leiden und Boston 2018, 291-318.
- Stolberg, Alan G. (2012);** The International System in the 21st Century. In: Boone, Bartholomees Jr. (Hrsg.); *U.S. Army War College Guide to National Security Issues, Vol. 2: National Security Policy and Strategy*, U.S. War College, Carlisle 2012, 137-150.

- Stone, Elizabeth (2006);** Comparative Strategic Cultures Literature Review (Part 1). In: Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); Comparative Strategic Cultures Curriculum Project. Assessing Strategic Culture as a Methodological Approach to Understanding WMD Decision-Making by States and Non-State Actors, prepared for Defense Threat Reduction Agency Advanced Systems and Concepts Office, Washington DC 2006, 31-39.
- Strachan, Hew (2008);** The lost meaning of strategy. In: Mahnken, Thomas G./Maiolo, Joseph A. (Hrsg.); Strategic Studies. A Reader, Routledge, New York 2008, 421-436.
- Stryker, Sheldon /Burke, Peter J. (2000);** The Past, Present, and Future of an Identity Theory. In: Social Psychology Quarterly 4/2000, 63. Jg., Special Millenium Issue on the State of Sociological Social, 284-297.
- Suh, Seung-won (2015);** Japanese Realignments and Impacting Korean-Japanese Relations. In: Inoguchi, Takashi (Hrsg.); Japanese and Korean Politics. Alone and Apart from Each Other, Palgrave Macmillan, New York 2015, 73-95.
- Suzuki, Tatsujiro (2023);** Heading the Wrong Way? Japan and the Growing Nuclear Threats in Northeast Asia. In: Global Asia 1/2023, 18. Jg., 50-55.
- Tanaka, Akihiko (2000);** Domestic Politics and Foreign Policy. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); Japanese Foreign Policy Today, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 3-17.
- Tanifuji, Etsushi (2000);** Crisis Awareness and Organizational Response Capabilities in Present Japanese Local Governments. Crisis Awareness Survey Findings. In: Journal of Contingencies and Crisis Management 1/2000, 8. Jg., 30-41.
- Tarapore, Arzan (2018);** The Geopolitics of the Quad, The National Bureau of Asian Research (NBR), Seattle und Washington DC 2018. Auch online verfügbar unter: <https://www.nbr.org/publication/the-geopolitics-of-the-quad/> (zuletzt eingesehen am: 05.10.2022).

- Tatsumi, Yuki (2022)**; Alliance vs. Alliance “Plus”. Japanese Foreign Policy Post-9/11. In: McKercher, B. J. C. (Hrsg.); *The Routledge Handbook of Diplomacy and Statecraft*, Second Edition, Routledge, London und New York 2022, 105-115.
- Tien, Hung-Mao (1988)**; *The Great Transition. Political and Social Change in the Republic of China*; Hoover Institution Press, Stanford 1988.
- Togo, Kazuhiko (2007)**; Japan’s Strategic Thinking in the Second Half of the 1990s. In: Rozman, Gilbert/Togo, Kazuhiko/Ferguson, Joseph B. (Hrsg.); *Chinese Strategic Thought toward Asia*, Palgrave Macmillan, London und New York 2010, 79-108.
- Togo, Kazuhiko (2015)**; Japanese Foreign Policy. Abe II and Beyond. With a Future Perspective of Japan-Korea Relations. In: Inoguchi, Takashi (Hrsg.); *Japanese and Korean Politics. Alone and Apart from Each Other*, Palgrave Macmillan, New York 2015, 195-220.
- Trondman, Mats (2011)**; To locate in the tenor of their setting the sources of their spell. Clifford Geertz and the “Strong” Program in Cultural Sociology. In: Alexander, Jeffrey C./Smith, Philip/Norton, Matthew (Hrsg.); *Interpreting Clifford Geertz. Cultural Investigation in the Social Sciences*, Palgrave Macmillan, London 2011.
- Tsuchiyama, Jitsuo (2000)**; Ironies in Japanese Defense and Disarmament Policy. In: Inoguchi, Takashi/Jain, Purnendra (Hrsg.); *Japanese Foreign Policy Today*, Palgrave, New York und Basingstoke 2000, 136-151.
- Tsuchiyama, Jitsuo (2003)**; From Balancing to Networking. Models of Regional Security in Asia. In: Ikenberry, John G./Inoguchi, Takashi (Hrsg.); *Reinventing the Alliance. U.S.–Japan Security Partnership in an Era of Change*, Palgrave Macmillan, New York und Basingstoke 2003, 43-61.
- Tucker, Paul (2022)**; *Global Discord. Values and Power in a Fractured World Order*, Princeton University Press, Princeton und Oxford 2022.

- Twomey, Christopher P. (2006);** Chinese Strategic Cultures. Survey and Critique. In: Larsen, Jeffrey A. (Hrsg.); Comparative Strategic Cultures Curriculum Project, Assessing Strategic Culture as a Methodological Approach to Understanding WMD Decision-Making by States and Non-State Actors, prepared for Defense Threat Reduction Agency Advanced Systems and Concepts Office, Washington DC 2006, 255-273. Auch online verfügbar unter: <https://www.hsdl.org/?view&did=716438> (21.12.2022).
- U.S. Department of State (2015);** Bureau of Democracy, Human Rights and Labor. International Religious Freedom Report for 2015. Auch online verfügbar unter: <https://2009-2017.state.gov/j/drl/rls/irf/religiousfreedom/index.htm?year=2015&dlid=256109> (zuletzt eingesehen am: 18.09.2020).
- U.S. State Department (1954);** Mutual Defense Treaty Between the United States and the Republic of Korea; October 1, 1953, Washington DC 1954. Auch online verfügbar unter: https://avalon.law.yale.edu/20th_century/kor001.asp (zuletzt eingesehen am: 10.01.2023).
- Upadhyay, Archana (2020);** Russia and the two Koreas. In: Panda, Jagannath P. (Hrsg.); The Korean Peninsula and Indo-Pacific Power Politics. Status Security at Stake, Routledge, London und New York 2020, 137-148.
- Valle, Vicente Jr. (2000);** Chaos, Complexity and Deterrence, Student Paper, U.S. War College, Carlisle 2000. Auch online verfügbar unter: <http://www.au.af.mil/au/awc/awcgate/ndu/valle.pdf> (zuletzt eingesehen am: 19.11.2022).
- Varley, Paul (2000);** Japanese Culture, Fourth Edition, Updated and Expanded, University of Hawaii Press, Honolulu 2000.
- Vogel, Ezra F. (1988);** A Non-traditional View of Japanese Modernisation. In: Bernstein, Gail Lee/Fukui, Haruhiro (Hrsg.); Japan and the World. Essays in Japanese History & Politics in Honor of Ishida Takeshi, Palgrave Macmillan, Basingstoke und London 1988, 45-53.

- Vranken Hickey, Dennis (2007);** Foreign Policy Making in Taiwan. From principle to pragmatism, Routledge, London und New York 2007.
- Waidelich, Brian/Barrett, Elizabeth (2021);** Japan's New Defense White Paper Elevates Security Concerns Over Taiwan Strait, Center for Naval Analysis (CNA), Arlington 2021.
- Walker, Alan/Wong, Chack-kie (2005);** Introduction. East Asian welfare regimes. In: Walker, Alan/Wong, Chack-kie (Hrsg.); East Asian Welfare Regimes in Transition. From Confucianism to globalization, Policy Press, Bristol 2005, 3-20.
- Walker, Brett L. (2015);** A Concise History of Japan, Cambridge University Press, Cambridge 2015.
- Walt, Stephen M. (1987);** The Origins of Alliances, Ithaca, Cornell University Press, New York 1987.
- Walt, Stephen M. (2006);** International relations. One world, many theories. In: Little, Richard/Smith, Michael (Hrsg.); Perspectives on World Politics, Routledge, London und New York 2006, 424-433.
- Waltz, Kenneth N. (1979);** Theory of International Politics, Addison-Wesley Publishing Company, Reading 1979.
- Waltz, Kenneth N. (2006);** Structural realism after the Cold War. In: Little, Richard/Smith, Michael (Hrsg.); Perspectives on World Politics, Routledge, London und New York 2006, 101-110.
- Wan, Mengjia (2016);** Behind the official Narrative. China's Strategic Culture in Perspective, The National Bureau of Asian Research (NBR), Seattle und Washington DC 2016. Auch online verfügbar unter: <https://www.nbr.org/publication/behind-the-official-narrative-chinas-strategic-culture-in-perspective/> (zuletzt eingesehen am: 21.11.2022).
- Watanabe, Tsuneo (2022);** Japan's Security Policy Evolution. The Interaction between Think Tank Proposals and Government Implementation. In: Asia Policy 3/2022, 17. Jg., 107-124.

- Watanabe, Tsuneo (2023)**; What's New in Japan's Three Strategic Documents, Center for Strategic and International Studies (CSIS), Washington DC 2023.
- Weber, Max (2008)**; Max Weber's Complete Writings on Academic and Political Vocations, Algora Publishing, New York 2008.
- Weiss, Tobias (2020)**; The Campaign for Nuclear Power in Japan before and after 2011. Between State, Market and Civil Society. In: Chiavacci, David/Grano Simona A./Obinger, Julia (Hrsg.); Civil Society and the State in Democratic East Asia. Between Entanglement and Contention in Post High Growth, Amsterdam University Press, Amsterdam 2020, 85-114.
- Weller, Robert Paul (2001)**; Alternate Civilities. Democracy and Culture in China and Taiwan, Westview Press, Boston 2001.
- Wendt, Alexander (2006)**; Four sociologies of international politics. In: Little, Richard/Smith, Michael (Hrsg.); Perspectives on World Politics, Routledge, London und New York 2006, 446-456.
- White, Gordon/Wade, R (1988)**; Developmental States and Markets in East Asia. In: White, Gordon (Hrsg.); Developmental States in East Asia, Palgrave Macmillan, London 1988, 1-29.
- Wilkins, Thomas (2014a)**; Aligned Allies. The Australia-Japan Strategic Partnership, The Tokyo Foundation for Policy Research, Tokio 2014.
- Wilkins, Thomas (2014b)**; Japan's Grand Strategy and New Strategic Partnerships, The Tokyo Foundation for Policy Research, Tokio 2014.
- Winter, David G. (2003)**; Personality and Political Behaviour. In: Sears, David O./Huddy, Leonie/Jervis, Robert (Hrsg.); Oxford Handbook of Political Psychology, Oxford University Press, Oxford 2003, 110-145.
- Wong, Joseph (2019)**; Democratic Resilience in South Korea and Taiwan. In: Beek, Ursula van (Hrsg.); Democracy under Threat. A Crisis of Legitimacy?, Palgrave Macmillan, Cham 2019, 199-220.

- Woo-Cumings**, Meredith (Hrsg.) (1999); *The Developmental State*, Cornell University Press, Ithaca und London 1999.
- Woodall**, Brian (2015); Japanese political finance and its dark side. In: Hrebenar, Ronald J./Nakamura, Akira (Hrsg.); *Party Politics in Japan. Political chaos and stalemate in the twenty-first century*, Routledge, London und New York 2015, 56-79.
- Woolley**, Peter J. (2005); *Geography and Japan's Strategic Choices. From Seclusion to Internationalization*, Potomac Books, Washington DC 2005.
- World Population Review** (2020); Tokyo Population 2020: <https://worldpopulationreview.com/world-cities/tokyo-population> (zuletzt eingesehen am: 15.09.2020).
- Wu**, Yu-Shan (2017); Pivot, Hedger, or Partner. Strategies of Lesser Powers Caught between Hegemons. In: Dittmer, Lowell (Hrsg.); *Taiwan and China. Fitful Embrace*, University of California Press, Oakland 2017, 197-220.
- Wu**, Yu-Shan/**Shen**, Yu-chung (2018); Constitutional divergence in East Asia. Causes and consequences. In: Cheng, Tun-jen/Chu, Yun-han (Hrsg.); *Routledge Handbook of Democratization in East Asia*, Routledge, London 2018, 209-224.
- Yan**, Xuetong (2019); *Leadership and the Rise of Great Powers*, Princeton University Press, Princeton und Oxford 2019.
- Yarger**, Harry R. (2006); *Strategic Theory for the 21st Century. The little book on big strategy*, U.S. Army War College, Carlisle 2006.

- Yoon, Tae-Ryong (2011);** Historical Animosity is What States Make of It. The Role of Morality and Realism in Korea-Japan Relations. In: The Korean Journal of International Studies (KJIS) 1/2011, 9. Jg., 1-37. Auch online verfügbar unter: https://www.kjis.org/journal/view.html?uid=64&page=&sort=&scale=10&all_k=&s_t=&s_a=&s_k=&s_v=9&s_n=1&spage=&pn=search&year=&vmd=Fullo (zuletzt eingesehen am: 15.11.2022).
- Yuan, Jing-Dong (2010);** Chinese perspectives on the US–Japan alliance. In: Arase, David/Akaha, Tsuneo (Hrsg.); The US–Japan Alliance. Balancing soft and hard power in East Asia, Routledge, London und New York 2010, 83-116.
- Yuzawa, Takeshi (2018);** From a decentering to recentering imperative. Japan's approach to Asian security multilateralism. In: The Pacific Review 4/2018, 4. Jg., 460-479.
- Zakaria, Fareed (2008);** The Post-American World, W.W. Norton & Company, New York und London 2008.
- Zhang, Enyu (2006);** Chinese Decision-Making in Response to Foreign Policy Crises, 1949-1996. A Poliheuristic Analysis, Dissertation, University of Missouri, Columbia 2006.
- Zhang, Fenzhi (2015);** Xi Jinping. How To Read Confucius And Other Chinese Classical Thinkers, CN Times Books, New York 2015.
- Zhang, Weibin (2003);** Taiwan's Modernization. Americanization and Modernizing Confucian Manifestations, World Scientific, New Jersey u.a. 2003.
- Zhao, Quansheng (2006);** Chinese North Korea policy. A secondary role for Japan. Road map or dead end?. In: Hagström, Linus/Söderberg, Marie (Hrsg.); North Korea Policy. Japan and the great powers, Routledge, New York 2006, 95-111.

Zhebin, Alexander (2006); Russian North Korea policy. Old conflicts obstacle for Russo-Japanese cooperation. Road map or dead end?. In: Hagström, Linus/Söderberg, Marie (Hrsg.); North Korea Policy. Japan and the great powers, Routledge, New York 2006, 112-130.

Zheng, Yongnian/**Weng**, Cuifen (2016); The Development of China's Formal Political Structures. In: Ross, Robert S./Bekkevold, Jo Inge (Hrsg.); China in the Era of Xi Jinping. Domestic and Foreign Policy Challenges, Georgetown University Press, Washington DC 2016, 63-104.

Zöllner, Reinhard (2009); Geschichte Japans. Von 1800 bis zur Gegenwart, Ferdinand Schöningh, Paderborn u.a. 2009.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Demokratischer Machtwechsel zwischen konservativen und progressiven Regierungen.....	56
Abbildung 2:	Trilaterale Sicherheitskooperation in Bezug auf die regionale Sicherheitsordnung.....	141
Abbildung 3:	Trilaterale Sicherheitskooperation in Bezug auf China und Nordkorea.....	142
Abbildung 4:	Japans sicherheitspolitischer Multilateralismus in Asien.....	161

Tabellen: Barbara Farkas

Japan etablierte sich in den Bereichen der kollektiven Sicherheit und der Geoökonomie unter Nutzung der situativen Spielräume zum Normensetzer. Seine geopolitischen Positionierungen unterlagen in Übergangsperioden der internationalen Ordnung grundlegenden Veränderungen. Diese historischen Wendungen sind in der politischen und strategischen Kultur Japans verwurzelt. Unter Einbezug des internationalen strategischen Umfeldes widmet sich der vorliegende Band dem Blickwinkel und den grundlegenden Überzeugungen Japans. Das Wissen über die Denkmuster kann das Verständnis für die Handlungsoptionen und die strategische Positionierung Japans fördern.

ISBN: 978-3-903359-68-0

